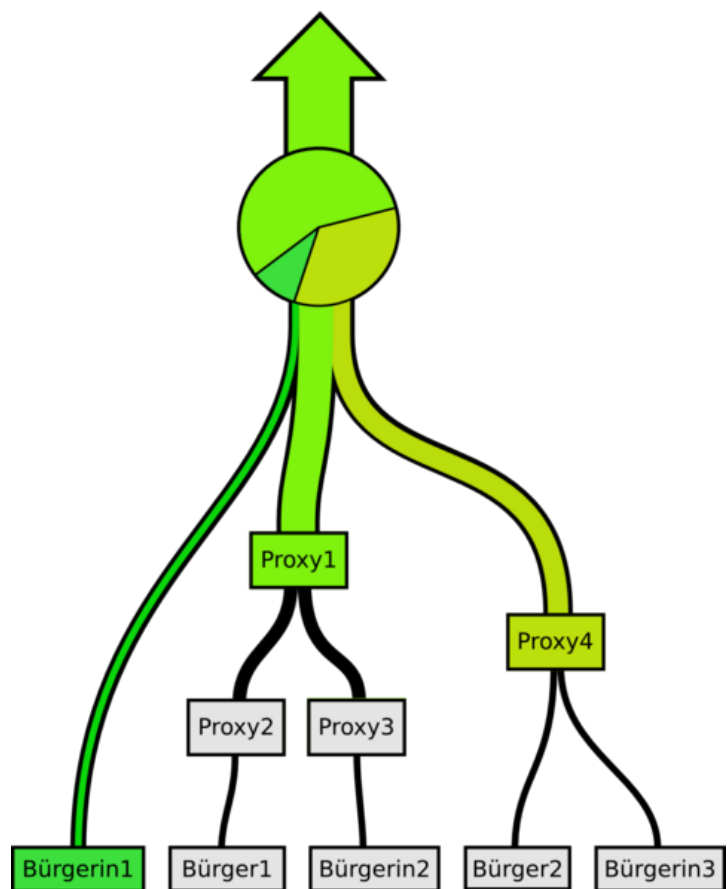


Liquid Democracy in der Piratenpartei

Eine neue Chance für innerparteiliche Demokratie im 21. Jahrhundert?





Universität Greifswald
Philosophische Fakultät

Magisterarbeit
zur Erlangung des akademischen Grades eines Magister Artium
vorgelegt von Sebastian Jabbusch

Liquid Democracy in der Piratenpartei

Eine neue Chance für innerparteiliche Demokratie im 21. Jahrhundert?

Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaft
Fachbereich Politikwissenschaft

Erstgutachter: Prof. Dr. Hubertus Buchstein
Professur für Politische Theorie und Ideengeschichte
Zweitgutachter: Prof. Dr. Philipp Harfst
Juniorprofessur Methoden der Politikwissenschaft /
Politisches System der BRD

Sebastian Jabbusch
sebastian@jabbusch.de

“Interactive Democracy pulls political power away from those who secretly and insidiously buy political power, and gives it back to voters. Instead, the supercapitalists have to persuade us by the merit of their arguments.”

Professor Robert Reich, University of California, Berkeley

„Die digitale Revolution ermöglicht der Menschheit eine Weiterentwicklung der Demokratie, bei der [...] die Mitbestimmungsmöglichkeiten jedes Einzelnen gestärkt werden können. Die Piratenpartei sieht es als Ihre Aufgabe an, die Anpassung der gelebten Demokratie in der Bundesrepublik an die neuen Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts zu begleiten und zu gestalten.“

Artikel 1, Parteiprogramm der Piratenpartei

„Liquid Democracy: Triumph des Netzwerks über die Hierarchie.“

Benjamin Siggel, Blogger und Mitglied der Piratenpartei

Hinweise

Parteimitgliedschaft: Der Autor ist seit Juni 2009 Mitglied der Piratenpartei Deutschland. Zwischen September 2009 und Februar 2010 war er Landesvorsitzender des Landesverbandes Mecklenburg Vorpommern. Der Autor ist sich der besonderen Schwierigkeit einer objektiven Arbeit bewusst, verweist jedoch darauf, dass viele Partei-Darstellungen von Parteimitgliedern verfasst wurden. Die Mitgliedschaft bietet oft auch einmalige Innenansichten, die einem externen Parteiforscher verborgen bleiben. Auch wenn alle Anstrengungen unternommen wurden, die folgende Darstellung so neutral wie möglich zu verfassen, möchte der Autor zur Transparenz auf seine Mitgliedschaft hier explizit hinweisen.

Veröffentlichung: Der Autor ist der Überzeugung, dass Wissen frei sein muss und stellt die Arbeit daher unter die Creative Commons „Namensnennung-Nicht-kommerziell-Weitergabe-unter-gleichen-Bedingungen-3.0-Deutschland“-Lizenz (CC BY-NC-SA 3.0). Das Kopieren der Arbeit ist erwünscht.



Abkürzungsverzeichnis:

- LQFB = Liquid Feedback
- LD = Liquid Democracy
- BuVo = Bundesvorstand
- BPT = Bundesparteitag

Inhaltsverzeichnis

1.) EINLEITUNG.....	7
2.) TRIEBFEDER DER LIQUID DEMOCRACY ENTWICKLUNG.....	11
2.1.) GRUNDLAGE: WAS IST INNERPARTEILICHE DEMOKRATIE?	11
2.1.1.) <i>Die politikwissenschaftliche Kritik</i>	11
2.1.2.) <i>Bisherige Reformvorschläge</i>	15
2.1.3.) <i>Was ist eine gute innerparteiliche Demokratie?</i>	15
2.2.) DER EINFLUSS DES INTERNETS AUF POLITISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE KOMMUNIKATION.....	17
2.2.1.) <i>Die positiven Konsequenzen</i>	19
2.2.2.) <i>Gefahren und Probleme</i>	23
2.2.3.) <i>Zwischenfazit</i>	24
2.3.) FOLGEN FÜR DEBATTEN & ARBEITSMETHODEN IN DER PIRATENPARTEI	26
3.) DIE IDEE „LIQUID DEMOCRACY“	30
3.1.) WIE DIE IDEE ENTSTAND UND SICH ENTWICKELTE	30
3.2.) LIQUID DEMOCRACY HEUTE – EIN UMKÄMPFTER BEGRIFF	34
3.3.) LIQUID DEMOCRACY – EINE VERORTUNG IN DER DEMOKRATIETHEORIE.....	38
4.) DIE SOFTWARE „LIQUID FEEDBACK“	41
4.1.) DIE GESCHICHTE VON LIQUID FEEDBACK	41
4.2.) DIE MOTIVATION HINTER LIQUID FEEDBACK	46
4.3.) WIE LIQUID FEEDBACK FUNKTIONIERT	53
4.3.1.) <i>Zusammenfassung</i>	53
4.3.2.) <i>Qualifizierbare Ergebnisse bei „pseudonymer“ Teilnahme</i>	54
4.3.3.) <i>Struktur der Plattform: Themenbereiche, Thema, Initiative</i>	55
4.3.4.) <i>Ablauf: Ein strukturierter und zeitlich fixierter Prozess</i>	58
4.3.5.) <i>Die Debatte: Konstruktive Beiträge ohne Moderation</i>	59
4.3.6.) <i>Verzicht auf politischen Einigungszwang & das Wahlverfahren</i>	62
4.3.7.) <i>Neutralität der Plattform</i>	64
4.3.8.) <i>Das flüssige an „Liquid“ Feedback: Die Delegationen</i>	65
4.3.9.) <i>Integrität, Transparenz und Nachvollziehbarkeit</i>	67
5.) DIE WICHTIGSTEN KONFLIKTLINIEN UM LIQUID DEMOCRACY	69
5.1.) DIE UNGLÜCKLICHE EINFÜHRUNG VON LQFB	69
5.2.) DELEGATIONEN.....	69
5.3.) DEFINITION UND VERSTÄNDNIS VON BASISDEMOKRATIE	71
5.4.) DATENSCHUTZ VS. TRANSPARENZ.....	72
5.5.) NICHT JEDER HAT INTERNET.....	74
6.) BEOBACHTUNG UND ANALYSE: ANWENDUNG VON LIQUID FEEDBACK IN DER PIRATENPARTEI	75
6.1.) ANALYSE ZWEIER DEBATTEN IN LIQUID FEEDBACK.....	75
6.1.1.) <i>Fallbeispiel 1: Das bedingungslose Grundeinkommen</i>	75
6.1.2.) <i>Fallbeispiel 2: Atomausstieg</i>	81
6.2.) DER EINFLUSS VON LIQUID FEEDBACK AUF DEN BUNDESPARTEITAG IN CHEMNITZ	86
6.2.1.) <i>Der Einfluss der Liquid Feedback Ergebnisse</i>	86
6.2.2.) <i>Abstimmungsvergleich: Liquid Feedback vs. Parteitag</i>	87
6.2.3.) <i>Erfolgsquoten der Anträge im Vergleich</i>	88
6.2.4.) <i>Beteiligung in Liquid Feedback im Vergleich mit Anwesenheit auf dem Parteitag</i>	89
6.3.) VERGLEICH: BPT BINGEN MIT ANTRAGSFABRIK VS. BPT CHEMNITZ MIT LIQUID FEEDBACK.....	91
6.4.) STATISTISCHE AUSWERTUNG DER LIQUID FEEDBACK SOFTWARE	94
6.4.1.) <i>Aktivität</i>	94
6.4.2.) <i>Themen und Initiativen</i>	99
6.4.3.) <i>Anregungen</i>	101
6.4.4.) <i>Überarbeitungen / Versionen / Entwürfe</i>	102
6.4.5.) <i>Unterstützer</i>	103
6.4.6.) <i>Delegationen</i>	105
6.4.7.) <i>Zwischenwertung</i>	112

6.5.)	LIQUID FEEDBACK IM BUNDESVORSTAND	115
6.5.1.)	<i>Die Zusammenfassung der Interviews</i>	117
6.5.2.)	<i>Zwischenfazit</i>	118
7.)	PARTEIINTERNE UMFRAGEN	120
7.1.)	ÜBERSICHT UND ZUSTANDEKOMMEN DER UMFRAGEN	120
7.2.)	DIE NOVEMBER-UMFRAGE	122
7.2.1.)	<i>Die Ergebnisse der Umfrage</i>	123
7.2.2.)	<i>Zufriedenheit mit innerparteilicher Demokratie</i>	124
7.2.3.)	<i>Zufriedenheit mit Liquid Feedback</i>	127
7.2.4.)	<i>Die Kritik an Liquid Feedback</i>	128
7.2.5.)	<i>Was bestimmt die hohe Zufriedenheit?</i>	130
7.2.6.)	<i>Zwischenfazit</i>	132
7.3.)	DIE GROBE PIRATEN-UMFRAGE / DIE APRIL-UMFRAGE	133
7.3.1.)	<i>Grunddaten</i>	133
7.3.2.)	<i>Generelle Beteiligung</i>	134
7.3.3.)	<i>Zufriedenheit mit Liquid Feedback: Gemeinsame Einschätzung</i>	136
7.3.4.)	<i>Gruppenbildung und Filter in der Umfrage</i>	139
7.3.5.)	<i>Motive und Gründe der Nicht-Nutzer</i>	139
7.3.6.)	<i>Motive der Wenig-Nutzer</i>	144
7.3.7.)	<i>Einstellung (aller) Liquid Feedback Nutzer</i>	151
7.3.8.)	<i>Delegationen</i>	154
7.3.9.)	<i>Streitpunkt Transparenz / Sozialer Druck</i>	159
8.)	ZUSAMMENFASSUNG & FAZIT	161
8.1.)	ZUSAMMENFASSUNG	161
8.2.)	PERSPEKTIVE & WEITERENTWICKLUNG DER SOFTWARE	165
8.3.)	FAZIT	166
8.4.)	PERSPEKTIVE FÜR DEN EINSATZ IN ANDEREN KONTEXTEN.....	168
9.)	QUELLEN	170
10.)	APPENDIX	177

1.) Einleitung

Die Demokratie 1.0 braucht ein Update

Wie funktioniert eigentlich innerparteiliche Demokratie? Eher zufällig stand am Anfang der Recherche für diese Arbeit der Bundesparteitag (BPT) der CDU im November 2010, welcher per Livestream ins Netz übertragen wurde. Doch von innerparteilicher Demokratie konnte der Autor dort nicht viel entdecken. Die Kandidaten für den Parteivorstand und das Präsidium werden allein von diesen vorgeschlagen. Es gibt genauso viele Kandidaten wie Plätze. Die Delegierten müssen mindestens dreiviertel aller vorgeschlagenen Kandidaten wählen, sonst wird der Wahlzettel ungültig. Schon mathematisch ist es unter dieser Bedingung schwierig, für einen Kandidaten unter 50 Prozent Zustimmung zu kommen. Den Parteivorderen werden bis zu zweistündige Reden und Grußworte eingeräumt. Eine Diskussion über die Kandidaten oder wenigstens Fragen sind nicht vorgesehen.

Nach zwei Tagen Reden und Vorstandswahlen werden drei Leitanträge des Vorstands durchgewunken. Nur beim Antrag Präimplantationsdiagnostik „erlaubt“ die Parteiführung eine offene Debatte. Als es am dritten Tag endlich zu den vielen Anträgen aus der Parteibasis kommt, „bedauert“ die Parteitagsleitung, dass der Parteitag ja bereits fast vorbei sei. Die (vom Vorstand zusammengesetzte) Parteitagskommission habe aber alle Anträge und Änderungsanträge gelesen und für alle eine Entscheidungsempfehlung gegeben. Zwei mutige Parteimitglieder, deren Anträge von der Antragskommission abgelehnt wurden, gehen auf die Bühne und widersprechen dem Votum. Der Parteitag befindet sich da bereits in Auflösung, nur wenige hören zu. Danach stimmt der Parteitag mit einer einzigen Blockabstimmung allen vielen Hundert Abstimmungsempfehlungen der Antragskommission zu. Die Website des Parteitags www.karlsruhe2010.cdu.de hält danach ausschließlich die Leitanträge und Reden zum Download bereit. Man findet weder ein Wortprotokoll noch die Anträge der Basis. Kurzum: Von außen betrachtet drängt sich der Eindruck auf, als seien die Delegierten aus den Landesverbänden lediglich Statisten einer Medieninszenierung gewesen.

Doch das Bild ist etwas überzeichnet. Auch in der CDU gibt es Einflussmechanismen hinter den Kulissen. Die Zusammensetzung des Vorstands berücksichtigt Wünsche der Landesvorstände, die Antragskommission berücksichtigt vermutete und tatsächliche Strömungen in der Parteibasis, verdiente Funktionäre wirken im Vorfeld auf alle Prozesse ein usw. In Interviews, in TV-Debatten und Zeitungen findet eine mehr oder weniger konstruktive Debatte von Vertretern der Parteiflügel statt (siehe „Mediendemokratie“). Der Parteitag ist jedoch nur noch ein Produkt nicht mehr Ort innerparteilicher Demokratie. Dies betrifft nicht nur die CDU, sondern auch die SPD und etwas weniger deutlich die anderen klassischen Parteien.

Bei dieser Methode bleibt jedoch die transparente und argumentative Debatte auf der Strecke. Dies ist vor allem für die Wähler – gleich ob außerhalb oder innerhalb der Partei – problematisch. Denn wenn die eigentliche Politik hinter verschlossenen Türen stattfindet, wie soll dann der Wähler seine Kontrollfunktion ausüben?

Und auch für Parteimitglieder funktioniert Beteiligung nur noch eingeschränkt. Das Netzwerken wird wichtiger als die Inhalte. Und auch für die Parteiführung ist die Situation nicht leicht. Sie muss Strömungen in der Partei berücksichtigen und in Kompromissformulierungen einbinden ohne vorher zu wissen, wie groß die Mehrheiten tatsächlich sind. Fehleinschätzungen, daraus resultierend übervorsichtige sowie fast nichts mehr aussagende Konsenspapiere und ein ewiger Trend zu einer imaginären Mitte, sind die Folgen.

Die Kritik an der Partei als hierarchische Organisationsform ist nicht neu, sondern begann mit der Entwicklung der Parteien im frühen 20. Jahrhundert. Neu hingegen ist, dass im anbrechenden Informationszeitalter die Daseinsberechtigung von hierarchischen Entscheidungsstrukturen grundsätzlich in Frage gestellt wird. Bisher galten bei großen Personengruppen – egal ob in Vereinen, NGOs, oder Parteien – hierarchische

Strukturen als die einzig mögliche und logische Organisationsform, die lediglich vereinzelt durch Elemente direkter Demokratie, etwa Ur- oder Volkabstimmungen, durchbrochen werden sollte.

Doch diese unerschütterliche Hierarchie wird durch dezentrale Onlineprojekte zunehmend in Frage gestellt. Die Wikipedia wird allmählich als Wissensbibliothek anerkannt, die Netzbewegung rund um den „AK Zensur“ stoppt „Zensursula“, „Anonymous“-Aktivisten auf der ganzen Welt legen Webseiten der größten Kreditkartenhersteller lahm, Blogger bringen den Bundespräsidenten zum Rücktritt, das Guttenplag-Wiki stürzt den Verteidigungsminister und revolutionäre Bewegungen in Nordafrika können trotz massiver staatlicher Unterdrückung der „organisierten“ Opposition nicht gebremst werden. Dezentrale Kollaboration entfaltet Wirkungen in bisher nicht gekannten Maßen.

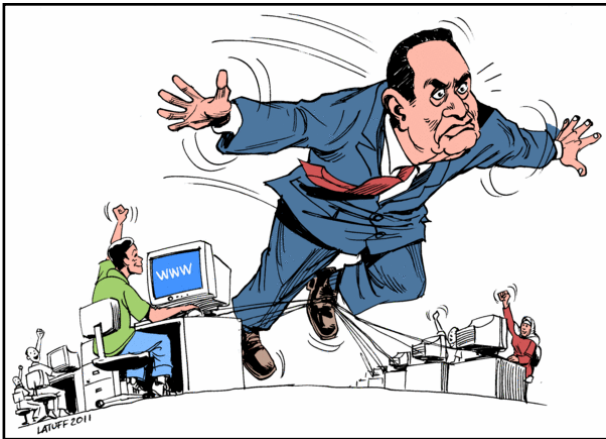


Abbildung 1.1-1 -- Links: Carlos Latuff², *Mubarak Tripping On Tech Generation Media*. Rechts: Foto von Alex Schäfer. Zeigt den Stuttgart 21 Aktivisten „HanSolo“, der mit zahlreichen Kameras Videos live ins Internet überträgt. Der mobile Ein-Mann-Rundfunkwagen.

Gleichzeitig wächst der Wunsch nach Mitbestimmung: Stuttgart 21, die Proteste für den Atomausstieg, Rauchverbote in München, die Offenlegung der geheimen Verkaufsverträge der Berliner Wasserwerke, oder die abgelehnte Schulreform in Hamburg sind nur einige Beispiele erfolgreicher Bürgerbeteiligungen von unten. Laut einer Studie von Bitkom, wünschen sich 80 Prozent der Bürger, über das Internet, auf kommunale Politik Einfluss nehmen zu können.³ Knapp 60 Prozent wollen sich „über die Wahl hinaus“ auch auf Bundesebene einbringen, so eine Bertelsmann-Umfrage.⁴ Und nach einer Allensbach-Studie wünschen sich fast zwei Drittel der Bevölkerung eine Online-Beteiligung „bei allgemeinen politischen Themen und Gesetzesvorhaben“.⁵ Besonders groß ist dieser Wunsch unter der jungen, politisch aktiven Generation.

Wenn dem Bürger über das Internet sämtliche Dokumente, Expertenmeinungen und Fachinformationen vorliegen und er sich im Einzelfall sogar besser auskennt als die überforderten Ministerien, warum werden Gesetze nicht in Wikis gemeinsam verfasst? Warum dürfen Bundestagsabgeordnete, die die Gesetze nicht einmal lesen, abstimmen und alle anderen nicht? Wenn sich Interessensgruppen innerhalb von Stunden über das Netz abbilden lassen und gemeinsam Texte und Positionspapiere verfassen können, warum bestimmen dann noch allein Vorstände, was in Parteien besprochen wird? Wenn die junge Generation im hohen Maße politisch aktiv ist und sich in hunderten NGOs organisiert, jedoch den Parteien fast geschlossen fern bleibt, mit welchem Recht haben diese dann noch ein Monopol auf die politische Willensbildung? Oder noch radikaler gefragt: Brauchen wir in 20 oder 40 Jahren überhaupt noch ineffiziente und kostspielige Organisationen wie Parteien oder Parlamente?

Arno Widmann schreibt in der Frankfurter Rundschau bereits vom „Parteienstaat in Auflösung“:

² Latuff, Carlos, *Mubarak Tripping On Tech Generation Media*, Mediawiki, 2011, <http://goo.gl/kLENR>.

³ Scheer, August-Wilhelm, *Connected Worlds - Wie Lebens- und Technikwelten zusammenwachsen* Pressekonferenz zum Leitthema der CeBIT 2010, 2010, <http://goo.gl/XhaaN>.

⁴ Korge, Johannes, *Bürger drängen an die Macht*, Spiegel Online, 2011, <http://goo.gl/iiaPW>.

⁵ Heuzeroth, Thomas/Eigendorf, J., *Die Grünen sind im Internet eine Volkspartei*, Welt Online, 2011, <http://goo.gl/5QUTo>.

„Vor allem ist er [der Wutbürger] das Produkt einer Entwicklung, an deren Ende Einzelne stehen, die Wert darauf legen, auch als Einzelne ernst genommen, gewürdigt zu werden. Jeder von ihnen weiß, dass er im Netz innerhalb weniger Stunden Hunderte finden kann, die ihn bestärken. Er braucht keine Partei mehr, um sich politisch zu bilden. Er sucht je nach Anlass sich neue Bündnispartner.

Dieser Bürger mag den Parteienstaat nicht. Er ist darum kein Antidemokrat. Möglicherweise geht der Parteienstaat seinem Ende entgegen. Jene Art von Demokratie, die wir kennen, über die wir nicht hinausblicken können. Aber wir müssen uns wohl auch nach einer Brückentechnologie umsehen.“⁶

Die Piratenpartei sucht zurzeit nach Antworten auf diese Frage. In Island entsteht zurzeit die erste Verfassung eines Landes unter Online-Beteiligung über Facebook.⁷ Bewusst hat man dort auf Abstimmungen verzichtet, denn Demokratie muss mehr sein als „Like-Buttons“ zu klicken, was als unreflektierter „Clicktivism“ oder „Slacktivism“ verschrien ist.⁸



1.1-2 -- Eine Abstimmung in Facebook. Fehlende Debatte, Gruppeneffekte und Ad-hoc Entscheidungen führen zu solchen Ergebnissen. Auch die Unterstützungswelle für Karl-Theodor zu Guttenberg hatte ähnliche Ursachen. Clicktivism ist nicht das Ziel der Liquid Democracy. Screenshot-Quelle: Twitter-Nutzerin „@iLoreene“, 2011, <http://twitpic.com/4wq5r7>.

Und auch die Piratenpartei sucht nach neuen Konzepten. Die Partei setzt dabei vor allem auf ein Konzept namens „Liquid Democracy“ (LD), welches in amerikanischen Wikis erdacht wurde. Dieses setzt auf eine ganz neue Mischung aus direkter und repräsentativer Demokratie. Bürger sollen zukünftig jederzeit ihre Stimmabgabe widerrufen und neu vergeben können. Für verschiedene Themen können verschiedene Parteien oder einzelne Experten gewählt werden. Und falls gewünscht, ist jederzeit die Mitarbeit am Gesetzentwurf und die direkte Stimmabgabe möglich.

Um das Konzept zu testen und um dafür zu werben, hat sich die Piratenpartei im August 2010 zu einem parteiinternen Pilotprojekt entschlossen. Zwei Programmierer der Partei entwarfen innerhalb kurzer Zeit die Software „Liquid Feedback“ (LQFB). Innerhalb von wenigen Monaten wurde damit ein ganzer Parteitag vorbereitet und über 1500 Initiativen der Parteimitglieder zur Abstimmung gestellt.

Forschungsfrage

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, die Software Liquid Feedback zu erforschen, Probleme und Stärken zu beschreiben und sich der Frage anzunähern, ob LQFB als Erfolg gewertet und damit auch auf andere Parteien übertragen werden kann. Dafür werden die Erfahrungen der Parteimitglieder, die praktische Anwendung der Software und die Einschätzung des Bundesvorstands der Partei ausgewertet.

Damit soll indirekt auch der Frage nachgegangen werden, ob die Prinzipien der LD funktionieren und welches Potential sie für die Weiterentwicklung der repräsentativen Demokratie haben. Könnte die repräsentative Demokratie bald ergänzt oder ganz abgelöst werden?

⁶ Widmann, Arno, Parteienstaat in Auflösung, Frankfurter Rundschau, 2011, <http://goo.gl/UP7Ok>.

⁷ Mühlbauer, Peter, Verfassung via Crowdsourcing - Island setzt Maßstäbe in Sachen Bürgerbeteiligung, Heise.de, <http://www.heise.de/tp/blogs/8/149977>.

⁸ Kritisiert werden soziale Effekte, schnelle Auf- und Abs, Adhoc-Entscheidungen ohne Reflektion und fehlende Nachhaltigkeit des Engagements. Vergleiche dazu: Banfield-Mumb, Alexander/ Schossböck, Judith, Get off your ass. From Clicktivism to Slacktivism to Activism, Vortrag auf der republica 2010, <http://goo.gl/Bf2qz>.

Als Voraussetzung für diese Bewertung wurde vorab eine theoriegeleitete Aufbereitung der Konzepte innerparteilicher Demokratie, sowie Liquid Democracy und Liquid Feedback erarbeitet.

Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands

Von einem Vergleich mit innerparteilicher Demokratie in anderen Parteien wurde aus forschungstechnischen Gründen Abstand genommen. Insbesondere fehlten für einen Vergleich leicht zugängliche Daten, wie Wortprotokolle von Parteitag, Möglichkeiten für halbwegs repräsentative Umfragen oder Gespräche mit Parteivorständen.

Weiterhin beschränkt sich die Arbeit fast ausschließlich auf die Software LQFB und ihre Wirkung. Andere Aspekte der innerparteilichen Demokratie der Piratenpartei – wie z. B. der Verzicht auf ein Delegiertensystem – wurden nicht untersucht.

Der empirische Teil der Arbeit wurde zwischen November 2010 und Mai 2011 durchgeführt. Die erste Umfrage fand damit nach der Einführung von LQFB statt. Ein Vergleichspunkt vor der Einführung der Software fehlt daher.

Gliederung der Arbeit

Das Kapitel 2 – Triebfedern der Liquid Democracy Entwicklung – beginnt mit einer Einführung in das Thema innerparteiliche Demokratie. Dort ist auch eine Definition für eine ideale innerparteiliche Demokratie gegeben. Im selben Kapitel werden anschließend die Veränderungen der Gesellschaft durch das Internet systematisch dargestellt. Dabei geht es besonders um die Folgen von Informationsverbreitung generell, besonders aber um die Folgen für die Kommunikation innerhalb der Piratenpartei.

Aus dem Verständnis über die Vorteile, aber auch ausgehend von den Problemen, die aus der chaotischen Netzkommunikation resultierten, entstand in der Partei der Wunsch nach einem verbindlichen, sicheren und belastbaren Abstimmungsverfahren, um für die basisdemokratische Partei auch jenseits der jährlichen Parteitage Handlungsfähigkeit zu gewinnen. In den Kapiteln 3 und 4 werden deshalb die Geschichte, die Entstehung und die Konzepte von LD sowie der Software-Umsetzung LQFB ausführlich dargestellt.

Kapitel 5 widmet sich kurz den in der Piratenpartei umstrittensten Elementen des Konzeptes und präsentiert die Argumente von Kritikern und Befürwortern. Diese Kritikpunkte waren die Vorlage für die eigentliche Analyse in den Kapiteln 6 und 7 (das Kapitel 7 ist nur aus Gründen des Umfangs ein eigenes Kapitel, gehört jedoch thematisch zu Kapitel 6 dazu).

In Kapitel 8 wird die Arbeit zusammenfasst und ein Fazit gezogen.

Methodik

Um ein möglichst breites Bild der Software zu erhalten, setzt sich die Analyse aus fünf verschiedenen Elementen zusammen. Dazu gehören die Analyse zweier Themen-Debatten in LQFB (Atomausstieg und Bedingungsloses Grundeinkommen), ein Vergleich der BPTe in Chemnitz und Bingen (einmal mit, einmal ohne LQFB Vorbereitung), die Auswertung der Nutzerstatistiken in LQFB, Experteninterviews mit allen Mitgliedern des Bundesvorstands (BuVo) sowie zwei Umfragen unter den Parteimitgliedern.

Schwerpunkt der Untersuchung lag dabei auf den zwei parteiinternen Umfragen. Sie hatten das Ziel die Zufriedenheit der Parteimitglieder, zum einen mit der konkreten Software-Lösung LQFB und zum anderen mit der innerparteilichen Demokratie insgesamt, zu messen. Die Methoden der einzelnen Untersuchungselemente werden in den jeweiligen Kapiteln dargestellt.

2.) Triebfedern der Liquid Democracy Entwicklung

Die Entwicklung der Liquid Democracy hat sicher viele Ursachen – etwa der in den USA umgreifende Lobbyismus und das zunehmende Staatsversagen. Die zwei wichtigsten sind jedoch zum einen der totale Vertrauensverlust in die Institutionen der jetzigen Demokratie, insbesondere Parteien und Parlamente, und zum anderen die Veränderungen in der Informations- und Kommunikationstechnologien, die das Internet brachte. Diese Triebfelder sollen im Folgenden als Grundlage für diese Arbeit dargestellt werden.

2.1.) Grundlage: Was ist Innerparteiliche Demokratie?

Einen Überblick zur innerparteilichen Willensbildung hat Ulrich von Alemann in seinem Buch *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*¹⁰ im gleichnamigen Kapitel niedergelegt.

Die innerparteiliche Demokratie leitet sich aus Artikel 21 GG, sowie aus den Leitsätzen des Artikels 20 Abs. 1 GG ab. Erst 1967 schufen die Parteien auf Druck des Bundesverfassungsgerichtes das im Grundgesetz geforderte Parteiengesetz mit detaillierten Bestimmungen. Die meisten Bestimmungen darin regeln jedoch die staatliche Parteienfinanzierung, die das Verfassungsgericht andernfalls kippen wollte. Entsprechend finden sich im Gesetz nur Grundsätze für die innerparteiliche Demokratie:

Parteiintern:

- Vertikaler Aufbau: Alle Macht liegt nach dem Gesetz bei der Basis. Das höchste Gremium ist der Parteitag mit einigen garantierten Rechten. Jede Partei ist von unten nach oben aufgebaut. Die Führung ist von der Basis abhängig.
- Funktionaler Aufbau: Regelmäßige Wahl der Vorstände, Verantwortung der Vorstände gegenüber den Parteitagen, Abberufbarkeit, Gewaltenteilung in Form von Partei-Schiedsgerichten, die unabhängig vom Vorstand gewählt werden.
- Regionaler Aufbau: Föderale Aufteilung mit eigenen Kompetenzen auf Landesebene, gleichzeitig jedoch auch starkes Durchgriffsrecht der Spitze gegen rebellische Teilverbände
- Grundrechte der Mitglieder: Gleichberechtigung und gleiches Stimmrecht, Freiheit der Meinungsäußerung, Schutz vor willkürlichem Ausschluss und Eintrittsverweigerung.

Parteiextern:

- Transparenz der Partei gegenüber Öffentlichkeit durch Publizitätspflicht von Satzungen, Programm und Vorstandsbesetzungen sowie Offenlegung von Parteifinzen.
- Kandidatenaufstellung nach Bundes- und Landeswahlgesetzen verlangt demokratische Nominierung durch Parteitage.

2.1.1.) Die politikwissenschaftliche Kritik

Doch reichen diese Bestimmungen aus? Die politikwissenschaftliche Literatur ist überwiegend unzufrieden, warnend bis hin zu alarmierend.

¹⁰ Von Alemann, Ulrich, *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*, 2001, S. 125-137.

„Die Grundfrage nach innerparteilicher Demokratie ist eine Schlüsselfrage der jungen Parteiensoziologie bereits um die Jahrhundertwende gewesen. Sie hat seither die Politikwissenschaft nicht mehr losgelassen“.¹¹

Hier die zwei nach Alemann dominierenden Grundthesen¹²:

a) Nach der „gouvernementalen Ableitung“ agieren Parteien in der BRD als eine Art Quasi-Verfassungsorgan. Demnach reiche es, dass Parteien, wie das deutsche Parlament, nach dem Modell der repräsentativen Demokratie organisiert sind (Ist-Zustand).

b) Nach dem „partizipatorisch-emanzipatorisch“-Ansatz sind Parteimitglieder, als Bürger, der Herrschaft der Parteien unterworfen. Anhänger dieser These fordern deshalb eine enge Bindung der Parteiführung an ihre Basis mit möglichst vielen direktdemokratischen Elementen. Beispiele: "recall", Ämterrotation, imperatives Mandat.

Als Klassiker der Parteien-Kritik führt Alemann Robert Michels' *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens* von 1911 und Moisei Ostrogorskis *Struktur- und Systemprobleme der Parteidemokratie* von 1902 an.

Für Ostrogorski überstiegen die Folgen der industriellen Revolution und das neue Wahlrecht die Kapazität des Bürgers. Parteien entstanden daher als Bindeglied zwischen Wähler und politischer Führung. Jedoch begannen Parteiorganisationen ein Eigenleben zu entwickeln, übten Macht und Kontrolle aus. Da die Wiederwahl nun von der Partei abhing, standen sogar gewählte Regierungen unter ihrem Einfluss. Weil jedoch Parteiorganisationen primär an ihren eigenen Nutzen dachten, litt das Gemeinwohl.

Als Lösung schlug Ostrogorski die Abschaffung der Parteien vor. Sie sollten durch temporäre Vereinigungen mit eindeutigen Zweck ersetzt werden, die sich auflösen, wenn der Zweck erreicht ist. Eine „natürliche Elite“, charakterisiert durch Engagement und Fähigkeiten, würde dann die Macht durch ihre Führerschaft in politischen Sachfragen übernehmen.

Robert Michels kritisierte, dass Parteien nicht dazu in der Lage seien, die Demokratie innerparteilich durchzusetzen, für die sie ja ursprünglich angetreten waren. Nach seinem „ehernen Gesetz der Oligarchie“ beginnt der Sündenfall mit jeder Form der Organisation: „Wer Organisation sagt, sagt Tendenz zur Oligarchie“. Weiterhin heißt es: „Die Macht der Führer wächst im gleichen Maßstabe wie die Organisation“. Und: „Die Mutter der Herrschaft der Gewählten über die Wähler, der Beauftragten über die Auftraggeber, der Delegierten über die Delegierenden“ sei die Parteiorganisation.¹³

Aus kommunikationstechnischen Bedingungen sei es unmöglich, demokratische Entscheidungen in größeren Gruppen zu finden. Die größtmögliche Gruppe für direktdemokratische Entscheidungen vermutet Michels zwischen 1.000 bis 10.000 Personen. In der Folge seien Delegationen von Macht und Hierarchie notwendig. Diese Delegationen führten jedoch automatisch zu einem Wissensvorsprung einer Führungsschicht. Oligarchische Macht entstehe also nicht nur aus Hierarchien, sondern vor allem aus Wissensmonopolen.

Die herausgehobene Elite verwandelt sich aufgrund von Gruppendynamik und Grenzen der Organisationen in schwerfällige, konservative Bürokratien. Im Ergebnis entfremde sich die Elite von ihrer Basis und korrumpiere. Deshalb würden Parteien in komplexen Gesellschaften zwangsläufig in Führerstrukturen enden.

¹¹ Vgl. ebd., S. 133.

¹² Vgl. ebd., S. 133.

¹³ Michels, Robert, *Zur Soziologie des Parteiwesens*, o.J., S. 381, zitiert nach Thaysen, Uwe, *Denken ohne Diskussion? Zur innerparteilichen Demokratie in der Bundesrepublik*, in: Graf von Krockow, Christian und Lösche, Peter, *Parteien in der Krise*, 1986, S. 65.

Während Alemann Michels' Arbeit als eine von zweifelhaften deterministischen Thesen kritisiert, räumt er ein, dass Michel's Thesen von der modernen Organisationssoziologie gestützt werden. Diese formulieren, wenn auch etwas vorsichtiger, dass Organisationen „Entscheidungseliten einen Vorsprung an Kommunikation, Information und weitere Herrschaftsmittel an die Hand geben“.¹⁴

Auch die moderne Parteienkritik zitiert noch immer Robert Michels, ist dabei jedoch differenzierter. Uwe Thaysen legte 1986¹⁵ eine umfangreiche Liste vor, in der er die weitreichende Machtoligarchisierung in den Parteien in ihren vielen Phänomenen beschreibt. Eine zusammenfassende Wiedergabe:

- Soziale Kluft zwischen Mitgliedschaft (Mittelschicht), Wählerschaft (Unterschicht) und Führung (höhere Sozial- und Bildungsschicht) der Partei.
- Zentralisierung aller politisch wichtigen Sach- und Personalentscheidungen, möglichst auf die jeweils höhere Ebene.
- Sachpolitische Entleerung der Partizipation (Plakate kleben).
- Volksparteien „entschärfen“ Parteiprogrammatik und lassen den Vorständen größeren Spielraum zur Entfaltung von Eigenmächtigkeiten.
- Konzentrierung der programmatischen Planungen in Expertenzirkeln, Kommissionen und Beratergremien. Kreis- und Ortsverbände können sich daran meist nicht beteiligen und bleiben so außen vor. Entsprechend stammen die entscheidenden Initiativen nicht von den Delegierten, sondern aus der obersten Parteiebene.
- Mehr oder weniger diskrete Regie der Parteitage verhindert chancengleiche Diskussion. Die Parteiführung hat dabei ein starkes politisches Übergewicht. Instrumente der Regie sind die Antragskommission, die Redaktionsstäbe und eine geräuschlose Handhabung der Geschäftsordnung.
- Das vorherrschende (Selbst-)Verständnis der Parteien als Kampforganisation: Innerparteiliche Debatten werden mit dem Verweis auf notwendigen Konsens unterdrückt. Zudem nehmen die Parteispitzen einen breiten Spielraum ein, um zuvor von Parteiversammlungen nicht abgesegnete Aussagen zu treffen, welche von der Basis kaum revidiert werden können.¹⁶
- Die Parteivorstände haben sich eine Art „programmatische Richtlinienkompetenz“ zugelegt und diese teilweise auch in ihre Satzungen geschrieben (z. B. die SPD).
- „Fortschreitende Professionalisierung der Politik teilt die Parteimitglieder in Wissende und Unwissende, in Habende und Nicht-Habende. Die politischen Profis leben nicht nur für die Politik. Sie leben auch von der Politik. Sie sind Eingeweihte. Sie kennen den Apparat, die Spielregeln, die Geschäftsordnungen, den Diskussionsstand der Planungsgremien und - wichtiger noch - den Diskussionsstand der Personalklüngel.“

Das Parteiengesetz sei jedoch bewusst nach dem Vorbild der repräsentativen Demokratie geformt. Die Delegierten und gewählten Parteiführer sind daher nicht an imperative Mandate ihrer Wähler gebunden. Im Gegenteil: Sie sollen sich sogar als politische Führer bewähren. Die Delegierten müssen sich also nicht an diejenigen orientieren, von denen sie ihre Macht erhalten haben. Thaysen wundert sich daher nicht, dass diese Form der Parteiorganisation dem Prinzip der „innerparteilichen Demokratie“ diametral entgegensteht.

Dieser Widerspruch werde auch immer dann deutlich, wenn die innerparteiliche Demokratie ausgelebt wird. Innerhalb kurzer Zeit würde Geschlossenheit gefordert, so Thaysen. Die im Grundgesetz definierte Parteiaufgabe „Erarbeitung politischer Zielvorstellung“ (innerparteilich) kollidiere permanent mit der zweiten Aufgabe der Parteien, nämlich der „Beeinflussung der staatlichen Willensbildung im Sinne dieser Zielvorstellung“ (enterale Wirkung der Partei). Doch in der Regel setze sich letztere Aufgabe schneller durch,

¹⁴ Von Alemann, Ulrich, Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, 2001, S. 135.

¹⁵ Thaysen, Uwe, *Denken ohne Diskussion? Zur innerparteilichen Demokratie in der Bundesrepublik*, in: Graf von Krockow, Christian und Lösche, Peter, Parteien in der Krise, 1986, S. 59-71.

¹⁶ Thaysen weist an dieser Stelle darauf hin, zahlreiche Studien hätten gezeigt, dass innerparteilicher Konsens als Erfolgsbedingung der Parteien überschätzt wird. Nicht zuletzt die Grünen hätten trotz anhaltender und heftiger innerparteilicher Auseinandersetzungen große Erfolge gehabt.

was die innerparteiliche Meinungsfindung ersticke. Der Fehler liegt für Thaysen bereits im Design der Parteien.

Helmut Stubbe-Da Luz beschreibt in seinem populärwissenschaftlichem Buch „Parteien Diktatur – Die Lüge von der innerparteilichen Demokratie“, dass die Willensbildung nicht mehr funktioniere: „Der Willensbildungsprozeß vollzieht sich nicht ‚induktiv‘ (von den vielen Mitgliedern zur Spitze hin), sondern ‚deduktiv‘ (von der Führungsspitze ‚den Tannenbaum herunter‘ zur Basis).“¹⁷

Die jüngste Parteiforschung stellt die innerparteiliche Demokratie grundsätzlich in Frage. „Wofür brauchen professionelle Parteien noch Mitglieder?“, fragt Dr. Klaus Detterbeck¹⁸ von der Universität Magdeburg. Er stellt fest, dass die Professionalisierung der Parteien mit einer Krise derselben einhergehe. Dies sei vor allem anhand der dramatisch sinkenden Mitgliedszahlen ablesbar. 2003 waren (nur) noch 1,55 Millionen Bundesbürger Mitglied in einer der sechs im Bundestag vertretenen Parteien. Der Organisationsgrad der Wähler lag damit mit 2,5 Prozent unter dem Niveau der 60iger Jahre, trotz des hohen Politisierungsgrades der Bevölkerung. Zudem sinke die Rekrutierungsfähigkeit, die Mehrheit der Mitglieder sei passiv und Frauen, sowie insbesondere die junge Generation, sei stark unterrepräsentiert.

Detterbecks provokante These lautet, dass dies ein bewusstes Kalkül oder zumindest eine akzeptierte Veränderung der Parteien sei. Er nimmt dabei Bezug auf das in den 80iger Jahren entwickelte Schema von Elmar Wiesendahl, welches zwischen dem Integrations-, Transmissions- und Konkurrenzparadigma unterscheidet. Während im Transmissionsparadigma¹⁹ Parteien erst durch die aktive Partizipation der Bürger das demokratische Prinzip mit Leben erfüllen, sei im Konkurrenzparadigma²⁰ innerparteiliche Demokratie nicht länger notwendig. Dem Wähler kommt nur noch die Aufgabe zu, „zwischen konkurrierenden, professionellen Führungsgruppen auszuwählen“.²¹ Innerparteiliche Demokratie wäre in diesem Modell eher schädlich, da sie die Flexibilität der politischen (Partei-)Eliten eingrenzt. Eliten sollen sich im Konkurrenz-Modell weniger an den radikalen Parteiaktivisten, sondern eher am moderaten Wähler orientieren.

Anders als früher bräuchten die Parteien auch keine Mitglieder mehr. Massenmedien ermöglichten den Parteieliten eine direkte Ansprache der Wähler, größere staatliche Zuwendungen haben die sinkenden Mitgliedsbeiträge ersetzt und Wahlkämpfe wurden zentralisiert, professionalisiert und sind heute vor allem kapital- statt mitgliederintensiv.

Parteimitglieder seien folglich nicht nur ersetzbar, sondern fast schädlich. Parteien müssten sich schließlich für Wahlerfolge öffnen und eine sozial möglichst breite, in der Regel heterogene Anhängerschaft gewinnen. Parteien seien als Wahlkampforganisationen schließlich zur Stimmenmaximierung gezwungen. Dies habe zu einer „Entwertung der Rolle des einzelnen Parteimitglieds“²² geführt.

In seinem Fazit kritisiert Detterbeck die halbherzigen Lösungen, mit denen die Parteien bisher am Problem der fehlenden innerparteilichen Demokratie herumexperimentieren. Er fordert, dass sich die Parteien klar entscheiden sollten: Entweder sie setzen auf einen effizienten, autonomen Parteivorstand und finden sich damit ab, dass ihre Partei nur wenige Parteimitglieder hat, oder sie setzen auf eine effektive Mitbestimmung der Basis, um die dann die Vorteile einer Mitgliederpartei wahrnehmen zu können. Eliteautonomie

¹⁷ Stubbe-Da Luz, Helmut, *Parteien Diktatur – Die Lüge von der innerparteilichen Demokratie*, 1994, S. 195. Empfehlenswert ist jedoch das gesamte 12. Kapitel *Willensbildung pervers*.

¹⁸ Detterbeck, Klaus, *Mitglieder in professionalisierten Parteien: Wofür brauchen Parteien noch Mitglieder?*, in: Melchert, Florian (Hrsg.), *Neuanfang statt Niedergang - Die Zukunft der Mitgliederparteien*, 2009, S. 289-304.

¹⁹ Basisdemokratisches Ideal: Eine Partei summiert die Bedürfnisse und Wünsche ihrer Mitglieder und bringt sie unverfälscht in die Politik ein.

²⁰ Das Konkurrenzparadigma gründet sich auf der ökonomischen Theorie der Politik, die u.a. vertreten wird von Joseph A. Schumpeter und Anthony Downs. Das Konkurrenzparadigma geht von einem Marktmodell und von demokratischer Eliteherrschaft aus.

²¹ Detterbeck, Klaus, *Mitglieder in professionalisierten Parteien: Wofür brauchen Parteien noch Mitglieder?*, in: Melchert, Florian (Hrsg.): *Neuanfang statt Niedergang - Die Zukunft der Mitgliederparteien*, 2009, S. 292.

²² Kirchheimer, Otto, *Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 6, 1965, S. 32, zitiert nach Detterbeck, S. 293.

des Vorstands und Mitgliederengagement gleichzeitig zu realisieren führe jedoch nur zu vielen Widersprüchlichkeiten:

„So führen Parteien Urwahlen ein, arbeiten jedoch darauf hin, dass diese keine große Rolle spielen oder rein affirmativ wirken. So geben Parteiführungen vielfach Möglichkeiten der Aussprache, untergraben aber zugleich die Entscheidungskompetenzen der Parteigremien. Ob Regionalkonferenzen, Diskussionsforen oder Online-Kommunikation, die Emphase liegt auf der Anhörung der Mitglieder, nicht jedoch auf deren Voten. [Dies] wird den Mitgliederschwund nicht stoppen können.“²³

2.1.2.) Bisherige Reformvorschläge

Alemann gruppiert die bisherigen Reformvorschläge in drei Gruppen:

- 1.) Alle Macht den Wählern
- 2.) Alle Macht den Mitgliedern
- 3.) Alle Macht den Profis

1.) Alle Macht den Wählern: Die Abschaffung der Parteien steht hier im Vordergrund dieser Vorschläge. Oft wird von diesen Vertretern auf die amerikanischen Primaries oder andere Formen offener Listenaufstellung und Vorwahlen sowie auf zahlreiche Modelle direkter Demokratie verwiesen.

2.) Alle Macht den Mitgliedern: Parteien sollen demnach von den flexiblen sozialen Bewegungen lernen. Zu den Vertretern gehörte etwa Wolfgang Michael mit seinem Buch *Die SPD - staatsreu und jugendfrei* (1988). Alle Übel stammen demnach von den Parteiapparaten. Die Lösung: Parteien sollen sich stärker nach aktuellen Themen orientieren und die Mitglieder mehr Macht innerhalb ihrer Partei bekommen.

3.) Alle Macht den Profis: Dies war auch der Buchtitel von Politikberater Peter Grafe (1991 - SPD). Er plädierte dafür Parteien als eine Art Dienstleistungsfirma aufzugreifen, die ein „perfektes Produkt“ verkaufen. Ähnlich fordert Peter Radunski (1991), langjähriger Wahlkampfmanager der CDU, eine Fraktionspartei, in der Profis und nicht Amateure bestimmen. Joachim Raschke schlug in seinem Buch *Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind* (1993) das Modell einer professionellen „Rahmenpartei“ vor, in dem ein professioneller Kern arbeitet. Statt Mitglieder gibt es nur Förderer.

Der Vorschlag der gesamtgesellschaftlichen LD ist eine neue Mischung aus allen drei Vorschlägen zusammen. Zwar bleiben Parteien erhalten, werden jedoch mit beliebigen gesellschaftlichen Gruppen (NGOs, Verbände, Pressure Groups, Vereinen, etc.) gleichgestellt und damit ihres bisher exklusiven Verfassungsrangs enthoben.

2.1.3.) Was ist eine gute innerparteiliche Demokratie?

Die beste Form der innerparteilichen Demokratie ist nach Auffassung des Autors diejenige, für die sich die Mehrheit der Mitglieder unter ausreichender Kenntnis aller verfügbaren Modelle in freier Wahl entscheiden. Das wichtigste messbare Kriterium, ob eine innerparteiliche Demokratie „gut“ oder „schlecht“ funktioniert, ist daher die Beurteilung der Zufriedenheit und der Wunsch nach einem Wechsel zu einer anderen Form der innerparteilichen Demokratie.

Dennoch gibt es darüber hinaus Kriterien, die nach Auffassung des Autors Voraussetzung für hohe Zufriedenheitswerte sein könnten. Folgende Kriterien sollten optimal ausgestaltet sein:

- Entscheidung statt Anhörung:

²³ Detterbeck, Klaus, *Mitglieder in professionalisierten Parteien: Wofür brauchen Parteien noch Mitglieder?*, in: Melchert, Florian (Hrsg.): *Neuanfang statt Niedergang - Die Zukunft der Mitgliederparteien*, 2009, S. 302.

- Möglichkeit direkter Abstimmung über (im Extremfall) sämtliche, inhaltlichen Entscheidungen.
 - Die verwendeten Verfahren sollten in der Lage sein belastbare Ergebnisse zu produzieren, die tatsächliche Mehrheiten und Minderheiten erkennen lassen.
 - Tatsächliche Wirkungskraft und Akzeptanz der inhaltlichen Ergebnisse für sämtliche Gremien der Partei: Vorstand, Parteitage, Fraktionen und Abgeordnete²⁴. Konsequenterweise dann auch in der Außenwirkung der Partei.
- Hohe Transparenz:
 - Maximale Transparenz und damit Nachvollziehbarkeit des Zustandekommens sämtlicher Entscheidungen aller Parteistrukturen.
 - Maximale Transparenz über die Struktur der Partei an sich und (so weit wie möglich) sämtlicher inhaltlich arbeitender Gruppierungen.
 - Maximale Transparenz über alle anstehenden Entscheidungen (Termine) und Themen, die in Arbeit sind.
- Niedrige Einstiegshürden:
 - Zeitlich müssen Mitglieder schnell, im Idealfall jederzeit und unmittelbar, mit der inhaltlichen Beteiligung beginnen können.
 - Es muss eine unterschiedliche Intensität der Beteiligung möglich sein. Die einfachste Form sollte nicht zu viel Zeit kosten, dem Grad der Intensität der Beteiligung darf hingegen kein Limit gesetzt werden.
 - Organisatorisch muss die Teilnahme einfach sein. Im Idealfall darf sie keinerlei technische oder intellektuelle Hürden beinhalten.
 - Personell sollte auch ein einzelnes Parteimitglied ganz alleine Prozesse anstoßen können.
- Stabile Prozesse:
 - Mitbestimmung sollte festen Regeln unterliegen.
 - Die Regeln sollten sich während des Prozesses nicht ändern und für alle Ebenen gleich sein.
 - Zwischen dem Beginn einer Debatte und der Entscheidung sollte genug Raum zur Information aller Mitglieder und für eine ausreichend lange Debatte vorliegen, um unüberlegte Ad-hoc-Entscheidungen zu vermeiden.
- Freie Kommunikation & Debatten:
 - Die interne Kommunikation sollte frei und hierarchielos sein.
 - Störungen und Provokationen sollten, statt durch eine feste Hierarchie, durch alle an der Kommunikation Beteiligten gemeinsam sanktioniert werden.
 - Kooperation und Kollaboration innerhalb der Partei müssen einfach sein.
- Unterlegene Minderheiten-Positionen sollten nicht unterdrückt werden oder sonstigen organisatorischen oder sozialen Repressionen unterliegen.
- Ein einfacher Wechsel zwischen Aktivität und Inaktivität sollte Parteimitgliedern möglich sein.

²⁴ Hohe Akzeptanz ist nicht mit einem imperativen Mandat zu verwechseln. Sie meint nur eine grundsätzliche Bindung der Fraktionen an die Parteibasis.

2.2.) Der Einfluss des Internets auf politische und gesellschaftliche Kommunikation

Die gesellschaftliche Kommunikation im Informationszeitalter zu verstehen ist essentiell, da Informationstechnologien Motor für gesellschaftliche Veränderungen sind. Frei nach Marx könnte man behaupten: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft, ist die Geschichte von Informationstechnologie“. Zumindest schaffte sie immer wieder die Voraussetzungen für gesellschaftliche Veränderungen.

Dies lässt sich von der Erfindung der Schrift und des Papiers in Ägypten und China (größere Herrschaftsbe-
reiche), über das (Quasi-)Wissensmonopol der Katholischen Kirche (Mönche, Bibliotheken, Bibel), den
Buchdruck (Flugzettel, Aufklärung, Kirchenspaltung) bis zu den Zeitungen (Bürgertum, Französische Revolu-
tion, 48iger) verfolgen. Auch die Zensur im Deutschen Bund oder die Verwendung der neuer Medien für
Propaganda von den Nationalsozialisten sind eindrucksvolle Beispiele für solche Veränderungen.²⁵

Mit dem Internet gibt es erneut etwas „Neues“ und damit möglicherweise erneut die Möglichkeit für ge-
sellschaftliche Veränderung. Die Idee der LD ist nicht nur im Internet entstanden und gewachsen, sondern
bezog auch seine Inspiration aus den spezifischen Eigenschaften der Netzkommunikation.

Diese Eigenschaften des Internets und seine fundamentale Veränderung für die politische Kommunikation,
sollen im Folgenden beschrieben werden. Die Kenntnis über diese Veränderungen ist für das Verständnis
von LD essentiell.

Bezeichnung: Das Internet ist kein Medium

Das Internet wird oft als ein „Medium“ bezeichnet, was eine Gleichstellung mit den Medien Kino, Zeitung,
Fernsehen, Radio u. Ä. nahe legt. Richtig ist, dass es im Internet viele Medien gibt: Radio, E-Mails, Fernse-
hen, Foren, Zeitungen, Blogs, soziale Medien, Podcasts, Video-Plattformen etc. Das Internet selbst ist je-
doch mehr als die Summe dieser Medien. Das Internet ist nichts anderes als die Verbindung von Computer-
Netzwerken. Das Internet ist also eher eine öffentliche für jedermann nutzbare Plattform, in der u.a. das
passiert, was Nutzer als das „World Wide Web“ wahrnehmen. Damit ist das Internet kein Medium, sondern
ein öffentlicher Kommunikationsraum.

Kommunikationsräume gab es aber auch schon vorher. Was macht diesen neuen Kommunikationsraum so
besonders? Einen Überblick liefert der Text von Christoph Kappes,²⁶ der für die folgende Zusammenfassung
als Vorlage diente:

Billige Infrastruktur

- Wer vor der Erfindung des Internets Informationen aufbereiten und einem Massenpublikum zufüh-
ren wollte, brauchte sehr teure Druckmaschinen, Fernseh- und Rundfunkstationen oder Presswerke
für Platten und CDs. All dies war mit hohen Kosten verbunden; eine kaum überwindbare Hürde für
einfache Bürger. Die TAZ war die einzige erfolgreiche Gründung einer Tageszeitung seit 1952 in
Deutschland.
- Hinzu kamen die *Kosten* für die *Informationsverbreitung*. Teure Postverteilung, exklusive Frequen-
zen, Vertriebsrechte über TV-Kabel und -Satelliten, komplexe Strukturen im Verlagswesen, im
Buchhandel sowie bei Musiklabels. Die gesamte Medienwelt war und ist ein sorgsam geschützter
und oft abgeschotteter Markt.
- In diese Welt brechen die neuen Medien herein: Wer heute einen durchschnittlichen 500 Euro teu-
ren Computer besitzt, kann in der digitalen Produktion technisch mit Profis mithalten. Auch die

²⁵ Ich verweise an dieser Stelle auf entsprechende evolutionäre Theorien der Kommunikationswissenschaft.

²⁶ Kappes, Christoph, *Die Facebook-Revolution – Gedanken zum Einfluss des Internets auf politische Umbrüche*, 2011,
<http://goo.gl/f7Q75>.

Kosten für professionelles Foto-, Audio- und Videoequipment sind gesunken. Einige Amateure haben sich eigene Mini-Studios gebaut und produzieren profitabel. Auf dem Handy waren die Amateure sogar deutlich früher als die klassischen Medien.

- Noch dramatischer sind die *Kosten für die Distribution* gesunken. Digitale Inhalte übers Netz zu verbreiten bedarf kaum mehr Kapital. Der Einstieg ist sehr günstig, die Infrastruktur kann dynamisch mitwachsen. Zudem kann die Distribution in vielen Bereichen sogar an kostenlose Dienstleistungsplattformen abgegeben werden.²⁷

Der Computer: Die perfekte Kopiermaschine

- Der Computer ist im Kern eine Kopiermaschine wie die Buchpresse. Noch bessere Kopiermaschinen sind nur „vernetzte Computer“. Jeder Aufruf einer Website oder eines Videos setzt zwingend die Kopie der Inhalte – mindestens in den Zwischenspeicher des PCs – voraus. Ein sicherer Kopierschutz existiert nicht, wie die Musik- und Filmindustrie schmerzlich erfahren mussten.

Beständigkeit von Informationen

- Informationen sind nicht nur günstiger zu transportieren, sondern auch günstig zu speichern. In der Folge *verschwinden Informationen nicht mehr*. Während bei analogen Medien entweder gar keine Speicherzeit (TV, Radio) vorgesehen ist oder wie bei Zeitungen die Medien bereits am Tag nach der Veröffentlichung vergriffen sind, bleiben in der digitalen Welt Artikel, Audio- und Videomedien sowie Webseiten oft dauerhaft erhalten.
- Doch selbst bei Löschung von Webseiten können Services, wie der Google Cache oder die „Way-back-Maschine“ Informationen wieder zur Verfügung stellen. Sie nutzen das zuvor beschriebene Kopierprinzip.
- Keine Kapazitätsbegrenzung: Hatten Radio und Fernsehen noch eine Sendezeitbegrenzung auf rund 24 Stunden täglich und Zeitungen eine Begrenzung auf eine gewisse Blätteranzahl, gibt es im Web praktisch keine natürliche oder sinnvolle Begrenzung mehr. Entsprechend können „sämtliche“ Informationen, auch umfangreiche Dokumenteordner oder ganze Datenbanken, die in der Vergangenheit stets nur wenigen Experten vorlagen, veröffentlicht werden. Technisch gibt es kein Hindernis mehr jedem Menschen alle überhaupt verfügbaren Informationen zugänglich zu machen. Eine Vision die sowohl Google als auch Wikileaks antreibt.
- Das unmittelbar verfügbare Weltwissen wächst damit dramatisch an. Hinzu kommt die Öffnung der Archive des (alten) Weltwissens. Beispiele dafür sind: das Gutenberg Projekt, Google Books, Open Data, Open Access, etc.
- Es gibt also eine Tendenz zur dauerhaften, universellen Verfügbarkeit. Umgangssprachlich bekannt als: „Das Internet vergisst nichts“.²⁸

Hohe Geschwindigkeit

- Das Internet ist „instant“ und „live“. Große Informationsmengen können schnell bewegt werden.
- Besonders die Verwendung von Datenbanken und die Durchsuchbarkeit von digital gespeicherten Texten erhöht die Geschwindigkeit der Informationsverarbeitung. Die Digitalisierung der Bücher, etwa beim Google-Books Projekt, ermöglicht es Volltextsuchen in den Büchern durchzuführen. Mit nur einem Mausklick lassen sich Bücher aus vielen hundert Jahren durchsuchen.

²⁷ Im Bereich Text helfen Bloggerportale wie Blogger.com oder Wordpress.com zu einem einfachen und kostenlosen Einstieg. Im Bereich Video stehen Youtube.com oder Vimeo.com bereit. Im Bereich Audio helfen spezielle Website-Plugins und die iTunes-Plattform bei der Verbreitung.

²⁸ Präziser wäre hier eigentlich: Das Internet vergisst nichts Relevantes; denn Informationen gehen durch Abschalten von Servern durchaus regelmäßig verloren. Relevante Informationen werden jedoch oft dank des Kopierprinzips zuvor kopiert und dann erneut veröffentlicht.

Dezentralität und Übernationalität

- Das Internet ist dezentral²⁹ und wird von keinem einzelnen Akteur kontrolliert.
- Durch die Verbindung der weltweiten Netze ist ein globaler Informationsaustausch über Staatsgrenzen hinweg möglich geworden. Zwar haben sich einige Länder wie China, Iran oder Taiwan aus diesem Netzwerk entzogen, doch die europäischen Staaten und die USA setzen zurzeit auf das offene Netz.
- Eine politisch durchgesetzte Abschaltung des Internets ist allerdings möglich, wie jüngst die Ereignisse in Ägypten zeigten. Aktivisten arbeiten jedoch an dezentralen Funkstrukturen (Freifunk), die im Notfall kommerzielle Netze ersetzen könnten.

Die Peer-to-Peer Kommunikation: Netzwerk statt hierarchisches Sender-Empfänger-Verhältnis

- Im Web ist das aktive Senden essentieller Bestandteil jeglicher Kommunikation. Ein Abruf einer Website ist erst möglich, wenn zuvor die gewünschte URL gesendet wurde. Kommunikation ist im Netz, anders als in den alten Medien, bereits in seiner Grundstruktur immer zweiseitig.
- Der Begriff „Web 2.0“ war so umstritten, weil er suggerierte, dass die Interaktion zwischen den Betreibern der Websites und den Nutzern erst ein „zusätzliches Feature“ wäre. Tatsächlich gab es jedoch kein „Web 1.0“. Verändert hatte sich lediglich die Nutzeroberfläche der kommerziellen Webseiten, die zunehmend von der interaktiven Struktur des Netzes Gebrauch machten.

Wisdom of the crowd

- *Wisdom of the crowd / kollektive Intelligenz: Die Weisheit der Vielen – Warum Gruppen klüger sind als Einzelne* heißt das Buch von James Surowiecki.³⁰ Der Begriff beschreibt das Phänomen, dass in Gruppen, die gemeinsam Informationen verarbeiten, oft bessere Lösungen erzielt werden als durch einzelne Experten.
- Das Internet ist insbesondere durch seine „public by default“ Einstellung³¹ die optimalste Verbindung der denkbar größten Masse.
 - DIGG, Twitter und Facebook sind spielerische peer-to-peer Bewertungsplattformen, welche die am meisten empfohlenen Nachrichten und Produkte hervorheben.
 - Google bewertet, anhand von Milliarden gesetzter Weblinks, wie relevant Webseiten sind. Mit Hilfe der Analyse der im Web als Schwarm agierenden Masse kann Google auch Rechtschreibung verbessern, Werbespam identifizieren, Texte in verschiedene Sprachen übersetzen und menschliche Sprache verstehen.
 - Andere Beispiele für „Schwarmintelligenz“ sind die Online-Enzyklopädie Wikipedia oder Nutzerbewertungen und Kundenempfehlungen auf Shoppingwebseiten wie Amazon.

2.2.1.) Die positiven Konsequenzen

Aufhebung von Informationsmonopolen

- Durch die geringen Kosten sind die politischen und wirtschaftlichen Chancen für alle Teilnehmer Informationen und/oder Produkte zu verbreiten nun gleich groß. Welche Informationen hohe Ver-

²⁹ Gelegentlich wird diese Dezentralität auch als „rechtsfreier Raum“ bezeichnet.

³⁰ Surowiecki, James, *The Wisdom Of Crowds: Why The Many Are Smarter Than The Few And How Collective Wisdom Shapes Business, Economies, Societies And Nations*, 2004.

³¹ „Public by default“ bedeutet, dass die meisten Dienste zunächst einmal grundsätzlich öffentlich, nicht privat sind. Während Datenschützer Facebook, Flickr, Twitter und ähnliche Dienste dafür kritisieren, ermöglicht diese Einstellung jedoch erst die attraktive Auswertung von Datenbanken.

breitung finden hängt nun stärker von der Qualität und weniger von der hinter ihr stehenden Infrastruktur ab.³² Die alten *Informationsmonopole* verschwinden.

- In den USA stieg das Blogger-Portal „Huffington-Post“ zum national meistgelesenen Onlineneportal nach der New York Times auf.
- Gleichzeitig verloren 2009 die größten US-Zeitungen rund zehn Prozent ihrer Auflage im Vergleich zum Vorjahr.³³ Seit 2008 wurden 166 Tageszeitungen eingestellt.³⁴
- Alleine YouTube stellt monatlich mehr Videomaterial online, als die US-Sender ABC, NBC und CBS seit ihrer ersten Sendung 1948 gemeinsam ausgestrahlt haben. Pro Minute kommen 48 Stunden Video-Material hinzu.^{35,36,37}
- Einige Stars, wie etwa Justin Bieber oder Lady Gaga, haben mit mehr als 10 Millionen Lesern im Twitter-Netzwerk in etwa die zehnfache Leserschaft der New York Times, ohne jegliche Kosten.
- Der kostenlose Micro-Blogging Service Tumblr hatte Mitte 2010 rund 6,5 Millionen User³⁸ und der Blogger-Dienst Wordpress.com 16 Millionen Blogs³⁹. Laut Google soll die Zahl der insgesamt verfügbaren Webseiten 2008 die Grenze von einer Billion überstiegen haben.⁴⁰
- In der Folge können Bürger einfacher als in der Vergangenheit *aktiver Teilnehmer* oder *Produzent* von Informationsmedien werden. Brechts „Radiotheorie“, wonach der Zuhörer selbst zum Sender wird, ist Realität geworden. Harvard Professor Lawrence Lessig spricht in Bezug auf das Internet von einer „ReWrite Culture“, welche die „artificial Read-Only Culture“ der alten Medien ablöst.⁴¹ Damit sinkt auch die bisherige Einstiegshürde für eigene Beiträge zu politischen Debatten. Vorbei an den klassischen Medien kann nun jeder Informationen verbreiten.
 - Die Debatte über Horst Köhlers Äußerung zu Handelskriegen wurde in den Medien erst mit rund einer Woche Verzögerung, und nur auf Druck von Bloggern und Twitter-Nutzern, geführt. Sie endete mit einem überraschenden Rücktritt. Eine exakte Aufarbeitung hat der Charta-Blog erarbeitet.⁴² Auch die anschließende Kampagne für Joachim Gauck wurde von Bürgern im Netz organisiert.⁴³
 - Bis dato unbekannte Reichweiten hatte auch die binnen weniger Tage organisierte europaweite Bewegung unter dem Twitter-Hashtag „#Unibrennt“ im Mai 2010, die sich fast vollständig unter Ausschluss der klassischen Medien formierte.
 - Immer häufiger tauchen kleine Instant-Kampagnen auf, die oft binnen weniger Stunden organisiert werden.⁴⁴

Offenheit und Transparenz

- Da alle Informationen kopierbar sind und Kopierschutz praktisch nicht möglich ist, entsteht im Netz eine Kultur der- und eine Forderung nach *Offenheit* und *Transparenz* aller Informationen. Reflek-

³² Voraussetzung für die Aussage ist, dass die sogenannte „Netzneutralität“, d.h. die politische Gleichbehandlung von Datendurchleitung durch die Netzbetreiber, erhalten bleibt. Der Wunsch großer Akteure am Medienmarkt ist es, dass ihre Dienste zukünftig bei der Datendurchleitung gegenüber den Amateuren künstlich bevorzugt werden.

³³ Vgl. dazu: Pressemitteilungen Online, Zeitungskrise in USA verschärft sich weiter - Auflagenzahlen im Print sinken, o. J., <http://goo.gl/1gjZT>.

³⁴ Vgl. dazu: Presstext, *USA verlor 166 Zeitungen in zwei Jahren*, 2010, <http://www.pressetext.com/news/20100707004>.

³⁵ Vgl. dazu Mashable, *YouTube is Huge and About to Get Even Bigger*, 2009, <http://mashable.com/2009/05/20/youtube-video-uploads/>.

³⁶ Vgl. dazu: YouTube, Nutzer „xplanevisualthinking“, *Did You Know 4.0*, 2009, ab Minute 1:04: <http://youtu.be/6ILQrUrEW8>.

³⁷ Vgl. Official YouTube Blog, *Thanks YouTube community for two BIG gifts on our sixth birthday!*, 2011, <http://goo.gl/AIVjX>.

³⁸ Vgl. MG Siegler auf Techcrunch, *Tumblr Is On Fire. Now Over 6 Million Users, 1.5 Billion Pageviews a Month*, 2010, <http://techcrunch.com/2010/07/19/tumblr-stats/>.

³⁹ Vgl. TheNextWeb, *WordPress.com growing fast. Over 6 million new blogs in 2010, pageviews up 53%*, 2011, <http://goo.gl/JwBMC>.

⁴⁰ Vgl. Alpert, Jesse/Hajaj, *Nissan The Official Google Blog, We knew the Web was big...*, 2008, <http://googleblog.blogspot.com/2008/07/we-knew-web-was-big.html>.

⁴¹ Lessig, Lawrence, *Laws that choke creativity*, 2007, ab Minute 7:20, http://www.ted.com/talks/larry_lessig_says_the_law_is_strangling_creativity.html.

⁴² Carta, *Horst Köhler: Ein Rücktritt unter Blog-Mitwirkung*, 2010, <http://carta.info/28218/horst-koehler-ein-ruecktritt-unter-blog-mitwirkung/>.

⁴³ Reißmann, Ole, *Go for Gauck - Netzgemeinde schwärmt für "mein_praesident"*, 2010, <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,699355,00.html>.

⁴⁴ Beispiele für solche Schnellkampagnen sind unter www.seheichmichgezwungen.de oder parlamentarische-zwaenge.de zu finden.

tiert ist dies bereits in den ersten zwei Prinzipien der Hacker-Ethik aus den 80iger Jahren: „1. Der Zugang zu Computern und allem, was einem zeigen kann, wie diese Welt funktioniert, sollte unbegrenzt und vollständig sein. 2. Alle Informationen müssen frei sein.“⁴⁵ Aus der seit einigen Jahren einflussreichen Aktivistengruppe „Telecomix“ wurde diese Forderung zu den „Datalove-Prinzipien“ radikalisiert: „Data is essential - Data must flow - Data must be used - Data is neither good nor bad - There is no illegal data - Data is free - Data can not be owned - No man, machine or system shall interrupt the flow of data - Locking data is a crime against datanity - Love data.“⁴⁶

Überwindung von Zensur

- Die Dezentralität sowie die übernationale Kommunikation führen zu einem weitgehenden Versagen der nationalen Zensur. Blogger und Netz-Philosoph Michel Seemann fasst die weiten Folgen unter dem Begriff Kontrollverlust.⁴⁷ Faktisch eröffnet die Dezentralität eine neue Informationsfreiheit.
- Hinzu kommt ein menschlicher Filter: Bei Löschungen werden (relevante) Informationen häufig durch die Nutzer kopiert (Computer = Kopiermaschinen) und können schnell erneut verbreitet werden (geringe Kosten). Man spricht vom sogenannten Streisand-Effekt.⁴⁸
 - Scientology ließ ein internes Werbevideo mit Tom Cruise von einer Website löschen. In der Folge taucht das Video auf hunderten Seiten neu auf und führte zur Bildung der weltweiten Protest-Bewegung „Chanology“.
 - Nach der Katastrophe auf der Loveparade in Duisburg 2010 versuchte die Stadt die Verbreitung von offiziellen Dokumenten durch eine gerichtliche Anordnung im Lokalblog „xtraneWS“ zu verhindern. Binnen weniger Stunden verteilten Nutzer aus Protest die Dokumente auf verschiedene Server in der ganzen Welt.
 - Auch die Verbannung des einst geheimen HD-DVD-Schlüssels schlug fehl. Stattdessen erreichte der Schlüssel eine ungeahnte Verbreitung, er wurde sogar in Lieder, Bilder, und Gedichte hinein codiert.
 - Als die amerikanische Regierung die Whistleblower Plattform Wikileaks abschalten ließ, wurde sie auf vielen tausend Servern in Kopie neu veröffentlicht.

Transparentere Diskussionen

- Bei Online-Debatten dominiert die Schriftform (Chat, Tweet, Facebook-Update, Mailingliste, Wiki-Debatte oder Kommentar- bzw. Forumsdiskussion), was die Archivierung und Durchsuchbarkeit stark erleichtert hat. In der Folge sind diese Debatten transparenter und nachvollziehbarer geworden.
- Bereits heute lassen sich die globalen und nationalen Debatten zu bestimmten Themen oft bis auf den einzelnen Tweet genau auszählen.⁴⁹ Weltweit wird zudem an einer automatischen, inhaltlichen Interpretation von Debatten geforscht.

Das Teilen von Informationen & die Veränderung von Kommunikationsstrukturen

- Auch im Netz teilen Menschen Informationen mit ihren Bezugspersonen: Freunden, Familien, Arbeitskollegen. Die technische Infrastruktur ermöglicht es jedoch, dass dies schneller passiert, getrennt ist von einer räumlichen und zeitlichen Zusammenkunft und zudem potentiell viel mehr Menschen erreicht.

⁴⁵ Chaos Computer Club, Hacker Ethics, o.J., <http://www.ccc.de/hackerethics>.

⁴⁶ Datalove, *The Principles of Datalove*, 2011, <http://datalove.me/>.

⁴⁷ Seemann, Michael, *Vom Kontrollverlust zur Filtersouveränität*, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), #public_life - Digitale Intimität, die Privatsphäre und das Netz, Bd. 8 der Reihe Bildung und Kultur, 2011, http://www.boell.de/downloads/2011-04-public_life.pdf.

⁴⁸ Barbra Streisand versuchte 2003 die Luftaufnahme ihres Hauses aus dem Web entfernen zu lassen. Sie erreichte jedoch das Gegenteil, ihr Foto wurde tausendfach verbreitet.

⁴⁹ Mehr zu diesem Thema ist unter dem Stichwort „Social Media Monitoring“ zu finden.

- Die Grundlage für diese Sharing-Kultur liegt in der weiter oben erwähnten Peer-to-Peer-Struktur des Netzes, die jeden Empfänger auch zum Sender macht. Soziale Medien wie Facebook und Twitter haben das Teilen von Informationen perfektioniert. Zudem drehten sie das Kommunikations-Prinzip der Push-Kommunikation (E-Mail, Chat, Telefon) in eine Pull-Kommunikation um, die wohl am besten mit einer Art persönlichem und öffentlichem Aushang verglichen werden kann.
 - Auf Twitter wurden im Mai 2010 bereits 50 Millionen Updates täglich gemessen.⁵⁰
 - Die inzwischen 600 Millionen Facebook-Nutzer⁵¹ veröffentlichten im Januar 2011 rund 133 Millionen Status-Updates täglich. Zusätzlich werden pro Tag (in Millionen) 107 Event Einladungen verschickt, 194 Fotos veröffentlicht, 734 Kommentare verfasst, 551 „Likes“ geklickt und 72 Links zu anderen Internetseiten geteilt.⁵² All diese Funktionen werden nicht primär, aber auch für politische Kommunikation genutzt. So wurde die ursprüngliche „Party-Einladungs-Funktion“ in Ägypten und anderen arabischen Ländern für Demonstrations-Aufrufe genutzt. Und statt Hochzeitsfotos teilten die Ägypter Bilder von staatlichem Terror.

Überprüfbarkeit von Informationen, Vertrauensketten

- Eine Information wird in der Regel nicht primär durch eigene Zusammenfassung, sondern als Referenz weitergegeben (technischer Link oder Vollzitat⁵³). Dadurch bleibt die Kette der Weitergabe gut erhalten und Verfälschungen werden minimiert bzw. überprüfbar.
- Die stets mitgetragene Information über die Kette und die dahinterstehenden Personenbeziehungen ermöglichen dem Leser eine schnelle Einschätzung der Glaubwürdigkeit der Ursprungsquelle vorzunehmen. Die Idee dahinter: Einem Freund des Freundes kann man vertrauen.

Nachrichtenselektion durch die Masse

- Die Auswahl an Nachrichten übernimmt zunehmend die Gesamtmasse aller Teilnehmer der Kommunikation, anstatt kleine Redaktionskonferenzen oder Chefredakteure. Jeder Teilnehmer des Netzwerkes dient dabei als menschlicher Filter, der relevante Nachrichten gewichtet, Resonanz für diese verstärkt und damit zur viralen Verbreitung beiträgt.
- Hinzu kommen automatisierte Content-Aggregatoren wie Google News, Rivva, Tweetmeme, Favstar, Wikio, Commentarist, Summify oder Postpost. Sie analysieren Nachrichtenstreams und stellen Informationen nach einer (automatischen) Analyse zusammen, häufig unter Berücksichtigung persönlicher Präferenzen oder auch der eigenen sozialen Beziehungen.

Organisationskosten sinken

- Die *Kosten der Organisation von Interessensgruppen sinken*. Statt langfristigen Vereinsgründungen reichen heute Website, Mailingliste, IRC-Räume⁵⁴ oder Facebook-Gruppe als Anfang. Gruppen wie Telecomix oder die „Anonymous“-Bewegung zeigen dies.⁵⁵ Die jüngsten Revolutionen in der arabischen Welt sowie die Demonstrationen in Spanien und Griechenland koordinieren sich, ebenfalls ohne Hierarchien, meistens über Facebook.

⁵⁰ Vgl. offizieller Twitter Blog, *Measuring Tweets*, 2010, <http://blog.twitter.com/2010/02/measuring-tweets.html>.

⁵¹ Vgl. AllFaceBook, *Facebook Surges Toward 650 Million Users*, 2011, <http://goo.gl/zPLOK>.

⁵² Vgl. SEO United, *1 Minute auf Facebook*, 2011, <http://www.seo-united.de/blog/internet/1-minute-auf-facebook.htm>.

⁵³ Blogs verlinken häufiger als klassische Medien auf ihre Quellen. Bei Twiternachrichten spricht man hingegen bei einem Vollzitat von einem „Retweet“, auf Facebook wird diese Funktion „Teilen“ bzw. „Shares“ genannt.

⁵⁴ IRC steht für „Internet Relay Chat“. Es ist entstanden 1988 und gehört damit zu den älteren Chatsystemen.

⁵⁵ Die schnellen Ad-hoc-Organisationen lassen sich auch als „Dezentrales Clustern“ bezeichnen. Vergleiche dazu: Urbach, Stephan, *Dezentrales Clustern: Von der Idee bis zum Aufbau*, 2011, <http://stephanurbach.de/2011/04/dezentrales-clustern/>.

Veränderungen politischer Kommunikation

- Das politische System wird zunehmend transparenter, künstliche Kulissen und Inszenierungen offensichtlicher. Die Transparenz des Webs trägt das Innenleben der Politik und seine Schwächen nach außen, was sich sowohl in Ergebnisse (Gesetze/Entwürfe), in Prozessen (Parlamentssitzungen, Pressekonferenzen, Ausschüsse...) bis hin zu den Personen (z. B. persönliche Twitter-Nachrichten von Abgeordneten) erstreckt.
- Mit dem Verlust des medialen Leitsystems steigt auch die Herausforderung für politische Kommunikation. Zurzeit ist sie noch auf die klassische Medien ausgerichtet: starre Pressemitteilungen, inhaltsleere Kommunikationsartefakte, rituelle 10 Sekunden-Statements. All diese Methoden funktionieren in der personalisierten und auf persönliche Glaubwürdigkeit bezogenen Netzkommunikation nicht mehr.
- Selbst interne Kommunikation wird durch Leak-Plattformen zunehmend schwieriger unter Verschluss zu halten.

Einfache Spezialisierung

- Durch alle bisher beschriebenen Effekte ist Expertenwissen für bestimmte Themenbereiche schneller als in der Vergangenheit verfügbar. Dies macht es mehr Menschen möglich, sich in kürzerer Zeit in einen Sachverhalt einzuarbeiten oder Quellen zu prüfen. Eindrucksvoll demonstriert haben das die Gegner von Stuttgart 21, die umfangreiches Wissen über Baupläne, Betriebsabläufe in Bahnhöfen, Gleisplanungen und vieles mehr vorwiesen.
- Dieser Veränderung wird durch den „Long Tail“-Effekt des Internets verstärkt. Die Tatsache, dass es im Internet keine Begrenzung der Menge von Informationen gibt, ermöglicht selbst spezialisierten Gruppen Informationen untereinander auszutauschen.
- Neu ist zudem, dass es auch Dritten extrem schnell möglich ist diese kleinen Gruppen zu finden und die dort bisher geführten Debatten nachzuvollziehen. Bekanntestes Beispiel ist sicherlich das Gutten-Plag-Wiki,⁵⁶ welches den früheren Verteidigungsminister Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg der Lüge überführte.

2.2.2.) Gefahren und Probleme

Gestörte Realitätswahrnehmung, Polarisierung

- Der renommierte US-Professor und Web-Evangelist Lawrence Lessig warnte in einer Rede vor der American Academy in Berlin,⁵⁷ dass die Gesellschaft durch den Einfluss des Internets zunehmend die „moderate Mitte“ verliert. Tatsächlich scheinen sich im Internet radikale Positionen gegenüber gemäßigeren Positionen öfter durchsetzen zu können. Grund dafür könnte sein, dass solche extremen Positionen spannender und interessanter sind, als die abwägenden Positionen der Mitte. In den kontrollierten, klassischen Medien fanden solche extremen Positionen in der Regel jedoch keine einflussreiche Erwähnung, da Medien stark auf den Durchschnitt fokussiert waren. Im Netz hingegen – wo ohne Gefahr fast jede Position angeboten werden kann – erhalten polarisierende Beiträge oft große Aufmerksamkeit. Für Lessig birgt dies jedoch das Risiko, dass die Gesellschaft sich in zunehmend speziellere Gruppen abkapselt. Auch auf sozialen Netzwerken, lässt sich dieses Phänomen beobachten.

⁵⁶ Vgl. GuttenPlag - kollaborative Plagiatsdokumentation, http://de.guttenplag.wikia.com/wiki/GuttenPlag_Wiki. Inzwischen versuchen Aktivisten die Dokortitel von sämtlichen Bundestagsabgeordneten zu überprüfen. *Doktorarbeiten-Domino - Eine freiwillige Studienarbeit über die Verteilung von Plagiaten in Parlamentarierdissertationen*, <http://www.doktorarbeitendomino.de>.

⁵⁷ Lessig, Lawrence, What We Should (Finally) Have Learned about Law and Culture on the Internet, 2011, ab Minute 40, <http://vimeo.com/22244359>.

Dagegen sein ist leicht, kollektiv Positionen erarbeiten ungleich schwerer

- In regelmäßigen Abständen schwingen Empörungswellen⁵⁸ durch die sozialen Netzwerke, die dank der „Weiterleiten“-Funktion schnell gewaltige Ausmaße annehmen können. Sie weisen oft auf ethisches Missverhalten, Skandale oder auf (empfundene) falsche Entscheidungen von Politikern und Unternehmen hin. Alleine auf Twitter⁵⁹ erreichte die Empörung rund um den Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) im November 2010 in wenigen Stunden eine Länge von 210 DIN A4-Seiten, die rein aus negativen Reaktionen bestand. Der politische Druck war derart groß, dass sich die an der Regierung beteiligten Grünen in Nordrhein-Westfalen für den Stopp des Staatsvertrags entschieden.⁶⁰
- Ungleich schwerer ist die Arbeit „für“ ein Gesetz. Etablierte Mechanismen, die das Potential für das kollaborative Verfassen von Gesetzen nutzen, sind nicht in Gebrauch. Eine seltene Ausnahme war das überparteiliche JMStV-Camp, welches im April 2011 in Aachen stattfand. Diese Offline-Konferenz zeigte jedoch vor allem, dass im Netz bisher nicht die richtigen Instrumente für politische Kollaboration zur Verfügung stehen.

Hohe Emotionalisierung in digitaler Kommunikation

- Digitale Debatten scheinen eine enthemmende Wirkung zu haben. Online-Diskussionen sind häufig geprägt von emotionalen Ausbrüchen, Beleidigungen und persönlichen Angriffen. Ursache ist möglicherweise die Entpersonalisierung durch die räumliche Trennung der Diskutanten.

Digitale Spaltung

- Im Jahre 2011 steht das Internet längst nicht allen zur Verfügung. Zu den Nachzüglern des Netzes gehört insbesondere die ländliche Bevölkerung, die in der Regel auch mit langsameren Anschlüssen leben muss. Aber auch Arbeitslose und Geringverdiener sind benachteiligt,⁶¹ da sie sich die immer noch relativ teuren Anschlüsse und aktuellen Computer nicht selbstverständlich leisten können. Zuletzt gibt es aber auch innerhalb der jungen Generation eine Spaltung in der Medien- und Technikkompetenz, die oft entlang der Bildungsschichten verläuft. Während die einen sich spielerisch und neugierig an neue Technologien heranwagen, sind andere eher zögerlich und abwartend. Besonders vorsichtig – gerade in der politischen Kommunikation – sind bisher Frauen.^{62,63}

2.2.3.) Zwischenfazit

Eine Allensbach-Studie sagt, dass „das Internet [...] eine Zeitenwende im Informationsverhalten der Bevölkerung [bedeute]. Bei Bürgern unter 30 Jahren ist das Internet inzwischen das wichtigste Medium, wenn es darum geht, gezielt nach Informationen zu suchen.“⁶⁴

All diese Effekte des Internets treffen auf das Mehrheitsentscheidungssystem „repräsentative Demokratie“, welches in seinen Grundzügen im 19. Jahrhundert erdacht und in der Mitte des 20. Jahrhunderts konkreti-

⁵⁸ In der Netzsprache wird dieses Phänomen auch als „Shitstorm“ bezeichnet.

⁵⁹ Vgl. dazu diese Auswertung, Tillmann, Hennig, Ohne Titel, 2010, <http://goo.gl/bbV11>.

⁶⁰ Vgl. dazu Pottblog, User Jens, Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) - Grüne Fraktion in NRW will jetzt doch noch einmal mit der SPD-Fraktion reden..., 2010, <http://goo.gl/LRD0J>.

⁶¹ Vgl. dazu: Englert, Kathrin, *Digitale Spaltung per Gesetz - Das Internet zwischen Produktion und Kompensation sozialer Ungleichheit im Alltag von Erwerbslosen*, 2010, <http://www.feministisches-institut.de/erwerbslose/#more-1011>.

⁶² Laut der ARD/ZDF Onlinestudie 2010 gaben nur 5 % aller Frauen an, dass „aktiv Beiträge verfassen und ins Internet zu stellen“ sie „sehr interessiert“. Diese Quote ist bei Männern mit 9 % fast doppelt so hoch. Busemann, Katrin/Gscheidle, Christoph, *Web 2.0 - Nutzung steigt – Interesse an aktiver Teilhabe sinkt*, 2010, S. 360, <http://goo.gl/2aTrr>.

⁶³ Astrid Herbold schreibt in einem ZEIT-Artikel von einer weiblichen Partizipationsunlust und zählt zahlreiche Projekte auf. Darunter auch die Wikipedia, bei der der Frauenanteil sich „seit Jahren“ nur zwischen 10 bis 15 Prozent bewege. Herbold, Astrid, *Frauen im Netz - Sag doch auch mal was*, 2011, <http://www.zeit.de/digital/internet/2011-02/internet-frauen-maenner>.

⁶⁴ Heuzeroth, Thomas/Eigendorf, J., Die Grünen sind im Internet eine Volkspartei, Welt Online, 2011, <http://goo.gl/5QUTo>.

siert wurde. Die Autoren des Grundgesetzes entwarfen die Gesellschaftsordnung vom damaligen Stand der Informationstechnologien aus.

In Perioden von vier Jahren können die Bürger eine Partei wählen, um die grundsätzliche Ausrichtung der Politik zu beeinflussen. Dem Bürger war die Rolle als Parteimitglied zudedacht. Die Parteien, nicht die Bürger, sollten die Interessen akkumulieren und auch die politischen Eliten auswählen. Eine Beteiligung der Bevölkerung am Gesetzgebungsprozess war nicht geplant. Im Gegenteil: Die Verfassung verzichtete auf jegliche direktdemokratische Elemente, hatte man doch die von Hitler inszenierten Volksabstimmungen als Schreckensbild im Kopf. Heutige NGOs und Bürgerinitiativen tauchten nur in Form der Vereinsfreiheit auf. Eine gestaltende - oder gar den Parteien vergleichbare - Rolle wurden ihnen nicht zugeschrieben. Ad-hoc-Interessenorganisationen, wie sie das Internet zunehmend ermöglicht und beschleunigt, sind sogar überhaupt nicht berücksichtigt.

Wie bei jedem Fortschritt der Informationstechnologie in der Vergangenheit, ist auch hier mit einer Veränderung der Erwartungshaltung der Bürger zu rechnen. Zwar erschließt das Internet keine neue Gesellschaftsschicht, sie weckt jedoch Wünsche nach einer intensiveren Beteiligung, ohne sich den klassischen Parteiregularien und ihrer hierarchischen Ordnung unterwerfen zu müssen.

Das zurzeit beobachtete Aufbegehren des „Wutbürgers“ bei Stuttgart 21, beim erzwungenen Atomausstieg oder bei der Debatte um „Zensursula“ wäre demnach kein Zufall, sondern einer logische Folge der kommunikativen Weiterentwicklung. Wenn dem Bürger heute genauso viele Informationen vorliegen wie jedem Bundestagsabgeordneten auch, wieso soll die Macht dann exklusiv nur bei diesen liegen? Wenn jeder Bürger selbst Experte werden kann, wie wird dann die ausschließliche Beamtenmacht in den Ministerien gerechtfertigt? Wenn es keine Kosten mehr verursacht behördliche Dokumente ins Netz zu stellen, warum sind dann nicht alle online? Wenn alle Diskussionen billig ins Netz gestreamed werden können, warum gibt es dann geschlossene Ausschusssitzungen?

Ein Umdenken sei laut Heiner Geisler, Vermittler zwischen altem System und neu vernetztem Bürgertum, dringend nötig. Roland Roth sieht eine „Blockade zwischen Staat und Bürgern“ und glaubt, dass sich „demokratische Innovationen weltweit einen Weg bahnen“.⁶⁵ Michael Seemann schreibt, dass von diesen Veränderungen „jede Art von Machtakkumulation gefährdet ist. [...] Der Kontrollverlust wird früher oder später alle Metastrukturen nivellieren, denn er ist genau das, was sich statt Organisation und Struktur einsetzen will.“⁶⁶ Der Medientheoretiker Peter Weibel sagt in einem Interview mit der TAZ:

„Wir erleben den Übergang von einer parlamentarischen zur performativen Demokratie. Die Bürger wollen das Monopol der parteipolitischen Kaste brechen und an der Macht teilhaben. Sie wollen ihre Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit performativ durchsetzen, das heißt den Worten oder Wahlen Taten folgen lassen. [...] Es geht – im Guten wie im Schlechten – um eine neue Stufe der Demokratie, die durch neue Technologie erzwungen wird. [...]“⁶⁷

Welche konkreten Veränderungen politische Systeme ganz unmittelbar haben, zeigt das nächste Kapitel.

⁶⁵ Roth, Roland, *Die Blockade zwischen Staat und Bürgern – Demokratie im Wandel*, 2011, <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/hintergrundpolitik/1349042/>.

⁶⁶ Seemann, Michael, *Weltkontrollverlust*, 2011, <http://mspr0.de/?p=2058>.

⁶⁷ Unfried, Peter, *Medientheoretiker über Bürgerproteste – Das Internet ist performativ*, 2011, <http://www.taz.de/1/leben/alltag/artikel/1/das-internet-ist-performativ/>.

2.3.) Folgen für Debatten & Arbeitsmethoden in der Piratenpartei

Was sind die Folgen aus dieser neuen „Lebenswelt Internet“ für die Piratenpartei? Welche Anpassungen hat sie vorgenommen? LD stand keineswegs am Anfang dieser Anpassung. Die ersten Konsequenzen zur Verbesserung der innerparteilichen Demokratie waren ganz anderer Art:

Vermeidung von Hierarchien

- *Verzicht auf das Delegiertensystem:* Um jedem Parteimitglied möglichst viel Mitbestimmung zu ermöglichen, verzichtet die Piratenpartei auf ein Delegiertensystem. Jedes Mitglied kann zu allen Landes- und BPTen fahren und selbst abstimmen. Beim bisher größten Parteitag in Bingen nahmen etwa 1000 Piraten⁶⁸ teil. Es gibt Überlegungen, bei einem weiteren Wachstum, sog. „dezentrale BPTe“ zu organisieren, die audiovisuell vernetzt werden.
 - Parteimitglieder genießen auf Bundes- und Landesparteitagen, aber auch auf Vorstandssitzungen, ein *niedrigschwelliges Rede- und Antragsrecht*. Fast alle Landesverbände ermöglichen es, Fragen und Anträge über das Wiki an den Landesvorstand zu stellen.
 - *Online-Abstimmungstools:* Die Piratenpartei hat vornehmlich in den Landesverbänden zahlreiche einfache Voting-Systeme entwickelt. Etwa der Piraten-Sextant,⁶⁹ elektronische Urabstimmungen oder die Meinungsfabriken.⁷⁰ Im Landesverband Hessen, Bayern und in Baden-Württemberg werden Umfragen durch eine Website durchgeführt, für welche die Mitglieder jeweils eine anonymisierte Einladung per E-Mail erhalten (LimeSurvey).⁷¹
- ⇒ Die Partei nimmt damit das Web-Prinzip der n:n Kommunikation auf. Jeder Teilnehmer am „Netzwerk“ Partei ist ein gleichberechtigter Akteur.

Transparenz

- Die Bundesvorstandssitzungen werden live über eine offene Telefonkonferenzsoftware ins Internet gestreamed. Der Stream wird archiviert, protokolliert und ist auch als Podcast über iTunes zu abonnieren. Viele Landesvorstände tagen öffentlich.
 - Alle internen Mailinglisten der Partei und ihre Archive sind öffentlich (Ausnahmen: Bundes- und Landesvorstände, sowie die Schiedsgerichte). Dies gilt auch für fast sämtliche andere interne Kommunikation, etwa Foren oder Twitter.
 - Alle Protokolle, von den Crew-Sitzungen bis hin zu Wort-, Antrags- und Ergebnisprotokollen von Landtags- und BPTen, sind maschinenlesbar im Wiki abrufbar.⁷² Alle Veranstaltungen sind offen für Gäste.
 - Wohl auch als einen symbolischen Akt für mehr politische Transparenz hat die Piratenpartei Deutschland einen Wikileaks-Server gehostet.⁷³
- ⇒ Die Partei versucht damit dem Prinzip von Offenheit und Transparenz Rechnung zu tragen. Alle Prozesse, die zum Zustandekommen von Entscheidungen führten, sollen durch die Totaltransparenz nachvollziehbar werden.

⁶⁸ Die Mitglieder der Piratenpartei bezeichnen sich selbst als „Piraten“, so wie die Mitglieder der SPD sich als „Sozialdemokraten“ bezeichnen. Die Bezeichnung „Pirat“ / „Piraten“ wird in diesem neutralen Sinne auch in dieser Arbeit verwendet. Sie ist keine Anbiederung. Die Piratenpartei verwendet den Begriff zudem geschlechtsneutral – also ohne einen Unterschied zwischen „Piraten“ und „Piratinnen“ zu verwenden. Auch in dieser Arbeit sind mit „Piraten“ stets beide Geschlechter gemeint.

⁶⁹ Piratensextant, o. J., <http://piratensextant.de/text/index>.

⁷⁰ Vgl. Piratenwiki, Meinungsfabrik Mecklenburg-Vorpommern, <http://wiki.piratenpartei.de/MV:Meinungsfabrik>. Antragsfabrik Bayern, http://wiki.piratenpartei.de/Antragsfabrik_Bayern. Antragsfabrik Bundesparteitag, http://wiki.piratenpartei.de/Bundesparteitag_2010.1/Antragsfabrik.

⁷¹ Eine umfangreiche Aufschlüsselung nach Landesverbänden hat der Autor online ergänzt. Jabbusch, Sebastian: *Innerparteiliche Demokratie in den Landesverbänden*, 2011, <http://demokratiepiraten.blogspot.com/2011/03/innerparteiliche-demokratie-in-den.html>.

⁷² Eine Übersicht über die Protokolle gibt es online. Piratenwiki, Protokollsammlung, <http://wiki.piratenpartei.de/Protokolle>. Ein Beispielprotokoll: Piratenwiki, Protokoll des Landesparteitags Brandenburg, <http://wiki.piratenbrandenburg.de/Parteitag/2011.1>.

⁷³ Piratenpartei Deutschland, *Piratenpartei Deutschland hilft Wikileaks*, 2010, <http://www.piratenpartei.de/node/1260/49047>.

Tendenz zu dezentralen, flexiblen und teils chaotischen Strukturen

- In manchen Landesverbänden (NRW, Berlin) verzichtet die Piratenpartei auf Kreis-, Bezirks- und Ortsverbände. Stattdessen setzt sie auf lockere Gruppen, die „Crews“ genannt werden. Diese bestehen meistens aus fünf bis neun Piraten, die durch Sprecher miteinander verbunden sind. Für spezielle Anliegen gibt es zudem horizontale Arbeitsgruppen, -kreise und Projektgruppen. Das Konzept soll sich flexibler anpassen, um damit strukturelle Verkrustungen zu vermeiden und die „Jagd“ nach Partei-Posten reduzieren.⁷⁴
 - Die Piratenpartei unterhält zwar eine reale Bundesgeschäftsstelle in Berlin, nutzt diese jedoch kaum. Das Ladengeschäft wird primär für Treffen von Arbeitsgruppen des Landesverbandes Berlin genutzt. Zurzeit wird an einer „virtuellen Geschäftsstelle“ gearbeitet, durch welche die anfallenden Anfragen unter aktiven Parteimitgliedern aufgeteilt werden.⁷⁵
 - Es gibt keinen Zwang zur Mitgliedschaft. Nicht-Parteimitglieder werden als „Freibeuter“ bezeichnet, und grundsätzlich gleichbehandelt. Sie haben jedoch kein Stimmrecht bei Parteitag. Auch eine doppelte Parteimitgliedschaft (z. B. auch noch eine bei der SPD) ist bei den Piraten möglich.
 - AGs können von jedem Piraten ohne Genehmigung gegründet werden.⁷⁶
 - Ein reguliertes Verfahren für die Antragskommission hat die Piratenpartei bisher nicht eingeführt. Beim den letzten BPTen gab es eine freiwillige Antragskommission, die sich auf die Sortierung der Anträge beschränkte.
 - Aus der Partei heraus haben sich zahlreiche kleine und teils temporäre Vorfeld-Organisationen gegründet, die der Partei mal näher und mal ferner stehen. Beispiele sind etwa das Piratenradio, der Musik-Piraten e. V. oder die Initiative §108e, Piraten ohne Grenzen oder der BVVLeaks e. V.
- ⇒ Die Piraten versuchen damit die positiven Erfahrungen aus dem dynamischen Netz (z. B. Ad-hoc-Interessensgruppen) auf eine klassische Partei zu übertragen. Strukturen sollen sich ähnlich schnell und unkompliziert wie im Netz an die jeweiligen Bedürfnisse anpassen.

Intensive, hürdenfreie und offene Kollaboration

- *Das PiratenPad* wird von Piraten zur blitzschnellen, simultanen, kollaborativen Textarbeit übers Internet genutzt. Hier werden täglich gemeinsam Anträge entworfen, Brainstormings durchgeführt, Pressemitteilungen verfasst und auch Veranstaltungen geplant. Das PiratenPad ist aufgrund seiner einfachen und anmeldefreien Handhabung sehr beliebt und wird auch von vielen anderen Organisationen⁷⁷ intensiv genutzt. Nach Angaben der Piratenpartei Bundes IT benutzen täglich rund 2000 Menschen das Pad und schreiben gemeinsam an durchschnittlich 1000 Pads.⁷⁸
- Das Zentrum der Piratenpartei ist das *Piraten-Wiki*.⁷⁹ Es funktioniert wie- und erinnert optisch an die Wikipedia. In ihm sind die gesamte Parteigeschichte und sämtliche Entscheidungen dokumentiert. Auch hier kann - wie im PiratenPad - jeder mitarbeiten. Es dient jedoch eher für mittel- und langfristige Planungen, etwa der Wahlkampf-Organisation,⁸⁰ und zur Dokumentation. Am 25. Juni 2011⁸¹ umfasste das Wiki 29.703 Seiten mit Inhalten. Zählt man Debatten und Weiterleitungen hinzu, sind es 104.937 Seiten. Insgesamt wurden die Seiten 1.035.591 mal überarbeitet. Ins Wiki wurden 19.138 Dateien hochgeladen. Es gibt 12.951 registrierte Nutzer, 1.668 davon waren in den letzten 91 Tagen aktiv.

⁷⁴ Piratenwiki, Crewkonzept, <http://wiki.piratenpartei.de/NRW:Crewkonzept>.

⁷⁵ Piratenwiki, Virtuelle Bundesgeschäftsstelle, <http://goo.gl/vwmjH>.

⁷⁶ Eine unvollständige Übersicht gibt es online. Piratenwiki, Die AG-Liste, <http://wiki.piratenpartei.de/AG-Kommission/AG-Liste>.

⁷⁷ Zu den Nutzern des Piratenpads gehören Gegner von Stuttgart 21, Organisatoren des Kirchentages in Dresden, einzelne Landesverbände der Grünen, Demonstranten der Demokratiebewegungen in Nordafrika und Spanien und zum Teil die sog. „Anonymous“-Bewegung.

⁷⁸ Renner, Michael, *Die Bundes-IT der Superlative*, 2011, <http://flaschenpost.piratenpartei.de/2011/04/26/die-bundes-it-der-superlative/>.

⁷⁹ Zu finden ist das Piratenwiki unter <http://wiki.piratenpartei.de>.

⁸⁰ Als Beispiel kann die Organisation des Aufhängens von Plakaten bei der Landtagswahl genannt werden. Piratenwiki: Plakate im Bezirksverband Karlsruhe, http://wiki.piratenpartei.de/BW:Bezirksverband_Karlsruhe/LTW2011/Plakate.

⁸¹ Piratenwiki, Statistik Spezial, <http://wiki.piratenpartei.de/Spezial:Statistik> (Die Inhalte dieser Website werden dynamisch berechnet. Der verwendete Stand in dieser Magistearbeit stammt vom 27. Juni 2011).

- Die Piraten arbeiten kreativ, chaotisch und dezentral an Plakate, Web-Videos, Musik und Internetseiten. Eine gezielte Koordination existiert dafür in den meisten Bundesländern und auf Bundesebene nicht. Stattdessen setzen sich die „guten“ Ergebnisse – wie im Web – schlicht durch häufige Nutzung und Weiterleitung durch, während mäßige Ergebnisse ignoriert werden. Basis der Kooperation sind die Creative Commons Lizenzen.⁸²
- ⇒ Die Partei nutzt alle Vorteile, die durch die schnelle Vernetzung im Web möglich sind.

Interne Kommunikation: dezentral, chaotisch, rasant, unüberschaubar

In der Piratenpartei gibt es eine ausgeprägte Debattenkultur, die chaotisch und fast ausnahmslos im Internet stattfindet.⁸³ Einzige Ausnahme für Offline-Kommunikation bilden lokale Stammtische, Parteitage und die verhältnismäßig seltenen Konferenzen und Tagungen. Die schnellen Medien *Twitter* und *Mailinglisten* gehören zu den wichtigsten Kommunikationsmitteln der Piratenpartei.⁸⁴ Rund 225 Mailinglisten⁷⁸ gibt es in der Partei, über die an Werktagen rund 1000⁷⁸ E-Mails verschickt werden. Der Parteieigene Twitter-Account *@Piratenpartei*⁸⁵ ist mit zurzeit 47.000 Lesern der meistgelesenen Twitter-Account aller deutschen Parteien. Zurzeit erreicht die Piratenpartei über Twitter mehr Leser als der Regierungssprecher, welcher 29.000 Leser erreicht. Die meisten Mailinglisten werden online in einer Art Onlineforum (Newsserver)⁸⁶ synchron gehalten. Zahlreiche weitere soziale Netzwerke werden ebenfalls bespielt.⁸⁷ Hinzu kommen Chatsräume,⁸⁸ Foren,⁸⁹ ein Online Piratenradio,⁹⁰ Blogs,⁹¹ Voice-Chat Konferenzen,⁹² Telefonkonferenzen,⁹³ eigene Instant-Messenger,⁹⁴ sowie zahlreiche Podcasts und drei interne Zeitungen. Offizielle interne Kanäle für eine interne Kommunikation wurden bisher nicht etabliert. Lediglich für Einladungen zu BPTen, Umfragen oder für Erinnerungen der Mitgliedsbeiträge gibt es einen zentralen E-Mail Versand des Parteivorstands.

- ⇒ Insbesondere im Bereich der Kommunikation nutzt die Partei alle Kommunikationswege und fällt durch hohe Mobilisierung und Aktivität auf.

Zusammengefasst

Die Organisations- und Kommunikationsstruktur unterstützt und ist gleichzeitig Ergebnis der chaotischen, oft hierarchiefreien Entwicklung der Partei. Oskar Niedermayer schreibt: „Das organäre Kommunikations-, Partizipations- und Organisationsverständnis der Piratenpartei beruht auf den Prinzipien der Transparenz, Inklusion und Entgrenzung [...]“.⁹⁵ Dr. Michael Plaetau, der Leiter des Zentrum für Soziokybernetische Studien in Bonn sieht in der Piratenpartei die „Vision einer freien Wissensordnung“.⁹⁶ Für Felix Neumann zieht die Partei damit die „organisatorischen Konsequenzen aus dem Niedergang etablierter Organisationen und

⁸² Mit der Creative Commons Lizenz erlauben sich Internetnutzer gegenseitig die Nutzung und Weiterbearbeitung ihrer kreativen Werke. Vgl. Creative Commons, <http://creativecommons.org/>.

⁸³ Eine Übersicht ist online verfügbar. Piratenwiki, Kommunikation, <http://wiki.piratenpartei.de/Kommunikation>.

⁸⁴ Vergleiche die Umfrage zu Kommunikation in der Piratenpartei. Jabbusch, Sebastian: *Große Piratenumfrage, Auswertung Teil 2: Kommunikation und Kollaboration*, 2011, <http://demokratiepiraten.blogspot.com/2011/05/groe-piratenumfrage-auswertung-teil-2.html>.

⁸⁵ Vgl. den Account der Piratenpartei auf Twitter, <http://twitter.com/piratenpartei>.

⁸⁶ Vgl. Newsserver Piratenpartei Deutschland, <http://news.piratenpartei.de/>.

⁸⁷ Vgl. ausführliche Darstellung online. Piratenwiki, *Web 2.0 Verwaltung*, <http://wiki.piratenpartei.de/Web-2.0-Verwaltung>.

⁸⁸ Vgl. Piratenwiki, Chat, <http://wiki.piratenpartei.de/Chat>.

⁸⁹ Vgl. Piratenforum, <http://forum.piratenpartei.de/>.

⁹⁰ Das Piratenradio ist ein eigenständiges Projekt, das jedoch aus der Partei selbst entstanden ist und zahlreiche Veranstaltungen der Partei überträgt, vgl. <http://piraten-radio.net/>.

⁹¹ Übersicht der wichtigsten privaten und offiziellen Blogs der Parteimitglieder bieten zwei Übersichtsseiten. Piratenplanet, <http://planet.piratenpartei.de/>; Piratenmond, <http://piraten-mond.de/moons/Alle/>.

⁹² Vgl. Piratenwiki, Mumble, <http://wiki.piratenpartei.de/NRW-Web:Mitglieder-Portal/Mumble>.

⁹³ Vgl. Piratenwiki, Telefonkonferenz, <http://wiki.piratenpartei.de/HE:Telefonkonferenz>.

⁹⁴ Vgl. Piratenwiki, Jabba, <http://wiki.piratenpartei.de/Jabber>.

⁹⁵ Niedermayer, Oskar, Erfolgsbedingungen neuer Parteien im Parteiensystem am Beispiel der Piratenpartei Deutschland, S. 848, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Heft 4/2010, S. 838 – 854.

⁹⁶ Plaetau, Michael, Die Piratenpartei – Vision einer freien Wissensordnung, 2010, in: Forum Wissenschaft 4/10, S. 51-54.

dem Erfolg unkonventioneller Bündnisse“.⁹⁷ Manch Beobachter schreibt gar von einer „Open-Source-Partei“:

„Die Piratenpartei gleich in ihrer Organisation weniger einer klassischen Partei, sondern eher einem Netzwerk. Sie wird nicht durch klare Strukturen, sondern ein paar Gemeinsamkeiten zusammengehalten und scheint sich für eine temporäre Entscheidungsfähigkeit gegenüber einem maximalen Kommunikationsinteresse entscheiden zu haben. Ihr vorrangiges Parteiziel scheint eindeutig innerparteiliche Partizipation zu sein. [...] Das Besondere an der Piratenpartei ist somit eine Anhängerstruktur, die sich der neuen Möglichkeiten des Kommunizierens im Internet bedient und dadurch Hierarchiestrukturen vermeidet oder nur schwach ausprägt.“⁹⁸

Das Kernproblem der Piratenpartei war Ihre Unfähigkeit aus diesem kreativen Kommunikationschaos eine gemeinsam tragbare Parteilinie zu entwickeln, die über die gemeinsamen Grundforderungen hinausgehen konnte. Niedermayer, Zolleis und auch die Studie der Konrad Adenauer Stiftung⁹⁹ vermissen in der Piratenpartei ein „strategisches Entscheidungszentrum“, um verbindliche und verlässliche Entscheidungen zu treffen. Gelänge der Piratenpartei nicht seine Basisaktivitäten zu kanalisieren, sieht Zolleis in diesem Punkt „den Keim des Scheiterns“.¹⁰⁰

Da dies auch die Mitglieder bemerkten, entstand die Idee, mit Hilfe der LD von der Basis getragene Entscheidungen zu finden. Die Software dafür müsste das große Kommunikations- und Debattenchaos bändigen und die vielen Kommunikationsstränge zu einem finalen und abstimmbaren Text verdichten, der auch tatsächlich eine Mehrheit finden kann.

⁹⁷ Neumann, Felix, Piratenpartei: Mehr also die Autofahrerpartei auf der Datenautobahn, <http://carta.info/22886/piratenpartei-autofahrerpartei-auf-der-datenautobahn/>.

⁹⁸ Zolleis, Udo/Prokopf, Simon/Strauch, Fabian, *Die Piratenpartei - Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft?*, 2010, S. 22-23.

⁹⁹ Blumberg, Fabian: *Partei der "digital natives"? Eine Analyse der Genese und Etablierungschancen der Piratenpartei*, 2010, <http://goo.gl/JQJG4>.

¹⁰⁰ Zolleis, Udo/Prokopf, Simon/Strauch, Fabian, *Die Piratenpartei - Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft?*, 2010, S. 23, <http://goo.gl/a1lsj>.

3.) Die Idee „Liquid Democracy“

3.1.) Wie die Idee entstand und sich entwickelte

Viele große Ideen lassen sich auf die Veröffentlichung eines wichtigen Werkes zurückführen, haben einen gefeierten Schöpfer oder einen prominenten Befürworter. LD jedoch harrt noch der Dinge, von der anerkannten politikwissenschaftlichen Literatur entdeckt und eindeutig beschrieben zu werden. Mangels eines solchen Gründers ist sowohl der genaue Umriss der Idee als auch ihre Entstehung noch unsicher.

Mit dem Aufkommen des Internets in den 60iger Jahren wurde frühen Visionären sehr schnell klar, dass in der sekundenschnellen Vernetzung potentiell auch eine Möglichkeit zur Abstimmung über politische Themen liegen könnte. James Green-Armytage hatte sich in seinem Aufsatz¹⁰¹ bereits auf die Suche nach den Anfängen der LD gemacht, die im Folgenden zusammengefasst und ergänzt werden soll.

Im Jahr 1912 berichtet die New York Times¹⁰² von William S. U'Ren, der eine „interactive representation“ fordert. Jeder Abgeordnete solle genau so viel Stimmkraft bekommen, wie er Stimmen in der Wahl erreichte. U'Ren bezeichnete die so gewählten Politiker als „Proxys“. Diese Idee griff 1967 der Mathematiker Gordon Tullock¹⁰³ auf. Im letzten Kapitel seines Buches schlägt er fast beiläufig vor, dass die Wähler ihre Repräsentanten selbst auswählen oder im Einzelfall selbst abstimmen könnten. Diese Abstimmungen sollen „by wire“ abgewickelt werden, während die Wähler die Debatte im Fernsehen live verfolgen können.

James C. Miller setzt die Idee 1969 ins Zentrum seines Aufsatzes „A Program for Direct and Proxy Voting in the Legislative Process“.¹⁰⁴ Demnach soll der Wähler in allen Fragen die Freiheit bekommen, einen ständig wechselnden Repräsentanten zu wählen oder selbst abzustimmen. Miller ist sich der Folgen seines Vorschlags bewusst. Er schreibt, dass die Machtverteilung in einem solchen Parlament „will fluctuate on a day-to-day basis“. Green-Armytage nennt dies im Anbetracht der Computerentwicklung von 1969 „visionary“.

Shubik begrüßt in einem Aufsatz¹⁰⁵ von 1970 die Ideen von Miller, die er als „instant referendum“ bezeichnet. Er drückt jedoch seine Sorge aus, dass die öffentliche Debatte zu kurz käme und populistische Entscheidungen möglich wären. Er schlägt deshalb vor, jedes Referendum zweimal durchzuführen und in der Zwischenzeit dem Wahlvolk mindestens sechs Wochen Zeit für eine Diskussion einzuräumen.

Das eigentliche LD-Konzept wurde – ohne Bezüge auf diese frühe akademische Debatte – höchstwahrscheinlich im Jahr 2000 entwickelt. Ursprung und Evolution des Konzeptes ist wohl auf einen kollaborativen Prozess in amerikanischen Foren, Blogs und Wikis zurückzuführen. Möglicher Urheber des LD-Begriffs könnte ein anonymes Internetnutzer mit dem Pseudonym „sayke“¹⁰⁶ sein. Im Python Wiki beschreibt er 2003, wie sich die Idee entwickelte:

“In mid-2000 or so, I (sayke), started thinking about social and political structures, and about how to improve on the ones we've seen so far. I know, I know, everybody does it... But I think I stumbled

¹⁰¹ Green-Armytage, James, *Voluntary delegation as the basis for a future political system*, 2010, <http://goo.gl/L6IIO>.

¹⁰² New York Times, *Government By Proxy Now - Oregon Plan Would Present Ideas of Representative Lawmaking*, 30. Juni 1912, <http://goo.gl/iWdvd>.

¹⁰³ Tullock, Gordon, *Proportional representation*, in: *Toward a Mathematics of Politics*. University of Michigan Press, 1967, S. 144–157, zitiert nach Green-Armytage 2010.

¹⁰⁴ Miller, James, *A Program for Direct and Proxy Voting in the Legislative Process*, in: *Public Choice* 7, 1969, S. 107-113, zitiert nach Green-Armytage 2010.

¹⁰⁵ Shubik, Martin, *On Homo Politicus and the Instant Referendum*, in: *Public Choice* 9, 1970, S. 79-84, zitiert nach, Green-Armytage 2010.

¹⁰⁶ Die Identität des Nutzers lässt sich nicht mehr recherchieren, da das Wiki offline ist. Einige seiner Aussagen lassen darauf schließen, dass er wohl Programmierer war, da er sich bereits über eine Umsetzung in Python (eine universelle Programmiersprache) Gedanken machte. Als Inspiration nennt er u.a. den Science Fiction Autor Kim Stanley Robinson. Das „sayke“ tatsächlich der Erfinder des Begriffs ist, legen zahlreiche seiner Debattenbeiträge nahe, beweisen lässt es sich nicht.

upon some things. Among other things, I thought, can all government responsibility be placed under the rubric of commons [...] maintenance [sic!]? Wouldn't it be nice to have a highly-configurable voting system defined in software, that is focused specifically on resolving questions pertaining to the conservation and maintenance of commons? And what if votes could be accurately taken and concluded in minutes, or even seconds? I combined some of the ideas spawned by these trains of thought, and called the result "liquid democracy".

Liquid democracy can be thought of as a function that takes a question as an argument, and returns a list of answers sorted by group preference, but it is probably best thought of as a voting system that migrates along the line between direct and representative democracy. I think it combines the advantages of both, while avoiding their flaws. [...]"¹⁰⁷

Saykes Idee wurde interessiert wahrgenommen und in den Jahren 2001 bis 2003 weiterentwickelt, u.a. auf der Wiki-Unterseite „The Liquid Democracy Voting System“¹⁰⁸.

Demnach sollen sich über eine dezentral aufgebaute Software alle Bürger an politischen Entscheidungen beteiligen können. Die Entscheidungen werden direkt in der Software getroffen, Parlamente sind nicht mehr nötig. Abstimmungen sollen durch Verschlüsselung anonym möglich sein. Jeder Bürger hat eine Stimme. Er kann sich entweder selbst informieren und direkt abstimmen, oder – falls er keine Zeit für eigene Recherche hat – Empfehlungen von Freunden oder Experten abonnieren. Im Wiki finden sich zudem Ergänzungen, die auch eine automatisierte Entscheidung ermöglichen.

Letztere Idee greift der Nutzer „Kragg“ in einem vielbeachteten Artikel¹⁰⁹ auf. Anstatt sich durch Abonnements über Empfehlungen zu informieren, spricht Kragg ausschließlich von Stimm-Delegationen. Diese sollen zudem auch transitiv weitergereicht werden können.

Saykes schreibt daraufhin in einem „Manifesto“,¹¹⁰ dass sich die LD Debatte von seiner ursprünglichen Idee entfernt habe. Er hält an den Empfehlungen fest und betont, dass LD in absehbarer Zeit das amerikanische Wahlsystem nicht ersetzen könne, solange das Problem einer sicheren Verschlüsselung nicht gelöst sei.

Ob der Begriff LD tatsächlich von „saykes“ stammt, lässt sich nicht mit letzter Sicherheit bestimmen. Frederik Wegener spekuliert in einem Artikel in *The European*,¹¹¹ der Begriff könne auch durch den Einfluss des polnisch-britischen Soziologen und Philosophen Zygmunt Bauman entstanden sein. Sein im Jahr 2000 veröffentlichtes Buch „Liquid Modernity“ ist der Versuch einer neuen Epoche einen Namen zu geben. Nach Wegeners Zusammenfassung, beschreibt Bauman die Auflösung starrer gesellschaftlicher Konventionen und traditioneller Lebensweisen. Der gesellschaftliche Wandel durchziehe alle Bereiche wie Kommunikation, Arbeit und Politik. Dem Bürger werde ein höheres Maß an Flexibilität und Wandlungsbereitschaft abverlangt. Dafür gäbe es jedoch auch mehr Freiheiten und eine dichtere Vernetzung der Menschen untereinander. „Durch die erleichterte Erreichbarkeit von Information und Wissen wird auch der Wunsch nach politischer Mitbestimmung gesteigert“, so Wegener. Baumans Begriff einer „liquid society“ hat sich jedoch gegen den Begriff „information society“ (Informationsgesellschaft) nicht durchgesetzt. Gegen Wegeners Theorie spricht, dass sich in keinem der Online-Foren ein Bezug zu Bauman findet.

¹⁰⁷ Die Wikiseite ist offline und nur noch über die Wayback-Maschine erreichbar. Python-Wiki, Liquid Democracy, Version vom 1.8.2003: <http://goo.gl/V7SvN>.

¹⁰⁸ Nur noch über die Wayback-Maschine verfügbar: Python-Wiki, *Liquid Democracy Voting System*, Version vom 9.3.2002, <http://goo.gl/owiOl>.

¹⁰⁹ Der Artikel findet sich auf Koro5Hin.org Community und erhielt 244 Kommentare. „Kragg“, *Liquid Democracy: When, not If*, 2003, <https://www.koro5hin.org/story/2003/7/16/201556/896>.

¹¹⁰ Vgl. Ohne Autor, *Liquid Democracy In Context or An Infrastructuralist Manifesto*, o.J., http://seed.sourceforge.net/ld_k5_article_004.html.

¹¹¹ Wegener, Frederik, *Liquid Democracy und Parlamentarismus - Mittendrin statt nur am wählen*, 2011, <http://goo.gl/BNAQ2>.

Unabhängig¹¹² von der in Netz geführte Debatte, entwickelt der Informatikstudent Student Bryan Ford am MIT 2002 ein Papier namens „Delegative Democracy“.¹¹³ Allerdings verzichtet Ford auf eine Software und will Delegationen in einem klassischen Wahlverfahren nachbilden. Interessant sind seine Ideen zu Unter- und Fachforen. Die nach seinem Vorschlag gewählten Delegationsempfänger sollen die Möglichkeit bekommen, ihr Stimmgewicht an Experten oder untereinander weiter zu delegieren – und zwar je nach Forum unterschiedlich (vergleiche Abbildung 3.1-1). Unterschiedliche Delegationen – etwa nach Themenbereich oder sogar für ein einzelnes Gesetz – sind heute ebenfalls ein Element des LD Konzepts. Erst 2004 übertrug Ford – im Rahmen seines Konzepts einer Wiki-Democracy¹¹⁴ – seine Ideen in eine Softwarelösung.

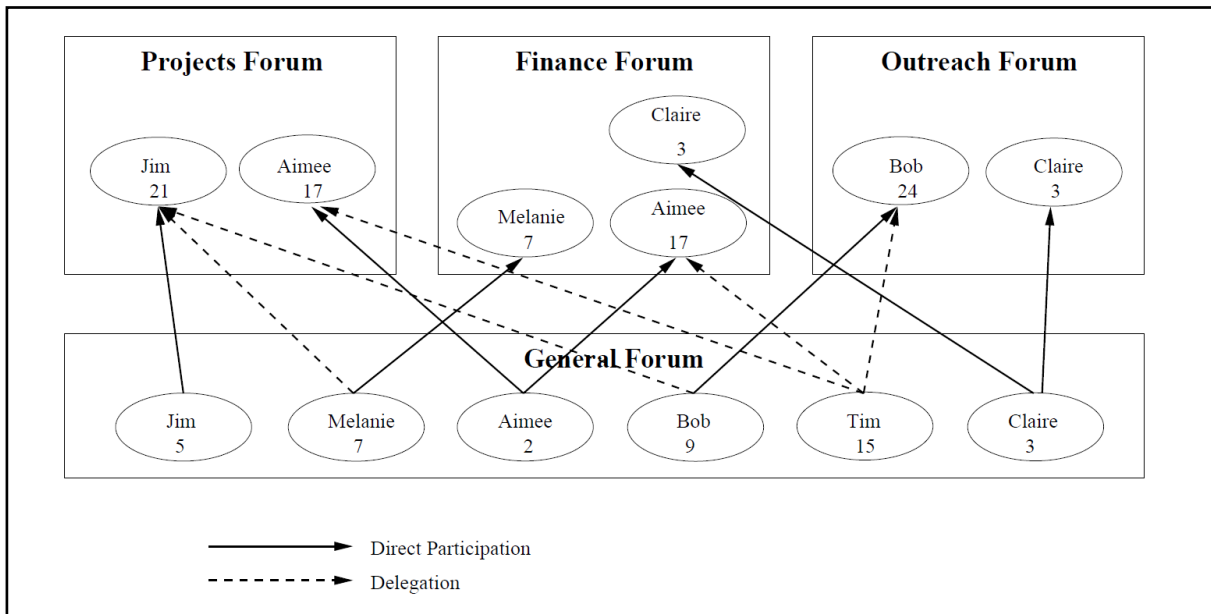


Abbildung 3.1-1 - Bryan Fords Vorschlag für Delegationen in einer „Delegated Democracy“. Delegationsempfänger können Stimmen in Unterforen weiterdelegieren.¹¹⁵

Bereits vor der LD existierten Begriffe wie „Proxy Voting“ und „Delegated Voting“. Diese wurden primär im Kontext einer Stimmübertragung im Parlament oder für einen Parteitag (z. B. im Krankheitsfall) verwendet. Diese Übertragung im Ausnahmefall wird in LD jedoch zur Übertragung im Regelfall. Es sind identische Begriffe, jedoch mit unterschiedlicher Bedeutung.

Über „Interaktive Demokratie“ wird in der deutschen Politikwissenschaft bereits seit langem diskutiert, meist jedoch unter dem Vorzeichen von Foren, Chats, Online-Wahlkämpfe und –Proteste, selten mit der Zielrichtung tatsächlicher Beteiligung.¹¹⁶

Im September 2006 gründet sich in Berlin die Piratenpartei. Die Idee der LD wird von den Parteimitgliedern von Beginn an verfolgt. Der erste Eintrag zu LD in der zentralen Kommunikationsplattform, dem sogenannten Piratenwiki, stammt vom Februar 2007.¹¹⁷ In den Fußnoten des Eintrags finden sich Verweise auf die oben genannten US-Blogs und Wikis. Eine Beeinflussung durch die amerikanische Debatte drängt sich auf.

¹¹² Links zu Liquid Democracy ergänzte Ford auf seiner Website www.brynosaurus.com/deleg/ erst zwei Jahre später, Ende 2004. Dies lässt sich über die Betrachtung der WayBack-Maschine (WBM) rekonstruieren. Sie protokolliert Veränderungen an fast allen Internetseiten. Allerdings liefert die WBM keine sicheren Ergebnisse, sondern nur eine grobe Orientierung. Das Protokoll der WBM ist hier abrufbar: <http://goo.gl/kkLpf>.

¹¹³ Ford, Bryan, *Delegative Democracy*, 2002, <http://www.brynosaurus.com/deleg/deleg.pdf>.

¹¹⁴ Vgl. Ford, Bryan, *Wiki democracy*, 2004, http://meta.wikimedia.org/wiki/User:Brynosaurus#Wiki_democracy.3F.

¹¹⁵ Ford, Bryan, *Delegative Democracy*, 2002, S. 9, <http://www.brynosaurus.com/deleg/deleg.pdf>.

¹¹⁶ Vgl. etwa Leggewie, Claus/Bieber, Christoph, *Interaktive Demokratie. Politische Online-Kommunikation und digitale Politikprozesse*, 2001, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (B 41-42/2001), <http://www.bpb.de/files/5HRV9G.pdf>

¹¹⁷ Vgl. Piratenwiki, *Liquid Democracy*, Version vom 15.2.2007, <http://goo.gl/z0c49>.

Mit dem Artikel *Die Maßgeschneiderte Demokratie* im Onlinemagazin Telepolis¹¹⁸ im Frühjahr 2007 beginnt auch in Deutschland eine onlinebasierte Debatte. Zwar taucht der LD-Begriff darin nicht auf, dennoch sind ihre Ideen enthalten.

Spätestens seit 2009 wird in Deutschland vor allem unter dem Begriff LD bzw. flüssige Demokratie intensiv über das Thema auch in den klassischen Medien diskutiert. Ursachen dafür sind die intensive Pressearbeit des „Liquid Democracy e. V.“¹¹⁹ und die Einführung der Software LQFB durch die Piratenpartei. Im Jahr 2011 lenkt die „Enquete Kommission Internet und Digitale Gesellschaft“ des Deutschen Bundestags durch die Einführung der Software „Adhocracy“ erneut Aufmerksamkeit auf das Thema. Delegationen, der Dreh- und Angelpunkt der LD Idee, blieben im Bundestag bisher abgeschaltet.

¹¹⁸ Freydorf, Christoph/Kömm, Michael, *Die maßgeschneiderte Demokratie - Vorschläge für eine Reform des demokratischen Systems*, 2007, <http://www.heise.de/tp/artikel/24/24455/1.html>.

¹¹⁹ Vergleiche dazu den umfangreichen Pressespiegel. Liquid Democracy e. V. *Presse*, o. J., <http://wiki.liqd.net/Presse>.

3.2.) Liquid Democracy heute – ein umkämpfter Begriff

Unter dem Begriff LD gibt es im deutschsprachigen Raum verschiedene Ideen und Schwerpunkte. Dies drückt sich auch darin aus, dass neben dem Begriff LD gelegentlich auch eigene Begriffe wie „Direkter Parlamentarismus“, „Partizipative Demokratie“ oder „Interaktive Demokratie“ verwendet werden. Im Folgenden sollen Gemeinsamkeiten und Unterschiede dargestellt werden.

Als Grundlage dienen dafür die Texte im Wiki der Piratenpartei,¹²⁰ die Darstellung des Interaktive Demokratie e. V.,¹²¹ des Liquid Democracy e. V.,¹²² dem Softwarevergleich von Thomas von der Elbe,¹²³ der Adhocracy-Entwickler¹²⁴, der Vortrag des Vorsitzenden des Liquid Democracy e. V.¹²⁵, der Vortrag des Liquid-Democracy-Vordenkers Martin Häckler¹²⁶ und die Darstellung der Voterola-Entwickler¹²⁷.

Kurz verwiesen sei auch auf nahestehende Debatten. Die Potentiale, die das Internet zur Verbesserung des demokratischen Systems liefert sind vielfältig. Tim O'Reilly hat die vielen möglichen Ebenen in seinem Buch „Government As a Platform“¹²⁸ angerissen. In diesem Zusammenhang gibt es auch in Deutschland zahlreiche Initiativen und Vorschläge. Die wichtigsten Stichworte heißen E-Democracy oder OpenGovernment.

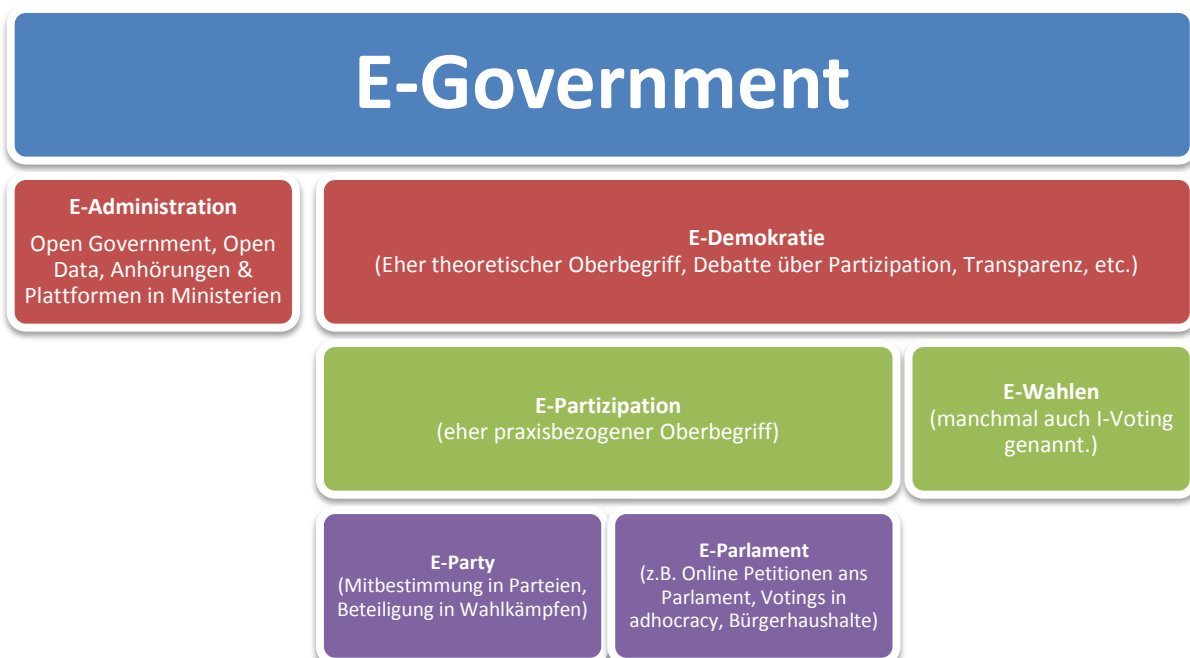


Abbildung 3.2-1 – Schematische Darstellung der Begriffe im Bereich der elektronischen Demokratie.

LD ist jedoch keine Erweiterung der bestehenden Institutionen, sondern eine radikaldemokratische Alternative. In Abbildung 3.2-1 würde es alle Elemente der E-Demokratie umfassen.

¹²⁰ Vgl. dazu Piratenwiki, *Liquid Democracy*, http://wiki.piratenpartei.de/Liquid_Democracy. Piratenwiki, *Liquid Democracy – Weitere Gedanken zur Umsetzung*, http://wiki.piratenpartei.de/Liquid_Democracy/Weitere_Gedanken_zur_Umsetzung. Piratenwiki, *Liquid Democracy – Veranschaulichung*, http://wiki.piratenpartei.de/Liquid_Democracy/Veranschaulichung.

¹²¹ Vgl. Interaktive Demokratie e. V., *Was ist LiquidFeedback?*, http://www.interaktive-demokratie.org/LiquidFeedback_DE_About..

¹²² Vgl. Liquid Democracy e. V., *Liquid Democracy*, http://wiki.liqd.net/Liquid_Democracy und Liquid Democracy e. V., *Direkter Parlamentarismus*, http://wiki.liqd.net/Direkter_Parlamentarismus.

¹²³ Vgl. Von der Elbe, Thomas, *Software-Vergleich*, o.J., http://u.zelea.com/w/User:ThomasvonderElbe_GmxDe/Softwarevergleich.

¹²⁴ Vgl. Entwickler von Adhocracy, anonym, *General Motivation*, o. J. <http://trac.adhocracy.cc/wiki/GeneralMotivation>.

¹²⁵ Vgl. Reichert, Daniel/"dwt", *Liquid Democracy - Direkter Parlamentarismus – gemeinsam verbindlich entscheiden (Vortrag)*, gehalten auf dem 26th Chaos Communication Congress - Here be dragons, 2009, <http://events.ccc.de/congress/2009/Fahrplan/events/3464.en.html>.

¹²⁶ Häckler, Martin/Reichert, Daniel, *Direkter Parlamentarismus – gemeinsam verbindlich entscheiden (Vortrag)*, gehalten im „Datengarten 32“ des Chaos Computer Clubs, 2009, https://www.berlin.ccc.de/wiki/Liquid_Democracy.

¹²⁷ Vgl. Allan, Michael, *The Structuring of Power and the Composition of Norms by Communicative Assent*, 2007-2009, <http://zelea.com/project/voterola/d/theory.xht>.

¹²⁸ Vgl. O'Reilly, Tim, *Government as a Platform*, 2010, <http://ofps.oreilly.com/titles/9780596804350/>.

Was gehört zu den Kernideen der Liquid Democracy?

Vorab stehen zwei Annahmen:

- Basisdemokratie bzw. „direkte“ Demokratie funktioniert nicht. In Gesellschaften und Parlamenten werden oft hunderte Gesetze entschieden. Bürger haben keine Zeit sich über alles in ausreichender Tiefe zu informieren.
- Die repräsentative Demokratie funktioniert nicht. Vierjährige Wahlzyklen sind zu langsam. In einer sich beschleunigenden Welt verändern sich gesellschaftliche Einstellungen schneller als im 19. Jahrhundert.¹²⁹ Auch die Informationen, wissenschaftliche und wirtschaftliche Erkenntnisse, die als Basis für unsere Entscheidungen dienen, wandeln sich schneller. In der Folge schwanken Zustimmungswerte zu Parteien beinahe im Monatstakt und von Thema zu Thema.¹³⁰ Die Verfügbarkeit von Informationen und Daten weckt den Wunsch nach intensiverer Mitarbeit und Mitbestimmung.

Weitere Punkte sind: Die Bündelwahl in Form von Parteien wird abgelehnt, da sie die Möglichkeit der demokratischen Mitbestimmung einschränkt. Zudem wird stets deutlicher, dass selbst Parlamentarier der repräsentativen Demokratie von der komplexen Welt überfordert und auch personell den übergroßen Bürokratien, den eigentlichen Autoren der Gesetzestexte, ausgeliefert sind.

Die Antwort der LD Idee liegt in der Mischung der zwei Systeme. Während repräsentative Systeme, zuweilen Elemente direkter Demokratie zulassen (z. B. Petitionen und Volksentscheide), ist die LD ein direktdemokratisches System, welches um repräsentative Elemente (Delegationen) ergänzt wurde.

Die Stimmkraft bleibt in der LD jedoch immer beim Bürger. Eine Entmachtung, wie nach dem Einwurf der Stimmkarte in die Urne, soll verhindert werden. Wenn der Bürger will, kann er über jede Entscheidung selbst abstimmen. Um die täglichen Stimmabgaben vieler Millionen Menschen zu zählen ist eine internetgestützte Abstimmungsplattform mit einer Software angedacht. Die Ausgestaltung der Abstimmungen ist jedoch umstritten.

LD sieht über die direkte Abstimmung hinaus auch ein Element vor, welches an die repräsentative Demokratie erinnert, die sogenannten Delegationen. Bürger können ihre Stimme dazu temporär auf gesellschaftliche Gruppen (z. B. Parteien / NGOs / Verbände etc.) oder Einzelpersonen (Politiker / Experte / Freund) übertragen. Diese Stimmübertragung ist jedoch im Gegensatz zur repräsentativen Demokratie jederzeit wieder entzieh- bzw. neu verteilbar. Der Bürger kann zudem seine Stimme je nach Entscheidung oder gesellschaftlichem Themenbereich auf unterschiedliche Parteien oder Gruppen delegieren. Weitere Details zu den Delegationen:

- Delegationen sind transitiv, können vom Empfänger weitergereicht werden.
- Jeder kann Delegationen empfangen.
- Die eigene Stimmabgabe deaktiviert automatisch jede Delegation.

Das Volk soll in einer LD alle legislativen Aufgaben eines Parlaments übernehmen: Ausschussdebatten, Änderungsanträge, Meinungsbilder und Beschlüsse selbst von komplizierten Gesetzestexten. Wichtigstes Recht des Bürgers im LD System ist es, jederzeit selbst Vorschläge für neue Gesetzestexte einbringen zu können.

¹²⁹ Vgl. Neumann, Felix, *Ohnmacht, Wut und repräsentative Demokratie*, 2010, <http://fxneumann.de/2010/10/01/ohnmacht-wut-und-repraesentative-demokratie/>.

¹³⁰ Vergleiche dazu auch die Debatte um Verlust von Stammwählern, die Auflösung von Cleavages und der Zuwachs von Wechselwählern.

Im Rahmen der LD Debatte in der Piratenpartei sind auch einige Visualisierungen entstanden. Die Abbildung 3.2-2¹³¹ zeigt die verschiedenen Möglichkeiten wie Bürger in einer LD abstimmen können und wie sich das Endergebnis zusammensetzt.

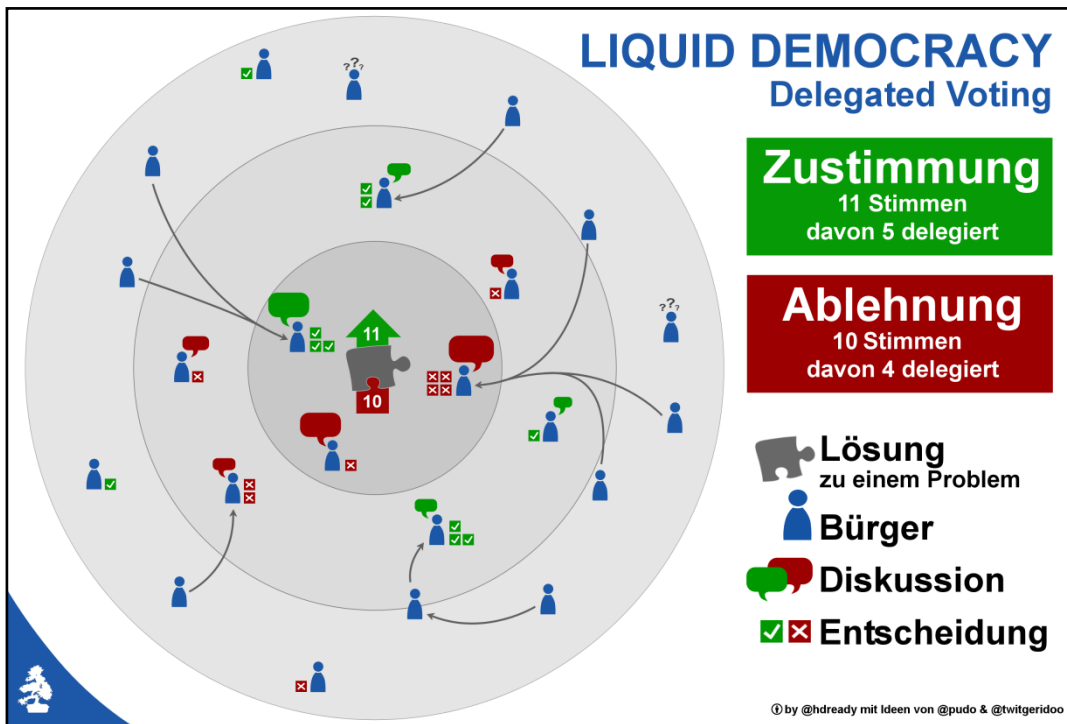


Abbildung 3.2-2 – Schematische Darstellung einer Abstimmung in einer LD. Bürger können direkt stimmen, ihre Stimme delegieren, Delegationen erhalten oder sich enthalten. Es gibt kein „oben“ und unten“ in der Gesellschaft, da jeder Delegationen empfangen kann. Wer Delegationen empfängt kann diese nutzen oder weiterreichen.

Mit der Idee der LD werden zahlreiche Hoffnungen verknüpft:

- Durch das prinzipiell von „unten nach oben“ geordnete System werden sich Themen schneller durchsetzen und die Politik schneller auf gesellschaftliche Veränderungen reagieren.
- Das System ermöglicht höheren Kontrolldruck gegenüber den Delegationsempfängern, da Ihnen Stimmen jederzeit entzogen werden können.
- Die Auswahl an Kandidaten, Gruppen und Experten wird maximiert. Wahlkämpfe sind weniger populistisch. Unrealistische Wahlversprechen werden minimiert. Das System stärkt Experten, Kreative und anerkannte gesellschaftliche Persönlichkeiten. Da jede Stimme zählt, wird taktisches Wählen nicht länger belohnt. Dies stärkt Kleinstparteien und Spezialgruppen.
- Politikverdrossenheit reduziert sich, da Bürger die größtmögliche Freiheit erhalten, sich und ihre Ideen in die Politik einzubringen. Jeder kann versuchen für seine Position tatsächlich Mehrheiten zu gewinnen. Hierarchien und Mitbestimmungshürden werden abgebaut. Delegationen ermöglichen Mitbestimmung auch bei Zeitmangel.
- Crowsourcingeffekte können bei der Gesetzesformulierung genutzt werden. Die Macht der Ministerien und der sie beeinflussenden Lobbyisten wird reduziert. Laut- und/oder finanzstarke Minderheiten können sich nicht mehr so leicht gegen eine moderate Mehrheit durchsetzen.
- Spezielle Fach- und Themenparteien bzw. -gruppen setzen sich gegenüber großen Volksparteien durch.
- Zugewinn an Transparenz beim Zustandekommen von politischen Entscheidungen und dem Beziehungsgeflecht, welches dazu führt.

¹³¹ Eine Visualisierung des Wiki-Nutzers „hdready“, mit Ideen von „pudo“ und „twitgeridoo“. Piratenwiki, Liquid Democracy. *Delegated Voting*, 2009, http://wiki.piratenpartei.de/Datei:Liquid_demok.PNG.

Doch wie soll eine LD Gesellschaft aussehen? Wird im Parlament nur noch ein großer LD Computer stehen, der alle paar Stunden die Ergebnisse von Abstimmungen verkündet? Die Umsetzung ist im besten Fall umstritten, eigentlich jedoch völlig unklar. Streitpunkte sind unter anderem:

- Werden Parlamente überflüssig oder dient die LD nur als unverbindlicher Feedback Kanal? Wie stark wäre die Macht des unverbindlich abstimmenden Volkes? Können ihre Abstimmungen eine „normative Kraft des Faktischen“ entfalten?
- Bezieht sich die Liquid Democracy nur auf die Legislative oder könnten nach diesem Prozess auch Judikative und Exekutive ersetzt werden? Falls nein, wie werden Sie in einer LD gewählt?
- Wie kann eine Software aussehen, mit der Abstimmungen mit vielen Millionen Wahlberechtigten durchgeführt werden? Kann eine solche Software einfach genug bedienbar sein? Wie können Menschen Vertrauen in die Ergebnisse gewinnen?
- Wie werden Debatten in einer LD abgebildet? Auf einer zentralen Plattform oder in einer dezentralen Medienwelt wie bisher? Werden Gesetze gesondert oder gemeinsam mit Meinungsbildern besprochen?
- Wie können Menschen an ihrem Computer sicher identifiziert werden, um Wahlfälschung zu verhindern?
- Müssen Abstimmungen geheim sein, um das Wahlgeheimnis zu schützen oder müssen Abstimmungen transparent sein, um Manipulationen der Abstimmungen zu verhindern (Nachvollziehbarkeit, vgl. Wahlcomputer-Dilemma)?
- Wie kann Populismus bei ideologischen oder emotionalen Fragen verhindert werden?

In der Piratenpartei ist die Debatte um die LD seit 2007 von der Idee einer innerparteilichen Umsetzung dominiert. Das in dieser Arbeit vorgestellte Konzept einer innerparteilichen Umsetzung in der Piratenpartei ist eine auf LD Ideen basierende Variante. Die Piratenpartei möchte damit die Idee auf kleinem Niveau ausprobieren und bekannter machen. Auch der ursprünglich von Piraten gegründete Liquid Democracy e. V. setzt darauf, die Ideen der LD zu verbreiten.

Manche der oben genannten Fragen tauchen dennoch in abgewandelter Form auch in der Partei auf und werden in späteren Abschnitten thematisiert.

3.3.) Liquid Democracy – eine Verortung in der Demokratietheorie

Die Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan hat sich 1986 zum Rotationsmandat der Grünen zu Wort gemeldet.¹³² Ihr Text wirft grundsätzliche Fragen auf, die hier als Einstieg für die Frage dienen sollen, wo LD ideengeschichtlich zu verorten ist.

Die Grünen wollten in den 80iger Jahren, dass Abgeordnete in der Mitte der Legislatur ihr Mandat aufgeben, damit Nachrücker ihr Amt übernehmen. Dies sollte verhindern, dass sich die Abgeordneten vom Wählerwillen entfernen, sowie Machtmissbrauch und das Aufkommen von grünen Berufspolitikern erschweren. Die Grundidee der Mandatsrotation geht auf direktdemokratische Ideen der französischen Revolution bzw. der Räterepublik zurück. LD möchte ebenfalls die Politik wieder stärker an den Wählerwillen binden. Sind die Ideen also ähnlich?

Gesine Schwan diskutiert in diesem Zusammenhang die zwei großen europäischen demokratietheoretischen Traditionen: Die identitäre (direktdemokratische) und die repräsentative Demokratie. Dies soll kurz nachvollzogen werden, um anschließend eine Einsortierung von Liquid Democracy vorzunehmen.

1.) Identitäre / direkte Demokratie

Vertreter: Jean-Jacques Rousseau, Karl Marx, Lenin, Anarchisten, moderne Protagonisten der Räterepublik

Kernidee: Volk behält absolute Souveränität über seinen Willen. Gewählte müssen sich absolut an den Wählerwillen halten (Imperatives Mandat). Abgeordnete dienen nur als „technisches Medium“, quasi als „ausführendes Organ“, ohne eigenen politischen Willen. Abgeordnete sind permanent abrufbar.

Ideale: Abschaffung der Herrschaft der Wenigen über die Beherrschten.

Probleme: Was ist der Wählerwille? Wer bestimmt ihn?

Rousseau: Ziel muss nicht der "Wille aller", sondern der Gemeinwille („volonté generale“) sein. Dies sei das, was nach Abzug von allen individuellen bzw. partikularen Interessen einzelner sich als Vorteil für die gesamte Gesellschaft/Volk herausstellt. Die Forderung nach Demokratie war damals undenkbar. Rousseau ging es mit dem *volonté generale* primär darum, den Monarchen ihre qua katholischer Kirche verliehene „gottgegebene“ Legitimation zu entziehen.

Doch selbst im 20. Jahrhundert stellt sich die Frage, wie man zu den endlosen gleichzeitig diskutierten Themen einen Gemeinwillen feststellen könnte. Für Rousseau und auch für viele Sozialisten, ist identitäre Demokratie nur unter zwei Bedingungen möglich:

- 1.) Die Gesellschaft muss durch Erziehung / Aufklärung / Bewusstseinswerdung ihre Interessensgegensätze überwinden und homogen werden. Der Mensch sollte sich dadurch vom egoistischen in ein solidarisches Wesen wandeln. Der Mensch fände seine Erfüllung nicht in der Unabhängigkeit von der Gesellschaft, sondern in der Vereinigung mit dem Gemeinwillen.
- 2.) Die Gegenstände der Gesetzgebung müssen einfach, für jeden politischen Laien durchschaubar und handhabbar bleiben.

Marx erhoffte sich, anders als Rousseau, dass die geschichtliche Entwicklung des Produktionsprozesses zu einem homogenen Gemeinwillen führen werde. Lenin wiederum war bereit, den Gemeinwillen durch Zwang einer Minderheit über die Mehrheit durchzusetzen (als „Diktatur des Proletariats“ bekannt).

¹³² Schwan, Gesine, *Abgeordnete auf Widerruf*, in: Graf von Krockow/Christian und Lösche, Peter, *Parteien in der Krise*, 1986, S. 135 - 145.

2.) Repräsentative Demokratie

Vertreter: John Locke, Charles de Montesquieu, Ernst Fraenkel, Edmund Burke .

Kernidee: Es gibt keine völlige Übereinstimmung zwischen Wählern und Gewählten (Realität zu komplex, zum Zeitpunkt der Wahl sind nicht Informationen über alle Entscheidungen der Legislative vorrätig). Der Gewählte kann vom Wählerwillen abweichen. Der Gewählte ist nicht abrufbar. Der Gewählte vertritt Allgemeininteressen, nicht nur die Interessen „seiner“ Wähler. Das freie Mandat sichert Unabhängigkeit gegenüber Partei und Wähler ab. Ein Wähler kann nur nach Ablauf von Wahlperiode das Gesamtverhalten des Kandidaten beurteilen, nicht jedoch einzelne Entscheidungen.

Ideale: Sicherung individueller Freiheit, Gewaltenteilung, Debatte im Parlament.

Probleme:

- 1.) Argumentative Debatte im Parlament illusorisch. Stattdessen Schaukämpfe für die Öffentlichkeit.
- 2.) Freies Mandat wenig realistisch. Es wird missbraucht für individuellen Vorteil oder steht unter dem Druck von Lobby- oder Wiederwahlinteressen und/oder Fraktions-, Koalitions- und Parteizwängen.
- 3.) In der Folge geht der eigentliche Wählerauftrag bzw. die Bindung zwischen Wähler und Gewählten oft völlig verloren mit katastrophalen Folgen wie Vertrauensverlust, Politikverdrossenheit und Ablehnung gegenüber dem repräsentativen System.

Gesine Schwans Schema ist sehr vereinfachend, dennoch kann Ihre Unterscheidung als Vorlage für die Frage dienen, in welches Welt die LD gehört.

In welches System gehört Liquid Democracy?

a) Liquid Democracy als gesamtgesellschaftliches und verbindliches Entscheidungs-Werkzeug

LD-Anhänger behaupten LD sei eine Mischform zwischen direkter und repräsentativer Demokratie. Diese Behauptung ist jedoch nur teilweise richtig. Denn LD will ja Parlamente und seine Abgeordneten / Repräsentanten überflüssig machen.¹³³ Ersetzt werden soll das Parlament durch eine Abstimmungs-Software im Internet in der jeder Bürger eine Stimme hat. Es ist also eigentlich die radikalste Form einer Direktdemokratie, die vorstellbar ist. Auch die „Delegationsempfänger“ sind keine Repräsentanten, da bei Unzufriedenheit Ihnen ja jederzeit die Stimme entzogen und auf jemand anderes übertragen werden kann.

Allerdings hätte die LD, anders als Rousseau, Marx, Lenin oder Vertreter der Räterepublik, kein Problem mehr mit dem Zustandekommen des Gemeinwillens. Solange es keine Repräsentanten gibt, kann sich auch keine Differenz zum Bürgerwillen ergeben. Damit wäre auch der durch Bildung oder Diktatur herbeigeführte Gemeinwille („volonté generale“) nicht mehr nötig. Statt einer „Diktatur der Wenigen“, die einen wie auch immer begründeten Gemeinwillen durchsetzen, herrscht in der LD die Mehrheit.

Und diese kann sich sehr schnell wandeln. Im Gegensatz zur klassischen direkten Demokratie gibt es keine Bindung von Abgeordneten an vorher festgelegte, unveränderbare Beschlüsse. Gesetze und Beschlüsse in der LD gelten solange, bis sie durch einen anderen Beschluss / Gesetz ersetzt oder aufgehoben wurden.

Durch das Konzept der Delegation könnte das von Gesine Schwan angesprochene Problem der Komplexität für den einzelnen Bürger reduziert werden. Informationsmangel reduziert sich zudem durch die eingangs angesprochenen Eigenschaften des Kommunikationsraums Internet.

Fazit: Dem Autor erscheint es sinnvoll, LD als eine radikale Form der direkten Demokratie einzustufen, die jedoch, durch ihr Delegationsprinzip, Probleme früherer Vorschläge entschärft.

¹³³ Es gibt auch Vertreter, die an einem Parlament und an Parteien festhalten und Liquid Feedback nur als ergänzendes kollektives Tool begreifen, das gut zur Meinungsfindung ist und tauglich ist um Gesetze vorzuschlagen.

b) Liquid Democracy als innerparteiliche Lösung zur Meinungsbildung in der Piratenpartei Deutschland

Grundsätzlich ist die innerparteiliche Anwendung, ähnlich wie oben beschrieben, als direktdemokratisches Tool einzustufen, etwa einer permanenten Urabstimmung. Allerdings können der Parteivorstand und der BPT von den Entscheidungen abweichen. Deshalb kann mangels Entscheidungsmacht LD in der innerparteilichen Umsetzung in keinerlei Macht-System einsortiert werden. Stattdessen ist die Software ein obligatorischer "Feedback-Kanal" der Parteibasis für die Entscheidungsgremien der Partei (Vorstand und Parteitage).

Ändern könnte sich die Bedeutung von LD, wenn aus den permanenten Entscheidungen eine „normative Kraft des Faktischen“¹³⁴ erwächst. Mit dieser Formulierung ist die Hoffnung verbunden, dass schon die reine Möglichkeit der Parteibasis ihre Meinung in belastbaren Meinungsbildern abzustimmen eine hohe Bedeutung zuwächst. Der Blogger und Politikstudent Ben Gunn stellte in diesem Zusammenhang in einer Diskussion im Podcast des Chaos Computer Clubs Dresdens eine Beziehung zur Systemtheorie von Niklas Luhmann her. Gunns Idee: Die Liquid Democracy könnte in der Partei derart viele „Störungen“ produzieren, dass die Partei aus ihrem geschlossenen und selbstreferenziellen System ausbrechen könnte.¹³⁵

Fazit: Da das freie Mandat – hier in Bezug auf den Parteivorstand – erhalten bleibt, ist Liquid Democracy zurzeit nur ein Tool der parteiinternen Meinungsbildung, -entwicklung, und -dokumentierung. Daraus ergeben sich bisher kaum diskussionswürdige Neuerungen.

¹³⁴ Diese Hoffnung äußerte Bundesvorstandsmitglied Christopher Lauer in einem Interview mit Radio Fritz im Spätjahr 2010. Eine Quelle gibt es dafür jedoch nicht mehr. Die „normative Kraft des Faktischen“ prägte ursprünglich der Rechtsphilosoph Georg Jellinek in seinem Werk „Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“ von 1895.

¹³⁵ Niklas Luhmann und die Übertragbarkeit seiner Theorien auf die Piratenpartei waren Themen in der Ausgabe 24 des Podcasts "Pentacast". Ben Gunn diskutiert mit dem Moderator über Folgen, die Liquid Democracy haben könnte. Vergleiche: Jabbusch, Sebastian: Niklas Luhmann und die Piratenpartei: Gefangen im "geschlossenen System Politik"?, 2011, <http://demokratiepiraten.blogspot.com/2011/01/niklas-luhmann-und-die-piratenpartei.html>, und: Chaos Computer Club Dresden, Petacast 24, Systemtheorien, 2011, <https://www.c3d2.de/news/pentacast-24-systemtheorie.html>.

4.) Die Software „Liquid Feedback“

4.1.) Die Geschichte von Liquid Feedback

Am 10. September 2006 gründete sich in Berlin die Piratenpartei Deutschland. Die Geschichte der jungen Partei, sowie die damit verbundene internationale Bewegung soll hier jedoch nicht aufgerollt werden. Der Autor verweist auf die bestehende Literatur.¹³⁶ Im folgenden Abschnitt wird sich stattdessen mit der Entstehung von LQFB im Speziellen beschäftigen.

Die Entwicklung von ersten Ideen von LD bis hin zur Umsetzung der Software LQFB lässt sich dank der umfangreichen und öffentlich zugänglichen Dokumentation der Parteiarbeit im parteiinternen Wiki recht gut nachvollziehen. In diesem zentralen Nachschlagewerk der Partei, dem sogenannten „Piratenwiki“, findet sich der Begriff auf über 500 Seiten. Die zentrale LD-Seite¹³⁷ wurde bereits am 15. Februar 2007 angelegt.¹³⁸ Erster Autor war Martin Häcker, ein Programmierer, Mitglied des Chaos Computer Clubs und später auch Mitglied im Berliner Landesvorstand, sowie Mitglied des Liquid Democracy e. V.

Bereits in seinem ersten Beitrag bezeichnet Häcker LD als ein wichtiges Ziel der Partei:

„Um aber positiv zu Arbeiten brauchen wir echte richtungsweisende Konzepte - und einem davon haben wir für die Piratenpartei den Namen 'Liquid Democracy' gegeben. Diese Seite soll die zentrale Koordinierungsseite für die Diskussion über dieses Thema werden.“

In einem Interview vom September 2007 erklärt Jan Huwald, der damalige politische Geschäftsführer, einen möglichen Fahrplan:¹³⁹

„Neben Diskussion um Klima- und Bildungspolitik steht dabei besonders das demokratische System selbst im Rampenlicht: die Piraten sind absolut basisdemokratisch entstanden, haben dieses Selbstverständnis aber noch nicht schriftlich festgehalten. Wir verfolgen nun ein Konzept namens "Liquid Democracy", das repräsentative Demokratie und jederzeitige Entscheidung des Bürger vereint, statt nur aller vier Jahre ein Los in die Urne zu werfen. Dieses System werden wir in mehreren Schritten zuerst innerhalb der Piratenpartei aufbauen und evaluieren, dann als demokratischer Exportschlager anderen Parteien anbieten und schließlich - so die Piratenbasis will - auch in unser Parteiprogramm aufnehmen.

[...] Hürden bei der Umsetzung liegen vor allem in Detailfragen des so entstehenden Entscheidungsprozesses. Dieser ist immerhin neuartig und benötigt erst eine eigene demokratische Kultur. Deswegen werden wir zuerst innerhalb der Piratenpartei experimentieren und nur bei guten Erfahrungen würden wir auch darüber hinaus für ein solches System eintreten.“

Die Idee der LD wurde in der Partei regelmäßig weiter bearbeitet. So war es Thema bei der Strategietagung im September 2007¹⁴⁰ und im Rahmen einer intensiven Debatte Ende 2007/Anfang 2008 auf der Wiki-Seite „innerparteiliche Demokratie“.¹⁴¹ Auf dem zweiten Piraten-Kongress im März 2008 wurde bereits über die

¹³⁶ Lesenswert sind u.a. : Bartels, Henning, Die Piratenpartei - Entstehung, Forderungen und Perspektiven der Bewegung, 2009, S. 8-117, <http://ebooks.contumax.de/01-piratenpartei.pdf>. Paul, Joachim, Warum Deutschland die Piratenpartei braucht...“, 2011, <http://www.vordenker.de/jpaul/piratenpartei.htm>. Oder Zolleis, Udo/Prokopf, Simon/Strauch, Fabian, Die Piratenpartei - Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft?, 2010, S. 5-10, <http://goo.gl/WhGPb>.

¹³⁷ Vgl. Piratenwiki, Liquid Democracy, http://wiki.piratenpartei.de/Liquid_Democracy.

¹³⁸ Vgl. Piratenwiki, Liquid Democracy, Version vom 15. Februar 2007, <http://goo.gl/dsS2G>.

¹³⁹ Vgl. Mühlbauer, Peter, Warum Partei und nicht Religion?, Heise.de, 2007, <http://goo.gl/tWHMi>.

¹⁴⁰ Vgl. Piratenwiki, Themen-Brainstorming, http://wiki.piratenpartei.de/Strategietagung_2007/Themen-Brainstorming.

¹⁴¹ Vgl. Piratenwiki, Innerparteiliche Demokratie, http://wiki.piratenpartei.de/Innerparteiliche_Demokratie.

Aufnahme von LD in die Satzung beraten.¹⁴² Auch unter dem Namen „Computer-Demokratie (Rationalia)“¹⁴³ wurde 2007 und 2008 über eine Umsetzung in eine LD Gesellschaft philosophiert.

Im Jahr 2009 – als die Partei im Rahmen der Debatte um Internetzensur von Ursula von der Leyen von rund 800 auf fast 11.000 Mitglieder answoll – vermehrten sich die Aktivitäten der Piraten rund um die innerparteiliche Demokratie sprunghaft. Im Mai 2009 gründet sich die AG Dezentraler Parteitag,¹⁴⁴ im Sommer der Berliner Squad¹⁴⁵ LD,¹⁴⁶ im Juli die AG Demokratie,¹⁴⁷ im Oktober die bundesweite Koordinations-AG LD.¹⁴⁸

Engagierte Mitglieder gründeten im Sommer 2009 einen Verein, um die Idee der Flüssigen Demokratie über die Piratenpartei hinaus auch in die Gesellschaft zu verbreiten: Der Liquid Democracy e. V.¹⁴⁹ kündigte an, eine eigene Software zu entwickeln.

Im September 2009 beauftragte¹⁵⁰ der Berliner Landesvorstand den LD-Squad mit der Einführung und dem Pilotbetrieb eines LD-Systems bis spätestens 2011. Dazu sollte die Software des LD e. V. genutzt werden.

Der Squad stellte jedoch fest, dass die Vereinssoftware noch in der Konzeptionsphase stecke. Verein und Piratensquad hatten zudem unterschiedliche Vorstellungen davon, was eine solche Software leisten müsste. Während dem LD e. V. eine umfassende, einheitliche Diskursplattform vorschwebte, legten die Mitglieder aus dem Squad den Schwerpunkt auf verbindliche Entscheidungen. Der Squad entwickelte entsprechende Kriterien¹⁵¹ und Mindestanforderungen¹⁵² an eine mögliche Software. Es zeigte sich schnell, dass alle bisherigen Software-Lösungen (u.a. Adhocracy¹⁵³) diese nicht erfüllten.

Das Squadmitglied Andreas Nitsch entwickelte daraufhin Ideen für ein Diskurs- und Feedbacksystem, welches er zunächst „Vermittlungsausschuss“ nannte. In einem Vortrag Anfang Oktober¹⁵⁴ präsentierte er sein Konzept, welches im Squad auf große Zustimmung stieß. Zusammen mit Jan Behrens und Björn Swierczek wurde innerhalb von zwei Wochen ein „LD Prototyp“ entwickelt. Am 21.10. präsentieren die Entwickler dem Squad die Beta-Version¹⁵⁵ der Software – erstmals unter dem Namen LiquidFeedback.¹⁵⁶

Im Squad kam die Präsentation so gut an, dass man beschloss, die Software im November dem Landesverband und einzelnen Crews¹⁵⁷ vorzustellen. Im Dezember lief eine offene Testinstanz, in der ganz unverbindlich experimentiert werden konnte. Am 3./4. Januar 2010 startete der Berliner Landesverband eine offizielle Testphase. Erstmals wurden exklusive Einladungen an die Parteimitglieder des Landesverbandes verschickt. In LQFB wurden nun die Anträge für den anstehenden Landesparteitag Ende Februar 2010 beraten. Die Plattform erfreut sich von Beginn einer hohen Beteiligung. Am 3. Februar hatten sich von den damals 854 Parteimitgliedern in Berlin, 348 angemeldet und 274 Anträge eingestellt.¹⁵⁸ Unter anderem entwickel-

¹⁴² Vgl. Piratenwiki, *Piratenkongress 2008 – Satzungsänderungen*, <http://goo.gl/JdcVD>.

¹⁴³ Vgl. Piratenwiki, *Rationalia*, <http://wiki.piratenpartei.de/Rationalia>.

¹⁴⁴ Vgl. Piratenwiki, *AG Dezentraler Parteitag*, http://wiki.piratenpartei.de/AG_dezentraler_Parteitag.

¹⁴⁵ Als Squads werden innerhalb der Berliner Piraten sachbezogene Arbeitsgruppen bezeichnet.

¹⁴⁶ Vgl. Piratenwiki Berlin, *Liquid Democracy in der Piratenpartei*, <http://goo.gl/vprHU>.

¹⁴⁷ Vgl. Piratenwiki, *AG Demokratie*, http://wiki.piratenpartei.de/AG_Demokratie.

¹⁴⁸ Vgl. Piratenwiki, *AG Liquid Democracy*, http://wiki.piratenpartei.de/AG_Liquid_Democracy.

¹⁴⁹ Die offizielle Eintragung ins Vereinsregister erreichte der Verein im September 2009. Vgl. Liquid Democracy e. V.: *Wir sind ein eingetragener Verein*, 2009, <http://blog.liqd.net/2009/09/wir-sind-ein-eingetragener-verein/>.

¹⁵⁰ Vgl. Piratenwiki Berlin: Protokoll Vorstandssitzung Landesverband Berlin 20.9.2009 - Beauftragung des Liquid Democracy Squads, <http://goo.gl/et913>.

¹⁵¹ Vgl. Piratenwiki Berlin, *Liquid Democracy Squad - Anforderungen, Betrieb und Sicherheitsrichtlinien*, <http://goo.gl/sS2Gi>.

¹⁵² Vgl. Piratenwiki Berlin, *Liquid Democracy Requirements*, http://wiki.piratenpartei.de/BE:Liquid_Democracy_-_Requirements.

¹⁵³ Die Software Adhocracy wurde ebenfalls von einem Parteimitglied Friedrich Lindenberg entwickelt, der mittlerweile ausgetreten ist. Das Projekt ist unter <http://trac.adhocracy.cc> erreichbar.

¹⁵⁴ Vgl. Public Software Group e. V., *Konzept eines Liquid Democracy Prototyps*, <http://goo.gl/WsvEe>.

¹⁵⁵ Vgl. Piratenwiki Berlin, Protokoll der Vorstandssitzung vom Protokoll 21.10.2009, <http://goo.gl/E1AF9>.

¹⁵⁶ Die Entwickler schreiben den Namen zusammen. In dieser Arbeit wird eine getrennte Schreibweise verwendet.

¹⁵⁷ Als Crews werden in manchen Landesverbänden einzelne Stammtische der Piratenpartei bezeichnet.

¹⁵⁸ Vgl. Behrens, Jan, *LiquidFeedback in Zahlen*, 2010, <http://berlin.piratenpartei.de/2010/02/03/liquidfeedback-in-zahlen/>.

ten die Berliner in den zwei Monaten mithilfe der neuen Software ihre neue Landessatzung.¹⁵⁹ Diese neue Satzung umfasste nun auch die verbindliche Nutzung einer ungenannten LD Software. Dass man dabei an LQFB dachte, lässt sich jedoch aus den in der Satzung formulierten „Mindestanforderungen“ ablesen. Die Satzung wurde auf dem Parteitag Ende Februar bei nur vier Gegenstimmen angenommen.¹⁶⁰

„§ 11 LIQUID DEMOCRACY

(1) Die Piratenpartei Deutschland Berlin nutzt zur Willensbildung über das Internet eine geeignete Software. Diese muss die "Anforderungen für den Liquid Democracy Systembetrieb" erfüllen, welche vom Vorstand beschlossen werden. [...]

(4) Die Organe sind gehalten, das Liquid Democracy System zur Einholung von Meinungsbildern zur Grundlage ihrer Beschlüsse zu nutzen. Das Schiedsgericht ist davon ausgenommen.

(5) Die Organe der Partei sind angehalten, die Anträge, die im Liquid Democracy System positiv beschlossen wurden, vorrangig zu behandeln. [...]"

Am 7. März 2010 überführte der Landesvorstand LQFB aus dem Testbetrieb in den Regelbetrieb.¹⁶¹

Im Februar 2010 wurde LQFB den anderen Landesverbänden auf dem Ländervernetzungstreffen (der sogenannten „Marina Kassel“) vorgestellt.¹⁶² Parallel wird in zahlreichen Medien, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei, meist positiv über das System berichtet. Parallel dazu sammelten sich intern aber auch Kritiker. Erstmals tauchte nun das Thema Datenschutz auf, welches später für erhebliche Verwerfungen sorgte.

Zunächst sprach sich LQFB jedoch schnell herum und entwickelte eine Sogwirkung.¹⁶³ Noch vor dem BPT entstanden zahlreiche Landesinstanzen: Im Februar 2010 in Sachsen und Bremen, im März in Hamburg und Nordrhein-Westfalen, und im Mai in Schleswig Holstein.

Bei den Entwicklern wuchs nun die Sorge, dass sich die vielen Landesinstanzen auseinander entwickeln könnten. Stattdessen schien eine gemeinsame Bundesinstanz, in denen die Landesverbände integriert werden, die bessere Alternative. Daher beantragten die Entwickler im Mai 2010 auf dem BPT in Bingen die Einführung von LQFB auch auf Bundesebene. Der Antrag lautete:

„Die Piratenpartei Deutschland richtet eine eigene bundesweite Instanz von LiquidFeedback ein. Zu dieser erhält jeder Pirat einen persönlichen Zugang. Die in LiquidFeedback beschlossenen Anträge sind nicht bindend, sondern bilden lediglich das Meinungsbild der teilnehmenden Piraten ab. Für den Betrieb des Systems werden zunächst einmalig 800 Euro zur Verfügung gestellt. Der Betrieb des Systems soll innerhalb von 60 Tagen aufgenommen werden. Der Landesverband Berlin wird gebeten die Inbetriebnahme von LiquidFeedback zu unterstützen.“

Anders als in Berlin folgte in Bingen eine lange und teils emotionale Debatte.¹⁶⁴ Es äußerten sich etliche Kritiker von LQFB. Sie lehnten LQFB unter anderem wegen fehlendem Datenschutz, dem Beta-Status der Software, möglichen Störungen des Servers durch Dritte oder dem Fehlen geheimer Wahlen in der Software ab. In der anschließenden, auf Antrag geheimen, Abstimmung befürwortete die Mehrheit mit 547 Ja- zu 135 Nein-Stimmen die Einführung von LQFB. Auszug aus dem Protokoll:

¹⁵⁹ Vgl. Liquid Feedback Landesinstanz Berlin, *Satzungsänderungsantrag Liquid Democracy*, 2010, <https://lqpp.de/be/issue/show/171.html>.

¹⁶⁰ Vgl. Piratenwiki Berlin, Protokoll LMV Berlin 2010.1 - Liquid Democracy Satzungsanträge, <http://goo.gl/eOSTb>.

¹⁶¹ Vgl. Piratenwiki Berlin, Protokoll Vorstandssitzung Landesverband Berlin vom 27.3.2010 - Regelbetrieb Liquid Feedback, <http://goo.gl/EboQq>.

¹⁶² Vgl. Piratenwiki, *Marina Kassel 2010*, http://wiki.piratenpartei.de/Marina_Kassel_2010.

¹⁶³ Christopher Lauer, Mitglied des Bundesvorstands, bezeichnete die hohe Geschwindigkeit der Durchsetzung von LQFB auf der Open Liquid am 29. Januar 2011 als eine „Tour de Force“. Vgl. Piratendemokratie, *LiquidFeedback im Einsatz auf Bundesebene - Christopher Lauer*, 2011, ab Minute 4.00, <http://goo.gl/uSIEj>.

¹⁶⁴ Vgl. Piratenwiki, Protokoll des Bundesparteitags 2010.1 - Antrag zu Liquid Feedback, <http://goo.gl/07Ndc>.

„Wahlleiter: Liebe Piraten, sie haben uns aus dem Netz in die Politik getrieben, wir haben heute Geschichte geschrieben, wir revolutionieren die Politik des 21. Jahrhunderts, wir haben 80 Prozent! Stürmischer Applaus.“¹⁶⁵

Mit fast 1000 Piraten war der Parteitag überlaufen. Entsprechend lang zogen sich die Wahl des neuen Vorstands, zumal jeder Pirat Rede-, Frage und Antragsrecht hat.¹⁶⁶ Von den über 400 Satzungs-, Programm- und sonstigen Anträgen wurden nur 13 behandelt. Der Unmut darüber führte zu einer Debatte über einen gesonderten Programmparteitag. Beschlossen wurde:

„Beauftragung des BuVos mit der Durchführung eines Programmparteitags zeitnah, d.h. vor dem regulären nächsten BPT aber unter gründlicher Vorbereitung der Anträge durch LiquidFeedback.“

Trotz des eindeutigen Auftrags durch den BPT erlitt die Partei in den darauffolgenden drei Monaten den in ihrem Umfang wohl heftigsten internen Streit seit ihrer Gründung, der die Partei zumindest vorübergehend spaltete.

Eine umfangreiche, ausgewogene Darstellung der Debatte hat das Parteimitglied Fabio Reinhardt verfasst. Geprägt war die Debatte vor allen Dingen von Sorgen über die Offenlegung der politischen Ansichten einzelner Parteimitglieder auf der LQFB-Plattform. Im Detail werden die Positionen im Abschnitt „Debatte“ dargestellt. Hier nur die dramatischsten Spitzen des Streits:

- Einige Mitglieder drohten mit Klagen vor ordentlichen Gerichten.
- Einige Mitglieder klagten vor dem Bundesschiedsgericht der Partei. Dieses erließ eine (rechtlich fragliche) vorläufige, einstweilige Anordnung gegen den BuVo, dass er keine Einladung zu LQFB verschicken darf.
- Als Konsequenz beauftragte der BuVo eine Anwaltskanzlei zur Ausarbeitung einer rechtssicheren Datenschutzerklärung & Nutzungsbedingungen, was die Kosten deutlich erhöhte.
- In zahlreichen emotionalen Blogbeiträgen, über Twitter und in den Mailinglisten der Partei trugen Vorstandsmitglieder untereinander, Gegner, Unterstützer und Entwickler offen eine emotionale, oft kränkende Debatte aus. Drohungen blieben nicht aus.
- Christopher Lauer, Vorstandsmitglied und Generalsekretär der Partei, verbreitete am Tag des geplanten Vorstandsbeschlusses (5. August) zum Start von LQFB über die DPA die Meldung, dass LQFB erfolgreich gestartet sei.
- Dies empfand der Restvorstand als Provokation und öffentliche Erpressung. Statt einem Beschluss wurde der Start stattdessen auf unbestimmte Zeit verschoben. Das LQFB-Team wurde vom Vorstand vorläufig ersatzlos abgesetzt.
- Dies löste eine netzweite Debatte über das „Scheitern“ von LQFB aus, was erneut zu zermürenden Schuldzuweisungen führte.
- Nicht wegen LQFB, wohl aber im Zusammenhang mit dem Streit darum, trat Benjamin Stöcker, ein Mitglied des BuVos, zurück.

Erst durch intensive Vermittlung zwischen den verfeindeten Vorstandsmitgliedern und nach einem Kompromissvorschlag, beschloss am 12. August 2010 der Vorstand den Start für die LQFB Plattform.¹⁶⁷ Der BuVo gilt jedoch seitdem als zerrissen, die Arbeitsatmosphäre als vergiftet. Auch die Entwickler und ihr

¹⁶⁵ Die Verkündung des Wahlergebnisses findet sich in einem eigenen Video: <http://youtu.be/pJmzeSQ1jNU> und im Protokoll des Bundesparteitags. Piratenwiki, *Protokoll des Bundesparteitags 2010.1 – Beschluss zu Liquid Feedback*, <http://goo.gl/KbxLs>.

¹⁶⁶ Taz-Journalistin Julia Seeliger vermerkt über „gefühlte 500 Geschäftsordnungsanträge“. Seeliger, Julia, *Die Partei des unendlichen Reichtums*, 2010, <http://julia-seeliger.de/partei-des-unendlichen-reichtums/>.

¹⁶⁷ Vgl. Vorstand der Piratenpartei, *Protokoll der Vorstandssitzung 12.8.2010*, <http://goo.gl/tPvlt>.

Unterstützerteam belastete der Streit.¹⁶⁸ Die Entwickler kündigten am 3. Januar 2011 in einem offenen Brief an, LQFB nunmehr außerhalb der Piratenpartei zu entwickeln.¹⁶⁹

Trotz des Streits wurde der Programmparteitag in Chemnitz 2010 unter umfangreicher Beteiligung der Parteibasis in LQFB vorbereitet. Danach ging die Beteiligung spürbar zurück. Eine Diskussion über die Abschaltung von LQFB wurde in einem Meinungsbild auf dem Parteitag abgelehnt.

Auf dem BPT in Heidenheim im Mai 2010 wurde ein neuer Vorstand gewählt, jedoch wurden kaum inhaltliche Anträge behandelt. Entsprechend auch keine, die das Thema LQFB beinhalteten.

¹⁶⁸ So die Darstellung von Christopher Lauer, zuständiges Vorstandsmitglied für die Einführung von Liquid Feedback, in seinem Vortrag auf der „Open Liquid“ am 29. Januar 2011. YouTube, Nutzer „Piratendemokratie“, *LiquidFeedback im Einsatz auf Bundesebene - Christopher Lauer*, http://youtu.be/2q30-ndo_5g (Minute 1:10).

¹⁶⁹ Vgl. Behrens, Jan/Björn/Nitsche, Andreas, *Offener Brief: Liquid Democracy in der Piratenpartei*, 2011, <http://goo.gl/bEaGf>.

4.2.) Die Motivation hinter Liquid Feedback

Absolute Aussagen über Motivationen ganzer Parteien zu treffen, ist schwierig bis unmöglich. Alle Aussagen müssen daher Stückwerk und Versuch bleiben:

Für die Frühphase der Partei kann das Interview mit Jan Huwald als Beschreibung einer LD Vision herangezogen werden. Im September 2007 erklärte der damalige politische Geschäftsführer im Interview mit Telepolis:

„Das langfristige Ziel, den Bürger ständig an Entscheidungen über die Entwicklung der Gesellschaft teil haben zu lassen, betrachte ich [...] als außerordentlich lohnenswert. Die fortgeschrittene Vernetzung der Menschen und die Freiheit von Informationen machen diesen Traum greifbar.“¹⁷⁰

Im Piratenwiki werden heute verschiedene Motive für die LD^{171,172} genannt:

- Mit dem Wachstum auf über 10.000 Mitglieder sei eine Parteistruktur notwendig, die es der Partei erlaubt Entscheidungen zu treffen und dennoch ihren basisdemokratischen Charakter zu erhalten. Die Vertreterversammlungen, als gängige Methode, sollen damit verhindert werden.
- Eine starke Parteibasis soll die Korruption des Vorstandes durch Lobbygruppen erschweren.
- Die Partei möchte damit auch für den Wähler attraktiver wirken.
- Die Partei will ein Vorbild für andere Parteien sein.
- Der innerparteiliche Einsatz soll als Testlauf für eine gesamtgesellschaftliche Umsetzung dienen.

Parallel zur LD wurde in der Partei auch früh über die Bedeutung von Basisdemokratie diskutiert. Am 8. Februar 2007 heißt der Eintrag „Basisdemokratie“¹⁷³ des Piratenwiki:

„Die Piratenpartei ist basisdemokratisch aufgebaut.“

Nur drei Tage später wird der Eintrag durch einen Verweis in die Wikipedia, der die Bedeutung von Basisdemokratie erklärt, ersetzt. Jan Huwald, damals Mitglied des BuVos, änderte den Eintrag im Mai 2007 auf die bis heute kaum veränderte Version:

„Die Geschichte der Piraten ist eng mit basisdemokratischen Prinzipien verknüpft. Dies ergab sich durch die zuerst virtuelle Organisationsstruktur. Dabei stand weniger die direkte Abstimmung der Mitglieder, als das Erreichen eines Konsenses unter ihnen, im Vordergrund. Die von uns praktizierte Form ist also von der direkten Demokratie deutlich zu unterscheiden. Die besondere Rolle des Wikis hierbei, spiegelt sich dabei im gelegentlich genutzten Begriff der "Wikikratie" wieder.

Die Basisdemokratie ist nicht in den Statuten der Piratenpartei verankert. Ihre Aspekte sind aber Bestandteil unserer Ideologie und Struktur: durch die angestrebte Offenheit und direkte Partizipationsmöglichkeiten soll Mündigkeit und Basisnähe gestärkt werden.

Basisdemokratie im Sinne einer direkten Demokratie ist kein politisches Ziel der Piraten. Wir diskutieren aber über verschiedene Modelle, die durch Kombination direkter und indirekter Demokratie die Vorteile beider Systeme vereinen.“

Die Darstellung der Software-Entwickler ist noch etwas detaillierter. Im Experten-Interview¹⁷⁴ sagt Andreas Nitsche, der für das Konzept von LQFB entwickelte:

¹⁷⁰ Vgl. Mühlbauer, Peter, *Warum Partei und nicht Religion?*, Heise.de, 2007, <http://www.heise.de/tp/artikel/26/26173/1.html>.

¹⁷¹ Vgl. Piratenwiki, *Liquid Democracy*, http://wiki.piratenpartei.de/Liquid_Democracy.

¹⁷² Vgl. Piratenwiki, *AG Liquid Democracy*, http://wiki.piratenpartei.de/AG_Liquid_Democracy.

¹⁷³ Vgl. Piratenwiki, *Basisdemokratie*, <http://wiki.piratenpartei.de/Basisdemokratie>.

„Basisdemokratie skaliert nicht.¹⁷⁵ Man hat entweder die Möglichkeit sich in ihr maßlos zu verzetteln oder bei Bündelwahlen seinen Einfluss komplett zu verlieren. Deswegen finde ich Liquid Democracy als einen guten Kompromiss zwischen repräsentativer und direkter Demokratie. Und dies wurde jedem Piraten, der hier in Berlin eintrat, im Rahmen der Vorstellung der Partei gleich mit erklärt. Das war hier schon immer Konsens.“

Im Interview mit Chaos Radio Express,¹⁷⁶ erklärt Programmierer Jan Behrens seine Motivation:

„In der Politik geht es ja nicht nur um die Frage, wollen wir jetzt „A“ oder „B“. Die Fragen sind ja wesentlich komplizierter. Genau genommen müssen die Antwortmöglichkeiten von der Politik ja erst erarbeitet werden. Das wollten wir in Liquid Feedback abbilden. Demokratie ist mehr als ein Multiple Choice Test.“

Sie wollen eine „Vergrünung“¹⁷⁷ der Partei verhindern, erklärten die Berliner Piraten nach der Einführung der Software. Der Seitenhieb spielt auf die, aus Sicht der Piraten, kaum noch basisdemokratisch organisierte Partei Bündnis 90/Die Grünen an. In einem Blogbeitrag der Entwickler lässt sich die Begeisterung nach dem Start der Software ablesen:

„So ist es mit LiquidFeedback zum ersten Mal in der gesamten Parteigeschichte in Deutschland möglich, dass alle Mitglieder einer Organisation an der Meinungsbildung beteiligt werden und konstruktiv mitarbeiten können. Was vor kurzem noch visionär gedacht war, wird nun ganz real möglich: Innerparteiliche Demokratie auch bei hohen Mitgliederzahlen! Wir sind auf die Ergebnisse sehr gespannt.“¹⁷⁸

Als weitere Motivation gab Nitsche an, dass die früheren Arbeitsmittel der Piraten zu keinen Ergebnissen geführt hätten. Onlinedebatten in Wikis oder Mailinglisten seien ergebnislos verendet. In der Kritik ständen insbesondere die hitzigen Diskussionen auf unmoderierten, teils anonymen Mailinglisten, auf denen zwar intensiv gestritten, jedoch kein adäquates Meinungsbild möglich sei.

Mailinglistendebatten würden bei einer Auszählung der Beiträge, fast egal bei welchem Thema, stets zu einem scheinbar gleichstarken Stärkeverhältnis tendieren. Maildebatten weisen einen „Ping-Pong-Charakter“ auf. Darüber hinaus sorgten Unübersichtlichkeit und Tonalität der Debatte für Frust. Tim Pritlove, Netzaktivist frühster Stunde und Mitglied des Chaos Computer Clubs, prägt diesbezüglich den Satz: „In keiner Organisation sollte eine Mailingliste Teil einer Entscheidungsstruktur bilden“. Tatsächlich hatte die Piratenpartei bis zur Einführung von LQFB außerhalb der Parteitage keine effizienten Entscheidungsstrukturen, da dem Parteivorstand nur eine ausschließlich dienstleistende Funktion ohne eigene Entscheidungskompetenz zugestanden wird.

Diese Konsens- bzw. konkordanzdemokratische Orientierung der Online-Debatten erschwert jedoch die Positionierung einer Partei. Am offensichtlichsten ist dieser Kompromiss-Effekt von Onlinedebatten in der Wikipedia sichtbar, wo es nach ermüdenden „Edit-Wars“¹⁷⁹ oft zu Formelkompromissen kommt („Es gibt diese und jene Ansicht“)¹⁸⁰ oder ein Administrator entscheidet. Keine Option für eine demokratische Partei. In der Praxis führte dies dazu, dass die Piratenpartei das 2006 von Parteimitgründer Jens Seipenbusch allein

¹⁷⁴ Das Interview wurde am 4.3.2011 vom Autor geführt.

¹⁷⁵ Eine Skalierung ist die Größenänderung einer Computergrafik bzw. bei der digitalen Bildbearbeitung. Bei der Größenänderung von Rastergrafiken kommt es dabei regelmäßig zu unschönen Pixelfehlern. Man sagt dann: „Das skaliert nicht.“

¹⁷⁶ Vgl. Pritlove, Tim, *LiquidFeedback - Das Werkzeug für direkte und interaktive Demokratie*, Chaos Radio Express Folge 158, 2010, ab Minute 9:30, <http://chaosradio.ccc.de/cre158.html>.

¹⁷⁷ Vgl. Kleinz, Torsten, Berliner Piraten "verflüssigen" innerparteiliche Demokratie, 2010, <http://goo.gl/W4NWB>.

¹⁷⁸ Vgl. „sferex“, *LiquidFeedback bei den Piraten Berlin*, 2010, <http://liquidfeedback.org/2010/01/03/liquidfeedback-bei-den-piraten-berlin/>.

¹⁷⁹ Vgl. McCandless, David, *Articles of War*, 2010, <http://www.informationisbeautiful.net/visualizations/wikipedia-lamest-edit-wars/>.

¹⁸⁰ Bisweilen kommt es in offensichtlichen Fällen auch zu Eingriffen von Administratoren, etwa zu Nutzersperren und Sperrungen von Seiten. Da die Liquid Feedback Plattform jedoch moderationsfrei laufen soll, wurden solche Möglichkeiten abgelehnt.

verfasste Parteiprogramm nur um bis dato einen Programmpunkt („Bildung“) ergänzt und kaum überarbeitet hatte.

Während andere Parteien und Organisationen früher oder später auf ein Delegiertensystem einschwenkten, will die Piratenpartei mit LQFB einen alternativen Weg gehen. Dies geht aus der Begründung des Antrags zu LQFB hervor, der auf dem BPT der Piraten in Bingen beschlossen wurde:

*„[...] Um weiterhin basisdemokratisch Entscheidungen treffen zu können, benötigen wir eine **Alternativlösung** zu den bisher bei Parteien üblichen Vertreterversammlungen. **Ziel ist es, dauerhaft auf ein Delegiertensystem zur Entscheidungsfindung innerhalb der Partei zu verzichten.** Die Einführung von LiquidFeedback für qualifizierte Meinungsbilder der gesamten Basis soll **den ersten Schritt** darstellen, die Idee der Basisdemokratie in der Piratenpartei zu erhalten und eine "Vergrünung" zu verhindern.[...]“¹⁸¹ [Hervorhebung: Anm. d. Autors]*

Die Formulierung: „den ersten Schritt“, deutet an, dass man sich hier weiter auf die auf LD bezieht, die ja zum Ziel hat, solche Software Lösungen nicht nur als Meinungsbildung, sondern als verbindliche Entscheidung einzuführen.

Auf die Frage, wie Nitsche auf das Konzept von LQFB gekommen sei, sagt er: „Das fand ich offensichtlich“. Ein Politikwissenschaftler oder jemand anders habe ihn nicht inspiriert. Zwar seien im damaligen Berliner Piratentreffpunkt immer wieder auch ehemalige Politiker, Wissenschaftler und Juristen aufgetaucht, doch die hätten von anderen Dingen – etwa einer Elitenherrschaft – geschwärmt. Nitsche verweist jedoch auf den Ökonomen Robert Bernard Reich und sein Buch *Supercapitalism: The Transformation of Business, Democracy, and Everyday Life*. Ein Zitat von Reich ist dem Mission Statement der Entwickler Website vorangestellt:

“Interactive Democracy pulls political power away from those who secretly and insidiously buy political power, and gives it back to voters. Instead, the supercapitalists have to persuade us by the merit of their arguments. - Professor Robert Reich, University of California, Berkeley”

Reich beschäftigte sich jedoch noch nicht mit der LD, sondern generell mit der stärkeren Einbindung der Bevölkerung in das (amerikanische) politische System.

Ende 2009 schrieb sich die Partei das Thema Demokratie auch offiziell auf die Fahnen. Auf dem mit LQFB vorbereiteten Themenparteitag wurde das Kapitel „Mehr Demokratie wagen“ an prominenter Stelle (Platz 1 nach der Präambel) eingefügt.¹⁸² Zwar wird LD nicht explizit erwähnt, dennoch heißt es dort:

„Die digitale Revolution ermöglicht der Menschheit eine Weiterentwicklung der Demokratie, bei der [...] die Mitbestimmungsmöglichkeiten jedes Einzelnen gestärkt werden können. Die Piratenpartei sieht es als Ihre Aufgabe an, die Anpassung der gelebten Demokratie in der Bundesrepublik an die neuen Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts zu begleiten und zu gestalten.“

Dass die Partei einen so hohen Wert auf demokratische Werte legt, lässt sich zum Teil auch über das „Erweckungserlebnis“ der Partei erklären. Mit der Debatte um Kinderpornografie im Internet wuchs die Partei von 1.000 auf 12.000 Mitglieder. Während diese in den Medien oft als eine Internetdebatte ankam, war es für die Piraten eine Demokratie-Debatte. Die primäre Angst war nicht die Sperrung von Kinderpornografischen Schriften, sondern die Zensur politischer Blogs – die unabhängigen und selbstgestaltete Medien der

¹⁸¹ Vergleiche Antrag Z013 im Wortprotokoll. Piratenwiki, *Bundesparteitag 2010.1 Wortprotokoll*, http://wiki.piratenpartei.de/Bundesparteitag_2010.1/Protokoll.

¹⁸² Vgl. Piratenwiki, *Parteiprogramm – Mehr Demokratie wagen*, http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm#Mehr_Demokratie_wagen.

digital vernetzten Mitglieder. Entsprechend erhielt die Ministerin von der Partei auch den Spitznamen „ZENSURSULA“ und zahlreiche Kritik befürchtete Zensur, vergleiche Abbildung 4.2-1.¹⁸³



Abbildung 4.2-1 – In satirischen Darstellungen drückt sich die Angst vor politischer Zensur aus.

Auch bei der Demonstration „Freiheit statt Angst“ am 12. September 2009 – unmittelbar vor der Bundestagswahl – gaben sich die Piraten auf einem großen Transparent als Vorzeigedemokraten: „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland – unser Grundsatzprogramm“. Und das Parteitagsmotto des ersten Programmparteitags der Piratenpartei hob auf die basisdemokratische Vision ab: „Piratenpartei - Regieren sie doch einfach mit“.¹⁸⁴

Damit unterscheidet sich die Piratenpartei Deutschland von der sonstigen internationalen Piratenbewegung, deren Schwerpunkt deutlich stärker beim Thema „Urheberrecht“ liegt.

Das Thema Demokratie, Mitbestimmung und direkte Beteiligung ist inzwischen ein zunehmend dominantes Thema in der Piratenpartei. So setzte der Landesverband Hessen im Wahlkampf das Thema sogar in den Mittelpunkt seiner Kampagne. Ein Wahlplakat erwähnt die Software LQFB sogar explizit, vgl. Abbildung 4.2-2.



Abbildung 4.2-2 - Wahlplakate der Piraten Hessen, Wahlkampf 2010.

Auch auf der Homepage des Landesverbands drehte sich der Wahlkampf stark um LQFB. Die Software wurde umfangreich erklärt. Das Ziel, LD in die Parlamente zu übertragen und die gesamte Bevölkerung partizipieren zu lassen, wird postuliert. Ein ähnlich auf Demokratieverneuerung gerichteter Wahlkampf fand in Baden-Württemberg statt und ist auch für Berlin angedacht.

¹⁸³ Ursprung der Grafik: Förster, Thorsten, *ohne Titel*, o.J., <http://blog.pantoffelpunk.de/>.

¹⁸⁴ Vgl. Piratenpartei Deutschland, *Bundesparteitag der Piratenpartei - Regieren Sie doch einfach mit!*, 2010, <http://piratenpartei.de/node/1239/48588>.

Joachim Paul versucht in einem Beitrag eine kulturelle Erklärung für die basisdemokratische Kultur der Piraten:

„Es wird vergessen, dass ihnen [den Piraten] eine ganz grundsätzliche Erfahrung gemeinsam ist, nämlich die des Großwerdens mit dem Datennetz und dem – vielfach noch gar nicht bewussten – Erfühlen oder Gewährwerden der Tatsache, dass das Netz umso mehr Wert für den Einzelnen hat, je mehr andere auch daran teilhaben können. So hat sich das Teilen und gemeinsame Dokumentieren und Vermitteln von Wissen insbesondere in der Online-Enzyklopädie Wikipedia eindrucksvoll niedergeschlagen. Der Kooperationsaspekt steht hier eindeutig über dem der Konkurrenz. [...]

Allen diesen Interessensgruppen ist gemein, das sie zunächst die Verbandsinteressen über das Allgemeinwohl stellen, jedoch gleichwohl versuchen, die eigenen Intentionen als dem Gemeinwohl dienend zu verkaufen. Dies gilt im Wesentlichen für alle westlichen Nationen und repräsentiert die eigentliche Gefahr für die Solidarität der Gesellschaften!

Festzuhalten ist, dass das piratische Bestreben nach mehr Basisdemokratie sich konträr zu den genannten Lobbyisten verhält und der Kampf der Piraten ist ein Kampf gegen Monopole. Dies ergibt sich ohne jedes explizite politische Statement schon aus der Genese der Partei und der zugrundeliegenden Netzstruktur.“

Als notwendig empfanden viele Piraten LD auch, um parteiinterne Grabenkämpfe zu entscheiden. Denn insbesondere die gesamtpolitische Ausrichtung der Partei war lange umstritten. Die Piratenpartei galt zwar als eine Internet- und Bürgerrechts-Partei (Datenschutz, Freiheit, Urheberrecht, Rechtsstaat), die Mehrheiten der sozial- und neoliberalen Flügel waren jedoch unklar. Der Konflikt existierte nicht, so lange man sich auf die Kernthemen konzentrierte. Viele Mitglieder bemühten dazu oft die Formulierung: „Die Piraten sind nicht rechts oder links sondern vorn“.¹⁸⁵ Um der Rechts/Links-Konfrontation auszuweichen, wurde die Darstellung der politischen Dimension oft auch auf zwei Dimensionen erweitert, wie das Wertedreieck von Olaf Lang aus dem Jahr 2009 zeigt. Vergleiche Abbildung 4.2-3¹⁸⁶.

¹⁸⁵ Vgl dazu Peukert, Klaus, *Links? Rechts? Pirat!*, 2009, <http://www.tarzun.de/archives/260-Links-Rechts-Pirat!.html>.

¹⁸⁶ Das Wertedreieck entwickelte das Parteimitglied Olaf Lang vor der Bundestagswahl 2009 auf Basis der Wahlprogramme bzw. der Parteiprogramme. Es basiert auf eine Mischung von Auswertung der Themen, Überschriften- und Begriffs-Cloud-Analyse der Parteiprogramme sowie der persönlichen Einschätzung des Autors. Die Größe der Kreise entspricht den damaligen Mitgliederzahlen der Parteien. Piratenwiki, *Politisches Spektrum*, http://wiki.piratenpartei.de/Politisches_Spektrum.

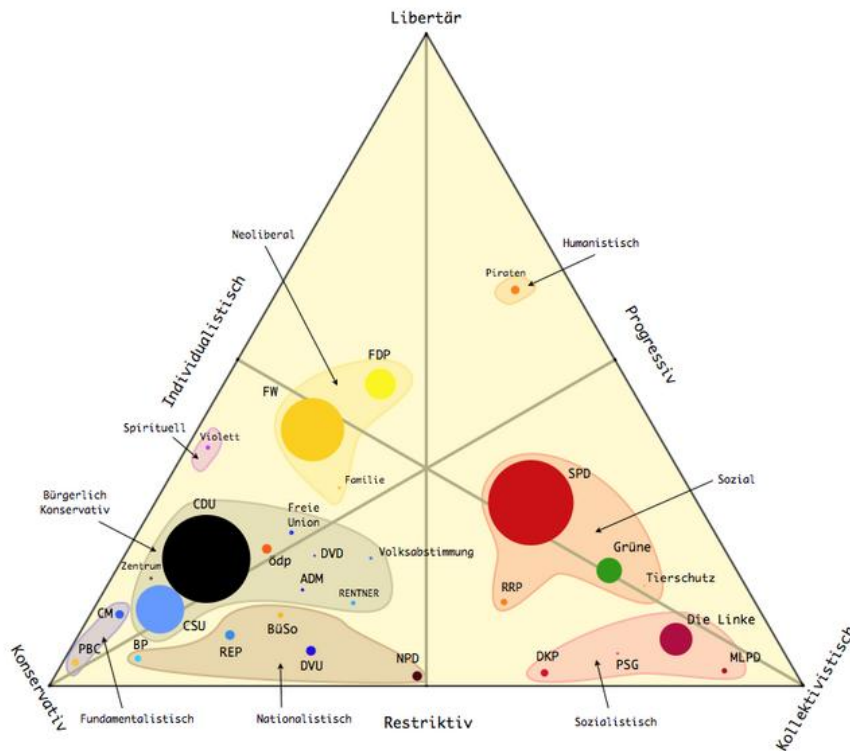


Abbildung 4.2-3 Die Position der Piratenpartei wird früh als linksliberal / humanistisch bezeichnet. Intern ist dies jedoch lange umstritten.

Die Suche nach der eigenen Identität im Parteienspektrum ist jedoch ein wiederkehrendes Motiv. Ein gutes Beispiel dafür ist die kollektive Selbsteinordnung der Parteimitglieder. Als Grundlage der Selbsteinschätzung diene die (freiwillige) Teilnahme an einem umfangreichen Fragebogen der britischen Organisation „Political Compass“¹⁸⁷ über deren Website politicalcompass.org.

Je nach Antworten im Fragebogen wurde die politische Position des Umfrageteilnehmers errechnet und als Punkt in einem zweidimensionalen „Nolan-Diagramm“¹⁸⁸ eingezeichnet. Viele Mitglieder binden dieses Diagramm in ihr öffentliches Profil im Piratenwiki ein.

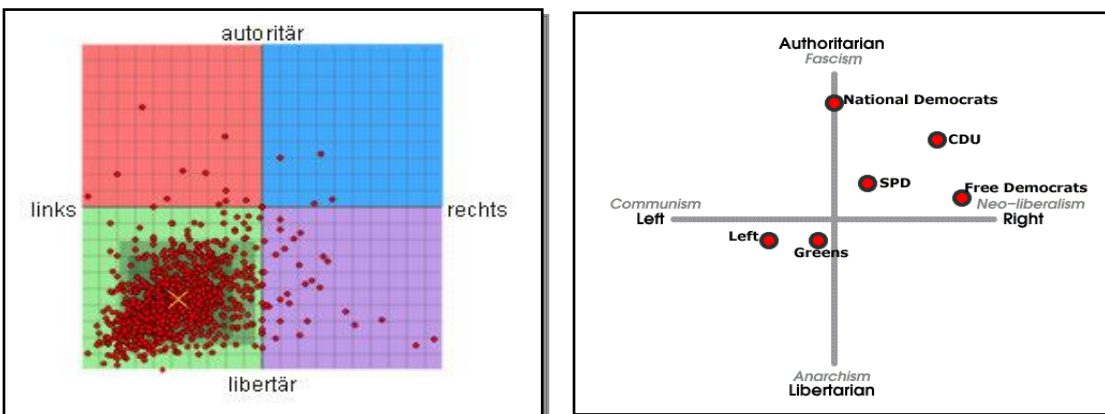


Abbildung 4.2-4 Links: Kollektive Selbstverortung der Mitglieder der Piratenpartei (2011). Rechts: Analyse von Political Compass (2005)

Der Pirat Adrian Lang hat auf dieser Basis ein Script entwickelt, welches sämtliche öffentliche Mitglieder-

¹⁸⁷ Die Urheber der Website sind unbekannt. Laut New York Times soll die Seite die Arbeit des Journalisten Wayne Brittenden sein. Der Daily Telegraph glaubt hingegen, die Webseite sei ein Projekt von "One World Action", einer Stiftung von Glenys Kinnock, so berichtet es die englischsprachige Wikipedia, vgl. Wikipedia, *Political Compass*, http://en.wikipedia.org/wiki/Political_compass.

¹⁸⁸ Dieses Diagramm ist angelehnt an den Ideen des amerikanischen Liberalen David Nolan.

Profile nach diesem Diagramm absucht, ausliest und die Punkte in einem übersichtlichen Diagramm zusammenführt. Die Zusammenschau von 977 Benutzerprofilen ergibt Abbildung 4.2-4 .

In der Summe haben die teilnehmenden Piraten also eine eher linksliberale Positionierung.¹⁹¹ Zum Vergleich eine Analyse von PoliticalCompass zu deutschen Parteien aus dem Jahr 2005¹⁹² (rechts).

Trotz dieser deutlichen linksliberalen Gesamtpositionierung der Partei, war das 2006 verfasste Parteiprogramm kaum weiter entwickelt worden. Es gibt also einen eklatanten Unterschied zwischen Selbstpositionierung der Mitglieder und Parteiprogramm. Ein Motiv der Partei für LQFB könnte demnach auch sein, Streitigkeiten effektiver zu überwinden und das eigene Programm schneller als bisher weiter zu entwickeln.

¹⁹¹ Die Auswertung muss allerdings mit Vorsicht genossen werden, da die Berechnungsgrundlage von Political Compass nicht transparent dargestellt wird und die Selbsteinschätzung der Nutzer einer „sozialen Erwünschtheit“ unterliegen könnte.

¹⁹² Leider findet sich auf der Seite keine Erklärung zur Erstellung des Diagramms. Political Compass: *The German Party Political Compass*, <http://www.politicalcompass.org/germany2005>.

4.3.) Wie Liquid Feedback funktioniert

Die Software LQFB wurde als Software für demokratische Abstimmungen innerhalb von Parteien und Organisationen entworfen. Als Grundlage orientierte man sich an den Ideen für eine LD.

Es folgt eine Beschreibung, wie die Software innerhalb der Piratenpartei Deutschland auf Bundesebene implementiert wurde, welche Prinzipien sich hinter den einzelnen Funktionen verbergen und wie sich die Software für den Nutzer darstellt. Quellen für diese Zusammenfassung sind:

- Das „Mission Statement“ der LQFB Entwickler.¹⁹³
- Die Konzeptbeschreibung durch Programmierer Andreas Nitsche.¹⁹⁴
- Das Software-Konzept der Public Software Group.¹⁹⁵
- Deutscher Bundestag – Enquete Kommission Internet und Digitale Gesellschaft – Synopse Partizipationstools. LQFB und Adhocracy im Vergleich.¹⁹⁶
- Die FAQ¹⁹⁷ sowie die Betriebsdokumentation¹⁹⁸ der Piratenpartei.
- Die Vorstellung von LQFB im Chaos Radio Express vom 11.7.2010.¹⁹⁹
- Der Vortrag „Interaktive Demokratie mit LiquidFeedback“ von Martin Haase und Björn Swierczek auf der SIGINT 2010²⁰⁰ am 22.5.2010.
- Der Vortrag „Interaktive Demokratie mit LiquidFeedback - Basisdemokratie für Parteien und Organisationen“²⁰¹ von Martin Haase auf der „Datenspuren 2010“ vom 16.10.2010.
- Der Vortrag von Christopher Lauer (Mitglied des BuVos der Piratenpartei) auf der OpenLiquid.²⁰²
- Die Experteninterviews des Autors mit Christopher Lauer (Mitglied im BuVo und Beauftragter für LQFB) vom 2.3.2011 und Andreas Nitsche (LQFB-Entwickler) vom 4.3.2011.
- Vortrag über LQFB in Hamburg am 27.3.2010 in Hamburg von Christopher Lauer und Björn Swierczek (LQFB-Entwickler).²⁰³
- Erfahrungen des Autors.

4.3.1.) Zusammenfassung

Die Software LiquidFeedback soll der wachsenden Piratenpartei dazu dienen, mehrheitsfähige Positionen konstruktiv, kollaborativ zu erarbeiten und abzustimmen. Die beschlossenen Meinungsbilder sollen in der Partei als Vorlage für Parteitage dienen und dem Vorstand als Feedback dienen.

Die Software LQFB läuft auf zwei Servern der Piratenpartei. Der Nutzer greift auf die Software über seinen Webbrowser zu. Er muss nichts installieren. Die Software ist den Mitgliedern 24 Stunden am Tag und 365 Tage im Jahr zugänglich. Jederzeit können neue Anträge gestartet werden.

Zu den wichtigen Prinzipien der jetzigen Implementation in der Piratenpartei gehören:

- Ergebnisse: Qualifizier- und belastbar, bei pseudonymer Teilnahme
- Prozess: Strukturiert, zeitlich fixiert und umfangreich geregelt

¹⁹³ Vgl. Nitsche, Andreas, *Interaktive Demokratie e. V. Missionstatement*, o. J., <http://liquidfeedback.org/mission/>.

¹⁹⁴ Vgl. Nitsche, Andreas, *Interaktive Demokratie durch Liquid Democracy*, 2009, <http://goo.gl/1k72n>.

¹⁹⁵ Vgl. Public Software Group, *Liquid Democracy*, 2009, http://www.public-software-group.org/liquid_feedback_konzept..

¹⁹⁶ Deutscher Bundestag – Enquete Kommission Internet und Digitale Gesellschaft – Synopse Partizipationstools. Liquid Feedback und Adhocracy im Vergleich, 2010, nicht veröffentlicht.

¹⁹⁷ Vgl. Piratenwiki, *LiquidFeedback FAQ*, <http://wiki.piratenpartei.de/LiquidFeedback/FAQ>.

¹⁹⁸ Vgl. Piratenwiki, *LQFB Betriebsdoku*, <http://wiki.piratenpartei.de/LQPP/Betriebsdoku>.

¹⁹⁹ Vgl. Pritlove, Tim, *LiquidFeedback - Das Werkzeug für direkte und interaktive Demokratie*, Chaosradio Ausgabe 158, 2010, <http://chaosradio.ccc.de/cre158.html>.

²⁰⁰ Vgl. Haase, Martin, *Interaktive Demokratie mit LiquidFeedback (Vortrag)*, gehalten auf der SIGINT 2010 - Konferenz für Netzbewohner, Hacker und Aktivisten, 2010, <http://goo.gl/nh1ie>.

²⁰¹ Vgl. Haase, Martin, *Interaktive Demokratie mit LiquidFeedback, Basisdemokratie für Parteien und Organisationen (Vortrag)*, gehalten auf der Datenspuren 2010 - Mind the Gap, 2010, <http://datenspuren.de/fahrplan/event/4043.de.html>.

²⁰² Vgl. YouTube, Nutzer „Piratendemokratie“, *LiquidFeedback im Einsatz auf Bundesebene - Christopher Lauer (Vortrag)*, gehalten auf der OpenLiquid 2011, 2011, <http://www.youtube.com/watch?v=fdHDLp28zcc>.

²⁰³ Vgl. Lauer, Christopher/Swierczek, Björn, *LiquidFeedback (Vortrag)*, 2010, http://de.justin.tv/piraten_hamburg/b/258342308.

- Beschränkte Diskussion: Lenkung auf konstruktive Beiträge, Störer-Resistenz ohne Moderation
- Verzicht auf Einigungs- und Kompromisszwang
- Delegationen und Arbeitsteilung statt „klassischer Basisdemokratie“
- Neutralität der Plattform
- Nachvollziehbarkeit aller Prozesse

4.3.2.) *Qualifizierbare Ergebnisse bei „pseudonymer“ Teilnahme*

Ziel des Systems ist es qualifizierbare, belastbare Ergebnisse zu produzieren. Um dies zu erreichen muss gewährleistet sein, dass jedes Parteimitglied nur „einen Account“ und damit nur „eine Stimme“ erhält. Einfache Online-Abstimmungen, bekannt etwa von journalistischen Nachrichten-Webseiten, können leicht manipuliert werden, indem eine Software (ein Script) einfach automatisiert diese Website immer wieder aufruft und immer wieder dieselbe Stimme abgibt. Auch Vorkehrungen gegen doppelte Stimmabgaben, etwa durch IP-Sperren oder Browser-Cookies, können mit wenig Aufwand umgangen werden.

Um Klick-Manipulationen zu umgehen und belastbare Abstimmungen durchzuführen, wird deshalb oft eine Begrenzung der Abstimmungsberechtigten auf eine exklusive Gruppe eingeführt. Um Mitglied der Abstimmungsberechtigten zu werden, wird in der Regel eine Anmelde- und Registrierungspflicht vorgeschaltet. Doch auch das Anlegen von unzähligen Nutzeraccounts ist in einem offenen System nur eine Frage von Fleiß oder Programmiergeschick.

Die Entwickler von LQFB setzten deshalb auf zwei Elemente, um dies zu verhindern:

- a) Mitglieder können nur durch eine persönliche Einladung der Partei Mitglied werden.
- b) Alle Piraten treten im System mit vollständiger Identität auf.

Im Rahmen der Einführung wurde jedoch der Wunsch vieler Parteimitglieder deutlich, sich anonym am System beteiligen zu können. Eine vollständig anonyme Registrierung stand jedoch im Widerspruch zu dem Ziel der „belastbaren Abstimmungen“, da erneut jeder Nutzer beliebig viele Accounts (sogenannte „Sockenpuppen“) hätte anlegen können.

In einem Kompromiss einigte man sich auf eine sogenannte „pseudonyme Teilnahme“. Jedes Parteimitglied erhält weiterhin nur einen Nutzeraccount, kann jedoch einen freien Benutzernamen (Pseudonym) wählen, den zunächst nur er selbst kennt. Ob das Mitglied seinen Nutzernamen geheim hält oder veröffentlicht, ist ihm selbst überlassen.

Technisch wurde dies so realisiert, dass jedes Parteimitglied exakt eine Einladung für das System erhält. Die E-Mail enthält jeweils einen einmaligen, anonymen Einladungscode (auch „Token“ genannt). Mit diesem Token führt das Parteimitglied seine Registrierung durch. Erst dabei legt das Mitglied seinen Nutzernamen und eine E-Mail Adresse fest. Nutzernamen und E-Mail Adresse können völlig frei gewählt werden (müssen also nicht mit dem Namen oder der E-Mail Adresse aus dem Parteiregister übereinstimmen), so dass die Pseudonymität auch gegenüber dem Administratoren der LQFB Plattform gewährleistet wird. Nach der vollständigen Anmeldung wird der jeweils verwendete Token gesperrt. Die Anlegung eines zweiten Accounts über denselben Token ist somit ausgeschlossen.

Denkbar wäre jedoch, dass der Administrator die Identität des Nutzers herausfindet. Dazu müsste er nur in der Datenbank den Token des Nutzers, den er identifizieren möchte ablesen und schauen, an wen eben dieser Token per E-Mail geschickt wurde. Welche E-Mailadresse zu welchem Parteimitglied gehört ist über die Mitgliederdatenbank ablesbar, zu der fast alle Generalsekretäre der Landesverbände Zugang haben. Diese Möglichkeit muss auch grundsätzlich bestehen, um beispielsweise im Fall von Strafverfolgung (Beleidigung, Morddrohung, Holocaustleugnung etc.) eine Zuordnung zwischen den pseudonymen Nutzern und dem jeweiligen Parteimitglied herstellen zu können.

Um jedoch den Missbrauch durch den Administrator auszuschließen, wurden die Informationen in drei verschiedene Stellen getrennt: Den Generalsekretär, eine neu gegründete „Clearingstelle“ und den Admi-

nistrator. Keine dieser drei Stellen hat alle Informationen. Nur zusammen können sie aktiv werden. Alle diese Positionen werden vom BuVo besetzt. Alle drei Gremien müssen sämtliche Tätigkeiten in einer umfangreichen, öffentlichen Betriebsdokumentation²⁰⁴ protokollieren. Alle Vorgänge sind hier detailliert geregelt.

Um die Geheimhaltung zu gewährleisten wurde ein ausgeklügeltes System entwickelt: Beim Anlegen eines neuen Nutzers (z. B. neue Mitglieder) fordert der Generalsekretär eine exakt definierte Menge an Schlüsseln an. Die Clearingstelle erzeugt daraufhin die vorgegebene Zahl an Schlüsseln. Genau genommen sind es jedoch Schlüsselpaare. Diese Verknüpfungsliste behält die Clearingstelle jedoch allein zurück. Der Generalsekretär erhält lediglich einen sogenannten „Einladungsschlüssel“, welchen er jeweils an die Mitglieder verschickt. Der Systemadministrator erhält lediglich den zweiten Teil des Schlüsselpaars, den „Referenzschlüssel“. Diesen trägt er in die LQFB Datenbank ein. Sobald das Parteimitglied seinen Einladungsschlüssel erhält, muss er diesen zunächst auf der Seite der Clearingstelle²⁰⁵ in den passenden Referenzschlüssel umwandeln. Ein Vorgang der nur einmal möglich ist. Würde der Generalsekretär dies versuchen, um an den Referenzschlüssel zu gelangen, wäre der Einladungsschlüssel für das Parteimitglied bereits gesperrt.

Nach der Umwandlung registriert sich das Mitglied mit seinem gültigen Referenzschlüssel in LQFB. Ergebnis: Der Generalsekretär kennt nicht den verwendeten Referenzschlüssel. Der LQFB Administrator kennt nicht den Einladungsschlüssel aus der E-Mail. Und die Clearingstelle hat zwar die Zuordnungstabelle, jedoch sonst nichts.

Im Ergebnis hat keiner der drei Akteure „alle“ Informationen: In jedem Szenario müssten alle drei Personen gleichzeitig „korrumpieren“, bzw. Hacker müssten alle drei Systeme gleichzeitig knacken, um heimlich einen oder mehrere Nutzer zu identifizieren. Um es Hackern schwer zu machen, werden alle Schlüssellisten vor dem Versand nach Stand der Technik kryptographisch verschlüsselt. Und um das Anlegen von unechten Parteimitgliedern (sog. Sockenpuppen oder „Fake-Accounts“) durch den Generalsekretär zu verhindern, werden alle Vorgänge durch alle drei Stellen dokumentiert, so dass die jeweiligen Amtsnachfolger als weitere Prüfer in Frage kommen.

Die Einladungen werden nur in Gruppen von 25-30 Einladungen verschickt, so dass auch über eine zeitliche Abfolge der Registrierung keine Zuordnung möglich ist. Die Anzahl der verschickten Einladungen, sowie sämtliche durchgeführte Prozesse, Updates, oder Eingriffe in die Datenbank werden öffentlich dokumentiert.²⁰⁶

Die Auflösung einer Identität ist nur unter sehr engen Voraussetzungen möglich, etwa im Falle „der Verfügung eines ordentlichen Gerichts der BRD“ oder dem „Beschluss des zuständigen Schiedsgerichts aufgrund parteischädigenden Verhaltens im Sinne der Satzung“. Nur eine eigens definierte Kommission aus den drei oben genannten, einem Mitglied des BuVos und dem Datenschutzbeauftragten der Partei können die Identitätsaufhebung beschließen. Für die Einleitung des Prozesses ist zudem eine öffentliche Entscheidung des Vorstands der Partei nötig. Bisher wurde ein solcher Prozess nicht eingeleitet.

Der Berliner Datenschutzbeauftragte attestierte dem System in einem Schreiben²⁰⁷ vom 7.1.2011 aus datenschutzrechtlicher Sicht keine Bedenken. In der netzaffinen Szene erhielt das System viel Lob.

4.3.3.) *Struktur der Plattform: Themenbereiche, Thema, Initiative*

Die Software ist in Themenbereiche aufgeteilt. Die Piratenpartei hat zurzeit 15 verschiedene Bereiche eingerichtet, die sich grob an den bekannten politischen Themenbereichen orientieren.

²⁰⁴ Piratenwiki, *Betriebsdokumentation*, <http://wiki.piratenpartei.de/LQPP/Betriebsdoku>.

²⁰⁵ Liquid Feedback Clearingstelle, *Hauptseite*, <http://lqfb-clearingstelle.piratenpartei.de/static/clearing.html>.

²⁰⁶ Piratenwiki, *Betriebsdokumentation - Verzeichnis Versand Referenzschlüssel an Mitglieder*, <http://goo.gl/Z51GT>.

²⁰⁷ Berliner Datenschutzbeauftragter, *Brief an die Piratenpartei*, 2011, <http://goo.gl/Ov2R3>.

Jeder Nutzer kann „Mitglied in einem Themenbereich werden“ und trägt damit zur Erhöhung der themenbereichsspezifischen Quoren bei. Auch die Reihenfolge der Themenbereiche ergibt sich aus dem Anteil der interessierten Nutzer.

Jeder Pirat kann einen Text formulieren und zur Abstimmung vorschlagen. Einen solchen Text nennt das System „Initiative“. Im Rahmen der Debatten können „Gegeninitiativen“ formuliert werden, die zusammen stets automatisch ein „Thema“ bilden. In welchem Themenbereich die Initiative (bzw. das Thema) landet bestimmt der Autor der ersten Initiative in einem Thema. Vergleiche dazu Abbildung 4.3.1.

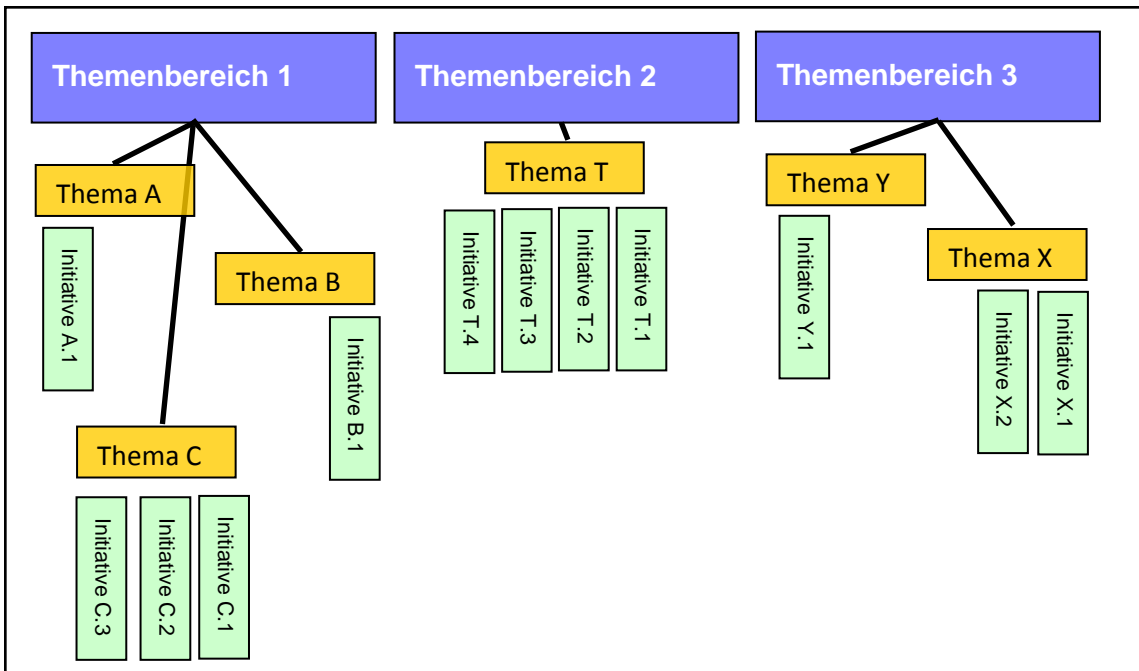


Abbildung 4.3-1 – Logik und Struktur der LQFB Software.

Startseite Themenbereiche Zeitachse Mitglieder Kontakte About

Liste der Themenbereiche

Sortieren nach: Grundgesamtheit (Sortierung ändern)

	Innen, Recht, Demokratie, Sicherheit	0	0	0	0	50	50
	Digitales, Urheber-/Patentrecht, Datenschutz	1	0	0	0	33	8
	Umwelt, Verkehr, Energie	2	1	1	0	28	4
	Kinder, Jugend, Familie und Bildung	0	0	0	0	47	11
	Wirtschaft, Soziales	1	0	0	1	42	21
	Außen, Internationales, Frieden	0	0	0	0	17	2
	Gesundheit und Drogen/Suchtpolitik	0	0	0	0	17	6
	Satzung und Parteistruktur	1	1	2	4	36	26
	LiquidFeedback Systembetrieb	0	0	0	0	50	75
	Sonstige innerparteiliche Angelegenheiten	0	0	0	0	49	29
	Sonstige politische Themen	0	0	0	0	28	12
	Streitfragen zu Abstimmungen	0	0	0	0	1	2
	Sandkasten/Spielwiese	0	0	0	0	19	45
	LiquidFeedback Weiterentwicklung	0	0	0	0	7	1
	Veröffentlichungen	0	0	0	0	0	1

Legende: Direkte Mitgliedschaft Mitgliedschaft durch Delegation Gar keine Mitgliedschaft

Mitglied des Themenbereichs Neu Diskussion Eingefroren Abstimmung Abgeschlossen Abgebrochen

Abbildung 4.3-2 - Screenshot der Startseite von LQFB. Links ist die Liste der Themenbereiche. Danach zeigen die vier Zahlenreihen wie viele Anträge gerade in welcher Stufe der Abstimmung sind. Die letzten zwei Zeilen zeigen, wie viele Themen bereits angenommen oder abgelehnt wurden. Stand: 11.4.2011.

Die Startseite der Software (Abbildung 4.3.2) zeigt alle Themenbereiche und die Anzahl der aktiven Themen. Die Zahlenkolonnen rechts zeigen, wie viele Themen sich zurzeit in welcher der vier Phase befinden. Die letzten zwei Spalten zeigen die Zahl der insgesamt angenommen und abgelehnten Anträge für jeden Themenbereich an.

4.3.4.) Ablauf: Ein strukturierter und zeitlich fixierter Prozess

Die Entwickler von LQFB setzten bei ihrem System auf einen festen Ablauf von Debatte und Abstimmung. Insgesamt durchlaufen alle Themen vier Phasen, vgl. Abbildung 4.3-3.

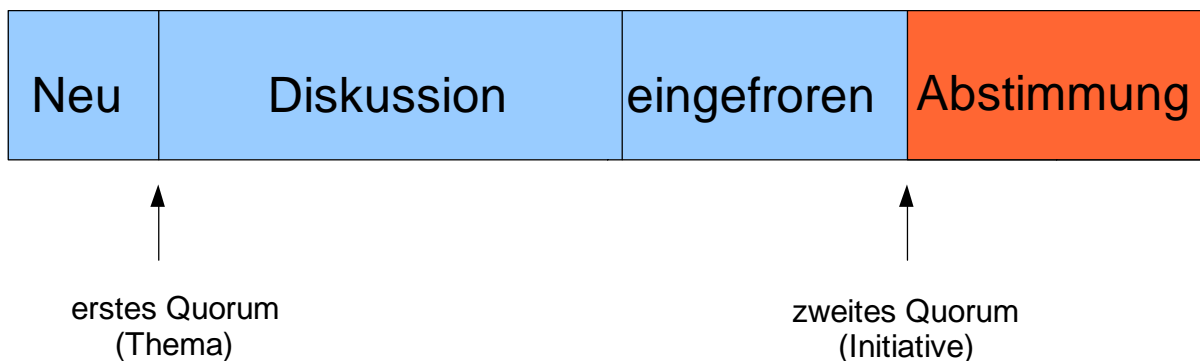


Abbildung 4.3-3 - Prozess-Schemata. Alle Themen in LQFB durchlaufen vier Phasen. Quelle: Interaktive Demokratie e. V.

In der Phase „Neu“ muss ein Thema innerhalb eines besetzten Zeitraumes mindestens 10 Prozent der angemeldeten Nutzer als „Unterstützer“ gewinnen (1.Quorum). Nur wenn das Thema dieses Quorum erreicht, springt es in die Phase „Diskussion“. Dies ist als Schutz gegen Störer und sinnfreie oder populistische Vorschläge gedacht (vgl. Abbildung 4.3-4).

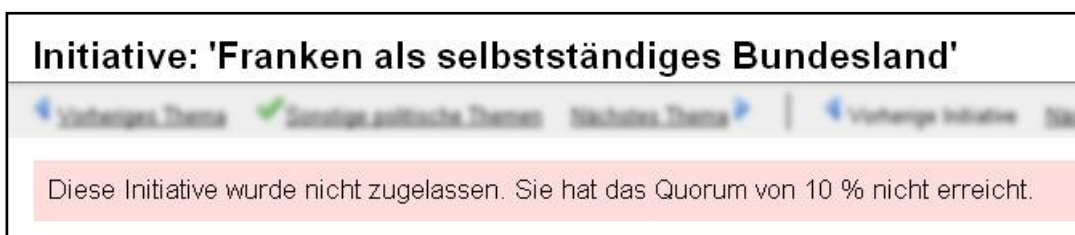


Abbildung 4.3-4 – Screenshot, Eine eher ungewöhnliche Initiative scheitert am 10 Prozent Quorum.

In der langen „Diskussionsphase“ soll über die Initiative innerhalb und außerhalb der Plattform gestritten werden. Innerhalb der Plattform ist jedoch nur ein konstruktives Feedback in Form von „Anregungen“ und „Gegeninitiativen“ möglich.

In der anschließenden Phase „Eingefroren“ können die Initiativen nicht mehr geändert werden. Diese Phase soll verhindern, dass die Antragsteller noch in den letzten Minuten vor der Abstimmung den Text ohne Kenntnis der Unterstützer vollständig ändern.

In der Eingefroren-Phase sollen die am Thema Interessierten sich noch einmal überlegen, welche Initiative(n) sie final unterstützen möchten. Nur Initiativen, die auch zum Beginn der Abstimmung von mindestens 10 Prozent der im Themenbereich aktiven Nutzer unterstützt werden, werden zur Abstimmung gestellt (2. Quorum).

Zuletzt folgt die „Abstimmung“. Um taktisches Wählen zu verhindern, werden keine Zwischenergebnisse eingeblendet.

Im Regelwerk²⁰⁸ hat der Vorstand für die vier Phasen, je nach Verfahren, verschiedene Zeiträume festgelegt. Ein Programm- oder Satzungsantrag braucht insgesamt etwa zweieinhalb Monate, sonstige Beschlüsse bis zu eineinhalb Monate. Das Schnellverfahren für dringende Meinungsbilder, z. B. für Veröffentlichungen, immerhin bis zu sechs Tage. Der Antragsteller wählt selbst das passende Regelwerk aus.

²⁰⁸ Ausführlich dazu Piratenwiki, *Liquid Feedback – Regelwerke*, <http://wiki.piratenpartei.de/LiquidFeedback/Regelwerke>.

„Programmantrag oder Satzungsantrag

Phase Neu: maximal 15 Tage

Diskussion: 30 Tage

Eingefroren: 15 Tage

Abstimmung: 15 Tage

benötigte Zustimmung: mindestens 2/3 (in Bezug auf abgegebene Für- und Gegenstimmen)

Meinungsbild / Beschlussvorlage / sonstiger Parteitagsbeschluss

Phase Neu: maximal 8 Tage

Diskussion: 15 Tage

Eingefroren: 8 Tage

Abstimmung: 8 Tage

benötigte Zustimmung: mehr als 1/2 (in Bezug auf abgegebene Für- und Gegenstimmen)

Schnellverfahren / Presse-Veröffentlichungen

Phase Neu: maximal 30 Stunden

Diskussion: 30 Stunden

Eingefroren: 30 Stunden

Abstimmung: 60 Stunden

benötigte Zustimmung: mindestens 2/3 (in Bezug auf abgegebene Für- und Gegenstimmen)“

Der strukturierte und zeitlich sehr umfangreiche Ablauf der Debatte erfüllt nach Ansicht der Entwickler zwei Zwecke: Der feste Ablauf führt zu Planbarkeit und Übersichtlichkeit der Debatte. Es ermöglicht Strategien und steckt die „Regeln“ ab, innerhalb welcher die Debatte ablaufen kann. Der umfangreiche Zeitraum ermöglicht, dass die Gegner, der Antragsteller und seine Unterstützer sowie die Unterstützer für ihre Anregungen jeweils Mehrheiten mobilisieren können. Das von Beginn an definierte Ende der Debatte stellt ein eindeutiges Meinungsbild sicher.

Die umfangreiche Länge der Debatte und die Möglichkeit mit Anregungen auf den Antrag Einfluss zu nehmen, soll auch populistische „Schnellschüsse“ ausbremsen.

4.3.5.) Die Debatte: Konstruktive Beiträge ohne Moderation

Ein weiteres zentrales Prinzip der LQFB Software ist die Lenkung auf konstruktive Debattenbeiträge. Dies ist eine Reaktion auf das besonders in der oft unmoderierten, anonymen Web-Kommunikation im Internet massiv auftretende Problem mit Störern (im Internetslang „Trolle“ genannt²⁰⁹).

Trolle tauchen aus verschiedenen Motiven oft in allen unmoderierten Kommunikationskanälen im Internet auf. Mögliche Gründe sind Aufmerksamkeitsdefizite, Spaß an Provokation, aber auch diverse Persönlichkeitsstörungen. Mit Trollen haben heute fast alle communitybasierten Angebote zu kämpfen. Dazu gehören Internetforen genauso wie professionelle Onlineauftritte von Zeitungen oder Hobby-Blogs.

Der Effekt ist nicht neu, hat sich jedoch mit der zunehmenden Verbreitung des Internets verschärft.

Der Effekt ist derart stark, dass unmoderierte Foren oder Mailinglisten ab einer gewissen Nutzungshöhe heute als „kaum noch benutzbar“ gelten. Sämtliche professionellen Web-Communities moderieren ihre Plattformen deshalb. In der Piratenpartei gibt es jedoch einen starken „Anti-Zensur-Reflex“ selbst gegen vorsichtige Moderation der Mailingliste. Dahinter steckt die Angst, dass ein Moderator große Macht hätte, da die Unterscheidung zwischen einer emotionalen, auch mal deutlichen Kritik und einem destruktiven Störer gerade im politischen Raum schwierig ist.

²⁰⁹ Eine ausführliche Beschreibung findet sich unter: Wikipedia, *Trolle / Netzkultur*, [http://de.wikipedia.org/wiki/Troll_\(Netzkultur\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Troll_(Netzkultur)).

Der Erfolg von sozialen Netzwerken wie Twitter oder Facebook ist sicher auch darauf zurück zu führen, dass sie auf ein neues Konzept setzen. Anstatt das der Nutzer „alle“ Debattenbeiträge einer bestimmten Gruppe erhält oder sich durch „alle“ Kommentare eines Artikels kämpfen muss, kann der Nutzer in einem sozialen Netzwerk selbst auswählen, wessen Nachrichten er liest bzw. wessen Nachrichten er erhalten möchte. Informationen werden also durch die eigene Auswahl der Quellen gefiltert. Störer und provokative Geister erhalten so weniger Aufmerksamkeit und können schlimmstenfalls gar blockiert werden.

LQFB wählt jedoch eine andere Strategie. Bei der Konzeption entschieden sich die Entwickler dafür, die übliche „Pro-/Contra“ Debatte aus der Plattform vollständig auszugliedern. In den Endabstimmungen finden zwar „Ja-/Nein“-Entscheidungen über die Initiativen statt, die Debatte dazu soll jedoch außerhalb der Plattform stattfinden. Das System sieht lediglich die spezielle Möglichkeit von „konstruktiven Anträgen“ zur „Verbesserung“ der Anträge vor.

Dahinter stehen zwei Gedanken:

- a) Die Plattform soll netz-demokratisch sein. Dies bedeutet für die Entwickler unter anderem: hierarchiefrei, selbststeuernd und neutral. Voraussetzung dafür ist die „Moderationsfreiheit“. Sobald man jedoch eine Debatte zulässt, ließe sich eine Moderation kaum vermeiden, wenn man nicht dieselben Effekte durch Trolle wie auf Mailinglisten und in Foren beobachten will.
- b) Die Plattform möchte die pluralistischen Debattenformen der Partei - von Veranstaltungen, Mailinglisten, Twitter, Blogs, Podcast und Stammtischen - nicht ersetzen. Eine zentrale Debatten-Plattform, so die Sorge, könnte andere Debatten außerhalb der Plattform abwerten. Dies wollte man verhindern.

Gleichzeitig ist die Diskussion für die Entwickler extrem wichtig. Die „Diskussions-Phase“ gehört in LQFB zu den wichtigsten. Dies ist allein schon daran erkennbar, dass die Software dafür nach jedem Regelwerk die meiste Zeit einräumt.

Während der trollanfällige Austausch der Pro/Contra Argumente außerhalb der Plattform stattfinden soll, bietet die Plattform selbst zwei Möglichkeiten die Anträge „konstruktiv“ zu beeinflussen:

A) Unterstützer

Nutzer können sich als Unterstützer einer Initiative eintragen. Dies soll dem Initiator helfen, einzuschätzen, wie viele Parteimitglieder seinen Antrag bisher überhaupt für grundsätzlich diskussionswürdig und möglicherweise auch zustimmungsfähig erachten. Alle Unterstützer werden übersichtlich aufgeführt (vgl. Abbildung 4.3-5). Die Übersichtsseite zeigt auch die (potentiellen) Delegationen der einzelnen Nutzer als kleine Zahl – etwa „+7“ – rechts im Nutzerprofil an.

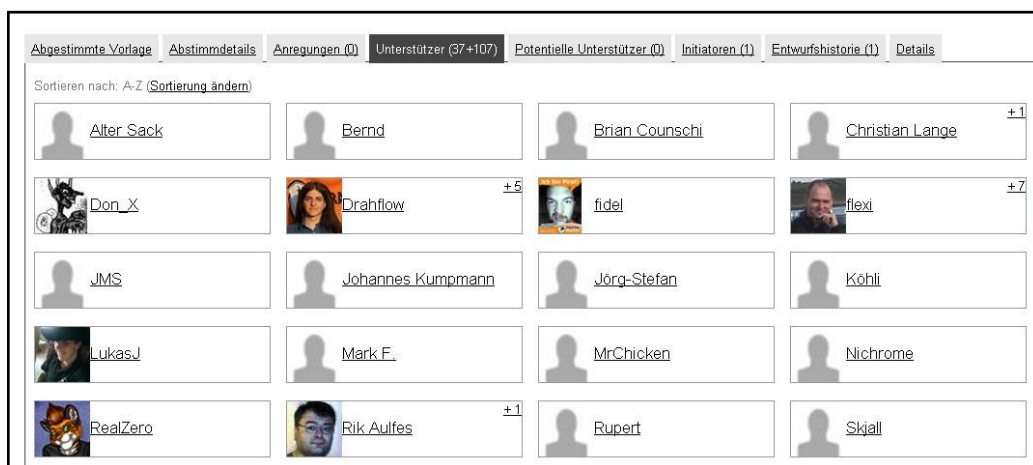


Abbildung 4.3-5 – Screenshot, Übersicht der Unterstützer einer Initiative.

B) Anregungen

Nur Unterstützer können Anregungen (also Änderungsvorschläge) formulieren. Darin sollen die Nutzer schreiben, was ihrer Meinung nach am Antrag verbessert werden sollte bzw. von welchen Bedingungen ihre Ja-Stimme zurzeit noch abhängig ist.

Jede Anregung kann von allen Unterstützern mit „muss“, „soll“, „neutral“, „soll nicht“, „darf nicht“ kollektiv bewertet werden (vgl. Abbildung 4.3-6). Der Antragsteller bekommt dadurch ein qualifiziertes Feedback, welche Anregungen er möglicherweise berücksichtigen sollte, wenn er eine Mehrheit gewinnen will. Dem Antragsteller steht es jedoch frei, ob er die Anregungen berücksichtigt oder nicht.

Anregung	Meinungsbild der Unterstützer	Meine Meinung
Trennung von Amt und Mandat entfernen		muss soll neutral soll nicht darf nicht
Nicht kandidieren dürfen vs. nicht Amt/Mandat innehaben dürfen		muss soll neutral soll nicht darf nicht
Ist alles richtig aber warum sollen wir uns selbst die Hände binden		soll soll neutral soll nicht darf nicht
Welche Gliederung?		muss soll neutral soll nicht darf nicht
Ok		muss soll neutral soll nicht darf nicht

Abbildung 4.3-6 – Screenshot-Beispiel „Anregungen“.

C) Überarbeitungen

Antragsteller können Ihre Initiativen überarbeiten. Überarbeitet ein Antragsteller seine Initiative, sinkt die Zahl der Unterstützer zunächst wieder auf null. So wird verhindert werden, dass der Antragsteller ohne Wissen seiner Unterstützer den Inhalt des Antrags verändert. Bei einer Änderung des Antrags werden alle Unterstützer beim nächsten Betrachten des Antrags optisch auf die Änderungen hingewiesen. Die Differenz zum ursprünglichen Text wird farblich hervorgehoben und die Unterstützer gefragt, ob sie Ihre Unterstützung aufrechterhalten wollen (vgl. Abbildung 4.3-7).

Der Entwurfstext der Initiative wurde aktualisiert! [Unterstützung auf aktuellen Entwurf aktualisieren](#)

~~== Grundrecht auf Internetzugang ==~~
~~==~~
Der Bundesparteitag möge die **Folgendes zur** Aufnahme ~~folgenden~~ **Punktes** in das ~~Partei~~ **programm** beschließen:
~~== Text des Programmpunktes ==~~ **"Wahlprogramm"** beschließen:

Die PIRATEN **"Wir Piraten"** sind dafür, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, um jedem **der Meinung, dass jeder Bürger das Recht auf** einen breitbandigen Internetanschluss zur Verfügung zu stellen. Wir sind auch **hat. Dieser ist in** der Meinung, dass ~~heutzutage ein Computer~~ **heutigen Zeit** für die eigenwirtschaftliche Lebenshaltung, die **eine vollwertige und gleichberechtigte** Teilnahme in der Gesellschaft sowie für **Gesellschaft, eine unabhängige Informationsbeschaffung** **Informationsbeschaffung, sowie die eigenwirtschaftliche Lebenshaltung** von zentraler Bedeutung ist.

Abbildung 4.3-7 – Screenshot: Nach der Änderung des Antragstextes werden die Nutzer gefragt, ob sie den Antrag weiterhin unterstützen wollen. Alle Änderungen werden optisch hervorheben. Der Nutzer kann dann seine Unterstützung aktualisieren (oben). Bis zur Aktualisierung gilt die Unterstützung nicht mehr.

D) Bewertung der Umsetzung

Die Teilnehmer können daraufhin bewerten, ob Ihre Anregung(en) hinreichend umgesetzt wurden. Um dies auszudrücken, können alle Nutzer (nicht nur der Autor der Anregung) ausdrücken, ob die Anregung zu ihrer Zufriedenheit umgesetzt wurde oder nicht (vgl. Abbildung 4.3-8)

Anregung zur Zeit nicht umgesetzt	Anregung zur Zeit umgesetzt	Ich halte die Anregung für	Also bin ich
		umgesetzt nicht umgesetzt	😊
		umgesetzt nicht umgesetzt	😊
		umgesetzt nicht umgesetzt	😞
		umgesetzt nicht umgesetzt	😊

Abbildung 4.3-8

E) Alternativ-Initiativen

Jeder Liquid Feedback Nutzer kann auch eigene Alternativ-Initiativen (oder Gegeninitiative) formulieren, beispielsweise wenn der Antragssteller auf Anregungen nicht eingeht oder ein vollständig anderer politischer Standpunkt vertreten wird. Die Gegeninitiative darf dabei auch den Originalantrag kopieren und sich nur in einem Satz oder gar nur in einer Zahl unterscheiden.

Konzeptionell soll die Alternativ-Initiative eine ähnlich stabilisierende Wirkung wie das konstruktive Misstrauensvotum im Bundestag entfalten. Statt einfach nur „dagegen“ zu sein, sollen die Gegner eines Antrags bzw. Störer der Debatte gezwungen werden, selbst einen besseren Vorschlag zu formulieren. Zumindest dann, wenn Sie an einer konstruktiven Debatte teilnehmen wollen. Den Gegnern steht auch frei außerhalb der LQFB Plattform schlicht und ergreifend gegen den Antrag zu mobilisieren und natürlich in der Abstimmung schlicht mit „Nein“ abzustimmen.

4.3.6.) Verzicht auf politischen Einigungszwang & das Wahlverfahren

Politische Debatten im Internet haben oft konkordanzdemokratischen Charakter. Ursache dafür ist, dass mehrheitsdemokratische Abstimmungen im Internet mangels einer oft schwer zu ermittelnden Grundgesamtheit selten möglich sind.

Die Entwickler der LQFB Software wünschten sich die Möglichkeit, dass sich eine Mehrheit gegen eine Minderheit durchsetzen kann. Gerade für eine Partei sei eine klare Positionierung in gesellschaftlichen Fragen unverzichtbar. Folgende Maßnahmen wurden deshalb in die Software eingebaut:

- Abstimmungen am Ende des Prozesses mit belastbaren Ergebnissen
- Nur der Antragsteller kann seinen Initiativtext überarbeiten. Die Übernahme von Anregungen ist freiwillig. Der Antragsteller darf nicht gezwungen werden auf seine Kritiker eingehen zu müssen. Er muss auch die Möglichkeit haben einen Antrag „wie er ihn will“ zu stellen.
- Präferenz-Abstimmungssystem nach der Schulze-Methode²¹⁰

²¹⁰ Entwickelt von Markus Schulze 1997 an der TU Berlin.

Die dritte Maßnahme bedarf einer ausführlichen Darstellung. Kernidee ist, dass Nutzer über Anträge nicht nur mit „Ja“ oder „Nein“ abstimmen, sondern zusätzlich die Anträge auch in eine Präferenzreihenfolge bringen können. Dies soll verhindern, dass sich die Antragsteller ähnlicher Initiativen, im Vorfeld einer Abstimmung, zu „faulen Kompromissen“ zusammenschließen müssen, damit sie nicht beide verlieren. Ein Abstimmungsbildschirm könnte wie in Abbildung 4.3.-9 aussehen.

Abbildung 4.3-9 – Abstimmungen in Liquid Feedback. Alle Initiativen, die nach der Phase „Eingefroren“ von mindestens 10 Prozent der Nutzer unterstützt werden, werden zur Abstimmung gestellt. Dabei können die Nutzer per „Drag and drop“ die einzelnen Initiativen in Ja-, Nein- und Enthaltungsfelder ziehen. Gleichzeitig können sie eine Präferenzreihenfolge festlegen (natürlich nur sofern es mehrere Anträge innerhalb eines Bereiches gibt). Quelle: Interaktive Demokratie e. V.

Alle Initiativen können mit Ja, Nein oder Enthaltung beantwortet werden. Stehen mehreren Initiativen gegeneinander an, kann der Wähler zusätzlich eine Präferenz ausdrücken. Im Beispiel soll der Nutzer darüber abstimmen, wie eine Fläche bebaut wird. Er hat sieben Initiativen zur Auswahl: Park mit See, Park, Entscheidung in zwei Jahren fällen, Wohn- und Geschäftskomplex, Büroflächen, AKW. Der Nutzer stimmt im Beispiel für die Optionen Park und Park mit See. Den See würde er jedoch bevorzugen. Ohne Präferenz wäre es für einen taktischen Wähler unter Umständen klüger gewesen gegen den Park zu stimmen, um seiner ersten Präferenz – den See – zu stärken. Je nach Wahlsystem hätte eine alternative Taktik auch die Wahl für den Park sein können, wenn der See ein aussichtsloser Kandidat wäre. Die Präferenzreihenfolge soll verhindern, dass Wähler Initiativen, mit denen sie eigentlich auch leben könnten, nur deshalb ablehnen, um ihre „erste Präferenz“ zu verstärken (Monotonie-Kriterium²¹¹).

Eine Initiative gilt als angenommen, wenn sie das nötige Quorum des jeweiligen Regelwerkes erreicht hat (50% bzw. 66% der abgegebenen Stimmen). Stehen jedoch mehrere Initiativen zur Wahl, gibt es darüber hinaus einen „1. Wahlsieger“.

Zur Auszählung werden die Präferenzen zwischen allen Initiativen in Paarvergleichen ausgezählt. Kurz zusammengefasst, gewinnt diejenige Initiative, die von den meisten Wählern vor allen anderen Initiativen

²¹¹ Vgl. Wikipedia, *Monotonicity Criterion*, http://en.wikipedia.org/wiki/Monotonicity_criterion.

präferiert wird. Dadurch kann es vorkommen, dass auch die Initiativen mit den meisten „Ja“-Stimmen nur auf dem dritten Platz landen, wie in Abbildung 4.3-10 das Thema 89:²¹²



Abbildung 4.3-10 – Obwohl der „Laizismus – Trennung von Kirche und Staat“ Antrag die meisten Ja-Stimmen bekam, so hat er nicht gewonnen. Die Mehrheit der Parteimitglieder hat hier in der Präferenz andere Anträge vorgezogen.

Die Mathematik hinter der Auszählungsmethode ist komplex, lässt sich in einer Software jedoch leicht berechnen.²¹³

Dafür soll die Abstimmungsmethode taktisches Wählen reduzieren und es Antragstellern ermöglichen, sich mit ähnlichen Antragsstellern im Vorfeld nicht auf eine gemeinsame (Kompromiss-)Formulierung einigen zu müssen (Klonresistenz²¹⁴). Wenn der Wähler nicht gezwungen ist taktisch zum Beispiel „das kleinere Übel“ zu wählen, so die Überlegung, sind die Antragsteller auch eher bereit, für ihre eigentlichen Überzeugungen einzustehen und nicht Kompromisse einzugehen, die Positionen möglicherweise unnötig verwässern.

4.3.7.) Neutralität der Plattform

Die Plattform soll so neutral wie möglich sein, niemand qua Amt oder Position einen strategischen Vorteil besitzen. Zu den Maßnahmen gehören im Folgenden:

- Jedes Parteimitglied kann eine Initiative formulieren. Es gibt keinen vorgeschalteten Filter, keine „Erlaubnis“, keine Kommission oder Redaktion und auch keine Massenbeschränkung. Filtern sollen die Nutzer ausschließlich gemeinschaftlich.
- Es gibt keine inhaltliche Moderation,²¹⁵ auch nicht durch den Vorstand.
- Themen bekommen automatisch neutrale Nummern zugewiesen, so dass sie keine inhaltliche Tendenz (etwa für die erste Initiative) aufweisen.
- Die „ursprüngliche“ Initiative ist im System nicht von der „Gegeninitiative“ zu unterscheiden. Beiden werden optisch gleich behandelt.
- Administratoren (und Entwickler) wissen nicht mehr als die Nutzer.²¹⁶

²¹² Liquid Feedback der Piratenpartei Deutschland, *Thema #89*, <https://lqfb.piratenpartei.de/pp/issue/show/89.html>.

²¹³ Einen Überblick über die Methode liefert ein Wikipedia-Eintrag. Vgl. Wikipedia, *Schulze-Methode*, <http://de.wikipedia.org/wiki/Schulze-Methode>.

²¹⁴ Vgl. Wikipedia, *Independence of clones criterion*, http://en.wikipedia.org/wiki/Independence_of_clones_criterion.

²¹⁵ Ausnahme: Bei rassistischen oder sonstigen strafbaren Ausfällen ist ein Eingriff möglich. Bisher kamen solche Eingriffe nicht vor.

²¹⁶ Ausnahme: Während der sich in der Regel über mehrere Tage erstreckenden Abstimmung werden keine Abstimmungsergebnisse veröffentlicht. Hier wäre es denkbar, dass Administratoren in der Datenbank den bisherigen Abstimmungsverlauf ansehen.

- Alle Prozesse der Software und alle Ergebnisse sind transparent. Auch die gesamte Administration der Plattform ist transparent dokumentiert.
- Die Weiterentwicklung der Software, zum Beispiel die Veränderung der Themenbereiche, wird ebenfalls innerhalb der Software abgestimmt.
- Die gesamte Software ist Open Source. Jeder kann sie downloaden und sämtliche Logiken überprüfen.²¹⁷

4.3.8.) *Das flüssige an „Liquid“ Feedback: Die Delegationen*

Hauptmerkmal der flüssigen Demokratie sind die Delegationen, die in LQFB vollständig umgesetzt wurden. Die Entwickler formulieren das so: „Wir gehen davon aus, dass viele konkrete Vorschläge auch in Zukunft durch vergleichsweise kleine Teams und visionäre Einzelpersonen erarbeitet und weiterentwickelt werden.“ Ihrem Verständnis der flüssigen Demokratie nach ist es nicht erforderlich, dass möglichst alle Parteimitglieder über jeden Vorschlag abstimmen, sondern lediglich, dass ausreichend Zeit besteht, um von einem Vorschlag zu erfahren und bei Interesse Einfluss auf den Vorschlag zu nehmen.

Damit diskutiert auch in LQFB – wie auf Mailinglisten – nur eine kleine Gruppe über bestimmte Vorschläge. Den Unterschied in LQFB machen jedoch die Delegationen aus. Die Basis, so die Idee, stattet dabei diejenigen mit (Stimmen-)Macht aus, die das Vertrauen der Mehrheit genießen. Im Gegensatz zu einer klassischen Partei, die einmal im Jahr Parteivorständen und Präsidien wählen, soll in LQFB diese Macht jedoch schneller, flexibler und transparenter umverteilt sein. Die Delegationen stellen also das mithin wichtigste Feature der flüssigen Demokratie dar.

Delegationen in LQFB kann jeder vergeben und jeder erhalten. Sie können in jeder Sekunde verändert werden. In LQFB gibt es drei Ebenen der Delegationen:

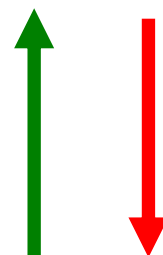
1. Global
2. Für einen Themenbereich
3. Für ein einzelnes Thema

Jede Delegation kann nur an *einen* anderen Nutzer vergeben werden. Die speziellere Delegation greift dabei stets vor der allgemeineren Delegation. Darüber hinaus kann ein Nutzer bei jeder Initiative selbst abstimmen und damit die Delegation im jeweils abgestimmten Thema deaktivieren.

Damit ergeben sich die folgenden Stufen der Beteiligungsintensität:

- Eine eigene Initiative oder Gegeninitiative schreiben
- Anregungen schreiben
- Abstimmungen über Anregungen
- Unterstützen von Initiativen
- Selbst abstimmen
- Delegation in einem Thema einrichten
- Delegation in einem Themenbereich einrichten
- Globale Delegation einrichten
- Keine Teilnahme am System

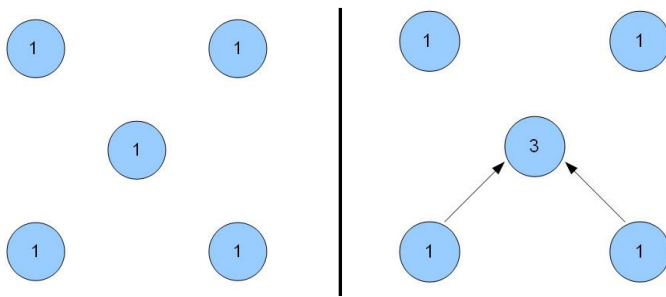
Einfluss



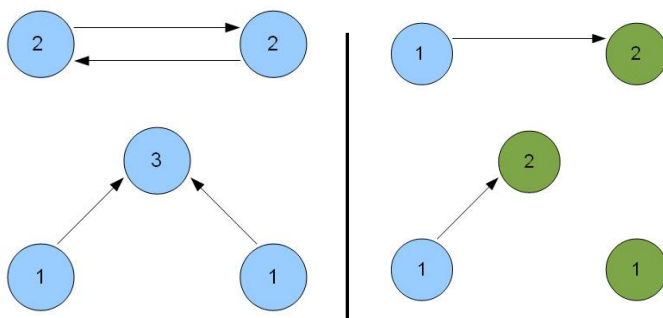
Aufwand

²¹⁷ Vgl. Public Software Group e. V., *LiquidFeedback - Interactive Democracy utilizing »Liquid Democracy«*, o.J., http://www.public-software-group.org/liquid_feedback.

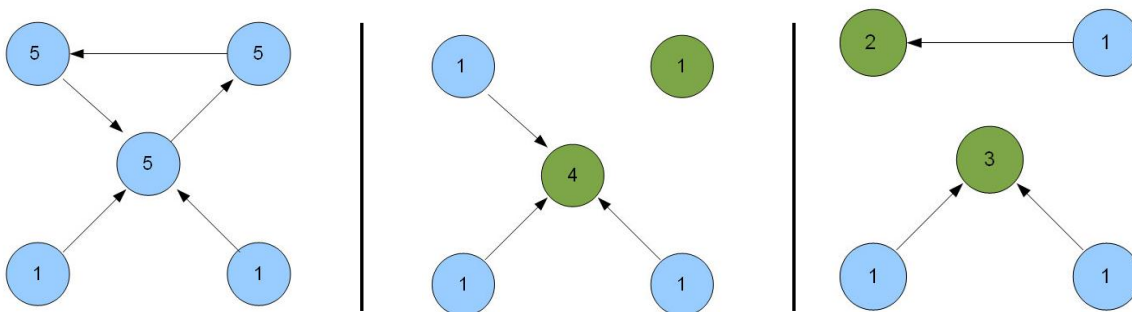
Welche Auswirkungen Delegationen auf das Stimmgewicht der Nutzer haben, sollen die folgenden Schemata²¹⁸ zeigen.



Links: Die Ausgangslage, fünf Nutzer, jeder hat eine Stimme. **Rechts:** Zwei Nutzer richten eine Delegation ein. Der Nutzer in der Mitte hat nun bei einer Abstimmung *bis zu* 3 Stimmen.



Links: Die Nutzer können auch aufeinander Delegieren. Dies scheint zunächst ein logisches Problem. Doch stimmt einer der zwei ab (**rechts**, grün), löst sich das Problem. Würden in diesem Beispiel beide abstimmen, hätten beide jeweils eine Stimme. Die Delegation würde in diesem Fall gar nicht greifen. Entscheidend ist also immer nur wer abstimmt. Die Abstimmung des Nutzers hebt die Delegation für die Dauer dieser Abstimmung auf.



Links: Hier sieht man im oberen Bereich eine sogenannte „Ring-Delegation“. Auch diese löst sich auf, je nachdem welcher Nutzer tatsächlich abstimmt. Vergleiche dazu **mitte** und **rechts**. Die Stimmabgabe ist durch die grüne Farbe markiert.

Wer eine Delegation erstellt hat, gibt nicht nur seine eigene Stimme weiter, sondern auch alle Delegationen, die er vorher erhalten hat. Dies soll die „Suche nach Experten“ innerhalb der Partei ermöglichen.

²¹⁸ Alle Schemata wurden, mit freundlicher Genehmigung, einer Präsentation von Andreas Nitsche (Interaktive Demokratie e. V.) entnommen.

In Abbildung 4.3-11 ist eine solche Stimm-Akkumulation in LQFB schematisch dargestellt. Die Person an der „Spitze“ kann jedoch nie sicher mit allen Stimmen rechnen. Es reicht aus, wenn die Person mit 14 Stimmen an der Abstimmung teilnimmt. Die 17 Stimmen würden dann auf 3 Stimmen zusammenschmelzen. Das System ist „flüssig“.

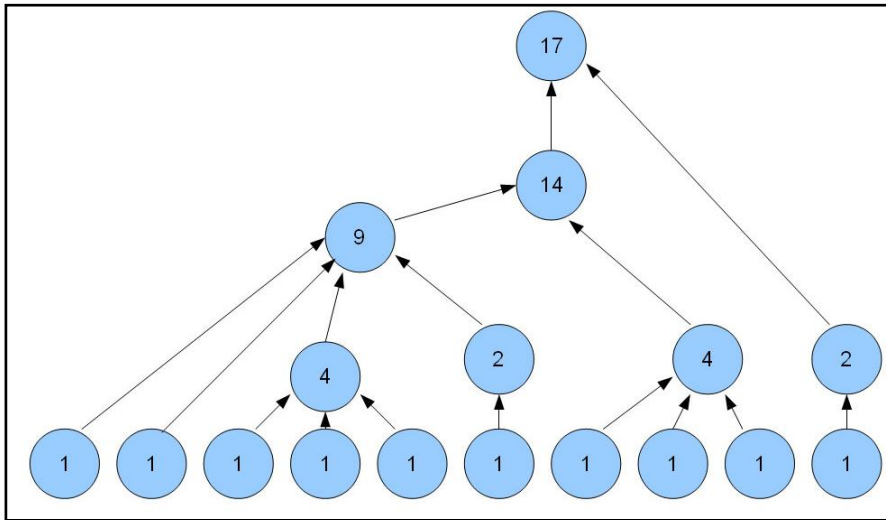


Abbildung 4.3-11 – Delegationen werden weitergegeben.

Für den Nutzer ist in jeder einzelnen Initiative nachvollziehbar, wen die eigene Delegation erreichen könnte. In Abbildung 4.3.-12 erreicht die Delegation „Skipper“. Sollte dieser nicht an der Abstimmung teilnehmen, würde die Stimme „jbe“ oder „dark“ erreichen.

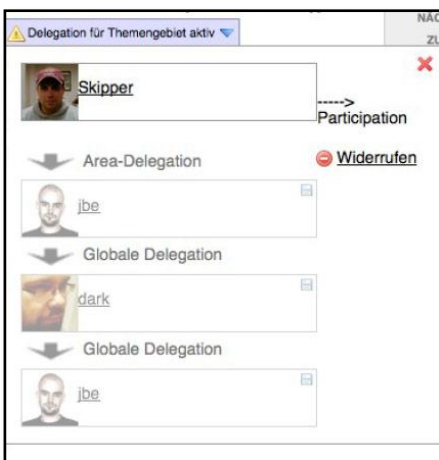


Abbildung 4.3-12 – Darstellung der Delegationskette in LQFB. Interaktive Demokratie e. V.

Auch nach der Abstimmung, kann der Nutzer in der Abstimmung nachvollziehen, welcher Nutzer wie für ihn abgestimmt hat. Sollte der Delegationsempfänger dauerhaft „falsch“ entscheiden, kann der Delegationsgeber seine Delegation neu vergeben.

4.3.9.) Integrität, Transparenz und Nachvollziehbarkeit

„Geheime“ Abstimmungen über digitale Netze sind unmöglich, da sie für den Wähler nicht überprüfbar sind. Manipulationen drohen durch Hacker, Systemfehler, durch Hintertürchen der Software-Entwickler und durch Administratoren. Dies kann auch nicht durch Kryptografie oder durch sonst wie angeblich sichere Wahlcomputer gelöst werden.

Der Chaos Computer Club hat zu diesem Thema eine umfangreiche Aufklärungskampagne durchgeführt, einschließlich Vorträgen, Wahlbeobachtungen und Texten.²¹⁹ Besonders lesenswert ist dabei die Analyse von Constanze Kurz, Frank Rieger und Rop Gonggrijp²²⁰ für das Bundesverfassungsgericht, welches 2009 nach einer Wahlprüfungsbeschwerde den Einsatz von Wahlcomputern untersagte.²²¹ Das Bundesverfassungsgericht schrieb in seinem Urteil vom 3. März 2009 folgende Begründung:

„Der Wähler selbst muss ohne nähere computertechnische Kenntnisse nachvollziehen können, ob seine abgegebene Stimme als Grundlage für die Auszählung oder jedenfalls als Grundlage einer späteren Nachzählung unverfälscht erfasst wird. [...] Der Gesetzgeber ist nicht gehindert, bei den Wahlen elektronische Wahlgeräte einzusetzen, wenn die verfassungsrechtlich gebotene Möglichkeit einer zuverlässigen Richtigkeitskontrolle gesichert ist.“²²²

Da sich auch die Piratenpartei gegen Wahlcomputer einsetzt, gab es für netz-basierte Abstimmungen nur eine Möglichkeit: Die Abstimmungen in LQFB sind nicht geheim, sondern vollständig öffentlich und (damit) wieder überprüfbar.²²³ Jeder Nutzer kann so bei jeder einzelnen Entscheidung selbst überprüfen, wie sich die Stimmen zusammensetzen und auch prüfen, ob die eigene Stimme richtig gezählt wurde.

Auch in einer öffentlichen Abstimmung wäre jedoch noch eine Manipulation möglich. Dazu müsste ein geschickter Administrator nur unterschiedliche „Realitäten“ für unterschiedliche Nutzer kreieren. In diesem Modell würde die Stimme des Nutzers jeweils „richtig“ dargestellt werden. Die Manipulation würde sich dann automatisiert auf einen (oder viele) andere Nutzer beziehen. Um auch dies zu unterbinden, kann jeder Nutzer sich eine Kopie der gesamten Datenbank herunterladen (Datenbank-Dump). Um die vielen Millionen Zeilen nicht jeweils immer manuell überprüfen zu müssen, kann eine Hashfunktion²²⁴ genutzt werden. Die Hash-Werte können die Nutzer dann untereinander vergleichen, ist der Hash identisch, liegt ihnen dieselbe Datenbank vor. Die Piratenpartei hat dafür auch eine Hash-Börse²²⁵ eingerichtet.

In diesem Zusammenhang gibt es eine interessante Parallelität zum neuen, peer-to-peer Online-Geld-System „Bitcoin“. Da auch beim Geld Fälschungssicherheit die höchste Priorität für Stabilität, Vertrauen und Anerkennung des Systems hat, ist auch bei Bitcoin jede Überweisung zwischen allen Nutzern zu 100% transparent. Genauso wie in Liquid Feedback haben allen Nutzer Zugang zur Datenbank. In Bitcoin gilt eine Überweisung sogar erst dann als getätigt, sobald genug andere Nutzer davon erfahren haben und den Geldtransfer automatisiert bestätigt haben. Auch bei Bitcoin ist eine pseudonyme und keine anonyme Teilnahme möglich.²²⁶

Die hohe Transparenz von LQFB soll das Vertrauen und die Integrität der Ergebnisse stärken. Eingeschränkt wurde die Transparenz durch die Piratenpartei dadurch, dass der Zugriff auf die Ergebnisse der Abstimmungen zurzeit nur auf angemeldete Parteimitglieder beschränkt wurde.

²¹⁹ Diese Kampagne ist unter Wahlcomputer.ccc.de erreichbar.

²²⁰ Vgl. Kurz, Constanze/Rieger, Frank/Gonggrijp, Rop, *Beschreibung und Auswertung der Untersuchungen an NEDAP-Wahlcomputern*, 2007, <http://wahlcomputer.ccc.de/doku/nedapReport54.pdf>.

²²¹ Vgl. Pressestelle des Bundesverfassungsgerichts, *Verwendung von Wahlcomputern bei der Bundestagswahl 2005 verfassungswidrig*, 2009, <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg09-019.html>.

²²² Bundesverfassungsgericht, *Verwendung von Wahlcomputern bei der Bundestagswahl 2005 verfassungswidrig*, 2009, <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg09-019.html>.

²²³ Die Abstimmungsergebnisse sind den Nutzern jedoch erst nach dem Ende der Abstimmungsphase zugänglich. Während der Wahl ist ein Einblick in die Zwischenergebnisse nicht möglich. Die Entwickler wollten dadurch taktisches Wählen, nach dem Gibbard-Satterthwaite-Theorem (1973) bzw. dem General Impossibility Theorem von Arrow (1951), verhindern.

²²⁴ Eine Hashfunktion ist eine Art standardisierte Quersumme, die aus beliebigen Dateien berechnet werden kann. Vgl. dazu ausführlich <http://de.wikipedia.org/wiki/Hashfunktion>.

²²⁵ Vgl. Piratenwiki, *Hash-Tag-Börse*, <http://wiki.piratenpartei.de/LQPP/Hash-B%C3%B6rse>.

²²⁶ Ein ersten Einblick in das Bitcoin-Geld-System bietet der entsprechende Wikipedia Artikel. Wikipedia, Bitcoin, <http://de.wikipedia.org/wiki/Bitcoin>. Ebenfalls hörenswert: Pritlove, Tim, *Elektronisches Geld*, Chaos Radio Express Ausgabe 182, 2011, <http://goo.gl/TyDjO>.

5.) Die wichtigsten Konfliktlinien um Liquid Democracy

LD und die konkrete LQFB Software sind in Teilen der Piratenpartei umstritten. Dies überrascht nicht, schließlich stellen sie ein vollkommen neues Demokratie-Konzept dar. Im Folgenden der wichtigsten Streitpunkte.

5.1.) Die unglückliche Einführung von LQFB

Der Streit um die Einführung von LQFB in der Piratenpartei war äußerst persönlich, scharf und intensiv. Hauptursache für den Streit – das liegt zumindest nahe – war die Geschwindigkeit mit der LD die Partei erreichte. Zum Vergleich: Im Berliner Landesverband (LV) hatte man sich bereits seit 2007 mit LD beschäftigt. Die Idee war eine im LV verbreitete und allgemein bekannte. Auch der LD Squad mit anfangs über 30 Mitgliedern und die Entwicklung der Software im Landesverband trug das Thema an alle Stammtische und sorgte im LV für eine breite Diskussion im Vorfeld der Einführung. Als die Software lief, wurde sie sogar in kürzester Zeit in die Landessatzung aufgenommen. Der Vorstand hatte sich jedoch bereits freiwillig an die Entscheidungen gebunden und empfand LQFB als eine Erleichterung, wie Andreas Baum, ehemaliger Landesvorsitzender, dem Autor in einem Interview am 3.3.2011 verriet.

Anders lief es auf der Bundesebene der Piratenpartei. Hier hatten sich die meisten Mitglieder nur wenig mit dem Thema LD beschäftigt, als es im Mai 2010 LQFB auf dem BPT in Bingen beschlossen wurde. Insbesondere war die Partei vor der Einführung nicht in die Konzeption der Software eingebunden und führte die Debatte erst nach dem Beschluss²²⁷

Eine weitere Bürde stellten die zwei Beschlüsse des BPTs in Bingen dar. Während das LD Team mit ihrem Antrag lediglich die Software als eine Art Betriebssystem einführen wollte, beschloss der Parteitag in einem zweiten Beschluss LQFB gleich als offizielles Vorbereitungstool für den nächsten Parteitag zu nutzen.

Um die Einführung rechtzeitig zu stemmen, setzte dies die ehrenamtlichen Unterstützer der LQFB Software unter enormen Zeitdruck. Innerhalb kurzer Zeit mussten Server und vor allem die juristischen Rahmenbedingungen geklärt werden. Dies traf auf eine Parteibasis, die erst jetzt mit einer Debatte über das Konzept LD begann. In der explosiven Stimmung wurde nach Berichten aller Beteiligten auf beiden Seiten viel Porzellan und viel Motivation zerstört.

Auch der neue BuVo war in der Folge zerrissen, wollte einerseits den Wünschen besorgter Parteimitglieder nachkommen, andererseits den Parteitagsbeschluss erfüllen. Dass LQFB, trotz der scharfen Konflikte um die Einführung, bis zum Parteitag in Chemnitz großen Anklang fand, war für viele überraschend. Dennoch gilt diese missglückte Einführung – aus der heraus noch viele Vorurteile gegenüber Software und Konzept stammen – bis heute als eine schwere Bürde.

5.2.) Delegationen

LQFB ist eine Umsetzung von LD und kommt entsprechend mit der Idee von Delegationen daher. Die Idee ist für viele vollkommen neu und stößt daher oft auf Vorbehalte. So wurde auch in der Piratenpartei intensiv und erschöpfend über Delegationen diskutiert. Ablehnende Akzente gibt es in vielen Facetten:

²²⁷ Anders lief es im Landesverband Brandenburg. Dieser LV führte explizite Meinungsbilder über alle Prinzipien der Liquid Feedback Software durch, vgl. Piratenwiki, *Antragsfabrik - Meinungsbilder zu Liquid Feedback*, <http://goo.gl/5NqsV>.

- Die Angst vor hoher Machtakkumulation bei wenigen „Delegationskönigen“.
- Die Angst vor dem Kontrollverlust, wenn Delegationen transitiv weitergereicht werden.
- Die Angst vor Populisten.
- Die Angst vor aktiven, besonders aber inaktiven Teilnehmern, die ihre Delegationsempfänger nicht regelmäßig überprüfen.
- Delegationen (ver-)führen zu Passivität.

Die Delegationsbefürworter antworten darauf u.a. mit folgenden Hinweisen:

- Der Status quo in der repräsentativen Demokratie oder mit einmal im Jahr gewählten Vorständen ist nicht besser. Parlamentarier oder gewählte Vorstände sind im jetzigen System (faktisch) nicht abwählbare „Delegationskönige“. Es kann also nur besser werden.
- Macht akkumuliert sich in jedem System - sogar in der Basisdemokratie. Ursache ist, dass ewig gleiche Zeitproblem. Die Welt ist zu komplex, damit sich alle mit allem beschäftigen können. Es gibt daher schon jetzt in jeder Partei und in jeder Fraktion eine Arbeitsteilung – eine „Delegation unter der Hand“. LD macht diese nur sichtbar. In der LD ist sie zudem transparent, differenziert und schnell änderbar.
- Hinter der Angst vor transitiven Delegationen steht ein falsches Verständnis von Delegation. Delegationen haben nicht die Aufgabe einem Freund X eine bestimmte Entscheidung anzuvertrauen. Vielmehr räumt die Delegation einem Freund X das Vertrauen ein, den richtigen Entscheider oder nächsten richtigen Proxy zu wählen. Bei Unzufriedenheit mit der Weitergabe der Delegation durch X, kann die Delegation geändert werden.
- Populismus gibt es in der repräsentativen Demokratie oder der direkten Demokratie genauso, wenn nicht sogar noch stärker. In der LD kann man wenigstens etwas tun, um die Populisten schnell wieder zu entmachten. In der repräsentativen Demokratie sind dem unzufriedenen Akteur (eher) die Hände gebunden.
- Auch in der repräsentativen Demokratie gibt es passive Menschen, die ihre Machtdelegation (Wahl) nach dem einmaligen Vollzug nicht überprüfen und keinen Druck mehr auf die Politik für ihre eigenen Interessen ausüben. Möglicherweise wären es nur 5-10 Prozent der Menschen, die tatsächlich regelmäßig ihre Delegationen in der LD ändern. Doch bereits diese kleine Zahl könnte ausreichen, damit mehr Rücksicht auf den Willen des Wählers genommen wird.
- Bei elektronischen Wahlen sind Delegationen gar nicht vermeidbar. Passwörter können auch ganz klassisch handschriftlich oder per E-Mail an Freunde oder Experten weitergegeben werden. Eine Überprüfung welche Person „tatsächlich“ vor dem PC sitzt ist kaum möglich. In der Folge lässt sich dann die Stimmabgabe für hunderte Accounts automatisieren. Der Programmierer Friedrich Lindenberg hat beispielsweise einen externen Delegations-Hack für das ePetitionssystem des deutschen Bundestages online gestellt²²⁸. Nutzer können sich anschauen, welche Delegationen zum Beispiel Person X bisher unterzeichnet hat. Gefällt dies, können die Nutzer dann auf Person X delegieren. Die Software von Lindenberg unterschreibt dann für den Nutzer automatisch jede weitere ePetition die auch Person X unterschreibt. Ein praktisches Tool angesichts der Flut der vielen ePetitionen an den Bundestag. Doch warum sollten die Nutzer, die sich nicht trauen, ihr Passwort weiterzugeben in ihrer Chance auf Beteiligung diskriminiert werden? Gerechter wäre es Delegationen gleich innerhalb der Software anzubieten und aus dem scheinbaren „Fehler“ des Webs einen einzigartigen Vorteil des Webs zu machen.

Der bekannteste Kritiker von Delegationen ist Stefan Klausmann aka „Streetdog“.²²⁹ Seine Beiträge haben zahlreiche Verteidigungen der Delegationen nach sich gezogen.²³⁰

²²⁸ Lindenberg, Friedrich, *Zentralarchiv politischer Meinungen: delegierte ePetitionen*, 2011, <http://pudo.org/2011/06/zapm/>.

²²⁹ Klausmann, Stefan, *Eigenschaften von Delegationen*, Stand Februar 2011, <http://goo.gl/dRhSu>. Klausmann Stefan, *The Tale of Liquid Feedback*, 2011, <http://goo.gl/OEK6T>.

5.3.) Definition und Verständnis von Basisdemokratie

Ein Teil des Streits um LD ist nach Beobachtung des Autors im Kern ein Streit über die Definition von Basisdemokratie.²³¹

Wie viel Interpretationsspielraum im Begriff Basisdemokratie steckt, zeigt das Buch von Dieter Salomon aus dem Jahr 1992 *Grüne Theorie und graue Wirklichkeit. Die Grünen und die Basisdemokratie*. Die verschiedenen Definitionen und Verständnisse der diversen grünen Teilgruppen erstrecken sich hier über die Seiten 30 bis 55 und 112 bis 142. In der Piratenpartei lassen sich grob zwei Gruppierungen identifizieren. Die Anhänger der "Klassische Basisdemokratie" und die der "Basisdemokratie mit LD". Es gibt auch Personen, die beide Systeme ablehnen und hierarchische Modelle klassischer Parteien durchsetzen möchten. Diese werden jedoch hier ausgeblendet.

Modell 1: Klassische Basisdemokratie

Die Anhänger dieser Denkrichtung sehen in der Beteiligung einer möglichst „großen Zahl“ an Parteimitgliedern die Lösung. Von den 12.000 Piraten solle demnach ein möglichst hoher Prozentsatz tatsächlich seinen Arm heben. Wichtig ist diesen Piraten auch eine möglichst breite Debatte „aller“. Denjenigen, die an der Abstimmung teilnehmen, sollen spätestens kurz vor der Entscheidung die wichtigsten Argumente der Pro- und Contraposition noch einmal übersichtlich präsentiert werden.

Die Klassische Basisdemokratie richtet sich bewusst auch an das passive Mitglied und möchte ihm eine niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeit anbieten. Zur Realisierung gibt es bisher wenig Vorschläge, darunter sind:

- Regelmäßige, z. B. vierteljährliche Parteitage
- Dezentrale Parteitage
- (in Einzelfällen) Urabstimmungen mit echten Wahllokalen
- (in Einzelfällen) Urabstimmungen über Lime-Survey Umfragen
- Als Software wird „Das basisdemokratische Meinungsbildungstool“ (BasDeM) vorgeschlagen.²³² Es hat keine Delegationen. Die passiven Mitglieder sollen über sich durch eine „Argumente-Übersicht“ sowie Experten informieren können. Die Idee wurde auch als Antrag beim BPT eingereicht.²³³

Modell 2: Basisdemokratie mit Liquid Democracy

LQFB-Anhänger verfolgen einen pragmatischeren Ansatz. Sie setzen auf Arbeitsteilung und Weitergabe von Vertrauen in Form von Delegationen. So erhalten diejenigen im jeweiligen System den meisten „Einfluss“, die in der Partei das größte Vertrauen genießen. Sie vertreten, wie klassische Delegierte, die Interessen der auf sie Delegierenden, nur eben mit dem Unterschied, dass diese Macht „flüssig“ ist, also jederzeit entzogen werden kann.

Statt einer breiten Debatte "aller" (die auf Mailinglisten oft als unangenehmer, oft als ideologiegetriebener „Krieg“ oder „Spam“ wahrgenommen wird) setzt LD innerhalb des Systems auf eine konstruktive Debatte der Interessierten.

²³⁰ Siggel, Benjamin, *Der psychologische Glutkern der LiquidDemocracy Diskussion*, 2011, <http://goo.gl/XjAkY>. Siggel, Benjamin, *Ist "Basisdemokratie" demokratischer als Liquid Democracy?*, 2011, <http://goo.gl/jJURb>. Peukert, Klaus, *Piraten, Liquid Democracy und das Übliche*, 2011, <http://goo.gl/zmtiZ>. Jabbusch, Sebastian, *Der Sinn und Zweck von Delegationen*, 2011, <http://goo.gl/hQ2KR>.

²³¹ Vgl dazu auch Siggel, Benjamin, *Ist "Basisdemokratie" demokratischer als Liquid Democracy?*, 2011, <http://goo.gl/T18xh>.

²³² Vgl. Piratenwiki, *BasDeM - Das BasisDemokratische Meinungsbildungstool*, <http://wiki.piratenpartei.de/Benutzer:Justus/BasDeM>

²³³ Vgl. Piratenwiki, *Antrag zu BasDem*, <http://goo.gl/6d2iR>.

Geringe Beteiligungsquoten bei den Abstimmungen und eine hohe Delegationsquote sind hier also nicht „schlecht“, sondern liegen in gewissem Rahmen sogar in der Logik des Systems. Auch die Konzentration auf wenige „Superdelegierte“ ist kein Fehler, sondern gewollt.

5.4.) Datenschutz vs. Transparenz



Abbildung 5.1-1 Links: Gläsernes Mobil im Wahlkampf 2009.²³⁴ Rechts: Wahlplakat bei der Landtagswahl 2011.

Der Start von LQFB wurde durch einen Verweis auf fehlenden Datenschutz zunächst überraschend verschoben. Dies feuerte die schon vorher bestehende Debatte über die Transparenz von LQFB an. Um dem Wahlcomputer-Problem zu entgehen speichert und veröffentlicht die Software die Abstimmungen aller teilnehmenden Parteimitglieder.

Die zwei Bilder (Abbildung 5.1-1) symbolisieren den Konflikt plakativ. Während sich die Piratenpartei für Datenschutz und gegen die Überwachung einzelner stark macht, fordert sich gleichzeitig maximale Transparenz der Politik und Mitbestimmung. In LQFB stoßen diese zwei Prinzipien aufeinander. Die Datenschützer fürchten die jahrelange Speicherung des persönlichen Abstimmungsverhaltens. Sorgen macht ihnen unter anderem:

- Bestechung, Erpressung, gezielte Manipulation durch Lobbyisten.
- Sozialer Druck, insbesondere bei ethischen Fragen, Herdenverhalten.²³⁵
- Bei pseudonymer Teilnahme werden die Mitglieder, die ohne Namen auftreten diskriminiert. Sie erhalten weniger Delegationen. Eine pseudonyme Teilnahme ist daher keine Option.

Die Verteidiger argumentierten neben der Wahlcomputer-Problematik mit folgenden Punkten:

- Politik ist keine Privatsache.
- Politische Meinungen können privat sein, sobald daraus jedoch Gesetze werden sollen, die letztlich unmittelbaren Zwang für die gesamte Gesellschaft bedeuten, muss der vollständige Prozess des Gesetzes transparent sein. Dies beginnt mit dem ersten Parteimitglied, welches den Vorschlag einbringt.

²³⁴ Foto links: Gläsernes Mobil: Kai Stempel, CC: BY SA NC 2.0.

²³⁵ Rötzer, Florian, *Menschen suchen soziale Konformität - Eine Studie von US-Psychologen könnte erklären, warum sich Menschen der Mehrheitsmeinung anschließen*, Telepolis, 2011, <http://www.heise.de/tp/blogs/10/149384>.

- Wahlen, bei denen Bürger Macht abgeben, müssen geheim sein. Parteien, die jedoch die Macht empfangen, müssen transparent gegenüber dem Bürger sein. Dies gilt nicht erst im Parlament, sondern ab der ersten Stimme.
- In einer Partei mit Basisdemokratie, wo alle Mitglieder teil an der Macht haben können, bedeutet dies eben auch, dass alle Parteimitglieder, die von Ihrem Einfluss in der Partei Gebrauch machen, unter dem Transparenzanspruch gegenüber dem Bürger fallen.
- Sozialen Druck gibt es auch überall sonst, insbesondere in Fraktionen und bei Parteitag.
- Manipulation und Stimmenkauf gibt es auch in der repräsentativen Demokratie, nur dass dort weniger Menschen gekauft werden müssen. Bestechung würde wahrscheinlich in einer LD viel häufiger auffallen, als in der Repräsentativen Demokratie mit dem Parteispendensystem.
- Auch im Piratenwiki wurden bereits alle Abstimmungen und Positionierungen gespeichert.
- Wer in der Politik Einfluss nehmen will, musste schon immer dafür mit seinem Namen einstehen. Egal ob auf Demonstrationen, Petitionieren oder in einem Interview als Parteimitglied. Die Pseudonyme Teilnahme in LQFB ist bereits ein Zugeständnis. Daraus lässt sich keine Diskriminierung ableiten.
- Letztlich nützt es nichts, wenn die Partei in geheimer Abstimmung eine ethische Frage entscheidet, wenn die Mitglieder in einer Gesellschaft leben, wo sie öffentlich nicht zu ihrer Position stehen können.
- Geheime Abstimmungen sind de facto Wahlcomputer. Diese sind mit dem Programm der Partei und mit dem Verfassungsgericht unvereinbar.

Im August 2010 wurde dazu eine umfangreiche Debatte geführt, in der zahlreiche Argumente Pro-Transparenz²³⁶ mit solchen Pro-Datenschutz²³⁷ abgewogen wurden. Zahlreiche Kompromissvorschläge²³⁸ gab es ebenso. Die umfangreichste und bisweilen recht aggressive Ausarbeitung verfasste das Parteimitglied Matthias Heppner mit rund 60 Seiten. Darin hieß es unter anderem:

„Liquid Feedback wird einen hohen sozialen Druck aufbauen und verhindern, dass sozial unerwünschte Ansichten überhaupt nur zur Debatte stehen könnten. Und dies hat etwas Totalitäres an sich, was man bisher nur von kommunistischen, diktatorischen Staaten kannte.“²³⁹

So wie sich Matthias Heppner von dieser Position inzwischen verabschiedet hat, wird das Thema Datenschutz inzwischen kaum noch diskutiert. Dazu mehr in den zwei Umfragen unter den Parteimitgliedern.

²³⁶ Pro Transparenz argumentierten: Jähmig, Georg, *Ich bin's nicht – die Partei ist es gewesen!*, 2010, <http://georgjaehmig.wordpress.com/2010/08/28/ich-bins-nicht-die-partei-ist-es-gewesen/>. Von Leithner, Felix, *Ohne Titel*, Fefes Blog, 2010, <http://blog.fefe.de/?ts=b2a2b656>. Beckedahl, Markus, *Piraten-Vorstand verschiebt Liquid-Democracy-Start*, Netzpolitik.org, 2010, <http://netzpolitik.org/2010/piraten-vorstand-gegen-liquid-democracy/>. Köhntopp, Kristian, *Ein Sturm aus Scheiße ist auch eine Art flüssiges Feedback*, Die wunderbare Welt von Isotopp Blog, 2010, <http://goo.gl/zU5JA>. Rieger, Frank, *Die Piraten und der "Datenschutz"*, Knowledge Brings Fear Blog, 2010, <http://frank.geekheim.de/?p=928>. Behrens, Jan, *Von geheimen und namentlichen Abstimmungen*, 2010, <http://www.magnetkern.de/blog/2010110801.html> (Nicht mehr erreichbar, letzter Zugriff 18. Dezember 2010). Behrens, Jan, *Wie man effektiv den Einsatz von LiquidFeedback verhindert*, 2010, <http://www.magnetkern.de/blog/2010072201.html> (Nicht mehr erreichbar, letzter Zugriff 22. Dezember 2010).

²³⁷ Für mehr Respekt vor dem Datenschutz argumentierten: Keimform. Bärmann, Benni, *Liquid Feedback und die Dialektik des Datenschutzes*, Keimform Blog, 2010, <http://www.keimform.de/2010/liquid-feedback-und-die-dialektik-des-datenschutzes/>. Müller, Jens, *Liquid Feedback und die Notwendigkeit einer Abwägung*, Tessarak Blog, 2010, <http://blog.tessarakt.de/archiv/2010/08/07/liquid-feedback-und-die-notwendigkeit-einer-abwaegung/>. Beckedahl, Markus, *Netzpolitik-Interview: Jens Seipenbusch über Einführung von LiquidFeedback*, Netzpolitik.org, 2010, <http://netzpolitik.org/2010/netzpolitik-interview-jens-seipenbusch-uber-einfuehrung-von-liquidfeedback/>. Park, Enno, *Liquid Feedback: Transparenz als Irrweg*, die ennomane, 2010, <http://www.ennomane.de/2010/08/22/liquid-feedback-oder-transparenz-als-irrweg/>. „Validom“, *Sind alle Parteimitglieder auch Politiker?*, 2010, <https://validom.net/blog/2010/07/26/sind-alle-partieimitglieder-auch-politiker/>.

²³⁸ Für Kompromisse argumentierten: Seeheim, Michael, *Die Piraten und ihre politischen Privatheiten*, mspr0 Blog, 2010, <http://mspr0.de/?p=1557>. Pohl, Andreas, *Liquid-Anonymität*, netzpolitik.org, 2010, <https://netzpolitik.org/2010/liquid-anonymitat/>. „Validom“, *Mittelbare und unmittelbare Transparenz-Ansprüche*, 2010, <http://validom.net/blog/2010/09/13/mittelbare-und-unmittelbare-transparenz-ansprueche/>. „Validom“, *Mail an den BuVo: Liquid-Feedback Kompromisse durchsetzen*, 2010, <http://validom.net/blog/2010/11/02/mail-an-den-buvo-liquid-feedback-kompromisse-durchsetzen/>.

²³⁹ Heppner, Matthias, *Positionspapier zu Liquid Feedback*, <http://goo.gl/V3qCk>, letzter Zugriff 16.9.2010. Im April 2011 hat Matthias Heppner das Dokument zurückgezogen und eine Entschuldigung veröffentlicht und sich sogar in Liquid Feedback angemeldet. Heppner, Matthias, *Liquid Feedback Diskussion - Ein Entschuldigungspost*, <http://goo.gl/oEBwM>.

5.5.) Nicht jeder hat Internet

Auch in der Piratenpartei wurde diskutiert, ob der Zugang zum Internet eine zu hohe Hürde darstellt. Insbesondere ältere Menschen sind noch nicht im Netz. Ein Problem, dessen Ausmaß jedoch Jahr für Jahr dramatisch sinkt. Insbesondere im Vergleich zum Besuch eines Parteitags, der einen enormen finanziellen und zeitlichen Aufwand darstellt, wird das Internet als Zugangsbeschränkung als kleine Hürde empfunden.

6.) Beobachtung und Analyse: Anwendung von Liquid Feedback in der Piratenpartei

6.1.) Analyse zweier Debatten in Liquid Feedback

Im folgenden Kapitel soll also ein Blick in den Motor der Piratenpartei geworfen werden. Läuft er? Ist er gut geschmiert? Funktionieren alle Mechanismen wie geplant? Ziel der folgenden Betrachtungen ist es, zwei Debattenverlaufe darzustellen und dabei Stärken und Schwächen der Software zu analysieren.

Wie bereits im Bereich „Motivation hinter Liquid Democracy“ dargestellt, soll LD unter anderem dazu dienen, um Grabenkämpfe in der Piratenpartei schneller zu lösen. Dieser Abschnitt soll daher auch untersuchen, ob wichtige parteiinterne Streitigkeiten und Flügelkämpfe gelöst und entschieden werden konnten.

Als Basis für die Analyse dienen zwei Themen, die in der Piratenpartei bisher nicht zum Kernprogramm gehörten und über die viel gestritten wurde. Zum einen das „Bedingungslose Grundeinkommen“ (BGE) und zum anderen der Ausstieg aus der Atomenergie. Beide Themen galten als umstritten, weil bei diesen Themen auch eine gesamtpolitische Ausrichtung der Partei sichtbar würde.

6.1.1.) Fallbeispiel 1: Das Bedingungslose Grundeinkommen

Hinter dem Begriff „Bedingungsloses Grundeinkommen“ (BGE) verbirgt sich die Idee, dass jeder Bürger ein gesetzlich festgelegtes Grundeinkommen erhalten soll. Anders als im bisherigen Sozialsystem sei dafür kein Nachweis oder keine Gegenleistung nötig. Ein Recht auf Grundeinkommen ergebe sich bereits aus der Menschenwürde und könne daher auch nicht eingeschränkt werden. In Deutschland werden verschiedene Modelle eines BGE diskutiert.

Im Parteiprogramm von 2006²⁴⁰ gab es keine sozialpolitische Positionierung. Die ersten Diskussionen zum BGE begannen jedoch bereits im September 2006 auf der gleichnamigen Wikiseite.²⁴¹ Eine intensive Ausarbeitung fand jedoch erst im Sommer 2009 und 2010 statt. Dies geschieht parallel mit der Gründung der „AG Bedingungsloses Grundeinkommen“ im August 2009. Uneinigkeit herrschte in der Gruppe darüber, wie man in der Partei vorgehen sollte. Sollten konkrete Berechnungen angestellt werden oder ist es sinnvoll, zunächst einen Grundkonsens über das Ziel bezüglich des BGEs in der Partei zu ermitteln? Gibt es überhaupt eine gemeinsame Definition zum Begriff? In den gut dokumentierten Wiki-Seiten,²⁴² Protokollen²⁴³ und dem Archiv der Mailingliste²⁴⁴ der Gruppe lässt sich die umfangreiche Debatte gut nachvollziehen. In der internen Mailingliste der AG BGE werden oft über 200 bis 300 E-Mails pro Monat verschickt. In regelmäßigen Abständen werden Mumble-Konferenzen²⁴⁵ abgehalten, Argumentationslinien im Wiki immer weiter verfeinert und sich mit externer wie parteiinterner Kritik auseinandergesetzt.

Wie schlägt sich diese Debatte nun in LQFB nieder?

²⁴⁰ Vgl. Piratenwiki, *Parteiprogramm*, <http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm>.

²⁴¹ Vgl. Piratenwiki, *Bedingungsloses Grundeinkommen*, <http://goo.gl/WWZeQ>.

²⁴² Vgl. Piratenwiki, *AG BGE*, http://wiki.piratenpartei.de/AG_Bedingungsloses_Grundeinkommen.

²⁴³ Vgl. Piratenwiki, *Protokolle der Treffen der AG BGE*, <http://goo.gl/zrkS1>.

²⁴⁴ Das Archiv der Mailingliste ist nach Anmeldung zugänglich, DSE-Mailman, *AG BGE*, <http://goo.gl/vtUPC>.

²⁴⁵ Mumble ist eine Open-Source Software für Gruppen-Telefonkonferenzen mit Chatfunktion. Die Piratenpartei betreibt einen eigenen Server.

Wenn man in der Volltextsuche von LQFB nach der Abkürzung „BGE“ sucht, finden sich 52 Initiativen. Für den Begriff „Grundeinkommen“ sind es nochmal 35 Treffer. Zahlreiche davon wurden jedoch zurückgezogen oder haben das Quorum nicht erreicht. Untersucht man die Initiativen genauer finden sich 7 relevante Themenblöcke mit teils zahlreichen Unterinitiativen. Drei Themen wurden gleich in den ersten Tagen der LQFB Plattform eingereicht:

Thema 24 - 14.8. >> Grundsätzliches Bekenntnis zum BGE

Thema 50 - 14.8. >> Mindestlohn

Thema 163 - 15.8. >> Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe

Eine Woche später schlägt eine Initiative vor, an einer Demo für ein BGE teilzunehmen. Als dieser Vorschlag Mitte September unterstützt wird, provoziert dies Ende Oktober eine weitere Debatte.

Thema 351 - 23.8. >> Unterstützung der Demo für ein BGE am 6.11

Thema 585 - 28.10. >> Bezüglich BGE Demoaufruf der Piratenpartei bei Youtube

Am 13. Oktober reicht die AG Bedingungsloses Grundeinkommen ein Positionspapier ein, welches am 22.10. von anderen Piraten als neues Thema eingestellt wird:

Thema 549 - 13.10. >> Positionspapier der AG Bedingungsloses Grundeinkommen

Thema 573 - 22.10. >> Positionspapier zum Bedingungslosen Grundeinkommen

Nach diesem Überblick, eine Schilderung im Detail:

Das „**Thema 24**“ wurde wenige Stunden nach dem Versand der ersten Einladungen am 14.8. 2010 mit der Initiative „Ein bedingungsloses Grundeinkommen ab 01.Mai 2011 in Deutschland einführen“ eröffnet. Dieser Antrag bestand lediglich aus drei Sätzen:

„Jeder Bürger der Bundesrepublik Deutschland erhält monatlich ein festes Grundeinkommen. Dieses Einkommen wird nicht versteuert. 2.000 Euro beträgt das Grundeinkommen.“

Die Initiative fand zunächst nur 10 Unterstützer, die sich in acht Anregungen detaillierte Ausformulierung wünschten. Der Antragsteller „arbo“ kam dem nicht nach. Er ergänzte den Antragstext lediglich einmal am nächsten Tag um ein FAZ-Interview mit dem BGE-Initiator Götz Werner. Die Initiative schaffte es nicht über das 10 Prozent Quorum. Stattdessen wurden in wenigen Tagen insgesamt 16 Alternativanträge in das Thema eingestellt, darunter abenteuerliche wie „Gesellschaftsmodell aus Star Trek TNG einführen macht BGE obsolet“, vermittelnde wie „Neutrale Position bezüglich BGE“, und ablehnende wie „Kein BGE“.

Die notwendige 10 Prozent Hürde schafften nur die Initiativen „Grundsätzliches Bekenntnis zum BGE“ (273 direkte und 75 delegierende Unterstützer) sowie „Definition des BGE und seiner Ziele statt Phrasendrescherei“ (78 direkte + 29 delegierende Unterstützer). Die Initiative „Grundsätzliches Bekenntnis“ ist in einem sachlichen Ton formuliert, fordert eine seriöse Finanzierung und benennt offene Fragen. Auf der zum Thema gehörigen Wikiseite²⁴⁶ findet sich eine umfangreiche Debatte zu den Initiativen – umgerechnet etwa 21 Din A4 Seiten.

Innerhalb von LQFB erhält die Initiative „Grundsätzliches Bekenntnis“ 20 Anregungen, die Initiative „Definition des BGE und seiner Ziele statt Phrasendrescherei“ zwei. Der Antragsteller des erstgenannten Antrags, „HeptaSean“, geht auf alle Anregungen ein und begründet Übernahmen und Ablehnungen direkt unterhalb des Antrags.

²⁴⁶ Vgl. Piratenwiki, *Themendiskussion BGE*, <http://goo.gl/dfCSD>.

Die zwei Initiativen erreichten am 6. September die Abstimmungsphase, die regelkonform acht Tage lief. Die Initiative „Grundsätzliches Bekenntnis zum BGE“ gewann die Abstimmung mit 331 Ja-Stimmen (63%), zu 198 Nein-Stimmen (37%), bei 68 Enthaltungen. Die Initiative „Definition des BGE und seiner Ziele statt Phrasendrescherei“ kam auf Platz zwei: 306 Ja-Stimmen (70%), 129 Nein-Stimmen (30%), bei 162 Enthaltungen. Sie gilt als unterlegen und damit „nicht angenommen“. Die hohe Anzahl an Ja-Stimmen und Enthaltungen in dieser Abstimmung kann jedoch als Wunsch nach einem besser ausgearbeiteten Konzepten interpretiert werden.

Parallel zu dieser Debatte wünscht der Antragsteller der Initiative in „**Thema 50**“ in einen persönlich gehaltenen Text ein Meinungsbild über einen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro. Relevant ist dies, da auch hier durch die eingereichte Alternativ-Initiative „BGE macht Mindestlohn überflüssig“ über das BGE diskutiert wurde. Auf der dazugehörigen Wikiseite²⁴⁷ wurden über etwa sechs DinA4 Seiten debattiert. Die Forderung nach einem Mindestlohn setzte sich gegen „BGE macht Mindestlohn überflüssig“ knapp durch.

Ebenfalls parallel lief das „**Thema 163**“. Die Antragsteller forderten ein „Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe“. Sie hatten keine Alternativen. Inhaltlich definiert die Initiative eher ein sozialpolitisches Ziel-Szenario. Auf den Begriff „BGE“ verzichtete die Initiative. Sie erhielt sechs Anregungen, die die Antragsteller in insgesamt 10 Überarbeitungen teilweise einpflanzten. Die Debatte auf der Themenseite war gering.²⁴⁸ Der Vorschlag wurde mit einer $\frac{3}{4}$ Mehrheit angenommen: 323 Ja-Stimmen (75%), Nein-Stimmen: 110 (25%), Enthaltungen 28.

Eine Woche später standen sich im **Thema 351** die Initiativen „Unterstützung der Demo für ein Bedingungsloses Grundeinkommen am 6.11.“ (*Unterstützer: 56 +75*) und „Ohne Parteitagbeschluss keine Unterstützung einer Demo für ein BGE“ (*Unterstützer: 37 + 34*) gegenüber. Der Ursprungsantrag forderte, dass die Partei die Berliner BGE-Demo im November offiziell unterstützen sollte, wenn sie sich in Thema 24 für eine grundsätzliche Befürwortung des BGE aussprechen sollte. Die Gegeninitiative argumentierte, dass die LQFB Abstimmung nicht final sei, sondern lediglich ein Meinungsbild darstellt. Bevor die Piratenpartei eine Demonstration unterstützen könne, müsse zuerst ein Parteitag die Abstimmung in LQFB bestätigen. Ergebnis der Abstimmung am 24. September:

Demo unterstützen: Ja: 277 (56%) · Enthaltung: 49 · Nein: 216 (44%)

Demo nicht unterstützen: Ja: 209 (48%) · Enthaltung: 103 · Nein: 230 (52%)

Am 7. 10. griff der BuVo das Thema auf und beschloss offiziell eine Unterstützung der Demo im Namen der Partei.²⁴⁹ Dies kritisierten LQFB- und BGE-Gegner und reichten in der nächsten Vorstandssitzung drei Anträge²⁵⁰ auf Rücknahme des Beschlusses ein, welche jedoch abgelehnt wurden.²⁵¹ Als am 17.10. auch auf YouTube der Demoauftritt veröffentlicht wurde,²⁵² versuchten Parteimitglieder am 28.10. mit einer Initiative in LQFB das Video zu stoppen. Das **Thema #585** erreichte jedoch das nötige 10 Prozent Quorum nicht.

Parallel zur Debatte um die Unterstützung der BGE Demo, reichte am 13.9. die AG Bedingungsloses Grundeinkommen ein Positionspapier (**Thema 549**) ein. In einer Gegeninitiative formulierte ein Pirat zwar Zustimmung zur Intention, kritisierte jedoch zahlreiche Formulierungen und forderte daher eine Ablehnung des Antrags.

²⁴⁷ Vgl. Piratenwiki, *Themendiskussion zu Thema 50*, <http://goo.gl/c8qLl>.

²⁴⁸ Vgl. Piratenwiki, *Themendiskussion Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe*, <http://goo.gl/kKW43>

²⁴⁹ Vgl. das Protokoll dazu. Portal des Bundesvorstands, *Protokoll zur Vorstandssitzung 2010.10.07*, <http://goo.gl/XLnDz>.

²⁵⁰ Die drei Anträge sind hier abrufbar: 1. Piratenwiki, *Rücknahme des Beschlusses zur Unterstützung der BGE-Demo*, <http://goo.gl/UlqUb>, 2. Piratenwiki, *Entweder Unterstützung aller Demonstrationen oder Aufhebung des Beschlusses zur Unterstützung der BGE-Demo*, <http://goo.gl/OZBVf>, 3. Piratenwiki, *Rücknahme des Beschlusses bezüglich Demo zu BGE*, <http://goo.gl/IUkCK>.

²⁵¹ Vgl. das Protokoll dazu. Portal des Bundesvorstands, *Protokoll zur Vorstandssitzung 2010.21.10*

<http://vorstand.piratenpartei.de/2010/10/22/protokoll-zur-vorstandssitzung-2010-10-21>.

²⁵² Vgl. Youtube, Nutzer: Frank „Summoning66“, *Piraten rufen zur BGE Demo am 06.11.2010 in Berlin auf*, <http://youtu.be/oDclBZUhKkM>.

Noch bevor die Antragsteller auf diese Kritik reagieren- oder Alternativenanträge hätten formuliert werden können, kam es am nächsten Tag zu einem geplanten, künstlichen Eingriff in die Datenbank.²⁵³ Alle Positionspapiere, die zu diesem Zeitpunkt in der Diskussionsphase waren, wurden manuell in die Phase „eingefroren“ vorverschoben. Hintergrund dieser einmaligen Maßnahme war, dass alle noch offenen Anträge vor dem geplanten programmatischen BPT im November abgestimmt werden sollten. Diese Maßnahme war notwendig geworden, da die Einführung von LQFB sich verspätet hatte (siehe Geschichte von LQFB).

Da sich das Positionspapier nun in der „Eingefroren-Phase“ befand, waren weder Anregungen noch Änderungen oder Alternativenanträge möglich. Um der substantiellen Kritik am Positionspapier der AG BGE dennoch Rechnung zu tragen, eröffneten drei Piraten am 22.10. ein neues Thema (**Thema 573**) mit einer Initiative, die zahlreiche Aspekte der Kritik aufnahm. Da diese Initiative jedoch nicht mehr von der manuellen Verschiebung in die „Eingefroren-Phase“ erfasst wurde, durchlief sie das übliche Verfahren und wurde erst nach dem Parteitag im November in LQFB abgestimmt.

Das *Thema 549* wurde mit 189 Ja-Stimmen (49%) und 200 Nein-Stimmen (51%) bei 20 Enthaltungen abgelehnt. Entscheidend war u.a. die ablehnende Haltung des prominenten Parteimitglieds und Linguistik-Professors Martin Haase. Er vereinte in dieser Abstimmung 35 Delegationen auf sich, welche er auf den Piraten „wigbold“ weiterdelegierte, einen prominenten Gegner des BGE.²⁵⁴ Da dieser die Initiative erwartungsgemäß ablehnte, kam es zu keiner Mehrheit. Dieser Entscheidung traf Martin Haase – wie er dem Autor in einem Gespräch sagte – bewusst, da er den Text aufgrund besagter sprachlicher Mängel ablehnte. Martin Haase bekam daraufhin viele negative Reaktionen und verlor unmittelbar nach dieser Entscheidung rund ein Drittel seiner Delegationen (von circa 150 auf circa 100).

Die Gegeninitiative im **Thema 573** hatte die Kritik berücksichtigt und das Positionspapier der AG BGE deutlich überarbeitet. Diese Initiative erreichte mit 226 Ja-Stimmen (59%) und 155 Nein-Stimmen (41%) bei 20 Enthaltungen eine deutliche Mehrheit. Martin Haase brachte dieses mal 40 Stimmen ein und stimmte diesmal für das Positionspapier.

Mit dem **Thema 599** wurde ein drittes Positionspapier zum Bedingungslosen Grundeinkommen formuliert. Dieses wurde am 5.11. etwa zwei Wochen vor dem programmatischen BPT eingestellt. Diese Initiative hatte nicht den Anspruch noch vor dem BPT abgestimmt zu werden, versuchte lediglich Feedback zu bekommen, um den Antrag dann direkt zum BPT einzubringen. Die Initiative erhielt zwar zwei Anregungen, erreichte aber innerhalb der Frist nicht das nötige 10 Prozent Quorum, um in die Diskussionsphase zu springen.

Die drei genannten Positionspapiere und zwei Grundsatzanträge werden zum programmatischen BPT in Chemnitz (20 bis 21. November) eingereicht.

Da sich der Parteitag dazu entschied, nur die Anträge für das Grundsatzprogramm zu behandeln, wurde lediglich über den LQFB Antrag „Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe“ (*Thema 163*) diskutiert und abgestimmt. Der zweite Grundsatzprogrammantrag bezog sich auf eine LQFB Debatte in der Landesinstanz des Landesverbands Berlin.

Der Antrag „Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe“ (Abkürzung auf dem Parteitag „GP050“, Kurzform: „Projekt ReSET“), gehörte auf dem Parteitag mit 35 Wortmeldungen zu den am intensivsten und emotional diskutierten Anträgen.²⁵⁵ Obwohl der Begriff „Bedingungsloses Grundeinkommen“ im Antrag nicht enthalten ist, referiert der Antrag die ideologischen Grundlagen des BGE:

²⁵³ Vgl. die protokollierten Datenbankeingriffe. Piratenwiki, *Manuelles Einfrieren von Initiativen zur Bundesmitgliederversammlung*, <http://goo.gl/B6zbn>.

²⁵⁴ Wigbold verfasste u.a. ein oft zitiertes kritisches Whitepaper zum Thema BGE. Piratenpartei, *Contra BGE*, <http://goo.gl/A8bCT>.

²⁵⁵ Vgl. Piratenwiki, *Wortprotokoll Bundesparteitag Chemnitz*, http://wiki.piratenpartei.de/Bundesparteitag_2010.2/Protokoll_1.

„[...] Da das Ziel ein Einkommen zur Existenzsicherung für jeden ist, sollte dieses Einkommen jedem direkt garantiert werden. Nur dadurch ist die Würde jedes Menschen ausnahmslos gesichert. [...]

Wir Piraten sind der Überzeugung, dass die überwältigende Mehrheit der Menschen eine sichere Existenz als Grundlage für die Entfaltung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Potenziale nutzen wird. [...]

*Die Piratenpartei setzt sich daher für Lösungen ein, die eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe individuell und **bedingungslos** garantieren und dabei auch wirtschaftliche Freiheit erhalten und ermöglichen. Wir wollen Armut verhindern, nicht Reichtum.“*

In offener Abstimmung stimmten etwa 80 bis 90 Prozent des Parteitags für den Antrag. Auf dem Parteitag kam es daraufhin zu spontanem, minutenlangem Applaus und zu Jubelszenen. Der gleich darauf folgende Antrag zum Thema „Mindestlohn und Grundeinkommen“ erreichte die nötige 2/3 Mehrheit nicht. Unter anderem lehnten Befürworter des BGEs eine Vermischung von Mindestlohn und BGE ab.

Die Medien griffen die Ereignisse auf dem Parteitag auf und interpretieren den Beschluss als sozialpolitischen Schwenk der Partei. So titelt Spiegel Online „Piratenpartei spielt SPD“, der MDR „Piratenpartei steuert auf linksliberalen Kurs“ und die Süddeutsche „Soziale Freibeuter“.²⁵⁶

Zusammenfassung / Zwischenergebnis:

Welche Schlüsse lassen sich aus der Beobachtung ziehen?

- Vorschläge, wie die zur Einführung eines StarTrek-Gesellschaftsmodell (Thema 24), lassen die Nutzer unter den Tisch fallen. Der selbstregulierende Schutz durch die 10 Prozent Hürde, gegen Störer und Spaßvögel, scheint also zu funktionieren.
- Der Fall Martin Haase zeigt, dass Delegationen, wie erwartet, bei falsch empfundenen Entscheidungen auch wieder entzogen werden.
- Der Präferenzwahl-Abstimmungsmodus führte zum gewünschten Ergebnis. So erhielten in Thema 24 beide Positionspapiere eine Mehrheit. Dennoch wurde das „Grundsätzliche Bekenntnis“ offensichtlich häufiger präferiert. Beide Positionen können sich jedoch durch das Wahlverfahren sicher sein, die maximal mögliche Zustimmung erhalten zu haben.
- Obwohl der Antrag zum Aufruf zur BGE-Demo bereits beschlossen war (Thema 351), konnte die Debatte in LQFB mit einem erneuten Antrag (Thema 585) weiter geführt werden. LQFB ermöglicht es also, auch der Minderheit, sich weiter für ihre Position zu engagieren. Mangels neuer Argumente versandete der Antrag zwar wieder, dennoch herrscht eine hohe Chancengerechtigkeit.

Bei Thema 24 schafften es statt der ursprünglichen Initiative („Einführung BGE im Mai 2010“) nur zwei Alternativanträge zur Abstimmung. Hier haben die Alternativanträge so funktioniert, wie von den Entwicklern gewünscht. Da der Initiator der Initiative nicht auf die Anregungen reagierte, erstellten die Nutzer eigene Alternativen.

Bei Thema 549 entstand als Alternativantrag zunächst kein konstruktiver Alternativantrag, sondern lediglich nur eine sehr umfangreich begründete Alternativinitiative, die „dagegen“ argumentierte. Dies sollte ja eigentlich durch die Alternativanträge verhindert werden. Hat das System hier also nicht funktioniert?

Vermutlich fehlte eine konstruktive Gegeninitiative nur, weil die Diskussionsphase nach nur einem Tag künstlich abgebrochen wurde. In der Eingefroren-Phase konnten keine Alternativanträge oder Anregungen mehr verfasst werden. Die eigentliche Gegeninitiative lieferte dann etwa zwei Wochen später das neu er-

²⁵⁶ Die vollständige Berichterstattung und alle Links sind unter http://wiki.piratenpartei.de/Bundesparteitag_2010.2/Pressespiegel abrufbar.

stellte Thema 573, welches die Initiative aus dem Thema 549 kopierte, jedoch um entscheidende Veränderungen verbesserte.

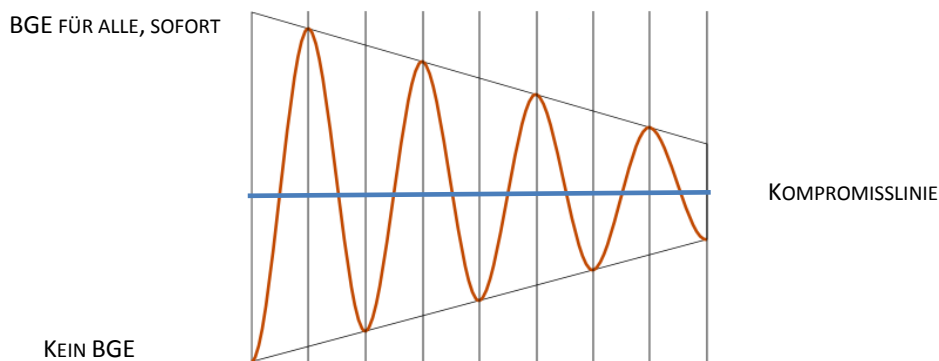
Hier liegt also keine dysfunktionale Gegeninitiative vor, sondern ein kritisierbarer Abbruch der Diskussionsphase. Gerade dieser Fall scheint zu bestätigen, wie wichtig eine lange Diskussionsphase in LQFB ist. Erst in ihr können Nutzer Alternativen entwickeln. Der künstliche, vorzeitige Abbruch der Diskussionsphase hat diesen Prozess verkürzt und auch den Antragstellern die Chance genommen auf ihre Kritiker zu reagieren und ihren Antrag selbst zu verbessern.

Das Desinteresse der Nutzer bei zahlreichen schlecht formulierten Alternativinitiativen, bei Thema 24, aber auch die Differenzierung der Themen 549 und 573 zeigt, dass die Parteimitglieder nicht blind alle Vorschläge unterstützten, die ihrer Position entsprechen. Stattdessen werden die Anträge stark nach ihrer sprachlichen Qualität und ihrer möglichen Außenwirkung für die Partei bewertet.

Insgesamt gibt es eine hohe Übereinstimmung zwischen LQFB und den Abstimmungen auf dem Parteitag. Dies ließ sich etwa an der übergroßen Zustimmung auf dem Parteitag zum Antrag „ReSET“ ablesen, die mit einer großen Zustimmung in LQFB übereinstimmte. Der Antrag „Mindestlohn und Grundeinkommen“ hingegen, der vorab nicht in im bundesweiten LQFB besprochen wurde, erreichte auf dem Parteitag nicht die nötige Mehrheit. Möglicherweise hätten Bedenken über die Vorbereitung durch das LQFB ausgeräumt werden können.

Weiterhin ließ sich in LQFB beobachten, dass politische Debatten einem Entwicklungsprozess unterliegen. Von spontanen (persönlichen) Statements und umfrageähnlichen Anträgen (Thema 24) hin zu qualifizierteren und besser ausgearbeiteten Positionspapieren (Themen 549 und 573). Schwanken die Anträge anfangs noch zwischen „ja“ / „nein“ und „später“, so nähern sie sich während des Prozesses einer imaginär gedachten Kompromisslinie an. Idealisiert dargestellt in Abbildung 6.1-1. Die vielen Abstimmungen helfen die Positionspapiere noch vor dem Parteitag zu prüfen und den Wünschen möglichst vieler Mitglieder anzunähern.

Abbildung 6.1-1



Bei den Diskussionen gilt offenbar, dass besonders die einfachen/persönlichen Anträge viel diskutiert mehr werden und die meisten Änderungsanträge erhalten. Die detaillierter ausgearbeiteten Anträge provozieren hingegen weniger Änderungswünsche. Vermutlich liegt das auch daran, weil die besser ausgearbeiteten Anträge weniger offensichtliche Angriffspunkte bieten und zahlreiche Konfliktpunkte bereits in Arbeitsgruppen abgearbeitet wurden. Möglicherweise sind sie aber auch für Parteimitglieder, die nicht in ein Thema eingearbeitet sind, bereits zu kompliziert, als dass sie noch qualifizierte Kritik daran äußern könnten.

Auffällig ist, dass seit dem Parteitag in Chemnitz keine neuen Anträge zum Thema BGE eingereicht wurden. Dies muss allerdings nicht zwingend an LQFB liegen, denn auch die entsprechende Projektseite²⁵⁷ ist einge-

²⁵⁷ Vgl. Projektseite www.projekt-reset.de.

schlafen. Möglicherweise ist jedoch eine Weiterarbeit auch dadurch behindert, dass sämtliche bisher ausgearbeiteten BGE-Positionspapiere noch einer Abstimmung auf dem Parteitag bedürfen. Möglicherweise möchte man mit der Ausarbeitung neuer Konzepte warten, bis klar ist, ob die bisherigen auch auf Parteitag eine Mehrheit finden. Der Programmparteitag in Chemnitz arbeitete nur einen kleinen Teil der eingereichten Anträge ab. Von den eingereichten Positionspapieren wurde keines bearbeitet. Damit bilden die Parteitage zurzeit einen sehr engen Flaschenhals, der die Motivation möglicherweise begrenzt.

Auffällig ist auch, dass der BuVo die Ergebnisse aus LQFB nicht für die Außendarstellung nutzte. Die zitierte Pressemitteilung mit dem Aufruf zur BGE-Demo stellt eher eine Ausnahme dar.

6.1.2.) Fallbeispiel 2: Atomausstieg

Weder das Parteiprogramm von 2006²⁵⁸ noch das Wahlprogramm von 2009²⁵⁹ enthielten Aussagen zu den Themen Umwelt oder Energiepolitik. Über den konkreteren Atomausstieg diskutierte die Piratenpartei erstmals im Jahr 2008. Pläne, eine solche Forderung in ein Wahlprogramm für die Europawahl 2009 zu schreiben, versandeten jedoch.²⁶⁰ Im Juni 2009 gründete sich eine „AG Umwelt“, im November eine „AG Energiepolitik“, im September die Gruppe „Anti Atom Piraten“.²⁶¹

Auch hier ein Blick, wie sich die Debatte in LQFB entwickelt. Eine Suche nach Begriffen wie „Atom-“, „Kern-“ und „Nuklear-“ führen zu einer überschaubaren Anzahl an Treffern, die schnell sortiert sind. Ein Überblick:

- **Thema 41** - 14.8. >>Atomausstieg
- **Thema 60** - 14.8 >> Präambel Umwelt (AG Umwelt)
- **Thema 66** - 14.8. >> Netzneutralität - Nicht nur im Netz. Energienetze in öffentliche Hand!
- **Thema 396** - 31.8. >> Energiekonzept für den Weg ins erneuerbare Zeitalter
- **Thema 432** - 7.9. >> Positionspapier: Für eine zukunftssichere Energiewirtschaft

Ähnlich wie beim Thema BGE war die erste Initiative zum Komplex Energie namens „Atomausstieg“ in **Thema 41** eher persönlich formuliert:

*„Ich persönlich lehne die Kernenergie strikt ab. In letzter Zeit habe ich mich ziemlich viel mit dem Thema auseinandergesetzt, nicht zuletzt auch mit dem Negativbeispiel Tschernobyl und wie mit dem Problem des Atommülls umgesprungen wird.
Mich würde deshalb mal interessieren, wie der Rest der Partei dazu steht. Bitte unterstützt diese Vorlage, falls ihr am Atomausstieg festhalten wollt, und stellt euch ihm entgegen, wenn ihr den Ausstieg vom Atomausstieg wollt.“*

Die Initiative erhielt 21 Anregungen. Die populärste von ihnen „Bitte weiter ausarbeiten“ wurde von insgesamt 168 Piraten als „soll“ oder „muss“ unterstützt. Weitere Anregungen forderten Einfügung diverser Aspekte des Atomausstiegs. Trotz der vielfachen Änderungswünsche, blieb der Antragsteller der Initiative bei seiner einfachen Formulierung. Einer Ankündigung im Antrag, dass auf der Debattenseite eine Umformulierung des Antrags in Arbeit sei, folgten zumindest in dieser Initiative keine Taten.

Im Thema wurden sechs Alternativinitiativen eingereicht (in Klammern die Anzahl der direkten und delegierten Unterstützerstimmen): „Akzeptanz des Atomausstiegskompromisses“ (49+46), „Vorerst keine Aussage zu Atomausstieg“ (57+11), „Atomausstieg basisdemokratisch bewerten“ (9+4), „Zuerst Verstaatlichung der Kernkraftwerke, dann Atomausstieg“, „Bedingungen zur Abschaltung von Kraftwerken schaffen“ (4+2) und „Massive Investitionen in Fusionsreaktoren“ (4+1).

²⁵⁸ Vgl. Piratenwiki, *Parteiprogramm*, Version vom 13. April 2007, <http://goo.gl/R1tnF..>

²⁵⁹ Vgl. Piratenwiki, *Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2009*, http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2009/Wahlprogramm.

²⁶⁰ Vgl. Piratenwiki, *Thema 41, Diskussion zur Energiepolitik*, <http://goo.gl/XCRis.>

²⁶¹ Vgl. Seiten der AntiAtompiraten: www.anti-atom-piraten.de und Piratenwiki, *Anti Atom Piraten*, <http://wiki.piratenpartei.de/AntiAtomPiraten.>

Neben der Ursprungsinitiative schafft es nur die etwas sachlicher formulierte Initiative „Akzeptanz des Atomausstiegskompromisses“ zur Abstimmung. Sie schlug als Formulierung vor:

„Die Piratenpartei strebt keine Änderung am rot-grünen Atomausstiegskompromiss an, sowohl hinsichtlich einer Verlängerung, Verkürzung oder anderen, nicht unerheblichen Veränderungen.“

Auf der zum Thema gehörigen Debattenseite²⁶² entstand eine etwa 8 Din A4 Seiten lange Diskussion. Im Ergebnis gewann die ursprüngliche Initiative „Atomausstieg“ mit 398 Ja-Stimmen (77%) zu 116 Nein-Stimmen (23%) bei 89 Enthaltungen. Die Initiative „Akzeptanz des Atomausstiegskompromisses“ erhielt eine etwas weniger deutliche Mehrheit: 288 Ja-Stimmen (57%) zu 216 Nein-Stimmen (43%), bei 99 Enthaltungen und gilt aufgrund ihres zweiten Platzes als „nicht angenommen“.

Kurze Zeit nach dem Beschluss wurde am 15. September eine Pressemitteilung der Piratenpartei veröffentlicht, in der sie die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke durch die CDU/FDP Regierung kritisierte. Darin hieß es u.a.:

*„Die Piratenpartei Deutschland setzt sich, wie bereits von mehreren Landesverbänden beschlossen und durch ein aktuelles Meinungsbild im **Online-Meinungsbildungstool Liquid Feedback bundesweit gestützt**, für den Ausstieg aus der Stromerzeugung durch Kernspaltung sowie für die Forschungsförderung von regenerativen Energien ein. Sie unterstützt damit den ursprünglich von der rot-grünen Regierung beschlossenen Atomausstieg und kritisiert ausdrücklich die derzeitigen Bestrebungen, davon abzuweichen.“*²⁶³

Parallel zum *Thema 41* stellte die AG Umwelt am 14.8. eine „Präambel Umwelt“ als Initiative ein (**Thema 60**). Die Initiative erhielt zahlreiche Anregungen, auf die die Autoren in der Diskussionsseite²⁶⁴ und unterhalb des Antrags eingingen ohne jedoch die Initiative zu verändern. Für eine Präambel sei der Text zu lang, insbesondere gehöre der Abschnitt über Massenvernichtungswaffen eher in den Abschnitt Außenpolitik. Am 26.8. wurde ein Alternativantrag namens „Umweltpolitisches Kapitel für das Grundsatzprogramm erstellt, der schließlich die Abstimmung mit 248 Ja-Stimmen (71%) zu 100 Nein-Stimmen (29%) bei 56 Enthaltungen für sich gewann. Die „Präambel Umwelt“ erhielt 184 Ja-Stimmen (51%) 178 Nein-Stimmen (49%) und 42 Enthaltungen.

Im **Thema 396** wünschte der Antragsteller ein Meinungsbild zu einem groben Ausstiegsszenario. In Anregungen wurde gefordert, die vom Antragsteller vorgeschlagene Ausstiegsszahl von 2026 auf 2015 zu verringern und die verschiedenen Forderungen in verschiedene Initiativen zu verlagern. Diesen Anregungen kam der Antragsteller nicht nach. Die Initiative erreichte ohne Gegenvorschlag keine Mehrheit (Ja-Stimmen: 132 (40%), Nein Stimmen: 195 (60%), Enthaltungen: 53)

Am 7.9. brachten die Vertreter der Bundes-AG Energiepolitik das umfangreiche Positionspapier „Für eine zukunftssichere Energiewirtschaft“ in LQFB ein. Die sechs Module ließ die AG einmal geschlossen als Ganzes (**Thema 432**), als auch alle Module einzeln in eigenen Themen abstimmen:

- Modul #1: Nachhaltigkeit
- Modul #2: Versorgungssicherheit
- Modul #3: Energiegewinnung aus regenerativen Ressourcen
- Modul #4: Netzausbau und Netzneutralität
- Modul #5: Ausstieg aus der Stromerzeugung durch Atomkraftwerke
- Modul #6: Förderprogramme

²⁶² Vgl. Piratenwiki, *Diskussion zum Atomausstieg*, <http://wiki.piratenpartei.de/LiquidFeedback/Themendiskussion/41>.

²⁶³ Vgl. Pressemitteilung zum Aufruf. Piratenpartei Deutschland, *Piratenpartei ruft zur Anti-Atom-Demo auf!*, <http://goo.gl/xf50s>.

²⁶⁴ Vgl. Piratenwiki, *Diskussion zur Präambel Umwelt*, <http://wiki.piratenpartei.de/LiquidFeedback/Themendiskussion/60>.

In Modul 5 heißt es:

„Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, die Stromerzeugung durch Kernspaltung in Atomkraftwerken mittelfristig unter Einhaltung des Atomausstiegsvertrags aus dem Jahre 2002 zu beenden. Anlagen für medizinische und wissenschaftliche Anwendungen sind davon nicht betroffen. [...]“

Einige Module erhielten Anregungen, teils Fragen. Auf alle gingen die Antragsteller ein, manche fanden Berücksichtigung. So wurde die Einfügung „aus dem Jahre 2002“ im Modul 5 erst auf eine Anregung hin eingepflegt. Diese Einfügung soll eine Verwechslung mit der Vereinbarung der CDU-FDP-Regierung ausschließen. Gegeninitiativen gab es keine. Alle Module sowie der Ursprungsantrag erhielten Zustimmungsquoren von über 75 Prozent.

Auf dem BPT in Chemnitz wurden (wie oben bereits erwähnt) nur Grundsatzanträge diskutiert. Die Positionspapiere, auch das Energiekonzept, kam deshalb nicht zur Sprache.

Diskutiert wurde jedoch die unter *Thema 60* diskutierte Präambel der AG Umwelt und ihr in LQFB erfolgreicher Alternativvorschlag. Auf dem BPT wurden dabei einige Argumente der LQFB-Anregungen wiederholt.²⁶⁵ So etwa die Kritik, dass Atomwaffen nichts im Bereich Umweltpolitik zu suchen haben. Wohl auch da der Antragsteller der in LQFB erfolgreichen Gegeninitiative nicht auf dem Parteitag war, um seine Alternative zu vertreten, und gleichzeitig betont wurde, dass alle Module einzeln abgestimmt werden würden, entschied sich der Parteitag für die in LQFB unterlegene Präambel der AG Umwelt. Bestätigt, und ins Grundsatzprogramm übernommen, wurden die folgenden Punkte:

- "Umwelt Modul 1: Nachhaltigkeit"
- "Umwelt Modul 2: Lebenswerte Umwelt"
- "Umwelt Modul 3: Umgang mit Ressourcen"
- "Umwelt Modul 5: Energiepolitik"

Die bereits in LQFB in Anregungen kritisierten Module 4 „Umgang mit Leben“ und das Modul 6 „Umgang mit Massenvernichtungswaffen“ fanden hingegen auf dem Parteitag keine nötige Mehrheit.

Anschließend wurde der Antrag „Atomausstieg / Sicherheit kerntechnischer Anlagen“ diskutiert, der direkt an den Parteitag gestellt worden war, ohne zuvor durch LQFB zu fließen:

„Die Piratenpartei Deutschland lehnt die Stromerzeugung durch Kernspaltung ab. Die Piratenpartei Deutschland will als Minimalforderung an dem beschlossenen Atomausstieg festhalten. [...]“²⁶⁶

Im Wortprotokoll des Parteitags finden sich zahlreiche kritische Äußerungen an der Formulierung des Antrags:

„Ich bin dagegen, diesen konkreten Antrag ins Grundsatzprogramm aufzunehmen. Ich bin für ein Positionspapier. Inhaltlich für einen Grundsatz sind zu viele Fehler.[...] Die Intention ist klar und unterstützenswert. Formal aber für das GP nicht richtig. Ein Problem: Die Einreichungsfrist hat die aktuelle Entwicklung überholt. ??? Der Antrag würde bedeuten, dass wir [einen] CDU/FDP Ausstieg unterstützen würden ???“ [sic!]²⁶⁷

Mit der Formulierung „beschlossenen Atomausstieg“ sei der Rot-Grüne Vertrag gemeint, versicherten die Antragsteller. Dennoch erreichte der Antrag die nötige 2/3 Mehrheit für das Grundprogramm nicht. Bei

²⁶⁵ Vgl. Piratenwiki: *Wortprotokoll zum Bundesparteitag 2010.2*, http://wiki.piratenpartei.de/Bundesparteitag_2010.2/Protokoll_2.

²⁶⁶ Vgl. Piratenwiki: *Antrag - Atomausstieg/Sicherheit kerntechnischer Anlagen*, <http://goo.gl/xWeQ8>.

²⁶⁷ Vgl. Piratenwiki, *Wortprotokoll des Bundesparteitags 2010.2*, http://wiki.piratenpartei.de/Bundesparteitag_2010.2/Protokoll_2.

der Abstimmung, ob diese Stellungnahme als Positionspapier beschlossen werden sollte, wurde die 2/3 Mehrheit hingegen übertroffen, wie der Versammlungsleiter laut Protokoll erstaunt feststellte.²⁶⁸

Ebenfalls beschloss der Parteitag – ohne vorherige LQFB Besprechung – den Wahlprogramm-Antrag „Umgang mit Nuklear-Müll“.²⁶⁹

Zwischenfazit:

Auch in diesem Themenbereich kam es zu ignorierten Anregungen (Thema 41). Doch auch hier zeigte sich, dass es gerade in der Frühzeit der Debatte zur intensiven Nutzung von Alternativanträgen kam. Anders als bei der Debatte ums BGE waren hier die Alternativinitiativen jedoch offensichtlich nicht attraktiv genug.

Das Ignorieren der Anregungen im Fall der „Präambel der AG Umwelt“ hingegen führte zu einer ernsthaften Alternative, die die Abstimmung für sich entschied. Zwar sieht es so aus, als ob sich dies auf dem Parteitag wieder umgedreht hätte. Tatsächlich jedoch gibt es eine hohe Übereinstimmung zwischen der Kritik innerhalb von LQFB und auf dem BPT. Denn genau die in LQFB scharf kritisierten Module 4 und 6, haben auch auf dem BPT nicht die nötige Mehrheit erreicht. Hätte die AG Umwelt bereits in LQFB auf die Kritik der Nutzer reagiert, hätte sie eventuell bereits dort die Abstimmung gewinnen können.

Auch der auf dem Parteitag beschlossene Antrag zum Atomausstieg stolperte über einen vermeidbaren Fehler, der in LQFB bereits im Rahmen der Initiative „Positionspapier für eine zukunftssichere Energiewirtschaft“ diskutiert und dort geändert wurde. Inhalt dieses Streitpunkts war, dass die Formulierung „an dem beschlossenen Atomausstieg festhalten“ doppeldeutig sein kann. Während die Antragsteller der LQFB Initiative nach entsprechender Anregung in der Diskussionsphase ein „im Jahr 2002“ ergänzten, konnte dies der Antragsteller auf dem Parteitag nicht mehr ändern, da Änderungen auf dem Parteitag laut Geschäftsordnung unzulässig sind, um einigermaßen schnell durch das Programm zu kommen.

Die hohe Zustimmung zum Positionspapier (sogar über der nötigen Zweidrittelhürde für das Grundsatzprogramm) legt nahe, dass die Piraten hinter dem Atomausstieg stehen, jedoch die zweideutigen Formulierungen des Antrages möglicherweise nicht für Jahre ins Parteiprogramm schreiben wollten. Diese Änderungen hätten – wie das Positionspapier für eine zukunftssichere Energiewirtschaft zeigt – in LQFB im Vorfeld problemlos verändert werden können.

Auch der Wahlprogrammantrag „Umgang mit Nuklearmüll“ erhielt auf dem Parteitag noch Verbesserungswünsche und Anregungen, die in LQFB eingearbeitet hätten werden können.

Inhaltlich hat sich die Piratenpartei mit dem deutlichen Beschluss zum „Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe“ für einen klaren linksliberalen Kurs entschieden. Der Beschluss zum Atomausstieg lässt zudem einen eher wirtschaftskritischen Kurs erwarten. Der langanhaltende Jubel nach den zwei Abstimmungen war höchstwahrscheinlich nicht nur inhaltlich begründet. Für viele war es sicher auch die Freude darüber, dass der programmatische Stillstand gebrochen war.

Den Anteil von LQFB an diesem Erfolg objektiv zu messen ist schwierig. Alle verbindlichen Entscheidungen werden weiterhin auf den Parteitagen getroffen und alle Beschlüsse wären auch ohne LQFB möglich gewesen. Der nicht in LQFB besprochene, aber dennoch auf dem Parteitag schnell beschlossene Antrag „Umgang mit Nuklear-Müll“ zeigt dies exemplarisch.

Dennoch ermöglichte LD einen großen Teil der Debatte bereits vor dem Parteitag abzuhandeln. Anträge wie „Atomausstieg“ (fehlender Jahreszahlbezug) oder „Mindestlohn und Grundeinkommen“ (Vermischung von Begriffen) hätten möglicherweise erfolgreicher sein können.

²⁶⁸ Vgl. ebd.

²⁶⁹ Vgl. Piratenwiki, Antragskommission - Umgang mit Nuklear-Müll Antrag zum Atomausstieg, <http://goo.gl/xgWel>.

In anderen Parteien erledigen solche Aufgaben parteiinterne Arbeitsgruppen natürlich auch. Der Unterschied ist hier, dass sich alle Parteimitglieder, zeitunabhängig daran beteiligen konnten. Die Vorgänge waren so transparent, nachvollzieh- und für jedes Parteimitglied im Vorfeld beeinflussbar.

Einschränkend muss gesagt werden, dass längst nicht alle Bereiche mit so viel Eifer diskutiert wurden, wie die zwei hier vorgestellten. Allerdings ist die Piratenpartei mit 12.000 Mitgliedern auch eine verhältnismäßig kleine Partei, die nicht alle Themenbereiche gleich stark behandeln kann. Letztlich besteht ja auch in der Auswahl der intensiv besprochenen Themen bereits eine demokratische Selektion.

6.2.) Der Einfluss von Liquid Feedback auf den Bundesparteitag in Chemnitz

Der programmatische Parteitag in Chemnitz ist für die Auswertung von LQFB sehr interessant. Zwar wurde LQFB nicht nur für diesen Parteitag eingerichtet,²⁷⁰ dennoch beschloss er in Bingen explizit, den nächsten programmatischen Parteitag mit LQFB vorzubereiten:

„Antrag 2:

*Beauftragung des Bundesvorstands mit der Durchführung eines Programmparteitags zeitnah, d.h. vor dem regulären nächsten Bundesparteitag aber unter gründlicher Vorbereitung der Anträge durch LiquidFeedback.*²⁷¹

Der Vergleich zwischen LQFB und dem Parteitag folgt in vier Dimensionen:

1. Der Einfluss der LQFB Ergebnisse
2. Abstimmungsvergleich: LQFB vs. Parteitag
3. Erfolgsquoten der Anträge im Vergleich
4. Beteiligung in LQFB im Vergleich mit Anwesenheit auf dem Parteitag

6.2.1.) Der Einfluss der Liquid Feedback Ergebnisse

Es war der erste Programmparteitag in der Geschichte der Piratenpartei. In der Vergangenheit gab es keine Unterscheidung. Inhalt und Personal wurden auf einem Parteitag beschlossen. Insbesondere das Wachstum von 1000 auf 12.000 Mitglieder und die basisdemokratische Debattenkultur hatten beim ersten Parteitag in Bingen inhaltliche Beschlüsse fast vollständig verhindert. Um bei diesem Parteitag tatsächlich inhaltlich voran zu kommen, hatte die Partei die Software LQFB ins Leben gerufen und binnen zwei Monaten viele Hundert Anträge vorabgestimmt. Wurden diese mühsam abgestimmten Ergebnisse nun einfach durchgewunken, also schnell bestätigt?

Zunächst flossen alle Anträge zur Antragskommission. Die Anträge mussten jedoch vorher nicht über LQFB gestellt werden, sondern konnten auch – satzungskonform – von einzelnen Piraten direkt gestellt werden. Einen Filter gab es nicht. Insgesamt wurden 320 Anträge eingereicht, 215 durch LQFB, 105 direkt. Ein Großteil der Anträge wurde von Jan Schejbal, Jan Behrens und Jens-Wolfhard Schicke eingereicht. Sie haben fast alle abgestimmten Initiativen aus LQFB halbautomatisch exportiert und offiziell bei der Antragskommission eingereicht. Das Antragsbuch ohne Begründungen²⁷² war 404, mit Begründungen²⁷³ 509 Seiten dick.

Die Antragskommission²⁷⁴ sortierte alle eingereichten Anträge in 24 thematische Gruppen. Innerhalb der Gruppen wurde die Reihenfolge der Anträge nach der Unterstützungsquorum in LQFB sortiert. Anträge, die nicht in LQFB abgestimmt wurden, kamen ans Ende der Gruppe. Die Gruppen untereinander wurden ebenfalls nach LQFB gewichtet.²⁷⁵ Die tatsächliche Reihenfolge der Gruppen wurde jedoch auf dem Parteitag per Alex-Müller-Verfahren²⁷⁶ entschieden. Der Parteitag entschloss²⁷⁷ sich außerdem dafür nur Grundsatzprogrammanträge zu behandeln.

²⁷⁰ Der Hauptbeschluss zur Einführung von Liquid Feedback steht für sich. Der zweite Programmparteitag wird nicht einmal erwähnt. Vgl. Antrag 2013 im Protokoll des Bundesparteitags in Bingen. Piratenwiki, *Antrag 2013*, <http://goo.gl/tlJY3>.

²⁷¹ Piratenwiki, *Wortprotokoll des Bundesparteitags 2010.1*, http://wiki.piratenpartei.de/Bundesparteitag_2010.1/Protokoll#P81.

²⁷² Vgl. Vorstandsportal der Piratenpartei Deutschland, *Antragsbuch ohne Begründungen*, <http://goo.gl/qdVPp>.

²⁷³ Vgl. Vorstandsportal der Piratenpartei Deutschland, *Antragsbuch mit Begründungen*, <http://goo.gl/DCbW2>.

²⁷⁴ Alle Informationen zur Antragskommission vgl. Piratenwiki, *Antragskommission BPT 2010.2*, http://wiki.piratenpartei.de/Bundesparteitag_2010.2/Antragskommission.

²⁷⁵ Die Sortierung und die Arbeit der Antragskommission stellte Alexandra Bernhardt ausführlich in Folge 9 des Podcast „Hauptstadtpiraten“ dar. Hauptstadtpiraten - Piratenpodcasts aus der Hauptstadt, *Folge 9 – Antragskommission*, 2010, <http://hauptstadtpiraten.net/9-antragskommission/>.

²⁷⁶ Einen ersten Überblick über das Verfahren bietet der Wikipedia-Eintrag: <http://goo.gl/AsG8z>.

²⁷⁷ Vgl. Protokoll dazu. Piratenwiki, *Wortprotokoll des BPT 2010.2 - GO-Antrag 01*, <http://goo.gl/9IDO7>.

In allen Präsentationen der Anträge – dem Antragsbuch, dem Wiki und der Antragsfabrik – waren die Links zu den Initiativen in LQFB angegeben. Die Antragsteller bezogen sich auf dem Parteitag kaum auf die Abstimmungsergebnisse in der LQFB. Auch in den Diskussionsbeiträgen spielten die Ergebnisse in LQFB nur sehr selten eine Rolle. Stattdessen wurden häufig die Debatten aus LQFB, ob bewusst oder unbewusst, wiederholt.

6.2.2.) Abstimmungsvergleich: Liquid Feedback vs. Parteitag

Hat der Parteitag die Ergebnisse aus LQFB bestätigt? Oder kam der Parteitag zu völlig anderen Ergebnissen? Um dies zu ermitteln, sollen im Folgenden die Ergebnisse in LQFB und auf dem BPT verglichen werden.

Der Vergleich in Tabelle 11 (Appendix) basiert auf den Arbeiten der Wiki-Nutzer „Cochi“²⁷⁸, „Yuuji“²⁷⁹ sowie „SD“.²⁸⁰ Für den Vergleich wurden einige Anträge aussortiert:

- Anträge, die entweder nicht auf dem Parteitag oder nicht in LQFB abgestimmt wurden.
- Anträge, die von den Antragstellern zurückgezogen wurden.
- Anträge, bei denen der Antragsteller nicht auf dem Parteitag war und seine Anträge entsprechend nicht verteidigen konnte.
- Anträge, die auf dem Parteitag in einem anderen Modus abgestimmt wurden als in LQFB. Betroffen davon war allerdings nur die „Präambel der AG Umwelt“, die auf dem Parteitag in einzelnen Modulen und in LQFB im Block abgestimmt wurde.

Nach diesem Vergleich (Tabelle 11) entschieden BPT und LQFB in 28 Fällen mit derselben Tendenz. In 11 Fällen wich der Parteitag von Entscheidungen in LQFB ab. Diese Zahl als hoch oder niedrig einzuschätzen fällt aber angesichts eines Vergleichsmaßstabs schwer.

Darüber hinaus ist der Vergleich mit Vorsicht zu genießen: Viele Initiativen, die hier unter LQFB als „abgelehnt“ markiert wurden, hatten in LQFB zwar eine einfache Mehrheit, möglicherweise jedoch nicht die hohe 2/3 Mehrheit für Programmanträge. Oder sie hatten die nötige Mehrheit, wurden jedoch noch von einem Alternativantrag überflügelt und galten nur wegen ihres zweiten Ranges in LQFB als „abgelehnt“.²⁸¹ Auch auf dem Parteitag scheiterten manche Programmanträge an der 2/3 Hürde, wurden dann jedoch mit einfacher Mehrheit als Positionspapier beschlossen (in der Tabelle oben dann jedoch ebenfalls als „angenommen“ markiert). Eine solche Möglichkeit gibt es in LQFB nicht. Was dort die nötige Mehrheit nicht erreicht, oder auf Rang 2 landet, ist abgelehnt und muss den gesamten zweimonatigen Prozess von vorne beginnen. Kurzum: Ein solcher Vergleich ist also mit einigen Unvollkommenheiten behaftet.

Darüber hinaus gilt: Wenn BPT und LQFB unterschiedlich über Initiativen entscheiden, könnte dies zahlreiche, gute Gründe haben:

Zum Zeitpunkt des BPTs war im Vergleich zur Abstimmung in LQFB etwas Zeit vergangen. Möglicherweise ist die Initiative, wenn sie auf dem Parteitag diskutiert wird, nicht mehr aktuell oder inzwischen durch eine Bessere ersetzt? Wenn man die Frage stellt, ob der Parteitag die Ergebnisse aus LQFB bestätigt hat, kann also auch die Ablehnung einer einst in LQFB erfolgreichen Initiative eine Bestätigung aktuellerer Ergebnisse in LQFB sein. Dies im Einzelfall festzustellen, ist sehr aufwendig und nicht zuletzt oft eine im hohen Maß der Interpretation unterworfenen Betrachtung.

²⁷⁸ „Cochi“ stellte eine Übersicht aller Abstimmungen her, vgl. Piratenwiki, *Beschlüsse BPT2010.2*, <http://goo.gl/Thj5r>. Diese Liste wurde durch den Autor nicht überprüft.

²⁷⁹ „Yuuji“ verglich die Beschlüsse erstmals mit Liquid Feedback, vgl. Piratenwiki, *BPT10 LQFB*, <http://goo.gl/pEOmF>. Hier wurden durch den Autor alle LQFB-Abstimmungen überprüft und auch Fehler verbessert.

²⁸⁰ Der Nutzer „SD“ hat die Beschlüsse ebenfalls verglichen, vgl. Piratenwiki, *Delegationen in LQFB/Ergebnis BPT2010.2*, <http://goo.gl/dxB1W>. SD's Überarbeitung basiert auf den Daten von Yuuji. Da diese Ausarbeitung direkt auf „Yuuji“ aufgebaut, blieben die Veränderungen durch „SD“ unberücksichtigt.

²⁸¹ In Liquid Feedback gilt immer nur die Initiative mit der höchsten Zustimmung als angenommen, alle anderen gelten als abgelehnt.

Abstimmungen können aus weiteren Gründen unterschiedlich sein: So hat LQFB einen andern Zeithorizont. Abstimmungen können hier jederzeit durch eine neue Initiative wiederholt werden, während Parteitage zurzeit nur einmal jährlich geplant sind. Zudem haben Beschlüsse in LQFB und beim BPT rein juristisch ein anderes Gewicht. Während Abstimmungen in LQFB bisher nur als unverbindliches Meinungsbild gelten, sind Beschlüsse beim BPT innerhalb und außerhalb der Partei, bis zu einer aktiven Veränderung, verbindliche Aussagen der Partei. Während ein Parteimitglied einem Meinungsbild in LQFB möglicherweise aus Sympathie zustimmt, lehnt dasselbe Mitglied den Antrag als langfristige, offizielle Position der Partei vielleicht ab, ohne damit inhaltlich dem Antrag zu widersprechen.

Auch lässt sich der Vergleich generell in Frage stellen. Der Standpunkt, dass der BPT möglichst genauso entscheiden solle wie LQFB, ist eine normative Aussage. Trifft die auf dem Parteitag versammelte Gruppe die „richtigeren“ oder gar „besseren“ Entscheidungen? Könnte im „Anderssein“ des LQFB Votums möglicherweise gar kein Problem, sondern eine gewollte Differenz liegen? Um „das Funktionieren“ oder „den Erfolg“ von LQFB zu bewerten, müsste möglicherweise die Differenz von LQFB und Parteitag möglichst groß, statt möglichst klein sein. Denn LQFB ist konzeptionell ja kein basisdemokratisches Tool und keine Urabstimmung, sondern eine Abstimmung unter „den Interessierten“, inklusive der auf sie vereinten Delegationen. Wo „die besseren“, bzw. „demokratischeren“ Entscheidungen getroffen werden, hängt folglich auch mit der Einstellung gegenüber LQFB ab und entzieht sich der „Messbarkeit“. Falls man die Auffassung vertritt, dass in LQFB die besseren Entscheidungen getroffen werden, bewertet man die oben gezählten Abweichungen möglicherweise als natürlich/positiv statt negativ.

Vorerst endet diese Überlegung mit der Feststellung, dass es in etwa einem Drittel der Fälle nach dem Regelwerk der zwei Systeme unterschiedliche Entscheidungen gibt und diese unter der jetzigen Konstruktion der zwei Systeme möglicherweise vollkommen normal sind.

6.2.3.) Erfolgsquoten der Anträge im Vergleich

Ein weiterer Vergleich soll im Folgenden die Anträge untersuchen, die vor ihrer Abstimmung auf dem BPT nicht in LQFB abgestimmt wurden. Dies waren im Folgenden:

Tabelle 1

Nr. BPT	Abstimmung	Name des Antrags
GP063	⊖ Abgelehnt	"Trennung des Programms in Kernprogramm und erweitertes Programm"
GP096	⊖ Abgelehnt	"Zweiteilung des Grundsatzprogramms"
GP035	⊕ Angenommen	"Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption"
WP083	⊕ Angenommen	"Transparenz und Korruptionsbekämpfung in der Politik"
WP094	⊖ Abgelehnt	"Transparenz und Korruptionsbekämpfung in den Kommunen"
GP085	⊖ Abgelehnt	"Mindestlohn und Grundeinkommen"
GP093	⊕ Angenommen	"Bildung 08" (Medienkompetenz)
GP092	⊕ Angenommen	"Bildung 07" (Frühkindliche Bildung)
GP094	⊕ Angenommen	"Bildung 09" (Lernziele statt Lehrpläne)
GP095	⊕ Angenommen	"Programmantrag Bildung"
GP066	⊖ Abgelehnt	"Direkte Demokratie"
GP065	⊕ Angenommen	"Änderungen im Programmpunkt 'Mehr Demokratie wagen'"
GP032	⊖ Abgelehnt	"Urheberrechtspersonlichkeitsrecht"
GP048	⊕ Angenommen	"Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte"
GP034	⊕ Angenommen	"Versammlungsfreiheit"
GP039	⊖ Abgelehnt	"Abbau von bürokratischen Hürden"

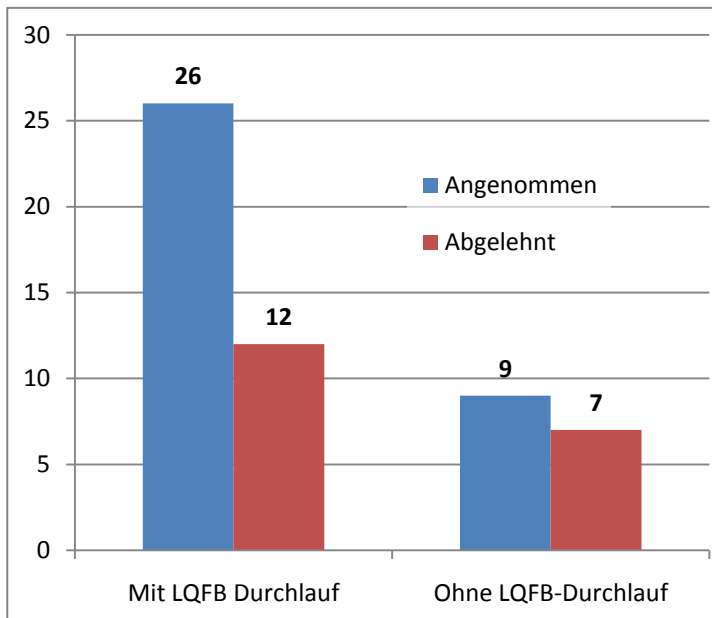


Abbildung 6.2.-1

Von diesen Anträgen wurden 7 Anträge abgelehnt und 9 Anträge angenommen. Von den Anträgen, die zuvor in LQFB abgestimmt wurden, wurden hingegen 26 Anträge angenommen und 12 abgelehnt (vgl. Abbildung 6.2-1). Anträge, die durch LQFB gelaufen sind, haben also eine etwa doppelt so hohe Wahrscheinlichkeit angenommen zu werden als die, die vorher nicht in LQFB abgestimmt wurden.

Der Erfolg könnte durch die Anregungen entstehen, die die Anträge bereits vor dem Parteitag von offensichtlichen Fehlern bereinigen. Ein anderer Grund für die deutliche Differenz könnte sein, dass erfolgreiche Initiativen in LQFB besser gefiltert werden und insgesamt weniger erfolglose Initiativen zum BPT eingereicht werden.

Gerade dieser Unterschied könnte für eine basisdemokratische Partei von hoher Bedeutung sein, um wertvolle Zeit auf den BPTen zu sparen. Bisher gibt es jedoch noch keine Pflicht einen Antrag in LQFB einzustellen.

6.2.4.) *Beteiligung in Liquid Feedback im Vergleich mit Anwesenheit auf dem Parteitag*

Im folgenden Abschnitt vergleicht, wo mehr Parteimitglieder abstimmten. Die Ermittlung der Zahlen in LQFB ist, da alle Abstimmungen in der Software automatisch auslesbar sind, erfreulich einfach. Schwieriger ist die Ermittlung der Zahlen auf dem Parteitag. Aus den Medienberichten²⁸² ist eine offizielle Teilnehmerzahl von 545 Piraten zu entnehmen. Jedoch nahmen nicht alle an beiden Tagen, bzw. an allen Abstimmungen teil.

Bei offenen Abstimmungen wurden keine Notizen über die Anzahl der Abstimmenden gemacht. Jedoch enthält das Protokoll an einigen Stellen konkrete Zahlen, nämlich an den (leider wenigen) Stellen, wo eine Auszählung gewünscht / nötig war oder geheim abgestimmt wurde. Daraus ergibt sich die Tabelle 2, die zum Vergleich entsprechende Teilnehmerzahlen aus LQFB ergänzt.

Tabelle 2

Abstimmung / Name des Antrags	BPT	In LQFB ohne Delegationen	In LQFB inkl. Delegationen
Wahl des Versammlungsleiters	454	-	-
Transparenz und Korruptionsbekämpfung in der Wirtschaft	400	-	-
Vielfältige Beteiligung der Gesellschaft am Bildungsprozess für Kinder und Erwachsene	338	169	420
Gewaltenteilung und demokratische Legitimation	359	240	443
Atomausstieg / Sicherheit kerntechnischer Anlagen	376	-	-
Freie Verwendung von urheberrechtlich geschützten Werken nach 10 Jahren	363	137	431

²⁸² Heckenberger, Fabian, *Soziale Freibeuter*, Süddeutsche Online., 2010, <http://goo.gl/7Ga5H>.

Es ist deutlich, dass, zumindest bei diesen Abstimmungen, sich im Schnitt in LQFB etwas mehr Piraten beteiligt haben, als auf dem Parteitag. Dies bestätigen die Zahlen aus dem Bereich Statistik, nach der sich bis zum Programmparteitag zwischen 500 bis 800 Piraten aktiv an der LQFB Plattform beteiligt haben.

Kontroverse:

Kritiker der Delegationen verweisen auf die niedrigen Zahlen der „selbstabstimmenden“ Parteimitglieder. Der Hinweis ist problematisch, da die Delegationen ja das Kernkonzept der flüssigen Demokratie sind. Es sollen ja eben gar nicht „alle“ abstimmen, sondern nur diejenigen, die Interesse am Thema haben. So wie es jedem Parteimitglied auf dem Parteitag freisteht, sich nicht an Abstimmungen zu beteiligen, so ist dies auch in LQFB möglich. Stattdessen auf Delegationen zurückzugreifen ist konzeptionell kein Fehler, sondern ein Kernelement der LD.

Kritiker von Parteitagen verweisen darauf, dass solchen Veranstaltungen ein Selektionsmechanismus vorausgeht. Die Anfahrt zum Parteitag ist teuer und vor allem zeitaufwendig. Zudem ist die Versammlung keine repräsentative Vertretung der gesamten Partei, da ein Delegationssystem fehlt. Der gastgebende und die benachbarten Landesverbände sind deutlich überrepräsentiert. Wie sehr dieser Effekt einschlägt hat der ehemalige Generalsekretär Christopher Lauer kürzlich ausgerechnet.²⁸³ Demnach war der Landesverband Sachsen beim Parteitag in Chemnitz zu 150 Prozent überrepräsentiert (Anwesende Parteimitglieder aus Sachsen im Verhältnis zur Mitgliederzahl des Landesverband Sachsen in der Piratenpartei Deutschland). Der angrenzende Landesverband Thüringen war sogar mit etwa 270 Prozent überrepräsentiert. In einer dezentral erreichbaren Software gibt es weder eine regionale, finanzielle noch zeitliche Diskriminierung.

Zwischenfazit

Die Abstimmungen in LQFB hatten einen erheblichen Einfluss auf den Parteitag in Chemnitz. Sie bestimmten die Reihenfolge der Anträge. Anträge, die durch LQFB liefen, waren im Durchschnitt deutlich erfolgreicher. Wenn auch nicht die Ergebnisse, so wurden doch zahlreiche Argumente aus den LQFB Debatten auf dem Parteitag reflektiert. In der Tendenz ähnelten sich die Abstimmungs-Ergebnisse zwischen LQFB und dem Parteitag. In LQFB beteiligten sich im Schnitt etwas mehr Piraten als auf dem Parteitag.

²⁸³ Lauer, Christopher, *Besucher des BPT 2011.1 nach LV*, 2011, <http://www.christopherlauer.de/?p=372>.

6.3.) Vergleich: BPT Bingen mit Antragsfabrik vs. BPT Chemnitz mit Liquid Feedback

Beim BPT in Bingen (15. / 16. Mai 2010) wurde fast ausschließlich ein neuer Vorstand gewählt, während in Chemnitz (im November 2010) ein reiner Parteitag stattfand. Aus diesem Grund lassen sich die zwei Parteitage nicht über die Menge der beschlossenen Anträge vergleichen.

Stattdessen vergleicht der Abschnitt kurz die Vorbereitung der Anträge für diese zwei Parteitage. LQFB ist bereits ausführlich vorgestellt, daher gilt der Fokus hier der Softwarelösung für Bingen.

Für den Parteitag in Bingen wurde die sogenannte „Antragsfabrik“ genutzt, deren Grundgerüst noch online ist.²⁸⁴ Mit Hilfe der Seite der Antragsfabrik konnten Nutzer halbautomatisch Wiki-Seiten erzeugen. Für jeden neu eingereichten Antrag erzeugte die Antragsfabrik eine neue Wiki-Seite und pflegte einen Link in die Übersichtsseite²⁸⁵ ein.

Unterhalb des so eingefügten Antragstexts gibt es eine Art „Voting-Bereich“ mit Ja, Nein und Enthaltung. Wenn ein Mitglied seine unverbindliche voraussichtliche Abstimmung zum Antrag bekannt geben wollte, konnte er den entsprechenden Ja, Nein oder Enthaltungs-Abschnitt editieren und seinen Wiki-Nutzernamen einfügen. Manche Nutzer gaben zudem oft noch eine kurze Begründung oder Feedback für Ihre Entscheidung an.

Ein Abschnitt weiter unten auf der Wikiseite folgt der Abschnitt „Diskussion“, in dem beliebig lange Texte eingestellt werden können. Diese Debatten liefen wie auf den Diskussionsseiten der Wikipedia ab.

Die Kritik an der Antragsfabrik bestand vor allem in folgenden Punkten:

- Durch die schnelle und unkomplizierte Registrierung neuer Nutzer im Wiki, die lediglich eine beliebige E-Mail Adresse erfordert, können die Ergebnisse der Abstimmung beliebig manipuliert werden. Auch konnten Nutzer beliebige andere Piraten als Unterstützer oder Gegner einfach in die Liste hineinschreiben.
- Da auf einer Wiki-Seite alles editiert werden kann, konnten auch die Anträge im Wiki noch verändert werden – möglicherweise ohne dass die Unterstützer dies bemerkten.²⁸⁶
- Die Antragsfabrik war insgesamt unübersichtlich. Wikis sind zudem wenig intuitiv und stellen eine hohe Einstiegshürde für nicht-netzaffine Nutzer dar.
- Die Identität im Antragswiki war stets mit der sonstigen Identität im Piraten-Wiki verknüpft. Eine gesondert pseudonyme Identität wie in LQFB war nur bedingt möglich.²⁸⁷
- Die Diskussionen auf den einzelnen Antragsseiten waren lang und wenig konstruktiv. Eine Weiterentwicklung der Anträge oder das „wegfiltern“ schlechter Anträge war nicht vorgesehen. Dies wirft die Frage auf, wozu eine Vorab-Abstimmung dann jedoch überhaupt dient.

Zum Parteitag in Bingen wurden insgesamt 148 programmatische oder sonstige Anträge über die Antragsfabrik eingereicht.²⁸⁸ Im Vergleich: Im Chemnitz waren es 215. Die Zahl aller für Chemnitz eingereichten

²⁸⁴ Vgl. dazu: Piratenwiki, *Antragsfabrik*, <http://wiki.piratenpartei.de/Antragsfabrik>.

²⁸⁵ Die ursprüngliche Übersichtsseite, die alle aktuellen Eintragungen von Nutzernamen dynamisch zusammenfasste, ist nicht mehr vorhanden. Allerdings findet sich eine Übersicht aller Anträge auf dieser Wiki-Seite: Piratenwiki, *Bundesparteitag 2010.1/OAM-Gruppierungen*, <http://goo.gl/OY9G1>. Alle Anträge sind verlinkt, müssen jedoch am Ende der URL manuell von Fehlern bereinigt werden, indem man Abschnitte wie „%26oldid%3D629649“ aus der URL löscht.

²⁸⁶ Im Antrag „Neuen Drogenpolitik“ wurde eine Änderung eingefügt und die Teilnehmer der Abstimmung wurden zumindest auf der Seite transparent darauf hingewiesen. Ob dies jedoch alle Teilnehmer, die bereits vorher abgestimmt hatten, noch lesen konnten, ist fraglich. Piratenwiki, *Antragsfabrik Neue Drogenpolitik*, <http://goo.gl/2NDU0>.

²⁸⁷ Natürlich kann man im Wiki beliebig viele weitere Nutzeraccounts anlegen. Da das jedoch schnell nach gefälschten Accounts aussieht, könnten völlig unbekannte Nutzeraccounts schnell verdächtig wirken.

²⁸⁸ Der Vollständigkeit halber: Da in Chemnitz aus Satzungsgründen keine Satzungsänderungsanträge beschlossen werden durften, gibt es für Chemnitz keine genaue Zahl der Satzungsänderungsanträge (in Bingen: 54). Satzungsänderungsanträge wurden daher aus

Initiativen in LQFB liegt jedoch noch einmal weit darüber, da zahlreiche Initiativen, die das erste Quorum in LQFB nicht erreichten, abgelehnt, abgebrochen oder durch Alternativen ersetzt wurden und deshalb oft gar nicht erst zum Parteitag in Chemnitz eingereicht wurden. Allein im August und September wurden 1033 Initiativen eingereicht. Auch wenn davon sich nicht alle an den Parteitag richteten, wird deutlich, dass LiquidFeedback hier seine Filter-Funktion ausspielte, die der Antragsfabrik fehlt.

Beteiligung in der Antragsfabrik

Leider ermöglicht die Antragsfabrik keine automatische Auswertung, weshalb der Autor nur eine Stichprobe von 62 zufällig gezogenen²⁸⁹ Anträgen gezogen hat. Die Tabelle 12 (Appendix) zeigt, wie viele Piraten sich jeweils an der Abstimmung (Ja / Nein / Enthaltung) in der Antragsfabrik beteiligt haben:

Auffällig ist, dass das Interesse an den Anträgen – ähnlich wie in LQFB – stark schwankt, insgesamt ist die Beteiligung an den Abstimmungen jedoch mit durchschnittlich etwa 60 Teilnehmern deutlich niedriger.

Zum Vergleich hier eine Übersicht über alle Abstimmungen (insgesamt 296) vom Start der Software am 14.8. bis zum Tag vor dem Parteitag in Chemnitz, dem 19.11.2010.

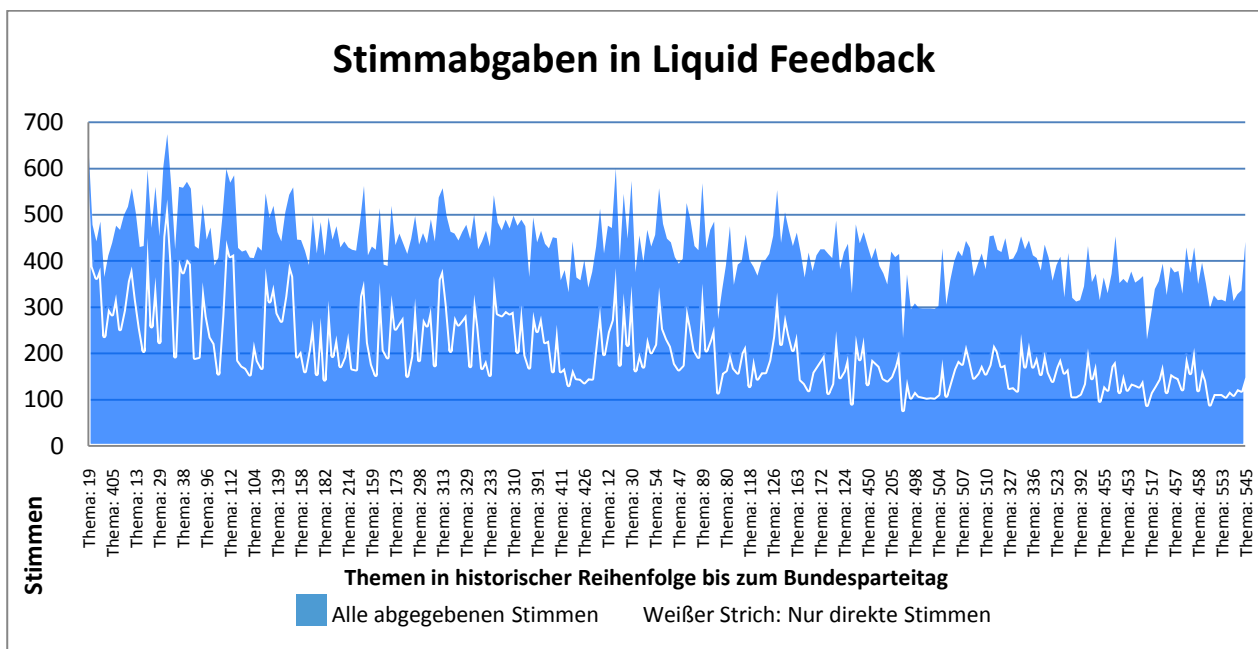


Abbildung 6.3-1

Die Abbildung 6.3.-1 zeigt, dass anfangs selten weniger als 400, später selten weniger als 300 Stimmen gezählt wurden (blau gefärbter Bereich). Im Durchschnitt waren es 427,9 Stimmen pro Thema. Dies ist eine Zunahme von über 700 Prozent zum Durchschnitt der Antragsfabrik.

Die schwarze Linie in der Grafik zeigt die direkt abgegebenen Stimmen ohne Delegationen. Sie schwanken anfangs zwischen 400 und 200, später zwischen 200 und 100 Stimmen. Im Durchschnitt haben 212,9 Piraten „direkt“ ihre Stimme abgegeben. Nähme man nur diese Zahl als Grundlage, wäre es ein Wachstum von über 350 Prozent gegenüber der Antragsfabrik.

dem Vergleich rausgenommen. Ebenfalls im Vergleich nicht berücksichtigt: 105 direkten Anträge in Chemnitz, die im Vorfeld nicht durch Liquid Feedback geflossen waren.

²⁸⁹ Der Autor hat für die Aufgabe ein Zeitlimit von zwei Stunden gesetzt, daher die krumme Zahl. Für die Zufallsauswahl wurde kein bestimmter Mechanismus gewählt. Allerdings sind Anträge aus allen Themenbereichen enthalten und aus allen Abschnitten der Antragspräsentation der Website (oben, mitte, unten).

Diese Zahlen sind insofern erstaunlich, als dass beim Parteitag in Bingen rund 1000, beim Parteitag in Chemnitz „nur“ 540 Piraten vor Ort waren. Trotz sinkender Teilnehmerzahl konnte LQFB mehr Piraten zur Teilnahme mobilisieren.

Die Zahlen bestätigt Simon Weiss, ein Pirat aus Berlin und Mitglied im LQFB Team im Interview mit der Parteizeitung „Flaschenpost“ zwei Wochen vor dem Parteitag in Chemnitz: „Tatsächlich ist die Beteiligung in LiquidFeedback bereits jetzt um ein Vielfaches größer, als sie es in der Antragsfabrik zur Vorbereitung des letzten Parteitags war“.²⁹⁰

²⁹⁰ Vgl. Flaschenpost – das Nachrichtenmagazin der Piratenpartei, *LQFB zum BPT: alles im Fluss*, 2010, <http://goo.gl/XFG2K>.

6.4.) Statistische Auswertung der Liquid Feedback Software

„Wie hoch ist die Beteiligung in LQFB?“ ist eine der häufigsten Fragen. Denn sollten sich nur wenige Parteimitglieder beteiligen, so die Argumentation, fehle dem System die demokratische Legitimation.

Ein zentraler Vorteil der LQFB Software ist, dass sie sich sehr präzise mathematisch auswerten lässt. Als Grundlage dient dafür die für alle Parteimitglieder downloadbare Datenbank. Da der Download nur ein Abbild ist, bezeichnet man ihn auch als „Auszug“ oder engl. „Dump“. Aus Sicherheits- und Datenschutzgründen sind Passwörter und E-Mail Adressen der Nutzer vom Dump ausgeschlossen. Als Dateiformat dient ein gzip-komprimiertes SQL für die Datenbank PostgreSQL.

Für die Auswertung der umfangreichen Datenbank von LQFB ist etwas Verständnis von relationalen Datenbanken sowie einfache Programmierkenntnisse nötig. Der Autor hat für die Auswertung mit Stefan Klausmann zusammengearbeitet, der bereits zahlreiche statistische Auswertungen vorgenommen hat.²⁹¹ Alle folgenden Angaben wurden entweder unmittelbar aus seinen Analysen entnommen oder auf Wunsch des Autors ermittelt.²⁹² Einige Analysen wiederum hat der Autor selbst vorgenommen, basierend auf bereits von Stefan Klausmann aufbereiteten Excel-Tabellen.

Da zu unterschiedlichen Zeiten an den Zahlen und auch an diesem Kapitel gearbeitet wurde, wurden unterschiedliche Dumps als Grundlage genutzt. Auf die unterschiedlichen Daten wird in den Fußnoten hingewiesen. Grundsätzlich ergibt sich daraus jedoch keine relevante unterschiedliche Interpretation, da die Trends sehr stabil sind.

6.4.1.) Aktivität ²⁹³

Mitglieder:

- Registrierte Mitglieder: 3644 (+ gesperrte 57)
- Bei einer Gesamtmitgliedertzahl von 11.930²⁹⁴ sind dies etwa 30,54 Prozent.

Inhalte:²⁹⁵

- Initiativen: 1565
- Versionen: 4378 (Alle Initiativen erhielten zusammen also etwa 2800 Überarbeitungen)²⁹⁶
- Themen: 757
- Anregungen: 2846

Ein groben Eindruck über die Aktivität der Parteimitglieder in LQFB verschaffen die Gesamtnutzungszahlen.

- Mitglieder, die mindestens einmal **abgestimmt** haben: 1636
- Mitglieder, die mehr als 10 Themen abgestimmt haben: 815

- Mitglieder, die mindestens eine **Initiative geschrieben** haben: 426
- Mitglieder, die mehr als 10 Initiativen geschrieben haben: 48

- Mitglieder, die mindestens **Interesse** an einem bestimmten Thema **angemeldet** haben: 2070

²⁹¹ Piratenwiki, Delegatinoen in LQFB – ein wenig Statistik, <http://goo.gl/mmK7f>.

²⁹² Die Kooperation zwischen Stefan Klausmann und dem Autor ist hier transparent dokumentiert, <http://piratenpad.de/yh0rfVvbql>.

²⁹³ Datengrundlage ist der Dump vom 15.06.2011.

²⁹⁴ Alle folgenden Daten entstammen dem Dump vom 15.06.2011. Abweichungen werden durch einzelne Fußnoten gekennzeichnet.

²⁹⁵ So die Angabe aus dem Wiki der Piratenpartei als Summe aller Landesverbände vom 24. Juni 2011, <http://goo.gl/iTgOX>.

²⁹⁶ Die Daten dieses Unterpunkts stammen aus dem Dump vom 25. Juni 2011.

²⁹⁷ Dieser Zahl stammt vom 9. April 2011.

- Mitglieder, die an mehr als 10 bestimmten Themen Interesse angemeldet haben: 818
- Mitglieder, die sich für einen oder mehrere Themenbereiche angemeldet haben: 785
- Mitglieder, die mindestens eine Anregung geschrieben haben: 524
- Mitglieder, die mehr als 10 Anregungen geschrieben haben: 64
- Mitglieder, die mindestens einmal über eine Anregung abstimmten: 1203
- Mitglieder, die über mehr als 10 Anregungen abstimmten: 361
- Mitglieder, die eine Initiative unterstützen: 2017
- Mitglieder, die mehr als 10 Initiativen unterstützen: 808
- Mitglieder, die mindestens eine Aktivität gezeigt haben: 2393
- Mitglieder, die noch nichts gemacht haben: 1308
- Mitglieder, die mehr als 10 beliebige Dinge gemacht haben: 1461

Diese Aktivität verteilt sich jedoch nicht gleichmäßig über die gesamte Laufzeit von LQFB, wie ein Blick auf Abstimmungen in LQFB zeigt.

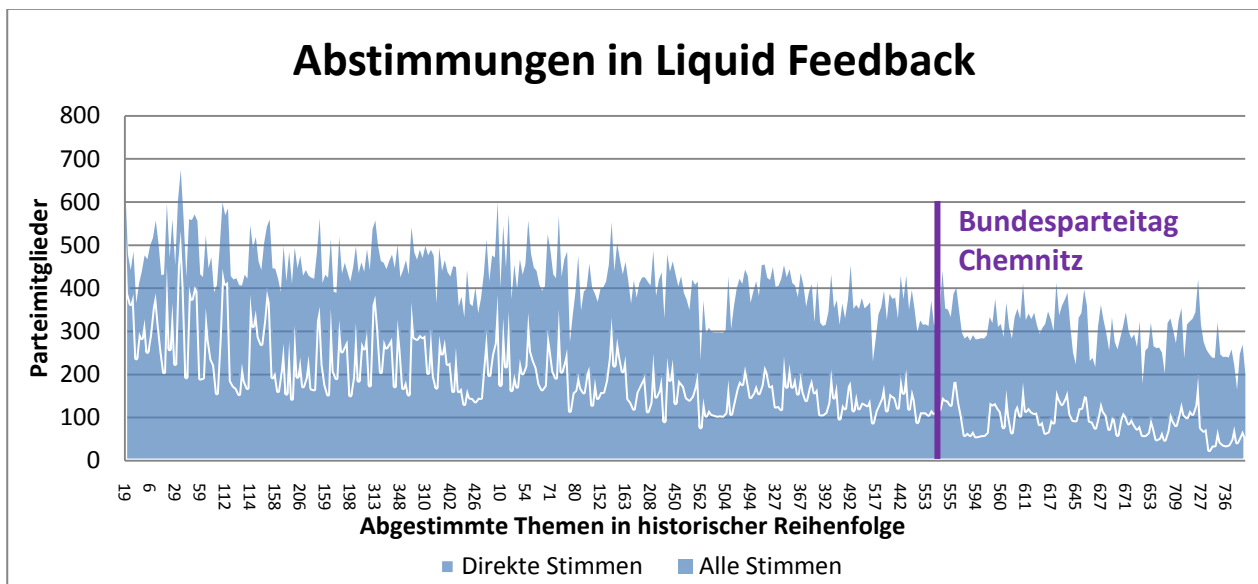


Abbildung 6.4-1 – Weiße Linie = Trennung zwischen direkten und „allen“ Stimmen.

In Abbildung 6.4-1 (umfasst die Themen 19 bis 759²⁹⁷) ist erkennbar, dass die Anzahl der abgegebenen Stimmen, vor allem jedoch die Anzahl der direkt abgegebenen Stimmen spätestens seit dem BPT stark abnimmt. Zuletzt fiel sie auf unter 100 Stimmen je Thema. Auffällig ist jedoch auch, dass nach dem Parteitag in Chemnitz deutlich weniger neue Themen eingestellt wurden. In den vier Monaten vor dem Parteitag (August 2010 bis November 2010) wurden 284 Themen abgestimmt. In den acht Monaten danach (November 2010 bis Juni 2011) stimmte die Partei nur über 109 Themen ab.

Andreas Zottmann hat die Themen sogar auf den Tag genau errechnet. Das ermöglichte diese Darstellung in Anträge / pro Monat (Abbildung 6.4-2).

²⁹⁷ Die Reihenfolge der Themen-Nummern scheinen auf den ersten Blick chaotisch. Ursache dafür sind die unterschiedlichen Regelwerke. Dadurch laufen manche Themen im Schnellverfahren nur mehrere Tage, während Programmanträge mehrere Monate laufen. Basis ist der Dump vom 15.6.2011.

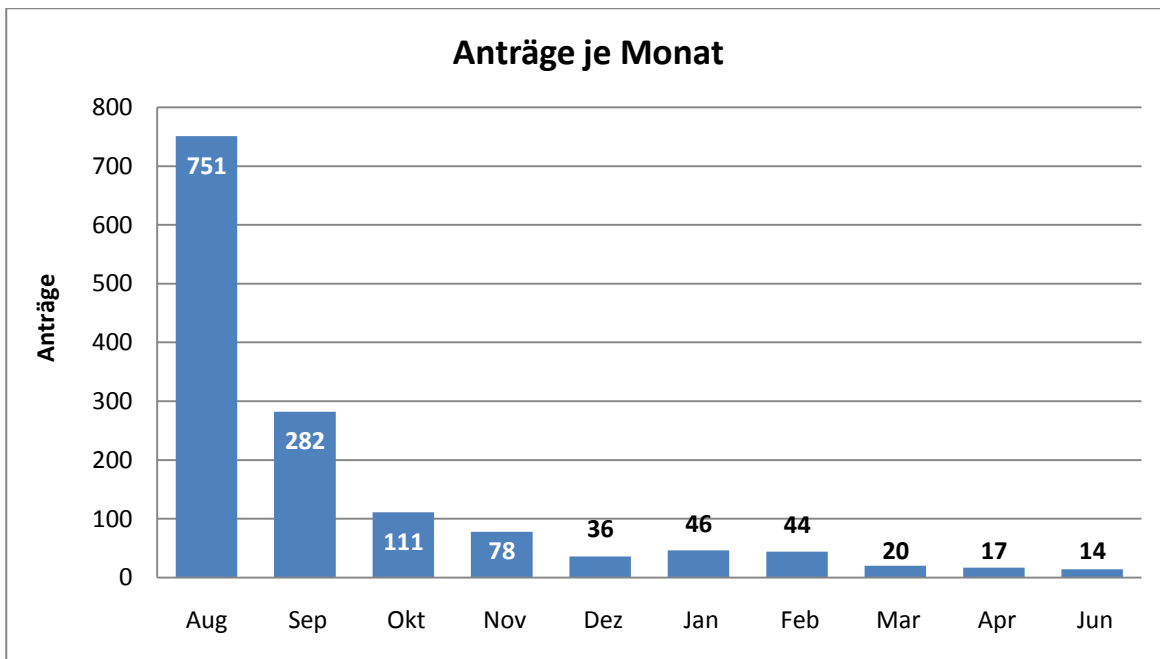


Abbildung 6.4-2

Stefan Klausmann interessierte sich jedoch mehr für die Nutzer und hat basierend auf den messbaren Abstimmungen drei Modelle von Aktivität²⁹⁸ entwickelt, mit denen er messen möchte, wie viel Nutzer in LQFB über einen gewissen Zeitverlauf aktiv waren.

Modell 1

Nutzer galten für Klausmann in ersten Model als „aktiv“ sobald sie das erste Mal abgestimmt haben. Sie fielen aus dem Model heraus, sobald sie das letzte Mal abstimmten. Die Zwischenzeit – auch lange Pausen – wird nicht berücksichtigt.

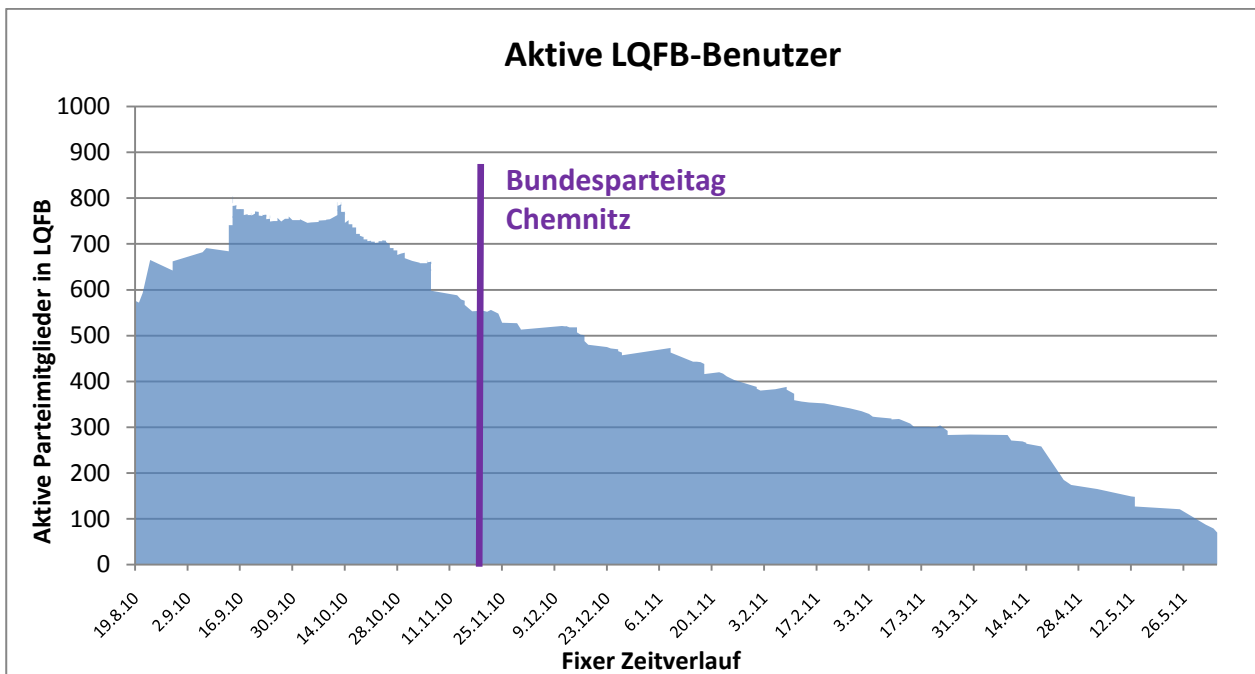


Abbildung 6.4-3

²⁹⁸ Vgl. zur generellen Aktivität: Piratenwiki, *Delegationen in LQFB – Generelle Aktivität*, <http://goo.gl/69HSn>.

Ergebnis dieser Bemühung war Abbildung 6.4.3. Als aktiv zählt diese Grafik jedoch nur diejenigen Parteimitglieder, die ihre Stimme selbst abgaben. Dieses Diagramm lässt Delegationen vorerst vollkommen außen vor. Anders die Abbildung 6.4.4.

Hier versucht Klausmann auch die „inaktiven“ Nutzer darzustellen. Als inaktiv gelten die Nutzer für Klausmann ab ihrer ersten indirekten Abstimmung, also etwa per Delegation oder durch „Autoablehnen“. Nach ihrer letzten indirekten Abstimmung fallen sie ganz raus. Wer regelmäßig zwischen Selbst-Abstimmen und delegiertem Abstimmen wechselt, zählt weiter als aktiv.

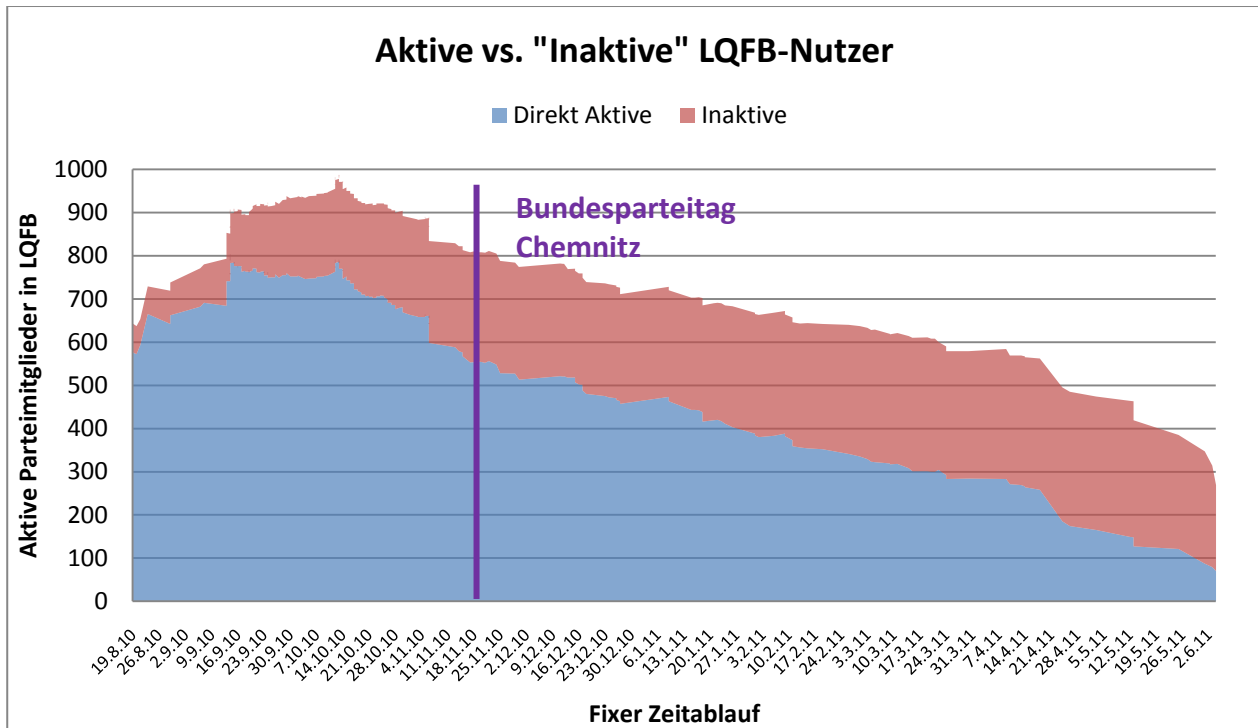


Abbildung 6.4-4

Die Kategorisierung als „Inaktiv“ ist problematisch. Denn eine Delegation z. B. auf einen Parteifreund kann auch über einen sehr langen Zeitraum eine aktive Entscheidung sein. LQFB fordert ja auf, Delegationen zu setzen. Das Argument, dass aktiv Mitglied nur sei, wer von Zeit zu Zeit auch selbst abstimmt, hält der Autor für wenig überzeugend. Letztlich steht hinter diesem Modell vor allem eine grundlegende Ablehnung des Prinzips der Delegation als Meinungsäußerung.

Jenseits dieses Streits zeigen beide Abbildungen, dass die Beteiligung an den Abstimmungen seit dem BPT in Chemnitz stark zurückgegangen ist. Im Verhältnis haben dadurch auch die Delegationen an Bedeutung in den Abstimmungsergebnissen in LQFB zugenommen.

Die Methode der zwei Grafiken lässt sich jedoch hinterfragen, da sie zwangsläufig immer einen Trend aus der jeweils letzten betrachteten Abstimmung formuliert. Fällt die letzte Abstimmung niedrig aus, zeigt die Grafik nach unten. Nahmen an der letzten Abstimmung viele Mitglieder teil, bildet die Grafik einen massiven Block ohne Auf- und Ab's.

Modell 2 und 3

Klausmann entwarf daher zwei weitere Modelle. Im ersten Modell verfiel der Status „aktiv“ nach fünf Abstimmungen, an denen sich ein Mitglied nicht beteiligte. Das Ergebnis ist Abbildung 6.4-5.

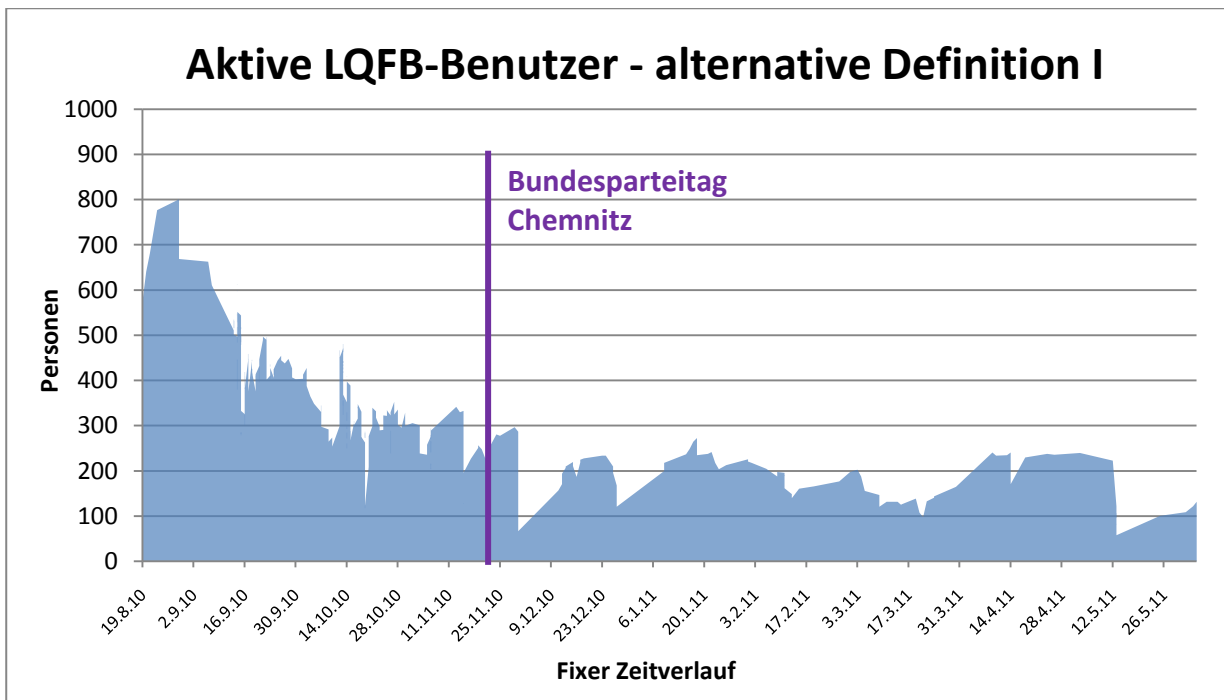


Abbildung 6.4-5

Fünf Abstimmungen konnten jedoch auch binnen weniger Tagen verlaufen. Ist ein Nutzer deshalb bereits inaktiv? In dem zweiten Modell verlängerte Klausmann die Frist, nach der ein Mitglied als „inaktiv“ gilt, auf zehn Abstimmungen. Das Ergebnis ist Abbildung 6.4-6.

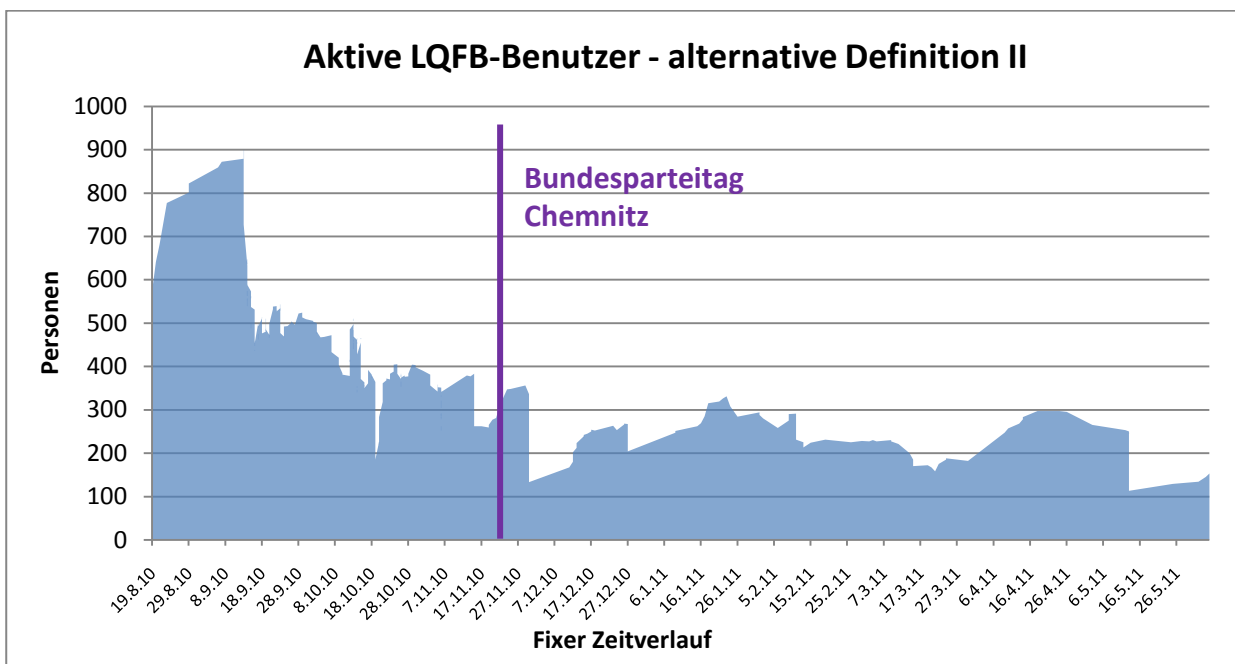


Abbildung 6.4-6

Beide Grafiken enthalten jedoch keine Delegationen. Stefan Klausmanns Kernannahme ist stets, dass Aktivität nur an Abstimmungen gebunden sei. In der Folge argumentiert er, dass die LQFB Plattform nach dem Parteitag eingeschlafen sei. Das stimmt, zumindest wenn man das Aktivitätsniveau des ersten Monats zu Grunde legt.

6.4.2.) Themen und Initiativen ²⁹⁹

Von den insgesamt 715 Themen wurden jedoch nicht alle abgestimmt. Das erste Quorum von 10 Prozent übersprangen 422 (59 %) Themen. 293 Themen (41 %) erreichten es nicht oder wurden von den Initiatoren vor der Abstimmung abgebrochen.

Innerhalb der abgestimmten Themen, erhielten 393 (68 %) Initiativen die Zustimmung der Piraten, 181 (32 %) wurde abgelehnt. Weitere 152 Initiativen wurden zurückgezogen oder erreichten (z. B. als Alternativinitiative) nicht das nötige 10 Prozent Quorum.

Ergebnis: Ein erheblicher Teil der Initiativen erreicht nicht die Abstimmungen. Dies deutet darauf hin, dass die zwei 10 Prozent-Quoren – vor und nach der Diskussionsphase – zahlreiche Anträge erfolgreich herausfiltern. Kritisiert wurde in jüngster Zeit jedoch, dass zu viele Initiativen zur Abstimmung kommen, da einzelne Nutzer so viele Stimmen auf sich vereinen, dass sie Initiativen alleine über die 10 Prozent Marke helfen können. Andererseits könnte man jedoch sagen, dass auch dies ein gewünschter Effekt in LQFB ist. Nutzer, die das Vertrauen vieler Parteimitglieder haben, sollen eben auch Themen effektiv unterstützen können.

Die erfolgreichsten Initiativen

Das Parteimitglied Andreas Zottmann hat eine Software erstellt, die die Ergebnisse aus LQFB automatisch auswerten und das Ergebnis in eine Wikiseite einstellen kann. Zuletzt hat er diese Software kurz vor dem BPT in Chemnitz am 19.11.2010 durch LQFB laufen lassen. Das Ergebnis ist im Piraten-Wiki abrufbar³⁰⁰. Die erfolgreichsten Initiativen zeigt folgende Tabelle:

Tabelle 3

Pro im Verhältnis zur Basis	Pro im Verhältnis zu Kontra	Name der Initiative
92,28	95,98	Offizielle Unterstützung der Kampagne von Amnesty International: 1. Individuelle Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte
89,28	93,61	Piratenpartei nicht umbenennen
88,71	94,19	Ächtung von Uran Munition in "Friedenseinsätzen"
87,95	90,64	Grundrecht auf Internet
87,52	89,46	Reform der Regelungen der Abgeordnetenbestechung (§108 e Strafgesetzbuch)
87,18	91,47	Klarstellung SGO: Erforderliche Betroffenheit
86,7	92,58	Keine Begrenzung des Stimmgewichts, Gleichbehandlung aller Teilnehmer
86,66	89,5	Vorschlag von Mehr Demokratie e. V.
86,64	92,18	Whistleblowerschutz
86,61	92,95	Pressekonferenz zur Freiheit statt Angst Demo

Die Tabelle kann nur ganz exemplarisch die Auswertungsmöglichkeiten von der Software zeigen. LQFB erfüllt somit die hohen Anforderungen an Transparent und Nachvollziehbarkeit. Eine exemplarische Anwendung, wie die Tabelle im Piratenwiki zeigt, dass diese Transparenz problemlos auch ohne Datenbank-Kenntnisse möglich ist.

Alternativ-Initiativen ³⁰¹

Die Funktion „Alternativ-Initiative“ wird erfolgreich angenommen, wie die Tabelle 4 zeigt. Sie zeigt 10 Themen mit der größten Anzahl an Alternativanträgen.

²⁹⁹ Datengrundlage für die hier aufgeführten Zahlen ist der Dump vom 21.03.2011.

³⁰⁰ Vgl. dazu Piratenwiki, *Ewige Hitparade im Bundes-LQFB der Piratenpartei*, http://wiki.piratenpartei.de/LQFBNews/Ewige_Hitparade.

³⁰¹ Datengrundlage für die hier aufgeführten Zahlen ist der Dump vom 21.03.2011.

6.4.3.) Anregungen³⁰²

Anregungen werden in LQFB intensiv genutzt. Bis zum März 2011 wurden 2775 Anregungen formuliert. Wie auch Alternativanträge, werden Anregungen vereinzelt auch genutzt, um destruktive Kritik zu äußern. Dies passiert jedoch selten, da sich die Nutzer, um eine Anregung zu schreiben, als Unterstützer in einer Initiative einschreiben müssen.

Viele Anregungen führen jedoch nicht automatisch zur Verbesserung und damit Annahme einer Initiative. Oft gehen Antragsteller nicht, nicht schnell genug oder nicht weit genug auf die Antragsteller ein und provozieren so, Alternativanträge. Tabelle 5 listet die zehn Initiativen mit den meisten Anregungen auf.³⁰³ Drei der vier Initiativen verloren die Abstimmung gegen eine Alternativinitiative, da die Antragsteller nicht auf Anregungen eingingen. Und der Antrag auf Netzneutralität wurde vom Antragsteller freiwillig zugunsten eines Alternativantrags zurückgezogen.

Tabelle 5

Name der Initiative	Ergebnis	Anzahl der Anregungen	Initiative-Nummer
Grundrecht auf Internet	(+)	26	64
Laizismus - Trennung von Kirche und Staat	(-)	26	181
Stuttgart 21	(-)	25	1122
Meinungsbild zu - Liebe Piratenpartei – wir müssen reden...	(+)	23	1447
Atomausstieg	(+)	21	100
Grundsätzliches Bekenntnis zum BGE	(+)	20	94
Netzneutralität festschreiben	(zurückgezogen)	19	131
Piraten pro Streetview (konkrete Ausarbeitung aus NRW-LF)	(+)	19	352
Open Access	(+)	16	5
Abschaffung der (Drogen) Prohibition (ab 14 Jahren)	(-)	16	42
Präambel Außenpolitik	(-)	16	122

Doch nicht jede Anregung ist wertvoll und „viele Anregungen“ können auch ein Indikator für einen (mindestens vorher) schlecht ausgearbeiteten Antrag sein.

Nicht alle Initiativen ziehen viele Anregungen nach sich, wie Abbildung 6.4-8 zeigt. 40 Initiativen erhielten 10 oder mehr und 169 Initiativen erhielten 5 oder mehr Anregungen. Wenigstens eine Anregung erhielten 858 Initiativen.

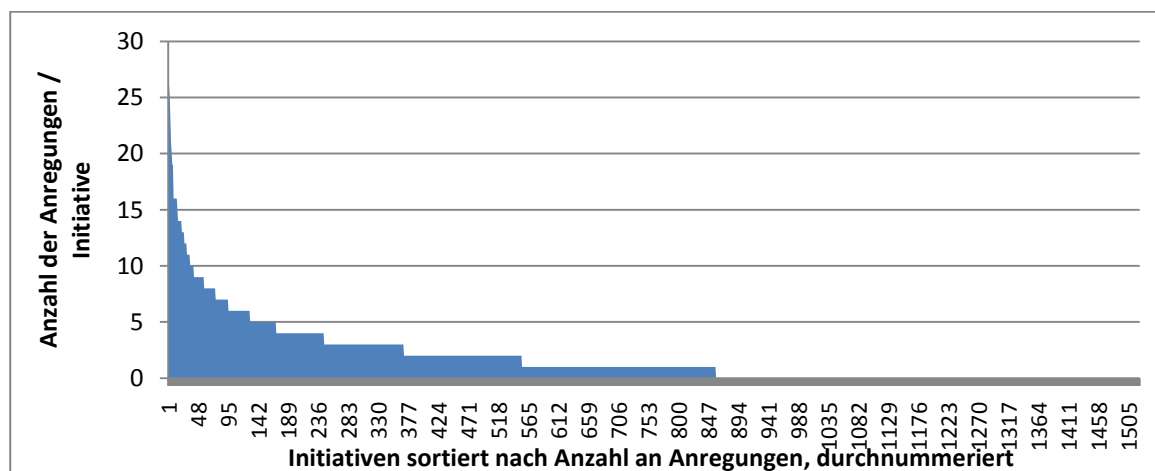


Abbildung 6.4-8

³⁰² Datengrundlage für die hier aufgeführten Zahlen ist der Dump vom 21.03.2011.

³⁰³ ebd.

Auch hier gilt jedoch zu beachten, dass nur über etwas mehr als 700 Initiativen abgestimmt wurde. Wie bei den Alternativanträgen, beginnt die inhaltliche Debatte erst mit Anregungen, wenn klar wird, dass es überhaupt zu einer Abstimmung kommen wird.

6.4.4.) Überarbeitungen / Versionen / Entwürfe³⁰⁴

Insgesamt liegen die 1523 Initiativen in 4378 Versionen vor. Jede Überarbeitung einer Initiative – zum Beispiel nach einer Anregung – führt zu einer neuen Version, einem neuen Entwurf. Die meisten Überarbeitungen formulierten die Antragsteller der Initiativen zur Themenabgrenzung in LQFB. Und eine Initiative gegen pauschale Waffenverbote (vergleiche Tabelle 6 mit den zehn Initiativen, die am häufigsten überarbeitet wurden).

Tabelle 6

Name der Initiative	Ange- nommen? (zurück ge- zogen)	Versio- nen	Initiativ- Nummer
Abgrenzung von Wirtschaft-, Finanz-, Sozialpolitik, etc.	(zurück ge- zogen)	34	75
Kein generelles Waffenverbot für Sportschützen	(+)	34	1141
Grundrecht auf Internet	(+)	31	64
Präambel Außenpolitik	(-)	31	122
Freie Verwendung von urheberrechtlich geschützten Werken nach 10 Jahren	(-)	30	426
Nichtkommerzielle Werke ermöglichen	(+)	28	51
Ordnungsgemäßen Systembetrieb sicherstellen und Entscheidung zu verifizierten Benutzeraccounts später treffen	(+)	28	810
Grundsätze piratiger Wirtschaftspolitik	(Quorum -)	27	165
Whistleblowerschutz	(+)	27	184
Einleitung (Queer- und Familienpolitik, Modul 1)	(+)	26	316

Wie schon bei den Anregungen zeigt sich, dass es keinen Automatismus zwischen einer hohen Anzahl an Überarbeitungen und einer positiven Annahme der Initiative gibt.

Überarbeitungen werden bei den meisten Initiativen nur vorsichtig eingesetzt, wie Abbildung 6.4-9 zeigt. Auf über 20 Überarbeitungen kommen nur 14 Initiativen, 10 oder mehr Versionen haben 67 Initiativen, 5 oder mehr Entwürfe entstanden bei 244 Initiativen. Mindestens eine Überarbeitung erfuhren 802 Initiativen. Allerdings ist nicht jede Überarbeitung eine Reaktion auf die Nutzer. Tatsächlich finden die meisten Überarbeitungen zu Beginn einer Initiative statt und enthalten lediglich Layout-Änderungen. Die Hürde, eine Initiative zu verändern ist hoch, da nach jeder Veränderung alle Unterstützerstimmen auf null zurückfallen. Erst nach Bestätigung der Überarbeitung zählt die Unterstützerstimme wieder.

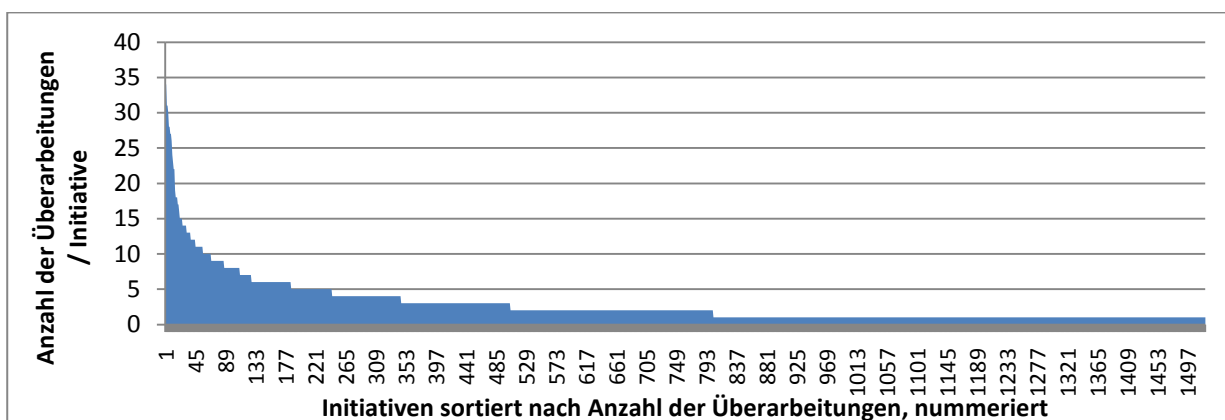


Abbildung 6.4-9

³⁰⁴ Datengrundlage für die hier aufgeführten Zahlen ist der Dump vom 21.03.2011.

Auch hier gilt jedoch zu beachten, dass nur über etwas mehr als 700 Initiativen abgestimmt wurde.

6.4.5.) *Unterstützer*³⁰⁵

Unterstützer haben in LQFB eine wichtige Gatekeeper Funktion. Sie entscheiden welche Initiativen das 10 Prozent Quorum überspringen. Jede einzelne Initiative muss ebenfalls 10 Prozent der im Themenbereich angemeldeten Nutzer überzeugen, um zur Abstimmung gestellt zu werden.

Im Gegensatz zu Anregungen und Überarbeitungen, steigt mit der Zahl der Unterstützer tatsächlich die Erfolgswahrscheinlichkeit einer Initiative. Die Tabelle 7 zeigt die zehn Initiativen mit den meisten direkten Unterstützern.³⁰⁶

Tabelle 8 zeigt die zehn Entscheidungen mit den wenigsten direkten Unterstützern.

Tabelle 7

Name der Initiative	Unterstützer	Angenommen?	Nummer
Grundrecht auf Internet	566	(+)	64
Offizielle Unterstützung der Kampagne von Amnesty International [...]	541	(+)	103
Bundesweiten Volksentscheid	513	(+)	29
Open Access	451	(+)	5
Laizismus - Trennung von Kirche und Staat	375	(-)	181
Reform der Regelungen der Abgeordnetenbestechung (§108 e Strafgesetzbuch)	363	(+)	335
Keine Begrenzung des Stimmgewichts, Gleichbehandlung aller Teilnehmer	306	(+)	38
Grundsätzliches Bekenntnis zum BGE	273	(+)	94
Atomausstieg	273	(+)	100
Absenkung des Wahlalters auf Bundesebene auf 16 Jahre	261	(+)	130

Tabelle 8

Name der Initiative	Unterstützer	Angenommen?	Nummer
Schöpferische Kraft, Eigentum, Gesellschaft, Gemeingut [GpW-3]	3	(-)	1096
Monopole, Kartelle, Patente [GpW-5]	3	(+)	1098
Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsordnung, Wirtschaftssystem [GpW-1]	4	(-)	1094
Infrastruktur, öffentliche Einrichtungen [GpW-4]	4	(-)	1097
Abgrenzung zu anderen Politiken: Finanzpolitik, Sozialpolitik, etc. [GpW-7]	4	(-)	1100
BugTracker nutzen	5	(-)	173
Geldpolitik [GpW-6]	5	(-)	1099
Amtszeiten nicht begrenzen	5	(+)	1108
Wettbewerb-Piratenwebsite - Vorschlag 8	5	(-)	1431
Technische Probleme an die passenden Stellen melden	6	(-)	253

Auf den ersten Blick wird deutlich, dass viele direkte Unterstützer die Erfolgsaussichten unmittelbar erhöhen.

Darüber hinaus zeigt Tabelle 8, dass niedrige Unterstützerzahlen vor allem ein Phänomen der späteren Initiativen sind (erkennbar an der hohen Nummer der Initiativen). Die Beteiligung an LQFB hat nach dem Programmparteitag deutlich abgenommen. Dies gilt entsprechend auch für die Unterstützer pro Initiative. Entsprechend zugenommen hat die Bedeutung der Delegationen beim Überspringen der Quoren. Hier gelten alle Delegationen unmittelbar und in vollem Umfang.

³⁰⁵ Grundlage ist der Datenbankdump vom 21.3.2011

³⁰⁶ Die Top 10 Tabelle, die direkte und delegierte Stimmen gemeinsam berücksichtigt, fällt sehr ähnlich aus.

Die hohe Bedeutung von Delegationen kann dabei als problematisch empfunden werden. Wenige Mitglieder, teils sogar einzelne, können Themen ganz alleine über das erste Quorum heben und somit in die Diskussionsphase bringen.

Andererseits kann argumentiert werden, dass ohne diese Funktion zahlreiche Experten-Themen nicht mehr behandelt werden könnten, wenn sich nicht gerade eine große Masse dafür interessiert. Es ist ja das Konzept von LD, dass primär mit Delegationen ausgerüstete Interessierte/Experten Themen behandeln. Diesen Spezialisten muss dann jedoch auch die Möglichkeit gegeben werden, ihre Themen über das Quorum zu heben. Sollte das Vertrauen durch die Experten missbraucht werden, kann Ihnen die Delegation jederzeit entzogen werden.

Wenn sich die Macht auf wenige einflussreiche Delegationsempfänger verdichtet, kann dies auch für Initiatoren Folgen haben. Mit einem größeren Anteil an passiven Nutzern sind die Initiatoren stärker von der Unterstützung der Mitglieder mit vielen Delegationen abhängig. LQFB prüft bisher nicht die „Aktivität“ der Nutzer in einem Themenbereich ab. Wird ein Nutzer Mitglied in einem Themenbereich und bleibt danach aber passiv, so erhöht er weiterhin das 10 Prozent Quorum ohne sich an der Selektion der Initiativen zu beteiligen. Dies stellt das gemeinsame Selektieren der wichtigen Themen durch die Masse der Nutzer in Frage.

Andererseits könnte man hier argumentieren, dass die Delegation auch eine Form der Selektion ist. In diesem Fall werden die Delegationsempfänger quasi zu „mächtigen“ Moderatoren und können entscheiden, über welche Themen diskutiert und abgestimmt wird. Dauerhaft alle Parteimitglieder mit der mühsamen Selektion von abstimmungswürdigen und überflüssigen Initiativen zu beschäftigen könnte man auch als sehr ineffizienten Vorgang betrachten. Die Auswahl des Delegationsempfängers ist also auch eine Auswahl von Vormoderatoren.

Problematisch könnte sein, dass zukünftig Delegationen, z. B. nach 6 Monaten ohne Login der passiven Nutzer, verfallen sollen. Die Piratenpartei sollte daran denken, dass gleichzeitig auch die Mitgliedschaften der Inaktiven in den Themenbereichen verfallen sollten. Andernfalls wären in einigen Themenbereichen auch Mitglieder mit vielen Delegationen nicht mehr in der Lage die 10 Prozent Quorren zu überwinden.

Zur Verteilung der Unterstützungen sei hier noch auf die Abbildung 6.4-10 verwiesen. Wie bereits bei anderen Elementen sind es hier wenige, die die höchste Aktivität vorweisen. So haben 1684 Mitglieder gar keine Initiative unterstützt, 397 nur eine, 808 zehn oder mehr und 283 Mitglieder haben 40 Initiativen oder mehr unterstützt.

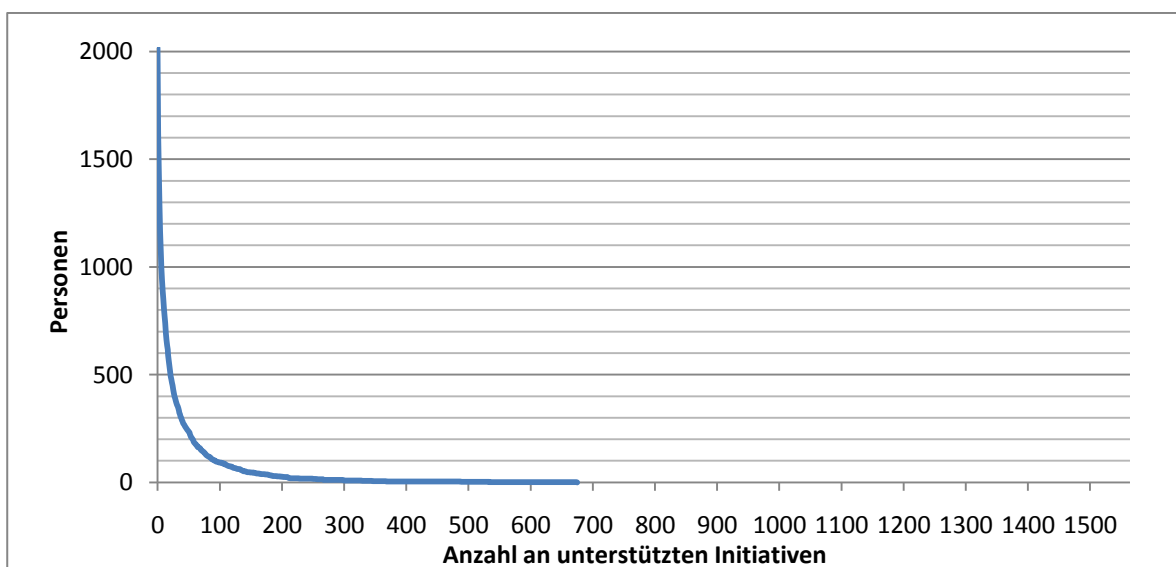


Abbildung 6.4-10

6.4.6.) *Delegationen*³⁰⁷

In LQFB Abstimmungen kann es zu ganz unterschiedlichen Niveaus der direkten Teilnahme kommen. Die höchste direkte Teilnahme mit 576 direkten Teilnehmern erreichte die Abstimmung in LQFB im Schnellverfahren mit dem Thema „Nein zum Einsatz von deutschen Soldaten in Afghanistan“. An der zum Stand März 2011 niedrigsten Abstimmung nahmen 48 Nutzer teil. Thema war die Schiedsgerichtsreform.

Um auch bei wenigen Teilnehmern repräsentative Ergebnisse zu ermitteln, sieht das LD-Konzept Delegationen vor. Sie sind die herausstechende Idee der LD. Über die Delegationen soll die Macht an diejenigen Mitglieder fließen, denen die Massen der Parteimitglieder am meisten vertrauen. Im Folgenden daher ein Blick auf die Nutzung von Delegationen in LQFB:

- Parteimitglieder, die global delegieren: 317
- Parteimitglieder, die themenbereichsbezogen delegieren: 398
- Parteimitglieder, die themenbezogen delegieren: 291
- Parteimitglieder, die überhaupt delegieren: 673
- Parteimitglieder, die mehr als 10 ausgehende Delegationen haben: 93

Auch hier fällt es mangels Vergleichsmaßstäbe schwer eine Bewertung der Menge abzugeben. Im Verhältnis der 3600 Nutzer scheinen die Zahlen gering zu sein. Im Vergleich zu den 2400 Nutzern, die mindestens einmal etwas im System gemacht haben oder den 1600, die mindestens einmal abstimmten, scheinen die Zahlen etwas größer zu sein. Warum rund mehr als die Hälfte aller Nutzer Delegationen bisher noch nicht nutzte, ist auch Thema in der April-Umfrage im nächsten Kapitel.

Ein Parteimitglied Daniel Poelzleithner hat ein kleines Script namens „Liquid Analyse“ entwickelt³⁰⁸, mit deren Hilfe Delegationen in Liquid Feedback visualisiert werden können. Um ein Gefühl für das Vertrauensnetzwerk zu vermitteln, welches aus Delegationen entsteht, hier drei Beispiel-Grafiken (Stand vom 17. September 2010, Jeder gelbe Kreis ist ein Nutzer, alle Nutzernamen wurden verändert.).

³⁰⁷ Basis ist der Dump vom 15.6.2011

³⁰⁸ Vgl. Poelzleithner, Daniel, *liquid.analyze*, <https://github.com/poelzi/liquid.analyze/>.

Abbildung 6.4-11: Die Globalen Delegationen:

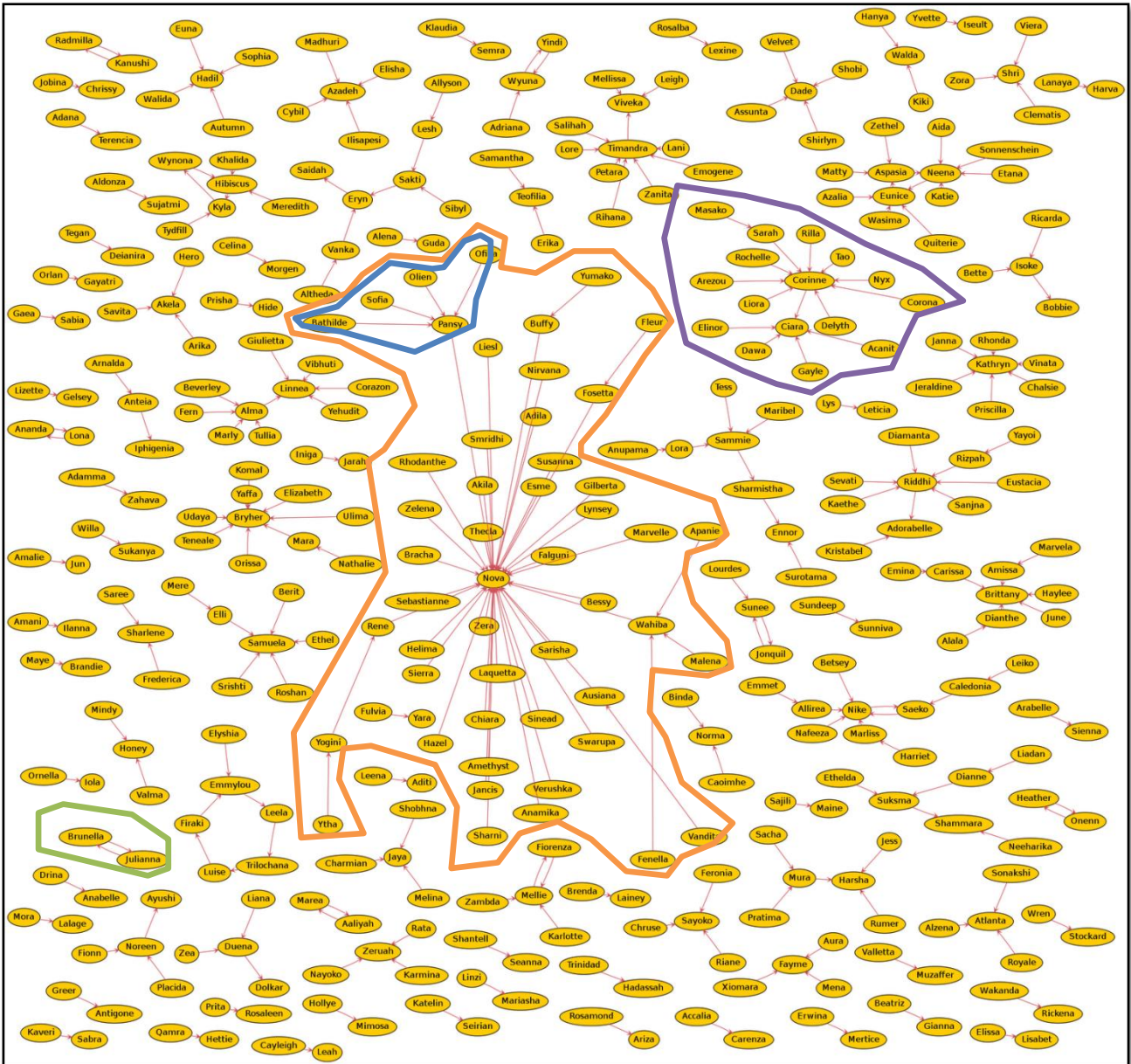


Abbildung 6.4-11

Die Grafik zeigt sämtliche globalen Delegationen im System. In der Mitte befinden sich der zu dem Zeitpunkt größten Delegations-Sammler, der Linguistik-Professor Martin Haase (orangener Bereich). Im blauen Kreis ist eine transitive Delegation erkennbar. Es gibt jedoch auch andere Personen die viele Delegationen sammelten (z. B. im der Nutzer im lila Kreis). Im grünen Bereich ist eine Kreisdelegation sichtbar. Diese Grafik umfasst jedoch nur die globalen Delegationen. Wichtiger sind jedoch die Themenbereichsdelegationen, da sie globale Delegationen ausstechen. Vergleiche dazu die Grafik der nächsten Seite.

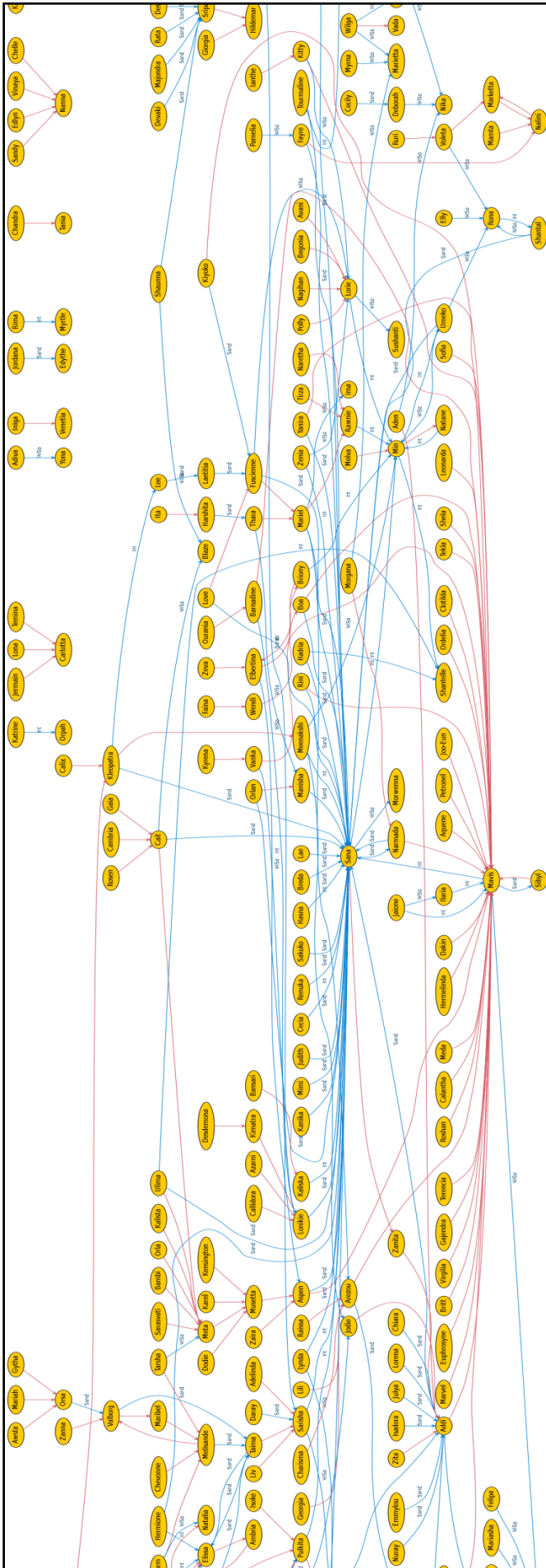


Abbildung 6.4-12

Abbildung 6.4-21: Globale & Themenbereichsbezogene Delegations

In der Abbildung links ist nur ein Auszug. Die vollständige Grafik mit alle Delegations wäre wesentlich größer.

Die blauen Linien sind themenbezogenen Delegations (in diesem Fall für die Themenbereiche „Sandkasten“ (eine Testumgebung für die Nutzer), für den Themenbereich „Internationales“, sowie „Wirtschaft & Soziales“. Es sind also nur 3 Themenbereiche.). Die roten Linien zeigen wie auf der Seite davor die globalen Delegations an.

Wie man sieht erhält der Nutzer „Marvis“ zahlreiche globale Delegations, gibt jedoch zahlreiche Themenbereichs-Delegations weiter.

Auch seine Delegations-Geber, haben für bestimmte Themenbereiche andere Delegationsempfänger als „Marvis“ ausgesucht. Themenbereichsdefinition greifen vor den globalen Delegations.

Daher sinkt die „Macht“ durch globale Delegations oft spürbar. Insbesondere, wenn einige Nutzer darüber hinaus selbst abstimmen.

Aktiviert man in der Software alle Themenbereiche und auch noch alle Delegations für einzelne Themen, wird es unübersichtlich. Es ergibt sich die Grafik der folgenden Seite.

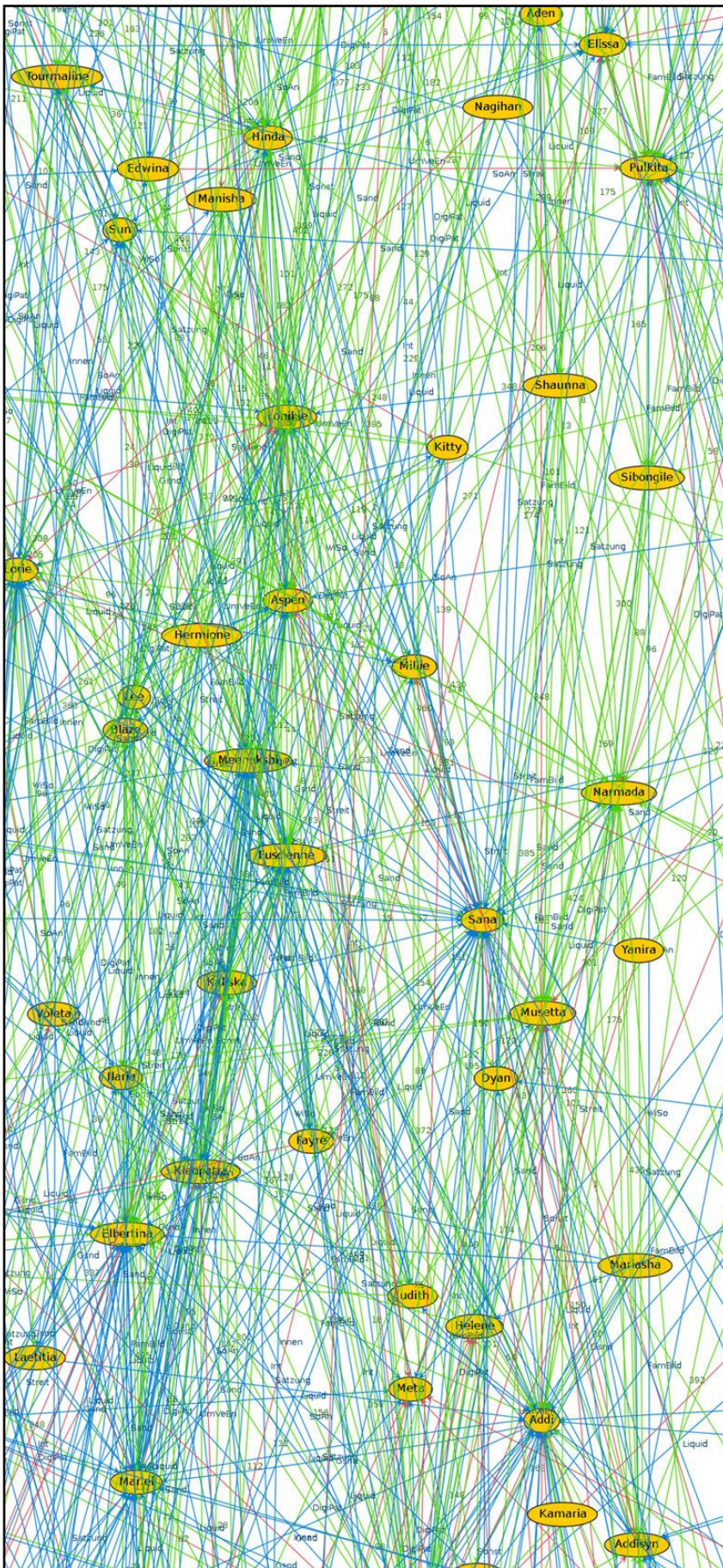


Abbildung 6.4-13

Abbildung 6.4-13: Globale & Themenbereichs-bezogene & themabezogene Delegationen

In der Abbildung links ist erneut nur ein Auszug. Der Ausschnitt ist dem Zentrum entnommen. Die vollständige Grafik in dieser Auflösung würde wahrscheinlich sehr groß werden.

Die grünen Linien ergänzen nun die Themabezogene Delegationen (die Nummer verweist auf die Themennummer).

Spätestens auf dieser Ebene wird deutlich, keinesfalls nur eine „Hierarchie“ nachbilden. Denn viele Delegationsempfänger geben sie weiter. So entsteht ein moderationsfreies, dezentrales Vertrauens-Netzwerk.

Provokateure und Störer haben es darin sehr schwer, da ihnen niemand delegiert oder sie ihre Delegationen schnell wieder verlieren.

Die meiste „Macht“ gewinnen authentische und vertrauenserweckende Persönlichkeiten.

Es lassen sich jedoch einige qualitative Aussagen treffen: Bei einem Vergleich der zehn Abstimmungen mit dem höchsten und niedrigsten Delegationsanteil, lässt sich nicht feststellen, dass Piraten bei bestimmten, z. B. „wichtigen“ Themen öfter direkt abstimmen, als bei unwichtigeren Themen. Stattdessen lässt sich bisher hauptsächlich beobachten, dass der Anteil der direkt abgegeben Stimmen, besonders nach dem Programmparteitag in Chemnitz, kontinuierlich abnahm.

In der Folge wuchs entsprechend der Einfluss der Delegationen kontinuierlich an (vgl. Abbildung 6.4-14).

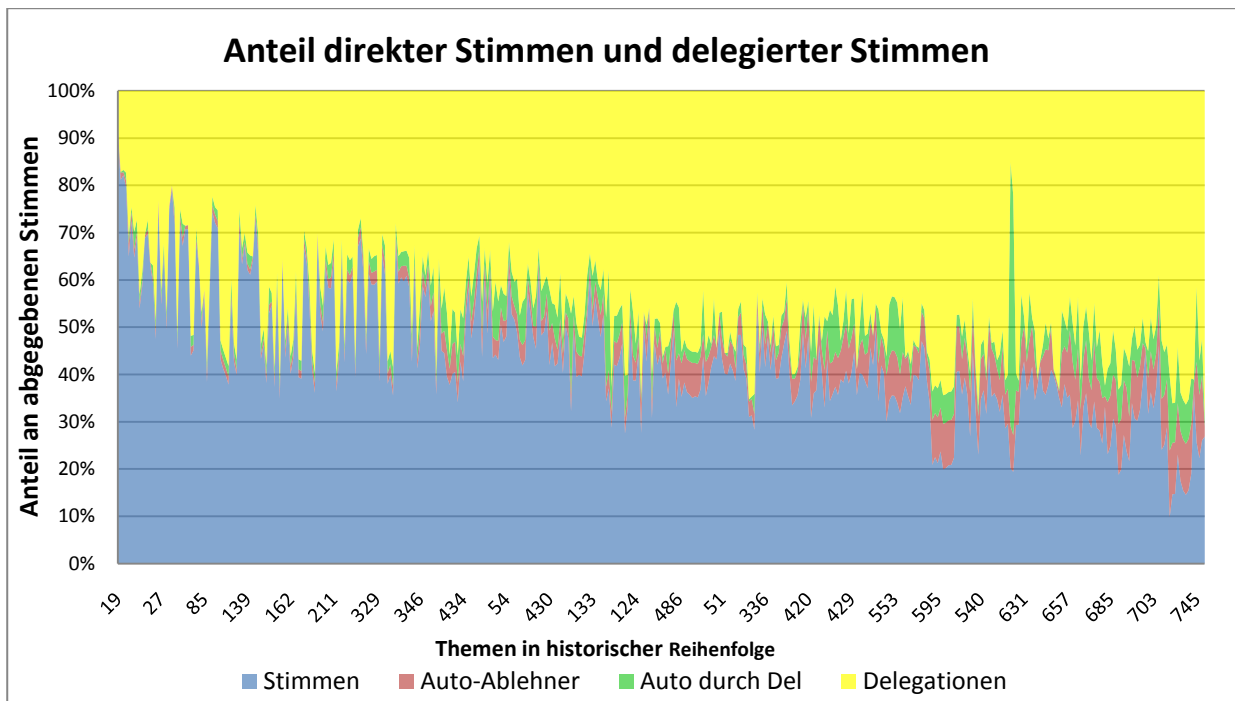


Abbildung 6.4-14

Die Abbildung zeigt den Anteil direkter Stimmen und den Anteil an Delegationen, jeweils auf 100 Prozent vereinheitlicht. Zusätzlich sind Stimmabgaben durch Mitglieder, die die Option „automatisch ablehnen“ aktiv haben und die, die auf „Auto-Ablehner“ delegieren, hervorgehoben.

Im Ergebnis sinkt insbesondere in jüngster Zeit der Anteil der direkt abgegeben Stimmen dramatisch.

Anfangs ließ sich noch streiten, ob der Anteil an delegierten Stimmen eine bedrohliche, oder eine von der LQFB gewollte Entwicklung ist. Möglicherweise wird jedoch, ab einem gewissen Punkt, eine kritische Schwelle an Mindestbeteiligung unterschritten. Insbesondere da der Anteil der direkten Stimmen nicht von Thema zu Thema schwankt (z. B. bei wichtigen Themen mehr direkte Stimmen, bei langweiligen Themen weniger), sondern insgesamt sinkt.

Der Anteil der zunehmenden Delegationen ist dabei wohl vor allem durch zunehmende Inaktivität der Nutzer zu erklären. Dafür könnte es viele Ursachen geben. Nahe lägen Probleme mit LQFB. Möglich ist jedoch auch eine Abnahme der Aktivität in der gesamten Partei.

Ein zweites Phänomen ist die Konzentration von Delegationen auf wenige Personen. Dies ist unter anderem durch die Weitergabe von Delegationen möglich. Stefan Klausmann hat dies in Abbildung 6.4.-15 verdeutlicht. Dazu hat er die Stimmgewichte der fünf Mitglieder mit dem jeweils größten Stimmanteil zusammengezählt. In einigen Abstimmungen beeinflussen die Top 5 bis zu 50 Prozent der abgegeben Stimmen.

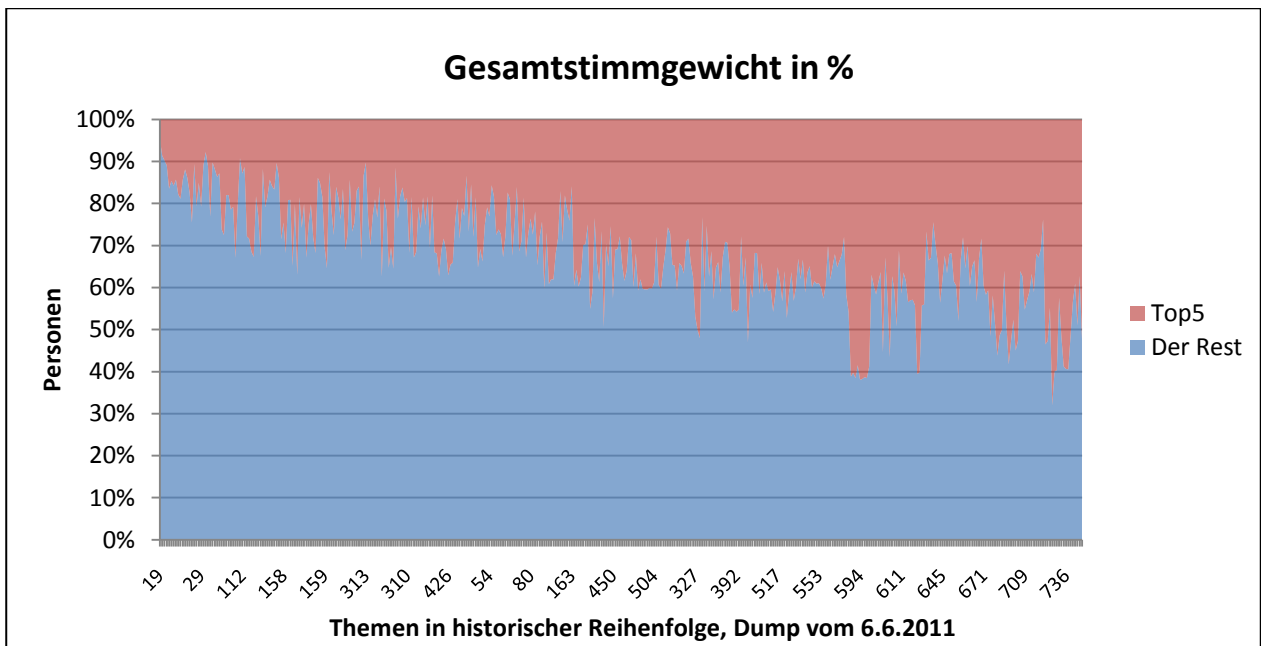


Abbildung 6.4-15

Klausmann weist in seiner Interpretation darauf hin, dass die kräftigen Zacken durch die verschiedenen Themenbereiche entstehen. Denn in den Themenbereichen gibt es ganz unterschiedliche Aktivitäts-Niveaus. In den Themenbereichen „Digitales“ und „Inneres“ waren anfangs noch mehr Mitglieder aktiv als in anderen Bereichen. Je nach Themenbereich flackert daher die Einflussquote der Top-5.

Blockadefähigkeiten

In zwei weiteren Diagrammen hat Klausmann berechnet, wie viele Personen in den jeweiligen Abstimmungen nötig wären, um eine Abstimmung für oder gegen ein Thema zu kippen.

„Zugrunde liegen alle, die irgendwie mit abgestimmt haben. Bei einem Ergebnis von 100:20:80 inkl. Delegationen wären das dann also 200 Stimmen. Dann sortiere ich die Teilnehmer nach Stimmgewicht und zähle sie zusammen, bis sie die Mehrheit haben. [...] Alle Tabelle sind Berechnungen von Delegationen, die die Superdelegierten tatsächlich eingesetzt haben.“³⁰⁹

Vergleiche dafür die Abbildung 6.4-16 und Abbildung 6.4-17.

³⁰⁹ Darstellung von Stefan Klausmann im Arbeitsprotokoll, vgl. <http://piratenpad.de/yh0rfVvbql>.

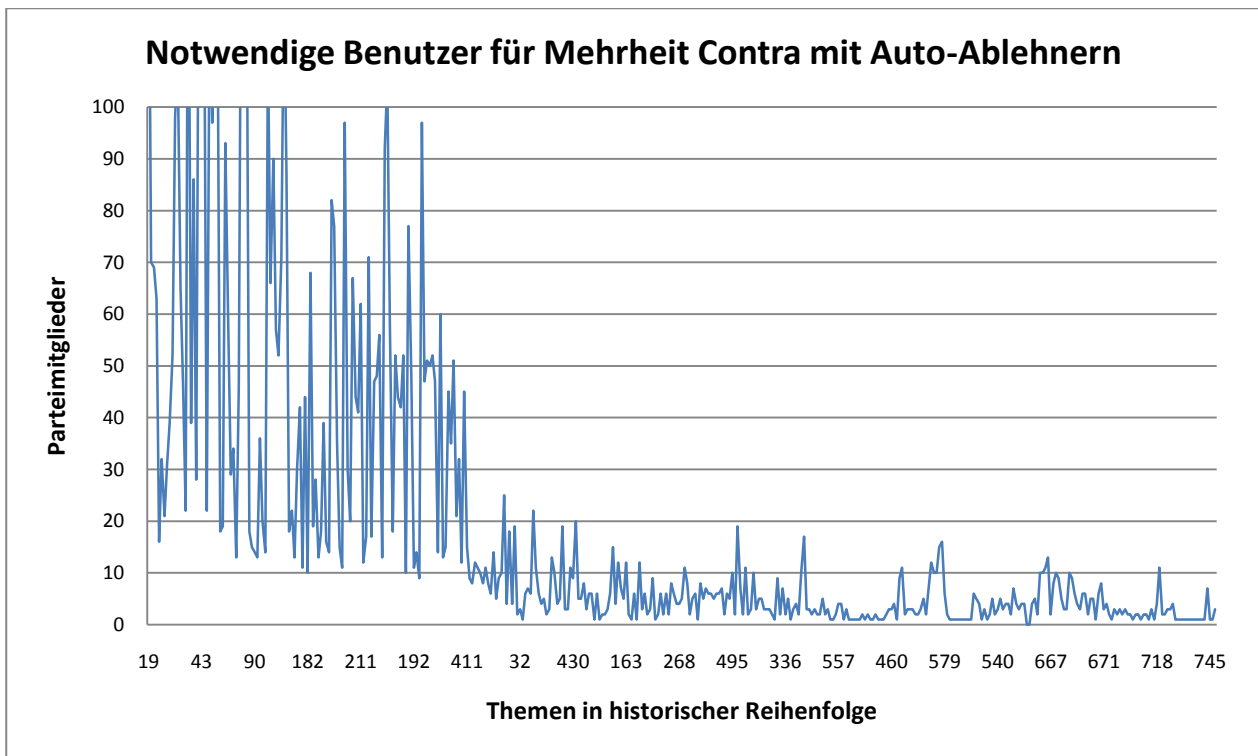


Abbildung 6.4-16 -- Hinweis: Die Y (Parteimitglieder) Achse wurde auf 100 begrenzt. Bei den ersten Abstimmungen waren teilweise jedoch bis zu 200 Parteimitglieder notwendig.

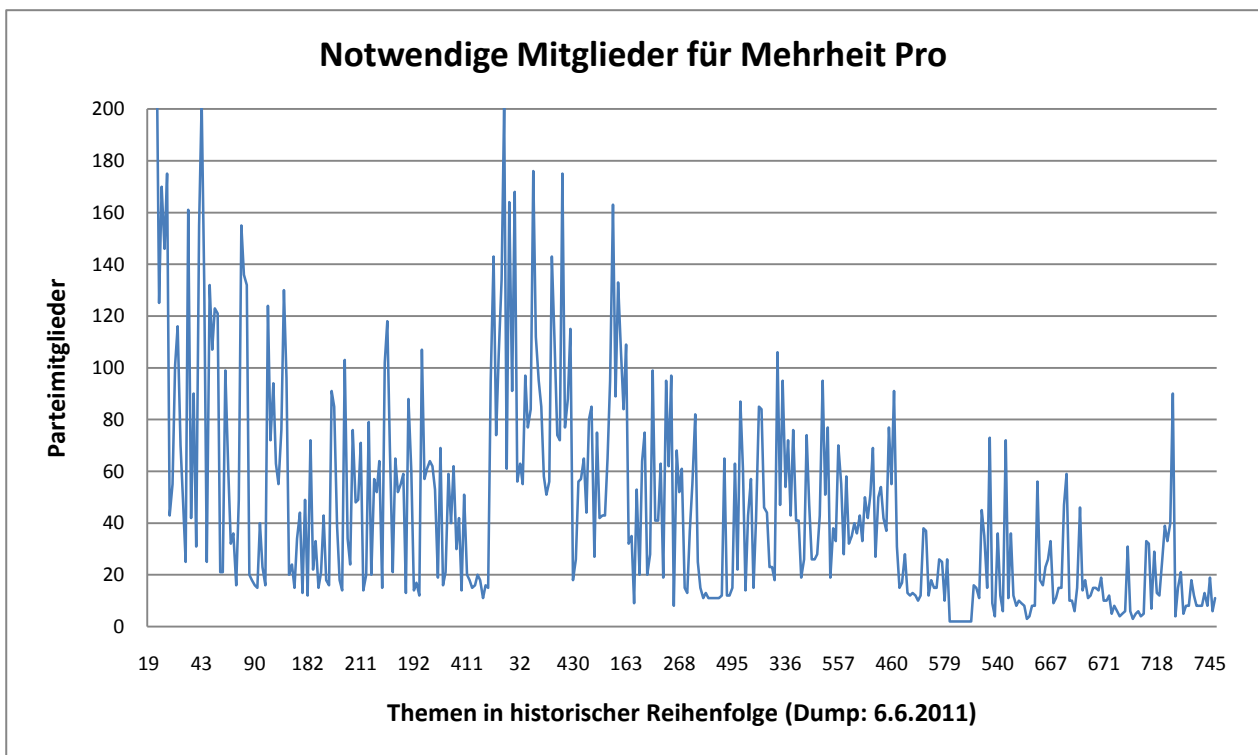


Abbildung 6.4-17 -- Hinweis: Die Y (Parteimitglieder) Achse wurde auf 200 begrenzt. Bei den ersten Abstimmungen waren 370 und später noch einmal knapp über 200 Parteimitglieder notwendig.

Die Diagramme zeigen, dass die Stimmenkonzentration im Verlauf der Zeit zugenommen hat. Besonders dramatisch ist diese Entwicklung im Contra-Bereich. Dort hatte das Mitglied mit der höchsten Delegationsmacht teilweise ganz alleine die Möglichkeit Anträge abzulehnen. Die unterschiedlich hohen Zahlen beim Vergleich Pro / Contra haben vor allem zwei Effekte:

- Bei Programm- und Satzungsänderungsanträgen ist auch in LQFB eine 2/3 Mehrheit nötig. Mit vielen Delegationsstimmen etwas zu blockieren ist folglich sehr viel einfacher als etwas zu beschließen.
- Manche Mitglieder haben die Funktion „Auto-Ablehnen“ sowohl für einzelne Themen, manche für ganze Themenbereiche aktiviert. Sie stimmen so, außer bei Abgabe einer aktiven „ja“-Stimme, automatisch mit nein ab. Diese automatischen Nein-Stimmen erschweren eine positive Mehrheit zusätzlich. Oder anders formuliert: Sie machen es Mitgliedern mit vielen Delegationen in bestimmten Themenbereichen einfacher eine Art persönliches Veto-Recht zu erreichen.

6.4.7.) Zwischenwertung

Insgesamt haben über 1580 Piraten mindestens einmal selbst an mindestens einer- und 801 an mehr als 10 Abstimmungen teilgenommen. 1989 Piraten haben einmal eine Initiative unterstützt, 2041 haben sich für mindestens ein Thema interessiert.

Die Analyse des zeitlichen Verlaufs zeigt, dass sich die Aktivität auf die ersten Monate bis zum Parteitag konzentrierte. Danach ging die direkte Beteiligung in LQFB deutlich zurück. Die meiste Zeit waren zwischen 100 bis 200 Mitglieder aktiv. Im Monat Juni rutschte diese Zahl jedoch noch einmal ab.

Folgende Aspekte sollten in diesem Zusammenhang berücksichtigt werden:

1. Das Konzept von LQFB setzt keine hohe direkte Beteiligung voraus. Im Gegenteil ist es ja die Kernannahme der LD, dass „direkte Demokratie“ – jenseits von aufsehenerregenden Volksabstimmungen – nicht dauerhaft aufrecht zu erhalten ist. LD ist eine Einladung sich zu beteiligen, jedoch keine Pflicht. Eine niedrige direkte Beteiligung ist noch kein Negativkriterium für ein Konzept, welches niedrige Beteiligung als gegeben ansieht. Die „repräsentative“ Kraft entnimmt LD genau jener Delegationen, die Stefan Klausmann in seinen Grafiken immer wieder „herausrechnet“ oder kritisiert. LD verspricht nicht die Lenkung durch die Basis, sondern nur die (flüssige) Kontrolle der Lenker.
2. Für eine echte Einschätzung fehlt eine Referenz. Wie hoch muss die Beteiligung sein, um unser demokratisches Empfinden für Repräsentativität auszudrücken? Ein Meinungsbild von 200 bis 400 Parteimitgliedern scheint niedrig. Doch nicht viel mehr stimmen auf regulären BPTen der Piratenpartei ab. Auch fehlen Referenzzahlen aus anderen Parteien. Wie hoch ist der Anteil der Mitglieder, die an der Ausarbeitung des Parteiprogramms der SPD unmittelbar partizipieren können?

Besonders die letzte Frage ist schwierig zu beantworten, da es tatsächlich kein vergleichbares Projekt in einer anderen Partei gibt. Um trotzdem eine Wertung zu wagen, sei im Folgenden auf einige artverwandte Beteiligungsprojekte verwiesen:

- Die Beteiligungsplattform „Frankfurt gestalten“ richtet sich an 680.000 Einwohner der Stadt. Nach einem Jahr sammelte die Plattform 44 Initiativen.³¹⁰
- Die deutschsprachige Wikipedia spricht als Zielgruppe ca. 100 Millionen Muttersprachler in 8 Ländern an. Im Kern wird die Plattform von 4000 Autoren und circa 300 Administratoren gestaltet.^{311,312}
- Mitte Februar startete die Enquete Kommission „Internet und Digitale Gesellschaft“ die Onlinebeteiligungsplattform „18. Sachverständiger“. Als Zielgruppe spricht die Enquete ca. 62 Millionen

³¹⁰ Vgl. dazu auch das Interview mit dem Gründer und Initiator der Plattform: Banse, Philipp, *Frankfurt gestalten*, Medienradio 39, 2011, <http://medienradio.org/mr/mr039-frankfurt-gestalten/>.

³¹¹ Vgl. Lüdeke, Jürgen, *Und dann kommt da ziemlich viel Murks rein*, dradio, 2009, <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/thema/1084970/>.

³¹² Laut der ARD/ZDF Onlinestudie 2010 nutzen 97 Prozent aller Nutzer die Wikipedia als reines Nachschlagewerk. Vgl. Busemann, Katrin/Gscheidle, Christoph, *Web 2.0 - Nutzung steigt – Interesse an aktiver Teilhabe sinkt*, 2010, S. 363, <http://goo.gl/2aTrr>.

Wahlberechtigte an. Im April 2011 hatte die Plattform ca. 1000 Nutzer registriert.³¹³ Insgesamt wurden bisher von den Nutzern 231 Vorschläge formuliert, weitere 123 sogenannte Positionspapire stammen aus der Enquete Kommission. Über das populärste Einzelthema „Transparenz fördern durch Open Data“ stimmten 231 Nutzer ab. Auf über 50 Stimmen kamen nur rund 25 Themen. Alle anderen blieben teils deutlich darunter. In der Projektgruppe „Netzneutralität“ fand die erste Endabstimmung statt. An dieser Abstimmung beteiligten sich zwischen drei bis fünf Nutzer, je nach Frage.

- Mit viel Medienaufmerksamkeit³¹⁴ startete die Linkspartei die elektronische Programmdebatte. Sie richtete sich an die 74.000 Parteimitglieder, war darüber hinaus aber offen für alle. Auf der inzwischen wieder geschlossenen Plattform³¹⁵ registrierten sich 523 Nutzer und schrieben 170 Vorschläge. Über das populärste Thema stimmten 35 Nutzer ab.
- Die Beteiligungsplattform der Grünen Jugend³¹⁶ richtete sich an etwa 8.500 Mitglieder. Hier meldeten sich 66 Nutzer an und formulierten 21 Vorschläge.
- Einige Berliner Bezirke organisieren im zweiten Jahr in Folge einen Bürgerhaushalt.³¹⁷ In Friedrichshain-Kreuzberg, mit fast 270.000 Einwohnern, kamen zu den aufwendig organisierten Veranstaltungen in der Regel etwa 10 bis 20, bei einer Veranstaltung sogar nur 3 Bürger.³¹⁸ Wenig besser waren die Erfahrungen mit Bürgerhaushalten in Hamburg und anderen Städten.³¹⁹
- Bundespräsident Christian Wulff und die Bertelsmann Stiftung luden zu einem „Bürger-Forum 2011“ ein. In fünf Wochen sollten Bürger aus ganz Deutschland gemeinsam Impulse für die Politik und Gesellschaft formulieren. Doch schon für die Auftaktveranstaltung in Bonn waren rund 10.000 Anrufe nötig, um 400 Freiwillige zu finden, von denen nur etwas über 200 zur Auftaktveranstaltung mit dem Bundespräsidenten kamen.^{320, 321} Die Onlineplattform des Bürgerforums war ebenfalls nur für Eingeladene zugänglich. Die Stiftung wählte in 25 Städten und Gemeinden jeweils 400 Bürger aus. Da die Mitarbeiter der Bertelsmann Stiftung jedoch stark und intransparent in die Debatten eingriffen, verließen die meisten Bürger das Forum.³²² Laut einem Nutzerbericht sollen sich – neben den bezahlten Bertelsmann-Moderatoren – am Ende nur noch etwa 200 Bürger beteiligt haben.³²³

Nimmt man diese Beispiele als Referenz, erscheint die Beteiligung an LQFB ein Erfolg. Insbesondere in der Phase bis zum BPT.

Symptomatisch für die Entwicklung im Anschluss ist jedoch ein Zitat eines Entwicklers: „Auch LQFB ersetzt nicht das Problem, dass irgendjemand die Arbeit machen muss“. Konkret ist die Zahl der Aktiven insbesondere in den Monaten Mai und Juni 2011 unter ein kritisches Maß absoluter Beteiligung gesunken. Dadurch verliert der so wichtige Verhandlungsprozess in LQFB – durch Anregungen und Alternativanträge – ihre Wirkung. Und auch die Stimmenkonzentration sollte nicht so weit gehen, dass ein Mitglied alleine, ohne Interesse der Restpartei, Beschlüsse verhindern oder treffen kann. Um die Ursachen der abnehmenden Nutzung soll es in den nächsten zwei Kapiteln gehen. Dennoch sei an dieser Stelle auf einen zeitlichen Zusammenhang hingewiesen, der sich aus der Statistik ergibt:

³¹³ Im Juni 2011 war die Gesamtzahl der registrierten Nutzer nicht mehr öffentlich. Dem größten Themenbereich „Demokratie und Staat“ waren 788 Nutzer beigetreten.

³¹⁴ Vgl. Schäfer, Velten, *Digitale Programmdebatte - Wir haben die Piraten überholt – Linkspartei präsentiert Internet-Diskussionsplattform*, Neues Deutschland, 2011, <http://www.neues-deutschland.de/artikel/189678.digitale-programmdebatte.html>.

³¹⁵ Vgl. Die Linke, *Die elektronische Programmdebatte*, <http://www.die-linke.de/programm/elektronischeprogrammdebatte/informieren/>. Und: Adhocracy Linkspartei, *Die elektronische Programmdebatte der LINKEN*, <http://dielinke.liqd.net/instance/dielinke>.

³¹⁶ Vgl. Adhocracy der Grünen Jugend, *Grüne Jugend*, <http://gruene-jugend.liqd.net/>.

³¹⁷ Vgl. Berlin.de, *Bürgerinnen- und Bürger-Haushalt in Friedrichshain-Kreuzberg*, <http://goo.gl/K1Ww7>.

³¹⁸ Diese Zahlen wurden dem Autor von einer Mitarbeiterin der Verwaltung genannt, die die Veranstaltungen organisierte.

³¹⁹ Diese Kritik wurde im Rahmen der Veranstaltung *Welchen Einfluss haben Kampagnen via Internet auf unsere demokratische Beteiligung?* der Friedrich Ebert Stiftung geäußert, vgl. Jabbusch, Sebastian, *Veranstaltung der Friedrich Ebert Stiftung*, 2011, <http://demokratiepiraten.blogspot.com/2011/01/veranstaltung-der-friedrich-ebert.html>.

³²⁰ Vgl. Hyperblog, *Das Online-Offline-Forum des Bundespräsidenten*, 2011, <http://goo.gl/zuu0T>.

³²¹ Kleinz, Torsten, *Demokratie-Experimente online*, TAZ, 2011, <http://goo.gl/fB6nn>.

³²² Vgl. Neue Osnabrücker Zeitung, *Bundesweite Kritik am Bürgerforum 2011*, 2011, <http://goo.gl/8GclZ>.

³²³ Siehe Nutzerkommentar von „M.Wilfert, Schauenstein“. Dieser Kommentar ist nicht überprüfbar, stimmt aber mit der sonstigen Berichterstattung überein, <http://goo.gl/DtKSH>.

- Die Funktion von LQFB – zur Vorbereitung des Programmparteitages – war durch den Beschluss des Parteitags in Bingen eindeutig geregelt. Die Parteimitglieder wussten, dass es „um etwas geht“. Entsprechend könnte die Motivation gewesen sein.
- Nach dem Parteitag in Chemnitz hingegen war unklar, wie und wozu LQFB weiter genutzt werden sollte. „Partizipation heißt kodifizierte Rechte einräumen“, sagt Wolfgang Schindler.³²⁴ Eine geregelte Integration in die Parteiabläufe fehlte jedoch. Dies schwächte die Attraktivität von LQFB.
- Zusätzlich ignorierte der Parteivorstand nach dem BPT wiederholt Meinungsbilder, setzte sich sogar über sie hinweg. Dies könnte die Nutzer weiter demoralisiert haben.
- Der Parteivorstand nutzte LQFB nicht aktiv und bewarb das System nicht. LQFB lief „gegen“ den Vorstand.

³²⁴ Wolfgang Schindler ist Leiter des Studienzentrums für evangelische Jugendarbeit in Josefstal e. V. Mündliches Zitat auf der Mac*days Tagung 2011.

6.5.) Liquid Feedback im Bundesvorstand

Vom 15. bis 16. Mai 2010 wurde auf dem Parteitag in Bingen nicht nur die Einführung von LQFB beschlossen, sondern auch ein neuer BuVo gewählt. In diesem Abschnitt soll es um beides gehen. Als Grundlage dienen dafür die Experteninterviews mit den Mitgliedern des BuVos.³²⁵

Methodisch wurden dafür aufgezeichnete Leitfadeninterviews verwendet. Die Gespräche dauerten zwischen 40 und 120 Minuten und wurden teils telefonisch, teils in Person geführt. Jens Seipenbusch, der Vorsitzende der Piratenpartei, lehnte ein Interview ab. Der Autor führte die Interviews Ende Februar und Anfang März 2011.

Das Interview umfasste verschiedene Aspekte der innerparteilichen Demokratie, der Parteikommunikation und -organisation. Bei der Auswertung für diese Arbeit hat sich der Autor auf die Fragen und Antworten zu LD begrenzt. Die aufgezeichneten Interviews wurden nach Fragen zusammengefasst und gekürzt. Diese Zusammenfassung ist im Appendix dieser Arbeit angefügt. Für diesen Abschnitt wurden nochmals die wichtigsten Aussagen herausgezogen und stichwortartig zusammenfasst.

Das formelle Verhältnis zwischen Vorstand und Liquid Feedback:

Das Verhältnis von LQFB gegenüber dem BuVo ist in der Piratenpartei nicht endgültig geklärt. Im beschlossenen Antrag hieß es lediglich:

„Die Piratenpartei Deutschland richtet eine eigene bundesweite Instanz von LiquidFeedback ein. Zu dieser erhält jeder Pirat einen persönlichen Zugang. Die in LiquidFeedback beschlossenen Anträge sind nicht bindend, sondern bilden lediglich das Meinungsbild der teilnehmenden Piraten ab. [...]“

LQFB ist nicht in einer Testphase, sondern läuft als ordentlicher Dienst der Partei – ähnlich wie das Piratenwiki. Dennoch entfalten die Entscheidungen in der Software keine formelle Wirkung, da es nur Meinungsbilder sind.

Das informelle Verhältnis zwischen Vorstand und Liquid Feedback:

Die Hoffnung der LQFB Befürworter war, dass die Software auch ohne formelle Verankerung in der Satzung eine Bedeutung/Wirkung entfalten könnte, die oft als „Normative Kraft des Faktischen“ beschrieben wurde. Diese Intention lässt sich auch aus der schriftlichen Begründung des Antrags ablesen:

*„Um weiterhin **basisdemokratisch Entscheidungen** treffen zu können, benötigen wir eine Alternativlösung zu den bisher bei Parteien üblichen Vertreterversammlungen. Ziel ist es, dauerhaft auf ein Delegiertensystem zur Entscheidungsfindung innerhalb der Partei zu verzichten. Die Einführung von LiquidFeedback für **qualifizierte Meinungsbilder** der gesamten Basis soll den **ersten Schritt** darstellen, die Idee der Basisdemokratie in der Piratenpartei zu erhalten und eine "Vergrünung" zu verhindern.[...]“³²⁶ [Hervorhebungen durch den Autor]*

Damit sollte LQFB die lenkende Funktion zugesprochen werden, die in anderen Parteien durch den BuVo übernommen wird. Dies war den Vorstandsmitgliedern vor ihrer Wahl auch bekannt, da sie auf dem Parteitag explizit danach gefragt wurden. Die Aussagen der später gewählten Vorstandsmitglieder vor der Wahl :

„[Jens Seipenbusch] Ich bin ein großer Fan von LiquidFeedback. Auch damit wir von den anderen Medien mit denen wir einige Probleme haben [Mailinglisten, Anm. des Autors], etwas wegkommen.“

³²⁵ Die Wahlperiode erstreckte sich vom 15. bis 16. Mai 2010 bis zum 14./15. Mai 2011.

³²⁶ Vgl. Antrag Z013 im Wortprotokoll des BPT Bingen. Piratenwiki, *Bundesparteitag 2010.1 - Wortprotokoll*, http://wiki.piratenpartei.de/Bundesparteitag_2010.1/Protokoll.

[...] *Wahlleiter: Wenn die Basis via LiquidFeedback Dinge entscheidet, die Dir nicht gefallen, was machst Du?* [Jens] *Seipenbusch: Das werde ich als guter Demokrat hinnehmen.*

„*Wahlleiter: Wenn ein LiquidDemocracy-System einen Willen bildet, der Deinem Willen entgegensteht, wie gehst Du damit um?* [Andreas] *Popp: Wenn es gar nicht anders geht, müsste ich zurücktreten, aber normalerweise würde ich dem folgen, was da drin steht.*

[Bernd Schlömer wurde zu LQFB nicht gefragt]

„*Wahlleiter: Wenn ein LiquidDemocracy-System einen Willen bildet, der Deinem Willen entgegensteht, wie gehst Du damit um?* [Daniel] *Flachshaar: Bisher hatten wir noch keine Ziele, die ich nicht hätte vertreten können. Aber als Vorstand muss ich in jedem Fall die Partei vertreten.“*

„*Wahlleiter: Ein LiquidDemocracy-System beschließt, dass Franken von Bayern und Deutschland abgetrennt wird, was dann?* [Benjamin] *Stöcker: Juchu! Nein, jeder weiß: Bis zur Stimmabgabe kämpfe ich heftig, aber danach kann ich alles mittragen.“*

„*Wahlleiter: Wenn auf Bundesebene ein LiquidDemocracy-System Beschlüsse gegen Deine Meinung macht, was dann?* [Christopher] *Lauer: Wenn das operative Anträge sind, werde ich das ertragen können. Wenn es inhaltliche Sachen sind, wahrscheinlich auch. Wobei, wenn es Dinge sind, wie Todesstrafe einführen, müsste ich wohl zurücktreten.“*

„*Wahlleiter: Das LiquidDemocracy-System entscheidet anders als Du willst, Deine Handlung?* [Wolfgang] *Dudda: Wer im Vorstand ist, ist Serviceleistung. Ich werde mich jedem Votum unterordnen.“*

327

In der Praxis war der Vorstand in den ersten Monaten zunächst mit der Einführung beschäftigt. Dabei zeichnete sich ab, dass einige Mitglieder – zuvorderst der Bundesvorsitzende Jens Seipenbusch – bei der Einführung stark auf die Bremse traten, was zu teils heftigem Streit in der Partei führte.³²⁸

Nachdem der Vorstand im August grünes Licht für die Software gab, beschäftigte sich die Parteibasis in LQFB anfangs vor allen mit Anträgen für den BPT. Anträge an den BuVo waren selten. Eine detaillierte inhaltliche Analyse, wie viele Anträge sich an den BuVo richteten, oder wie viele Anträge er von sich aus aufgriff, liefert diese Arbeit nicht.

In den Interviews werden die Mitglieder des BuVos nach ihren Erfahrungen und Einstellungen gegenüber LQFB gefragt. Die Angaben seiner Mitglieder wurden im Rahmen dieser Arbeit nicht auf ihre Richtigkeit überprüft.

³²⁷ Piratenwiki: *Wortprotokoll Bundesparteitag 2010.1*, http://wiki.piratenpartei.de/Bundesparteitag_2010.1/.

³²⁸ Vgl. Interview mit Jens Seipenbusch. Beckendahl, Markus, *Netzpolitik-Interview: Jens Seipenbusch über Einführung von Liquid-Feedback*, 2010, <http://goo.gl/q0vlh>.

6.5.1.) Die Zusammenfassung der Interviews

Jens Seipenbusch (Vorsitzender)

Jens Seipenbusch reagierte auf Anfragen nicht. Bei kurzem Gespräch auf dem BPT im Mai 2011 sagte er (Gedächtnisprotokoll): „Bitte habe Verständnis dafür, dass ich mich zu LQFB nicht äußern will. Meine Position ist eh hinlänglich bekannt“.



Abbildung 6.5-1 – Jens Seipenbusch, (Foto: cc by Rainer Klute)

Andreas Popp (Stellvertretender Vorsitzender)

- Fordert einen Neustart von LQFB, da das Projekt auf sozialer Ebene schief gelaufen sei.
- Kritisiert fehlenden Datenschutz & Delegationen („Konzentrationseffekt“). Letztere sollen beschränkt werden.
- Die Funktion von LQFB in der Partei sei umstritten. Er möchte klären, welchen Stellenwert LQFB zukünftig in der Piratenpartei hat. Als Organ sieht er LQFB jedoch nicht.
- Hat LQFB nur testweise benutzt und sich kaum an LQFB orientiert.
- Macht des Vorstands hat sich aus seiner Perspektive nicht verändert.
- Glaubt, dass innerparteiliche Demokratie in der Piratenpartei funktioniert, jedoch nicht wegen LQFB.



Abbildung 6.5-2 -- Andreas Popp (Foto cc, by Nils Ketelsen)

Bernd Schlömer (Schatzmeister)

- Hält LQFB wegen des Delegiertensystems (Machtkonzentration) für undemokratisch.
- Hat sich nie in LQFB registriert. Hat LQFB Anträge von Vorstandskollegen nicht zur Kenntnis genommen.
- Sieht in LQFB keine Chance für eine Verbesserung der innerparteilichen Demokratie.
- Glaubt, dass LQFB keinen Einfluss auf den Vorstand hatte.
- Er würde Mehrheitsmeinungen zwar zur Kenntnis nehmen, sich aber nicht zwingend daran halten, solange er „als Vorstandsmitglied letztlich alleine die Verantwortung trägt“.
- Glaubt, dass innerparteiliche Demokratie, „gemessen am Parteiengesetz in der Piratenpartei, genauso gut/schlecht funktioniert wie in anderen Parteien“.



Abbildung 6.5-3 -- Bernd Schlömer (Foto: cc by sa 3.0, Tobias M. Eckrich)

Benjamin Stöcker (Beisitzer im Vorstand)

Trat am 5. August 2010 von seinem Amt zurück. Danach Assistent des stellv. Vorsitzenden Andreas Popp.

- Sieht LQFB auf einer Ebene mit Meinungsforschungsinstituten von Parteien.
- Glaubt, dass LQFB durch den „Krieg“ im Vorstand „völlig verbrannt“ sei.
- Hält LQFB aufgrund von Delegationen und Komplexität nur für „sehr bedingt relevant“ für innerparteiliche Demokratie.
- Sieht keinen Handlungsbedarf in Bezug auf innerparteiliche Demokratie.



Abbildung 6.5-4 -- Benjamin Stöcker (Foto: cc by Tobias M. Eckrich)

Christopher Lauer (Beisitzer, Politischer Geschäftsführer)

- Er begrüßte LD am stärksten, stand von Anfang an hinter der Idee. Er war offizieller LQFB Beauftragter und Teil des Berliner LQFB Teams.
- Software sei technisch gelungen, aus narrativer Perspektive (Benutzerführung) jedoch verunglückt.
- Wegen innerparteilicher Streitigkeiten sei das Tool verbrannt.
- Keine eigene Nutzung mehr, stattdessen Delegation.
- Hält Forderung nach „Basisdemokratie“ (also auch Abschaffung der Delegationen, Anm. d. Autors) für ein Todschlagnargument in der Debatte.
- Vorstand nähme LQFB nicht ernst, daher keine Machtveränderung.
- Er selbst habe sich an Meinungsbilder orientiert, sei aber der einzige gewesen.
- Innerparteiliche Demokratie funktioniere wegen fehlender Strukturen nicht. „Innerparteiliche Demokratie/innerparteiliche Meinungsbildung ist zwar gewünscht, findet aber derzeit nicht statt.“



Abbildung 6.5-5 -- Christopher Lauer (Foto: cc by sa Marcus Sümnick)

Daniel Flachshaar (Beisitzer, Presse & Öffentlichkeitsarbeit)

- Will LQFB wegen geringe Beteiligung der Mitglieder nicht „überbewerten“.
- Hat vor dem BPT in Chemnitz LQFB intensiv genutzt, danach weniger.
- Hat zweimal Anträge im Namen der Vorstandsmitglieder eingestellt. Einmal zum Design der neuen Homepage, das andere Mal zur Verwendung des Onlinespendensystems Flattr.
- Sieht keinen signifikanten Einfluss auf den Vorstand durch LQFB. Anfangs wurde LQFB noch bei Antragsbegründungen herangezogen, inzwischen jedoch nicht mehr.
- Glaubt, dass innerparteiliche Demokratie auf einem guten Weg sei. Es würde aber noch Jahre dauern, bis sich alles gefunden habe.



Abbildung 6.5-6 -- Daniel Flachshaar (Foto: cc, by, sa, Tobias M. Eckrich)

Wolfgang Dudda (Beisitzer, Generalsekretär, IT)

- Steht LQFB aufgeschlossen gegenüber, kritisiert jedoch geringe Teilnahme und dass Teile des LQFB-Kompromisses im Bereich Datenschutz nicht umgesetzt wurden.
- LQFB habe aber seine Qualität in dem Parteitag in Chemnitz bewiesen. Ohne LQFB-Vorbereitung hätten nicht so viele Beschlüsse gefasst werden können. Der Beschluss zum BGE (GP050) habe seine Qualität erst durch LQFB erhalten und sei die bisher größte Leistung der Piratenpartei gewesen.
- Wünscht sich mehr Toleranz zwischen LQFB Gegnern und Anhängern, bezweifelt jedoch, ob Gräben noch geschlossen werden können.
- Glaubt, dass LQFB Einfluss auf den Parteivorstand habe. Wenn Wünsche aus LQFB ignoriert würden, gäbe es jedes Mal einen großen Aufstand. „Da muss man eine Menge aushalten, um das zu tun.“
- Dudda hielt sich an LQFB-Voten, wenn bei Hauptthemen mindestens „mehrere hundert“, bei Nebenthemen mindestens ca. 150 Piraten abstimmten.
- Dudda kritisiert Seipenbusch und Schlömer. Sie hätten sich nicht einmal in LQFB registriert. Insgesamt sei der Vorstand bei LQFB pari-pari gewesen.
- Bei innerparteilicher Demokratie sei er zwiegespalten. Sie funktioniere zurzeit gut – vor allem aber wegen intensiver Kommunikation – LQFB funktioniere noch nicht.

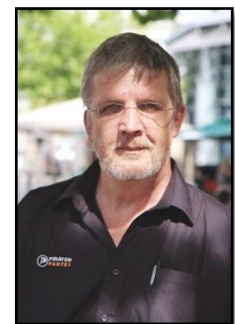


Abbildung 6.5-7 -- Wolfgang Dudda (Foto: Torsten Krahn)

6.5.2.) Zwischenfazit

Zu 100 Prozent hinter LQFB und dem Konzept von LD stand ausschließlich der politische Geschäftsführer Christopher Lauer. Daniel Flachshaar und Wolfgang Dudda begrüßen basisdemokratische Ideen, weshalb

sie Liquid Feedback grundsätzlich positiv gegenüber standen. Allerdings akzeptierten sie quasi nur direkte Abstimmungen der Parteibasis. Delegationen hingegen nicht. So waren sie schnell von der geringen (direkten) Beteiligung enttäuscht. Der im Zusammenhang mit dem Streit um LQFB zurückgetretene Benjamin Stöcker vertrat eine skeptische, aber insgesamt neutrale Position. Andreas Popp, Bernd Schlömer und Jens Seipenbusch lehnt(en) LQFB ab und begründeten dies mit Datenschutz-Bedenken oder Machtkonzentration durch Delegationen.

Besonders stark drückte sich die Spaltung des Vorstands gegenüber LQFB in dem Streit um die Einführung aus. Die Eskalation unter den Vorstandsmitgliedern, insbesondere zwischen Lauer und Seipenbusch, schlug dabei teilweise in offene Aggression um. Nur unter größtem öffentlichen und internen Druck konnte der Start der Software überhaupt durchgesetzt werden.

LQFB spielte in der politischen Vorstandsarbeit, von den Tests durch einzelne Vorstandsmitglieder abgesehen, praktisch keine Rolle. Seipenbusch und Schlömer besaßen keine Accounts, Popp nur eben für ein paar Tests. Dass die Vorstandsmitglieder untereinander nicht einmal von den Initiativen der Vorstandskollegen wussten, spricht Bände.

Auch war es nicht möglich über LQFB einen Antrag an den Parteivorstand zu richten. Dies konnte auch nach der Einführung von LQFB nur über das Piratenwiki passieren. Nach Aussage der Vorstandsmitglieder gab es nur wenige an sie gerichtete Anträge aus LQFB. Die Voten aus LQFB wurden teils nicht berücksichtigt, teils wurde auch gegen LQFB-Entscheidungen gestimmt.

Betrachtet man den Rückgang der Nutzung von LQFB nach dem BPT, liegt der Schluss nahe, dass dies auch damit zu tun hat, dass der Vorstand nicht aufgezeigt hat, wie LQFB zukünftig in seine Arbeit einfließen soll. Andreas Popp hat das auch selbst festgestellt. Wenn dann einzelne Vorstands-Mitglieder eine Berücksichtigung der LQFB Ergebnisse mit dem Verweis auf eine geringe Beteiligung ablehnen, wirkt das zynisch.

Besonders auffällig ist, dass Delegationen von allen Vorstandsmitgliedern, außer Christopher Lauer, mehr oder weniger offen abgelehnt werden. Wenn ein schwer abwählbares Vorstandsmitglied sagt, dass solch eine Form der Machtkonzentration „undemokratisch“ sei, dann wirkt das unglaubwürdig. Dass dahinter in Wirklichkeit die Angst stecken könnte, dass sich über Liquid-Feedback eine Art „Gegenvorstand“ bildet, scheint nicht unwahrscheinlich. Andreas Popp hat dies im Internet indirekt ausgedrückt indem er sagte: „Wenn die Leute [Parteimitglieder, Anm. d. Autors] den Delegationsempfängern so stark vertrauen, weiß ich nicht warum diese Leute [Delegationsempfänger, Anm. d. Autors] nicht im Vorstand sitzen. Das passt nicht zusammen.“

Insgesamt lässt sich beobachten, dass LQFB auf Bundesebene de facto gegen den Willen und unter weitgehender Nicht-Beachtung der Ergebnisse des BuVos eingeführt wurde. Dies gilt es bei der Bewertung des Erfolgs von LQFB zu berücksichtigen. Besonders im Vergleich zur vorangegangenen Einführung von LQFB im Landesverband Berlin, wo die Einführung vom Landesvorstand begrüßt und aktiv unterstützt wurde, zeigen sich Unterschiede.

7.) Parteiinterne Umfragen

Wie bereits in der Definition von innerparteilicher Demokratie beschrieben, soll für die Beurteilung des Erfolgs innerparteilicher Demokratie die Zufriedenheit der Parteimitglieder mit LQFB ausschlaggebend sein. Dazu hat der Autor zwei unterschiedliche Umfragen mit unterschiedlichen Schwerpunkten durchgeführt.

7.1.) Übersicht und Zustandekommen der Umfragen

Die November-Umfrage

Die November-Umfrage stand am Anfang der Untersuchung. Die Fragen haben daher einen explorativen Charakter.

Die Umfrage wurde im November 2010 durchgeführt und im Rahmen des Parteitages gestartet. Sie wurde vom Autor auf dem Parteitag in Chemnitz in einem kurzen Redebeitrag der Partei vorgestellt. Die Teilnahme lief primär über ein Onlineformular,³²⁹ welches auf dem Parteitag zusätzlich auch in Papierform³³⁰ vorlag. Nach dem Parteitag lief die Umfrage noch etwa drei Wochen weiter.

Die Umfrage wurde zusätzlich über die sozialen Kanäle von den Parteimitgliedern selbst beworben, die teilweise auch ein Eigeninteresse an den Umfrageergebnissen entwickelten. Die Partei beteiligte sich nicht an den Aufrufen. Darüber hinaus hat der Autor die Umfrage über alle 16 Landes-Mailinglisten sowie auf der zentralen „Aktiven“-Mailingliste beworben.

Die Umfrage basiert auf einem Fragebogen-Tool von „Google Docs“. Die Wahl fiel auch auf dieses Tool, da für die Erstellung der Umfrage nur sieben Tage zur Verfügung standen und es sich um ein sehr leicht zu bedienendes Umfragewerkzeug handelt. Google Docs speichert zwar die Uhrzeit der Teilnahme, jedoch keine IP-Adressen oder ähnliche Informationen, um eine doppelte Teilnahme von demselben Internetanschluss aus zu verhindern. Die Daten enthielten dennoch keine besonderen Auffälligkeiten, die auf eine Manipulation der Ergebnisse hindeuten könnten. Da die Umfrage etwa 10 bis 15 Minuten Zeit beanspruchte, wäre eine solche Manipulation auch sehr zeitaufwendig gewesen, kann jedoch dennoch nicht ausgeschlossen werden.

Insgesamt beteiligten sich etwa 550 Personen. Davon mussten einige ausgeschlossen werden, da sie nicht Mitglied der Piratenpartei waren (erstes Frageitem) oder die Fragebogen überhaupt nicht ausgefüllt hatten. Insgesamt flossen 530 gültige Fälle in die Untersuchung ein.

Bei einer Basis von etwa 12.000 Mitgliedern ist das eine gute Quote. Allerdings handelt es sich durch die Methode der Verbreitung der Umfrage primär um den aktiven Kern der Partei. Auch die Besucher des Parteitags sind überrepräsentiert. Beide Faktoren wurden jedoch abgefragt und konnten so kontrolliert werden.

Die Umfrageergebnisse wurden als Excel Tabelle exportiert und damit größtenteils ausgewertet. Einige Korrelationen wurden mit Hilfe von SPSS durchgeführt.

Die Ergebnisse der Umfrage wurden im Rahmen der von der Partei organisierten Tagung „Open Liquid“ Ende Januar 2011 vorgestellt.³³¹ Der dort gehaltene rund einstündige Vortrag, in dem die Ergebnisse der Umfrage vorgestellt wurden, wurde live ins Netz gestreamed und steht auch auf YouTube als Aufzeichnung

³²⁹ Das Formular der Umfrage ist noch immer online. Es ist über <http://tinyurl.com/piratenbefragung> einsehbar.

³³⁰ Diese Möglichkeit nahmen etwa 20 Parteimitglieder wahr. Die Ergebnisse der Papierform wurden später in das Onlineformular übertragen und mit den anderen Teilnehmern gleichbehandelt.

³³¹ Hintergründe zur Konferenz: Liquid Feedback Team der Piratenpartei, *openliquid*, <http://goo.gl/fexS4>.

zur Verfügung.³³² Im Rahmen dieser Magisterarbeit begleitenden Blogs wurden auch die Folien der Präsentation sowie die Rohdaten der Umfrage veröffentlicht.³³³

Die große Piraten-Umfrage / April-Umfrage

Durch die Umfrage, den Vortrag und den Blog erreichte die Forschungstätigkeit des Autors auch Mitglieder der AG Presse der Piratenpartei. Dort wünschte man sich bereits seit längerem eine parteiinterne Umfrage. Ende Februar nahm deshalb Parteimitglied York-Simon Johannsen Kontakt mit dem Autor auf und bat eine solche Umfrage zu entwerfen.

Da neben der allgemeinen Zufriedenheit der Parteimitglieder auch Fragen zu LQFB und innerparteilicher Demokratie gewünscht waren, sagte der Autor in der Hoffnung zu, die Ergebnisse auch für diese Arbeit verwenden zu können. Eine finanzielle Entschädigung wurde nicht gezahlt.

Die Themen und Fragen der Umfrage wurden in gemeinsamen in zwei Piratenpads³³⁴ gesammelt. Die Umfrage wurde dadurch extrem umfangreich und umfasst eigentlich drei Umfragen zu den Themen LQFB & innerparteiliche Demokratie, Kommunikation & Kollaboration in der Piratenpartei sowie (Un-)Zufriedenheit der Piraten / Gründe für Inaktivität.

Die Filterung, Aufbereitung und Systematisierung übernahm der Autor. Auch der AG Leiter, Daniel Flachshaar, Mitglied im BuVo und verantwortlich für die Pressearbeit, hatte keinen inhaltlichen Einfluss, gab jedoch formell die Fragen nach einer Durchsicht frei. Offiziell führte der Autor die Umfrage im Namen der AG Presse und im Namen des Vorstandsmitglieds Daniel Flachshaar aus.³³⁵

Die Umfrage wurde erneut online durchgeführt. Zum Einsatz kam bei dieser Umfrage die an der Universität München und Wien entwickelte Web-Software oFb.³³⁶ Die Programmierung des Fragebogens – ebenfalls durch den Autor – nahm etwa vier Tage in Anspruch. Der Versand der Einladungen wurde von der Partei durchgeführt. Die Einladung wurde ausschließlich per E-Mail verschickt. Dafür kam der bundesweite E-Mail Verteiler mit allen Parteimitgliedern mit etwas über 11.000 Adressen zum Einsatz. Bis auf wenige hundert Mitglieder, die beim Eintritt in die Partei keine E-Mail Adresse angegeben haben, erhielt so jedes Parteimitglied genau eine Einladung zur Umfrage.

Die E-Mail enthielt neben einem kurzem Begrüßungstext nur den eigentlichen Link zur Umfrage. Der in der E-Mail enthaltene Link wurde, mithilfe einer Serienbrief-Funktion mit einer individuellen Seriennummer ergänzt, der wie ein Einmal-Passwort funktioniert. Alle Seriennummern wurden zuvor im oFb-Server generiert. Nach dem vollständigen Ausfüllen des Umfragebogens wurde die Nummer gesperrt. Dies verhindert, dass Teilnehmer das Ergebnis durch doppelte Teilnahme manipulieren können.

Auch die Repräsentativität der Umfrage wurde durch den direkten Versand an alle Mitglieder erhöht. Dennoch ist auch hier davon auszugehen, dass sich die aktiven Mitglieder im Verhältnis häufiger beteiligten als die inaktiven. Auch in dieser Umfrage wurde dies abgefragt, um diesen Faktor zu kontrollieren.

Die Umfrage lief vom 5. bis 19. April 2011. Die ursprünglich durch den Parteivorstand geplante Finanzierung einer externen, professionellen Auswertung kam nicht zustande. Der Autor hat daher auch die Auswertung für die Partei vorgenommen. Den statistischen Teil übernahmen stattdessen zwei Piraten namens Matthias

³³² Vgl. die Aufzeichnung des Vortrags: YouTube, Nutzeraccount „Piratendemokratie“, *Auswertung einer Umfrage zur internen Demokratie in der Piratenpartei - Sebastian Jabbusch*, 2011, <http://youtu.be/JidfVxinKqo>.

³³³ Vgl. Jabbusch, Sebastian, *Umfrage zu innerparteilicher Demokratie*, 2011, <http://goo.gl/4Yg37>.

³³⁴ Vgl. dazu Piratenpad, *Aktive Generation*, <http://piratenpad.de/AktiveGeneration>. Und Piratenpad, *Frageideen*, <http://piratenpad.de/Frageldeen>.

³³⁵ Ursprünglich war auch ein Beschluss des Bundesvorstands geplant, in dem 300 Euro für die Auswertung der Umfrage vorgesehen waren. Laut Flachshaar habe er jedoch vergessen, einen solchen Beschluss rechtzeitig herbeizuführen. Mangels Beschluss wurde die Finanzierung einer Auswertung deshalb durch den Vorstand abgelehnt.

³³⁶ Der Service ist über www.sosscisurvey.de verfügbar.

Vill (Aufbereitung der Rohdaten) und Martin Matheis (Statistische Auswertungen). Als Grundlage der Auswertung diente ein vom Autor verfasster Fragenkatalog, sowie ein offenes Piratenpad³³⁷, in dem alle Parteimitglieder Fragen formulieren konnten. Hier flossen jedoch nur wenige Fragen ein, die allermeisten ohne Relevanz für diese Arbeit. Der Autor hat die statistischen Auswertungen nicht überprüft und weist insbesondere darauf hin, dass bei den Kreuztabellen keine Signifikanztests durchgeführt wurden.

Den Entwurf der Umfrage hat sich der Autor im Lichte dieser Magisterarbeit durchgeführt.

7.2.) Die November-Umfrage

Vorab: Wie eingangs bereits erwähnt, hat die Umfrage einen starken Bias. Erfasst wurde vor allen Dingen der „aktive Kern“ der Partei, wie sich an einigen Indikatoren ablesen lässt.

- 41,5 Prozent gab an, beim BPT in Chemnitz vor Ort gewesen zu sein.
- 75,1 Prozent stuften sich als „aktives“, 24,9 Prozent als „passives“ Mitglied ein.
- 27 Prozent der Teilnehmer gaben an, ein Amt in der Partei inne zu haben.
- 46,9 Prozent gaben an, schon einmal einen Antrag beim Parteivorstand oder beim BPT eingebracht zu haben.
- 84,9 Prozent der Teilnehmer gab an, sich für LQFB registriert zu haben. (Zur Erinnerung: Bezogen auf die gesamte Partei liegt diese Quote bei etwa 30 Prozent.)
- Auch die Aktivität der Umfrageteilnehmer in LQFB wurde zur Kontrolle abgefragt. (Vergleiche Abbildung 7.2-1). In der Umfrage schätzt ein Großteil der Teilnehmer Ihre Nutzung von LQFB eher als selten bis sehr selten ein.³⁴²

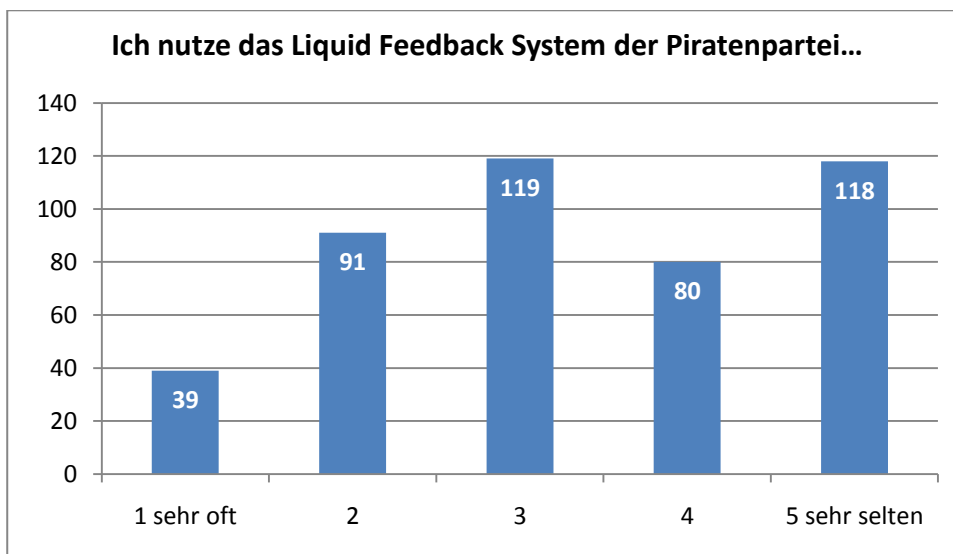


Abbildung 7.2-1

Der in dieser Umfrage erfasste „aktive Kern“ kann nicht künstlich herausgerechnet werden, schon allein deshalb nicht, weil keine „Normalwerte“ für die Partei bekannt sind. Dennoch sollte dies bei der Beurteilung berücksichtigt werden.

Und zur zeitlichen Dimension: Die Umfrage fand vier Monate nach der Einführung von LQFB statt. Bis dahin fand in der Software eine hohe Beteiligung statt.

³³⁷ Vgl. Piratenpad, *Fragen an die Statistik*, <http://piratenpad.de/FragenAnDieStatistik> abrufbar. Alle Variablen wurden nach Abschluss der Umfrage ebenfalls veröffentlicht: Piratenpad, *Variablen*, <http://piratenpad.de/variablen>.

³⁴² Die genaueren Zahlen ergeben sich aus dem Abschnitt Statistik. Diese Abfrage dient nur als Kontrolle. Es zeigt sich, dass sowohl sehr aktive, als auch sehr inaktive Liquid Feedback Nutzer in der Umfrage vertreten sind.

Alle Diagramme stellen in der vertikalen Y-Achse die absolute Anzahl der Umfrageteilnehmer dar. Achtung - die vertikale Achse nimmt von Frage zu Frage unterschiedliche Höhen an.

7.2.1.) Die Ergebnisse der Umfrage

Erste Frage: Wie hoch ist generell das Interesse an einer an Mitbestimmung? Abbildung 7.2-2 bestätigt ein hohes Interesse an einer maximalen Mitbestimmung.

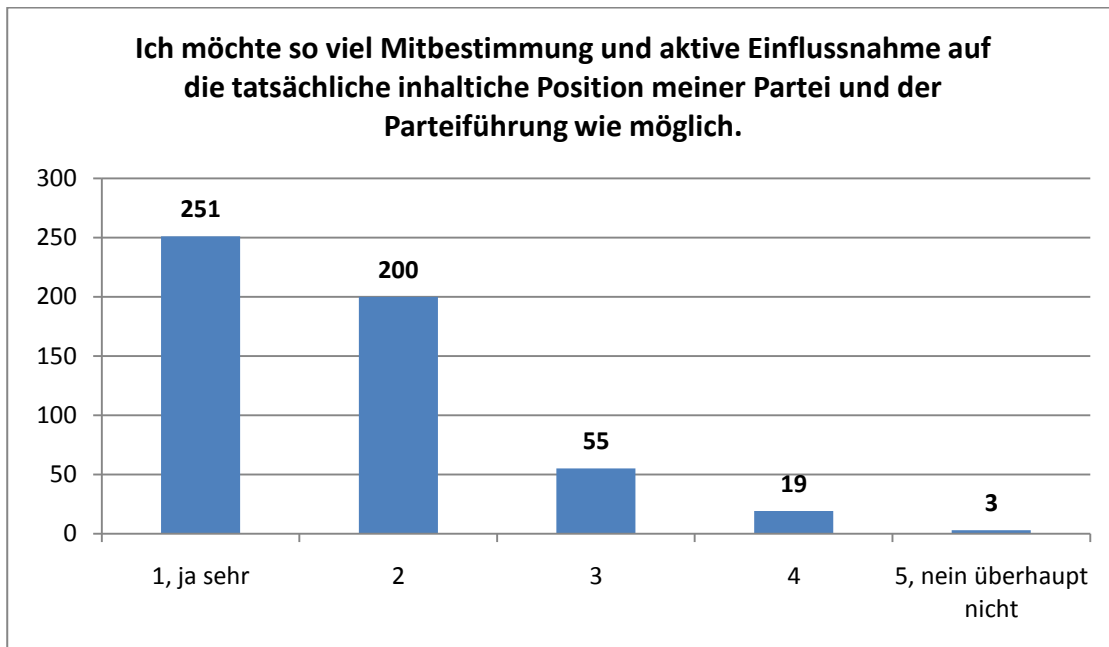


Abbildung 7.2-2

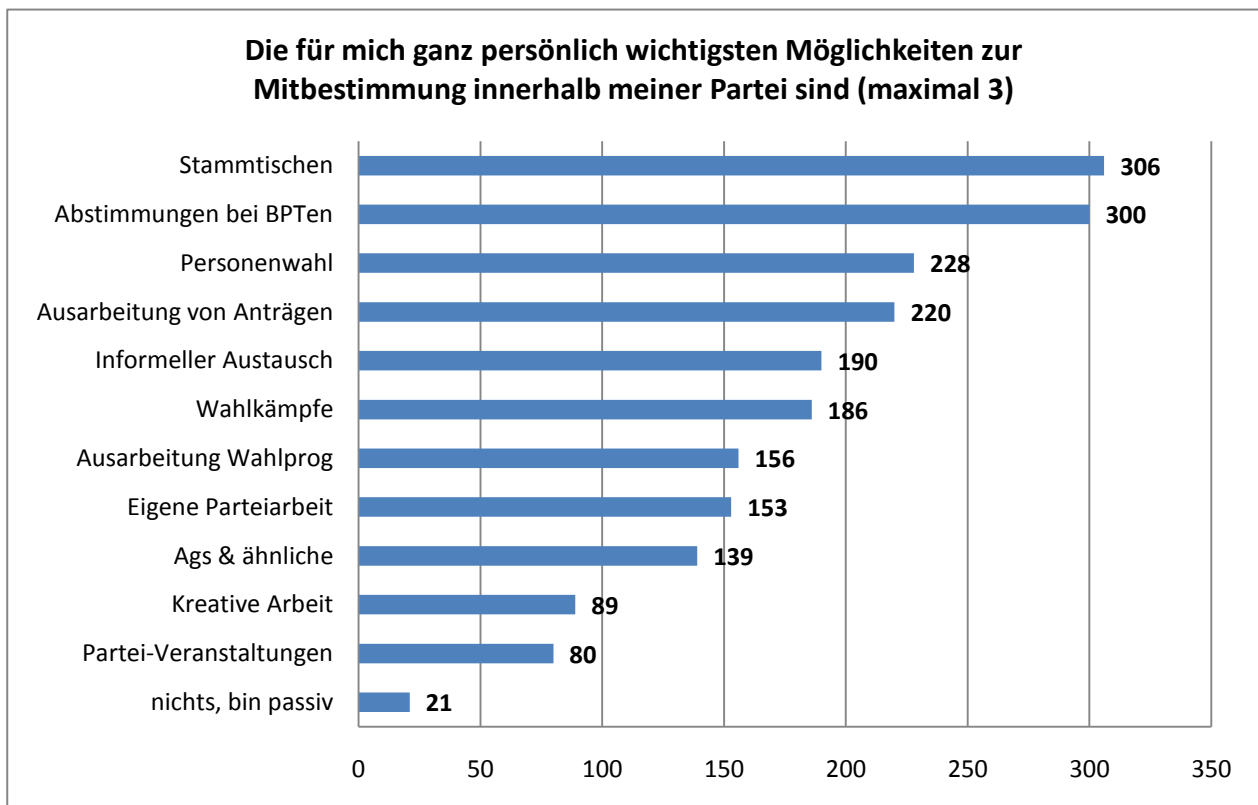


Abbildung 7.2-3

Was unter „Mitbestimmung“ und „aktiver Einflussnahme“ im Parteileben zu verstehen ist, kann jedoch vielfältig und unterschiedlich sein. In LQFB geht es um die konkrete inhaltliche Ausarbeitung von Positionen-

papieren, Wahl- und Grundsatzprogrammen. Doch ist dies auch das Hauptinteresse der Mitglieder der Piratenpartei, wenn es um Beteiligung geht? Welches sind die wichtigsten Formen der Beteiligung, stand hinter der Frage (Abbildung 7.2-3).

(Statistikinfo: Die in der Abbildung verwendeten Antwortmöglichkeiten sind abgekürzt. Die vollständigen Antwortitems standen im Volltext auf dem Fragebogen in folgender Reihenfolge:

- Durch Personenwahlen, etwa von Parteivorständen, Delegierten, AG-Vorsitzenden etc.
- Abstimmung über inhaltliche Anträge bei Parteitag
- Ausarbeitung von inhaltlichen Anträgen vor Parteitag (z. B. durch LQFB)
- Teilnahme an Wahlkämpfen
- Inhaltliche Ausarbeitung von Wahlprogrammen
- Regelmäßige Mitarbeit und Diskussion in Parteiarbeitsgruppen und -Ausschüssen
- Die eigene tägliche Parteiarbeit
- Teilnahme an Stammtischen oder Parteitreffen vor Ort
- Teilnahme oder Organisation von öffentlichen Debatten oder Veranstaltungen
- Die kreative Arbeit an Zeitungen, Webseiten, Videos, Wahlplakaten, Handzetteln etc.
- Der informelle Austausch und die Diskussion mit Freunden und Netzwerkern in der Partei
- Organisation oder Teilnahme an thematischen parteiinternen Veranstaltungen wie Seminaren u.Ä.
- Nichts von alledem. Ich bin ein passives Mitglied.)

Abbildung 7.2 zeigt sich, dass selbst im hier befragten „aktiven Kern“ der Partei die *Ausarbeitung* von Anträgen erst an vierter Stelle steht. Hingegen haben die wirkmächtigen *Abstimmungen* auf BPTen oder die Personenwahlen zweite, beziehungsweise dritte Priorität. Noch weiter abgeschlagen ist die *Ausarbeitung* von Wahlprogrammen, die 158 Personen zu ihren drei Favoriten zählen. Möglicherweise lässt sich aus diesem Punkt ableiten, dass diejenigen Instrumente, bei denen sich tatsächliche Macht artikuliert – in diesem Fall Abstimmungen – als wichtiger empfunden werden. Da LQFB bisher in der Partei keine verankerte Machtposition hat, könnte dies ein Teil des Desinteresses nach dem Parteitag in Chemnitz erklären.

Dass den Stammtischen der höchste Einfluss für die „Mitbestimmung innerhalb meiner Partei“ eingeräumt wird, überrascht. Allerdings erfüllen Parteien verschiedene Funktionen und werden auch aus verschiedenen Gründen aufgesucht. Soziale Kontakte sind für die Parteienforschung kein neues Motiv.

Dennoch zeigt sich insgesamt, dass der inhaltlichen Mitbestimmung – egal ob bei der Ausarbeitung der Anträge, der Wahl der Personen oder der eigentlichen Abstimmung – ein hoher Wert eingeräumt wird. Dieser steht deutlich vor sonstiger Mitarbeit in der Partei, etwa Wahlkämpfen oder der Kreativarbeit.

7.2.2.) *Zufriedenheit mit innerparteilicher Demokratie*

Wie sieht es nun im Folgenden mit der Zufriedenheit über die Einflussmöglichkeiten aus? Dazu sah die Umfrage verschiedene Items vor, die unterschiedliche Aspekte der Zufriedenheit abprüfte.

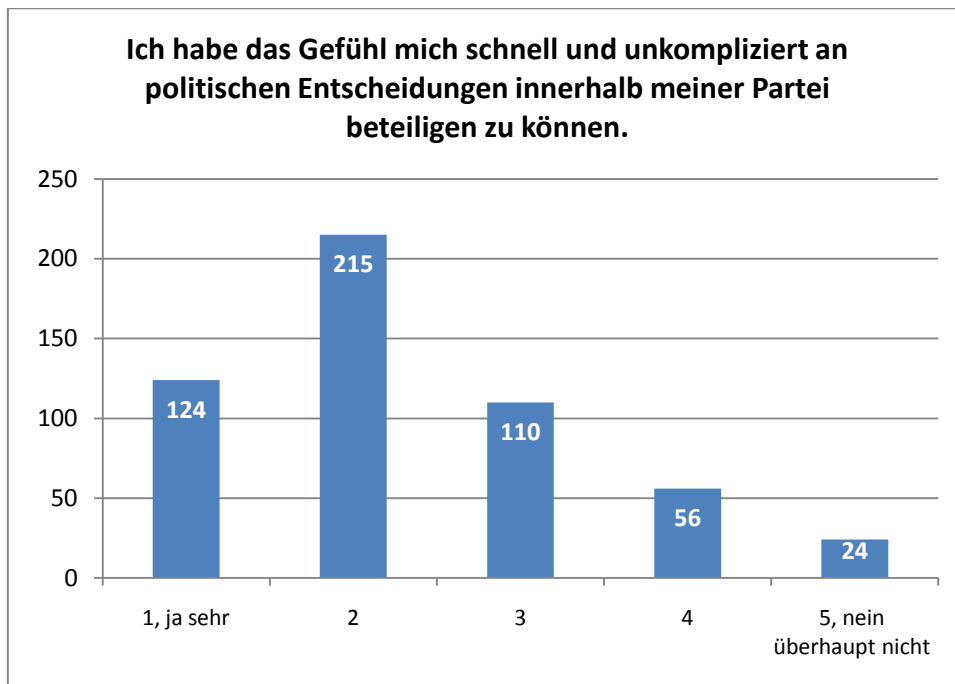


Abbildung 7.2-4 – Die Parteimitglieder haben das Gefühl sich schnell und unkompliziert beteiligen zu können.

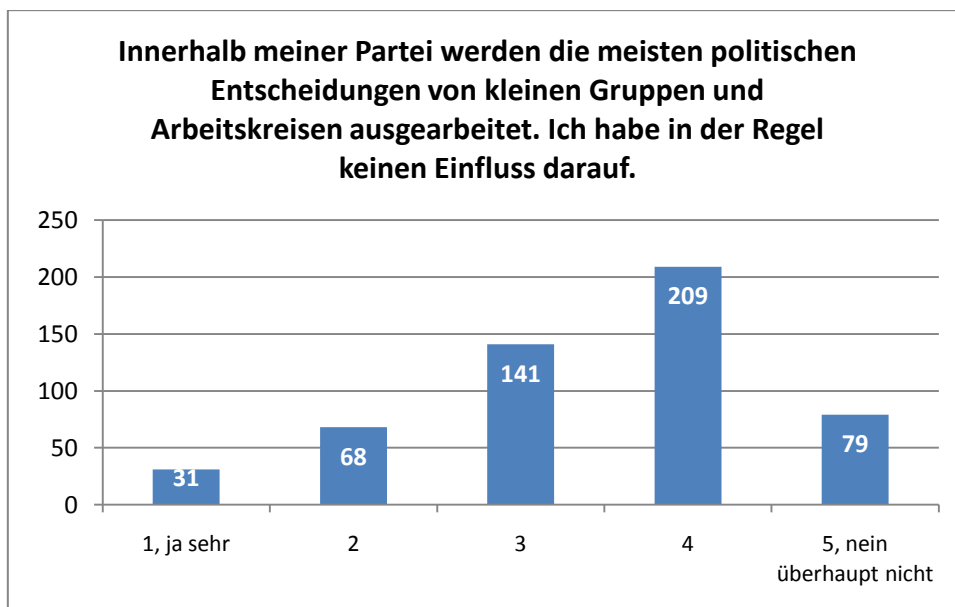


Abbildung 7.2-5 – Und auch das Gefühl quasi machtlos gegenüber einflussreichen Gruppen zu stehen, wird nicht geteilt.

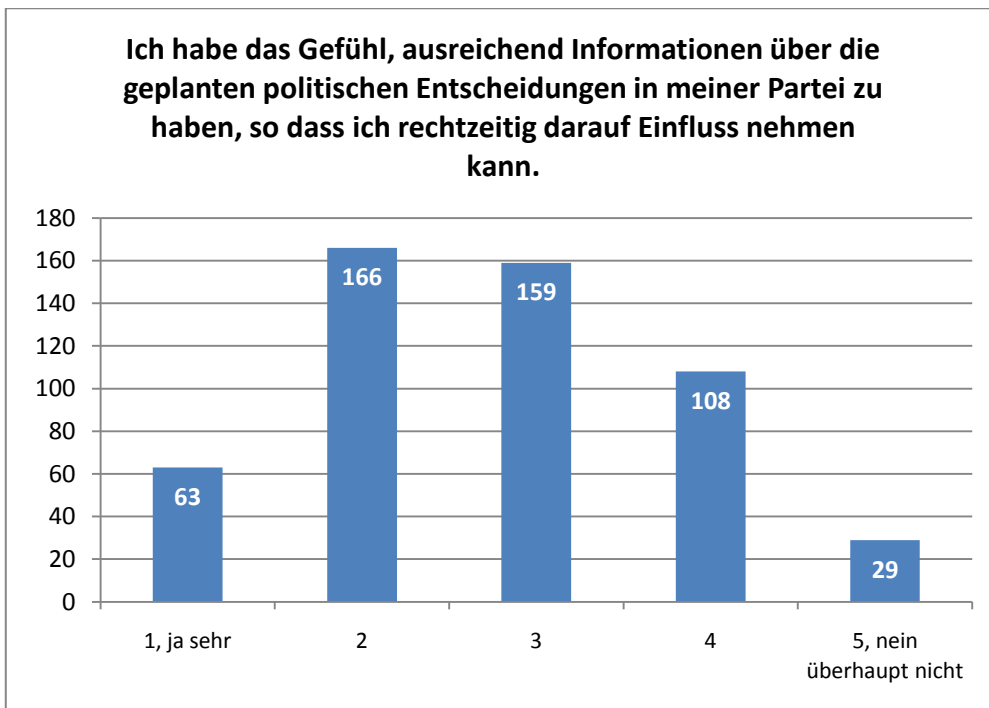


Abbildung 7.2-6 – Nur leicht positiv fällt das Urteil über die Informationsübersicht aus, welche die Voraussetzung dafür ist, um sich einzumischen.

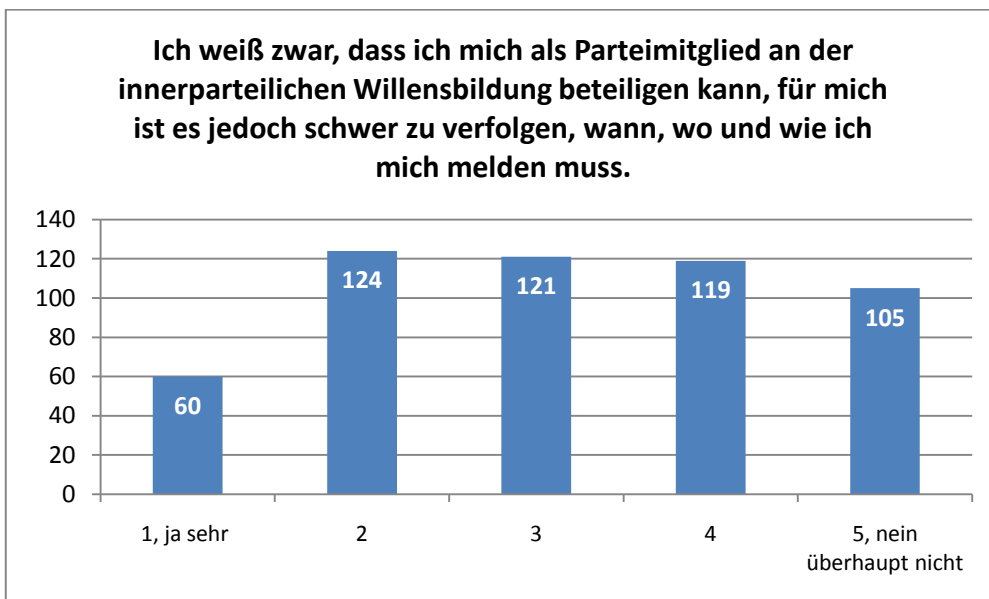


Abbildung 7.2-7 --

Uneinheitlich ist das Meinungsbild zur Übersichtlichkeit der Beteiligungsmöglichkeiten. Immerhin 180 Teilnehmer haben ein wenig oder stark die Übersicht verloren. Allerdings ist die Frage insofern problematisch, da sie eine Behauptung formuliert „Ich weiß, dass ich mich als Parteimitglied ... beteiligen kann“, der nicht jeder zustimmt (siehe oben). Ein Teil der Nein-Stimmen ist möglicherweise als Widerspruch zu dieser Behauptung zu verstehen.

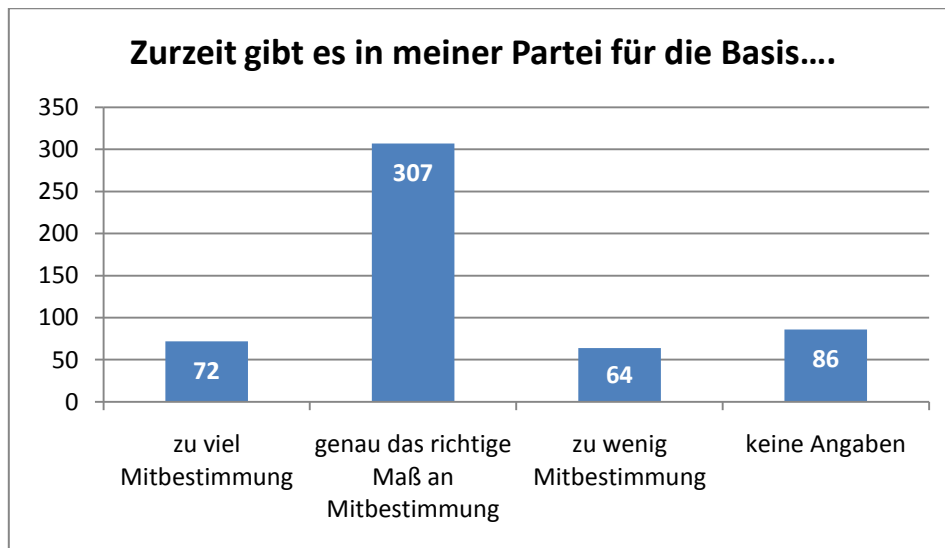


Abbildung 7.2-8 -- Der Großteil der Teilnehmer hält das Mitbestimmungsniveau zum Zeitpunkt der Umfrage für „genau das richtige Maß“.

Ergebnis: Die Summe dieser Ergebnisse legt nahe, dass die Parteimitglieder insgesamt mit den Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Partei zufrieden sind. Abstriche gibt es lediglich in der Unübersichtlichkeit, bei den Informationen über Mitbestimmung und bei den verwendeten Instrumenten.

7.2.3.) Zufriedenheit mit Liquid Feedback

Doch bedeutet das eine Zufriedenheit mit LQFB? Die oben genannten Fragen beantworten lediglich die Zufriedenheit der Partei mit der innerparteilichen Demokratie insgesamt.³⁴³ Deshalb folgten in der Umfrage Fragen, die sich explizit auf LQFB bezogen.

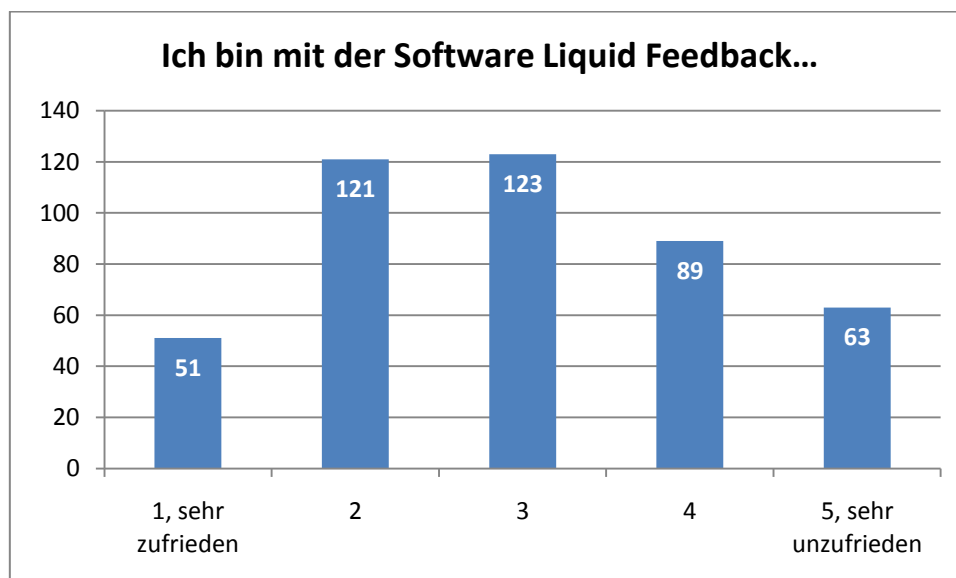


Abbildung 7.2-9 – leicht positives Ergebnis

Da sich die Frage direkt auf die Software bezieht, wurden in dieser Frage nur diejenigen berücksichtigt, die

³⁴³ Die Formulierung dieser Fragen haben auch forschungstechnische Hintergründe. Zu Beginn der Arbeit bestand noch die Überlegung, die Fragen des ersten Abschnitts auch in anderen Parteien zu stellen. Jedoch wurde der Aufwand für eine parteiübergreifende Studie (und die Durchführung repräsentativer Umfragen in solchen Parteien) gemeinsam mit dem beratenden Professor als zu hoch für eine Masterarbeit eingestuft und die Idee damit verworfen.

angaben, sich für LQFB registriert zu haben. Die Software LQFB wird – nicht nur in dieser Umfrage – häufig kritisiert. Sie befindet sich seit ihrer Einführung in einem Beta-Stadium. Insbesondere das Userinterface wirkt unfertig und erinnert in seiner schlichten Tabellenform an einen unverputzten Beton-Rohbau.

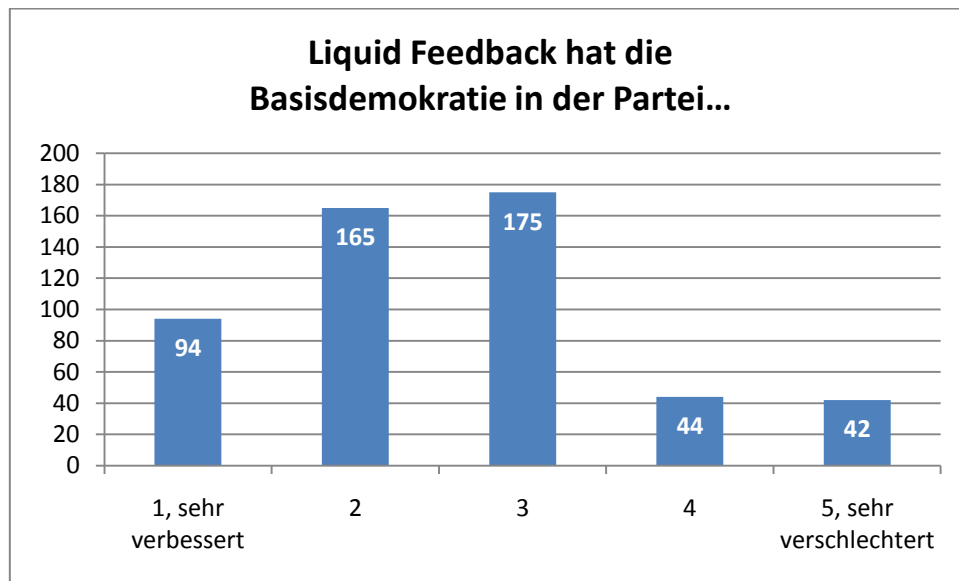


Abbildung 7.2-10

Die Frage, ob LQFB die Basisdemokratie eher verbessert oder verschlechtert hat, wurde wieder allen Teilnehmern der Umfrage gestellt. Rund 260 Teilnehmer sind davon überzeugt, dass LQFB die Basisdemokratie in der Piratenpartei etwas oder sogar sehr verbessert hat. 86 Umfrageteilnehmer behaupten das Gegenteil und 175 können sich nicht entscheiden.

Dies bestätigt zwar nicht, dass die oben genannten positiven Werte auf die Einführung von LQFB zurück zu führen sind, zumindest steht es aber auch nicht im Widerspruch dazu.

7.2.4.) Die Kritik an Liquid Feedback

Ebenfalls Teil der Umfrage war eine erste Frage zur Kritik an LQFB, siehe Abbildung 7.2-11.

(Statistikinfo: Die Ablehnungsgründe im Diagramm sind abgekürzt. Hier die vollständige Liste der Antwortmöglichkeiten in der Reihenfolge des Fragebogens:

- Mich stört das Risiko, dass meine politischen Meinungen und Abstimmungen öffentlich werden könnten.
- Ich möchte in der Piratenpartei als Privatperson handeln und nicht als transparenter "Politiker".
- LF ist mir zu kompliziert.
- LF ist mir zu zeitaufwendig.
- Ich habe kein oder nur selten Internet.
- Die Transparenz von LF kommt für mich einer Abschaffung des Wahlgeheimnisses gleich.
- Die Transparenz von LF könnte mich bei bestimmten Abstimmungen unter sozialen Druck setzen.
- Der Datenbankteil, über den mein Abstimmungsverhalten unter Umständen reproduzierbar ist, wird mir zu selten gelöscht.
- Ich lehne das Delegationsprinzip ab.
- Ich sehe das Risiko, dass, durch die Transparenz der Abstimmung, Leute beginnen Stimmen zu kaufen.
- Ich befürchte, dass Delegationen nach Popularität verteilt werden.
- LF ist mir zu sehr auf Abstimmungen und die Macht der Mehrheit ausgelegt. Konsensdemokratie, Minderheitenschutz und Kompromisse fehlen mir.
- LF ist eine schlechte Umsetzung der sonst guten Idee von Liquid Democracy.
- LF bringt keinen Vorteil, wenn letztlich alles nur Meinungsbilder sind und auf dem Parteitag erneut diskutiert und abgestimmt werden muss.)

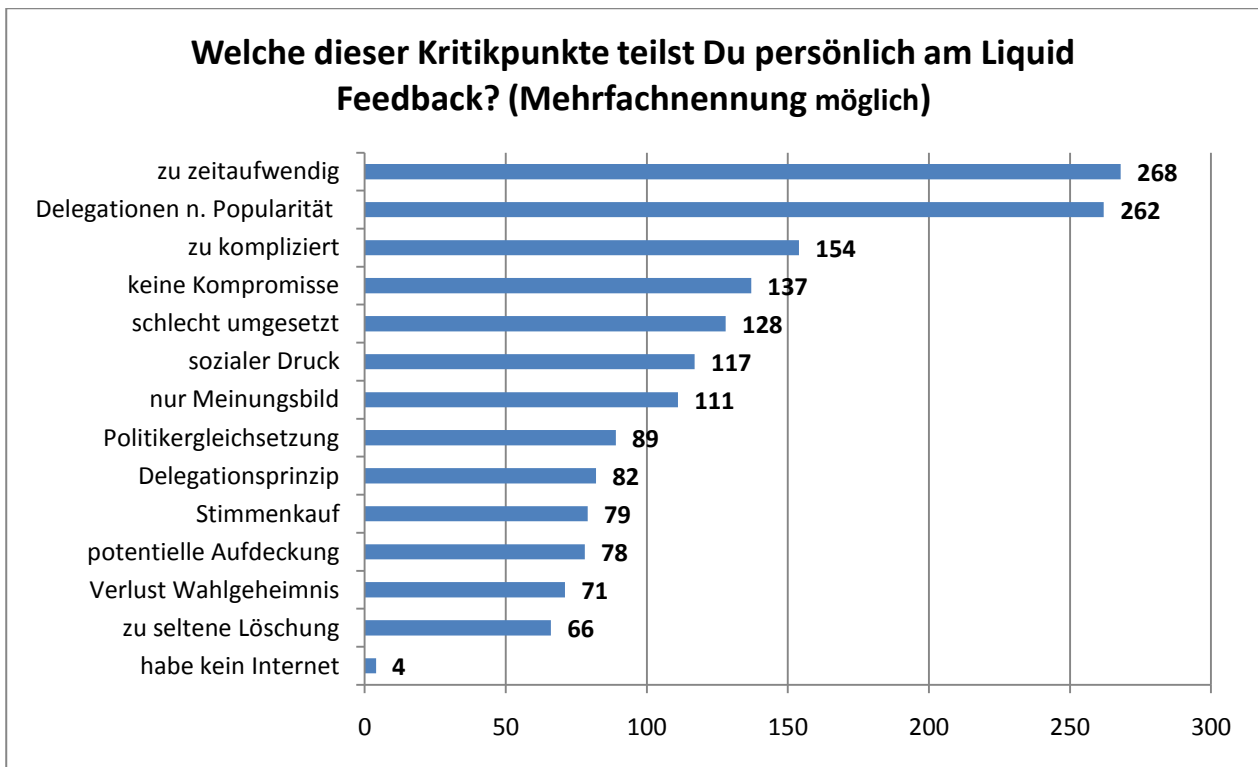


Abbildung 7.2-11

Einschränkend muss hier gesagt werden, dass die Frage für den Umfrageteilnehmer keine Abstufungen zuließ und daher eher ein grobes Maß ist. Es soll hier lediglich einen ersten Überblick verschaffen, welches die Kernpunkte der Kritik sind.

Was lässt sich aus den Antworten herauslesen? Zunächst ist erstaunlich, dass sämtliche Punkte, in denen es um die Transparenz der Abstimmungsergebnisse geht (von den Kritikern auch als „fehlender Datenschutz“ bezeichnet), die im BuVo der Piratenpartei besonders intensiv diskutiert wurden, hier nur von wenigen als problematisch eingestuft werden. Dazu gehören die Optionen „sozialer Druck“, „Stimmenkauf“, „potentielle Aufdeckung“, „Politikergleichsetzung“, „zu seltene Löschung“ und „Verlust Wahlgeheimnis“.

Stattdessen sind Kritikpunkte, die sich letztlich mehr oder weniger direkt an die Software wenden, dominant: LQFB sei zu zeitaufwendig und zu kompliziert. Dies bestätigt auch die Auswertung des Freitextfeldes.³⁴⁴ Der Freitext stand unmittelbar unterhalb der Frage mit dem Text: „Darüber hinaus stört mich an LQFB: - Bitte in kurzen Stichworten“. Die mit 38 Kommentaren häufigste Beschwerde dreht sich um das Design & die Bedienbarkeit des Programms. Mangels dieser empfinden viele das Programm als sehr kompliziert. In der zweitgrößten Rubrik „Anregungen und konstruktive Kritik“ schlagen die Umfrageteilnehmer mehr Filter und Übersichtsseiten vor. Fünfmal taucht der Wunsch nach Benachrichtigungen auf, um so auf Abstimmungen, Anregungen oder Veränderungen bei unterstützten Anträgen hingewiesen zu werden. Zurzeit erfordert LQFB, dass sich das Parteimitglied selbst quasi täglich einloggt, um zu prüfen, ob eine Abstimmung läuft oder ob es eine neue Anregung zu seiner Initiative gibt. Das tägliche Einloggen wird jedoch als sehr zeitaufwendig empfunden.

³⁴⁴ Eine ausführliche Analyse findet sich online: Jabbusch, Sebastian, *Schriftliche Kritik der Piraten an Liquid Feedback*, 2011, <http://goo.gl/TRtM3>.

Neben der Software sind jedoch auch Delegationen für die Teilnehmer der Umfrage ein Problem. Immerhin 262 Umfrageteilnehmer fürchten, dass „Delegationen nach Popularität“ verteilt werden könnten. Dies könnte jedoch ebenfalls an einem Mangel in der Softwareumsetzung liegen. Bisher sieht die Plattform z. B. noch keine Möglichkeit vor, dass sich Nutzer innerhalb der Software für Delegationen bewerben können. Möglich wäre dies auf speziellen Vorstellungsseiten – je nach Themengebiet. Dies würde es auch unbekanntem oder anonymen Parteimitgliedern ermöglichen auf sich aufmerksam zu machen. Im jetzigen Zustand sind es jedoch tatsächlich häufig die eher prominenten Parteimitglieder, die viele Delegationen auf sich vereinen.

Das „Delegationsprinzip an sich“ lehnen nur 79 Umfrageteilnehmer grundsätzlich ab. Immerhin 25 Umfrageteilnehmer griffen das Thema Delegationen nochmals in dem Freitextfeld auf.

Die Kritikpunkte aus dem Freitextfeld in der Übersicht:

- Design & Usability (38)
- Was man verbessern sollte / was fehlt / konstruktive Kritik (26)
- Persönliche Kritik / Diffamierungen / allgemeines Misstrauen (20)
- Fehlende Debatte / Diskussions-Funktion in LQFB (20)
- Diverse Kritik an der Konzeption (17)
- Antragsflut / Zeitaufwand (15)
- Positives Feedback / Lob (14)
- Qualität der Anträge (10)
- Zu wenig Datenschutz (10)
- Probleme bei der Einführung von LQFB (7)
- Zu wenige Leute nehmen teil (7)
- LQFB wird überbewertet (7)
- Sonstiges / Allgemeines (6)
- Zu viel Datenschutz (4)
- Die Programmiersprache der Software (3)

7.2.5.) Was bestimmt die hohe Zufriedenheit?

Im nächsten Schritt sollen die Daten daraufhin untersucht werden, ob sich weitere Erkenntnisse über Zusammenhänge gewinnen lassen. Insbesondere geht es darum, ob es Muster gibt, die die Zufriedenheit beziehungsweise Unzufriedenheit mit der innerparteilichen Demokratie erklären können.

Um solche Zusammenhänge nicht von einer einzelnen Variable abhängig zu machen, wurde ein Index gebildet, der mehreren Variablen verbindet (der Zufriedenheits-Index, „zIndex“). Dies soll die Varianz erweitern und somit deutlicher aufzeigen welche Faktoren die Un- / Zufriedenheit erklären können. Die einzelnen Variablen sind:

- „Ich habe das Gefühl, mich schnell und unkompliziert an politischen Entscheidungen innerhalb meiner Partei beteiligen zu können.“ (vlp2)
- „Im Ganzen bin ich mit den Möglichkeiten, die mir meine Partei zur Mitgestaltung der Parteiausrichtung bietet, zufrieden.“ (vlp6)
- „Zurzeit gibt es in meiner Partei für die Basis... (zu viel / genau das richtige Maß / zu wenig) Mitbestimmung“ (vE3_ZMitb) [„Genau das richtige Maß“ wurde in „zufrieden“ umcodiert. „Zu viel“ und „zu wenig“ wurden als „unzufrieden“ umcodiert.]
- „Liquid Feedback hat die Basisdemokratie in der Partei... verbessert/verschlechtert“ (vBasisdem).

Voraussetzung für die Indexbildung ist eine hohe Korrelation unter den Variablen, die vorliegt. Das Cronbachs-alpha beträgt 0,703. Werte zwischen 0,5 und 0,8 gelten als gute Werte für die Items eines Index.

Der Index bildet sich nach folgender Formel: $ZIndex = ((5 - vIpD2) * ,25) + ((5 - vIpD6) * ,25) + ((5 - vBasisdem) * ,25) + ((2 - vE3_ZMitb) * ,25)$. Dies bedeutet also, dass alle vier Werte gleichgewichtet eingehen. Durch die verschiedenen Varianzen innerhalb der Variablen liegt ein starkes Gewicht auf der vE3_ZMitb. Ein Wert von 1 bedeutet perfekte Zufriedenheit, ein Wert von 0 komplette Unzufriedenheit.

Um zu bestimmen, welche Faktoren die Zufriedenheit des zIndex beeinflussten, wurde der zIndex mit zahlreichen unabhängigen Variablen korreliert. Die zeigten jedoch keine oder keine signifikanten Zusammenhänge. Dazu gehörten:

- Geschlecht
- Aktive / passive Mitglieder
- Anwesenheit beim BPT
- Länge der Mitgliedschaft in der Partei
- Mitglieder, denen Mitbestimmung wichtig / unwichtig ist
- Abstimmung über inhaltliche Anträge bei Parteitagen ja / nein

Einen guten, hochsignifikanten Zusammenhang zeigte der Index jedoch mit diesen Frageitems (ab 0,3 spricht man von einem schwachen, ab 0,5 von einem mittlerem und ab einem 0,7 von einem hohen Zusammenhang³⁴⁵):

- „Ich habe das Gefühl ausreichend Informationen über die geplanten politischen Entscheidungen in meiner Partei zu haben, so dass ich rechtzeitig darauf Einfluss nehmen kann.“ (Spearman-Rho Korrelationskoeffizient: -0,483, Signifikanz: 0,01, N=428)

Ergebnis: Je eher die Parteimitglieder das Gefühl haben, informiert zu sein, desto zufriedener sind sie mit der innerparteilichen Demokratie.

- „Ich weiß zwar, dass ich mich als Parteimitglied an der innerparteilichen Willensbildung beteiligen kann, für mich ist es jedoch schwer zu verfolgen, wann, wo und wie ich mich melden muss.“ (Spearman-Rho Korrelationskoeffizient: 0,352, Signifikanz: 0,00, N=431)

Ergebnis: Je mehr Übersicht die Mitglieder (glauben zu) haben, desto zufriedener sind sie mit der innerparteilichen Demokratie.

- „Ich nutze das Liquid Feedback System der Piratenpartei...“ (1 = Sehr oft bis 5 = sehr selten) (Spearman-Rho Korrelationskoeffizient: -0,27, Signifikanz: 0,00, N= 431)

Ergebnis: Diejenigen, die LQFB häufiger nutzen, sind mit der innerparteilichen Demokratie zufriedener.

Besonders interessant waren auch zwei Korrelationen, die sich auf die Frage beziehen:

- „Die für mich ganz persönlich wichtigsten Möglichkeiten zur Mitbestimmung innerhalb meiner Partei (maximal 3).“

Hier gab es unter anderem die folgenden zwei Antwortmöglichkeiten:

- Ausarbeitung von Anträgen
- Abstimmungen bei BPTen

³⁴⁵ Janssen, Jürgen, *Statistische Datenanalyse mit SPSS für Windows*, Berlin, 2007, S. 399.

Vergleicht man nun wie sich Personen entschieden haben, die das eine bzw. die andere Option angekreuzt haben, ergeben sich folgende Unterschiede:

		"Liquid Feedback" hat die Basisdemokratie in der Partei...				
		(sehr verbessert)	2	3	4	5 (sehr verschlechtert)
		1				
Ausarbeitung von inhaltlichen Anträgen vor Parteitag	nein	30	85	126	34	29
	%	9,9%	28,0%	41,4%	11,2%	9,5%
	ja	64	80	49	10	13
	%	29,6%	37,0%	22,7%	4,6%	6,0%
Abstimmung über inhaltliche Anträge bei Parteitag	Nein	42	72	85	13	16
	%	18,4%	31,6%	37,3%	5,7%	7,0%
	ja	52	93	90	31	26
	%	17,8%	31,8%	30,8%	10,6%	8,9%

Diejenigen Parteimitglieder, die ankreuzten dass die „Ausarbeitung von inhaltlichen Anträgen“ ihnen wichtig ist, haben positiveres Bekenntnis zu „Liquid Feedback hat die Basisdemokratie in der Partei [verbessert]“. Der Mann-Withney-U-Test bestätigt, dass es signifikanten Unterschied (0,00) in der Bewertung der Basisdemokratie innerhalb dieser Gruppen gibt.

Bei den Mitgliedern, die „Abstimmungen“ zu Ihren Prioritäten zählen, gibt es einen solchen Zusammenhang nicht, beziehungsweise ist nicht ausgeprägt genug (Mann-Withney-U-Test bei 0,45)

Ergebnis: Das bedeutet, dass diejenigen Parteimitglieder, die sich für die Ausarbeitung von Anträgen interessieren LQFB durchschnittlich als eine Stärkung der Basisdemokratie empfinden. Das Präferenz „Abstimmen“ hat einen solchen Zusammenhang nicht.

7.2.6.) Zwischenfazit

Nach den ersten vier Monaten mit LQFB war die Zufriedenheit sowohl mit der innerparteilichen Demokratie als auch mit LQFB gut. Besonders bei denjenigen, die sowohl Überblick über die Abstimmungen, als auch über die Tools empfanden. Viel Kritik gab es am Zustand der Software.

Mangelnder „Datenschutz“, beziehungsweise die Zugänglichkeit aller Abstimmungsergebnisse löste keine großen Ängste aus. Der Kritikpunkt Delegationen konnte in der ersten Umfrage jedoch nicht abschließend geklärt werden. Waren die Bedenken hier grundsätzlich hoch, oder versteckte sich hinter dem Kritikpunkt eine Kritik an der jetzigen Softwareumsetzung?

Unzufrieden mit der innerparteilichen Demokratie sind vor allem die Mitglieder, die im Kommunikations- und Beteiligungs-Chaos die Übersicht verlieren. Die Intensiv-Nutzer von LQFB sind hingegen zufriedener mit der innerparteilichen Demokratie. Besonders zufrieden sind die Mitglieder, die auch tatsächlich an den Inhalten mitwirken und nicht nur abstimmen wollen.

Insgesamt ist das Ergebnis erstaunlich positiv, insbesondere in Anbetracht der kurzen Entwicklungs- und Implementationszeit der Software.

7.3.) Die große Piraten-Umfrage / Die April-Umfrage

Alle Variablen sind online dokumentiert.³⁴⁶ Der ursprüngliche Fragebogen ist nicht mehr online verfügbar.

7.3.1.) Grunddaten

Bei der zweiten Umfrage nahmen 1902 der etwa 11.500 eingeladenen Parteimitglieder teil. Davon füllten 1559 den Umfragebogen vollständig aus. Da der Fragebogen sehr lang war, brachen einige Teilnehmer vorher ab. Die absoluten Teilnehmerzahlen variieren deshalb von Frage zu Frage.

Die insgesamt hohe Teilnahmequote verstärkt die Repräsentativität der Aussagen dieser Umfrage im Vergleich zur November-Umfrage. Aber auch die Methode – die direkte Ansprache aller Parteimitglieder per E-Mail – gewährleistet einen anderen Zugriff auf die Partei, als eine Umfrage auf dem Parteitag, die über soziale Netzwerke verlängert wird. Insbesondere die direkte Ansprache der inaktiven Mitglieder in der Einladungsmail führte hier zu anderen Zahlen.

In der ersten Umfrage stuften sich 24,9 Prozent der Teilnehmer als „passive“ Mitglieder ein. In der zweiten Umfrage wurde die Frage etwas spezifiziert und die Antwortmöglichkeit verbreitert (vgl. Abbildung 7.3-1). Von den 1839 Piraten, die diese Frage beantwortet haben, gaben 33,8 Prozent der Teilnehmer an, in den letzten sechs Monaten überhaupt nicht am Parteileben teilgenommen zu haben. Sie können demnach als „passive“ Mitglieder gelten.

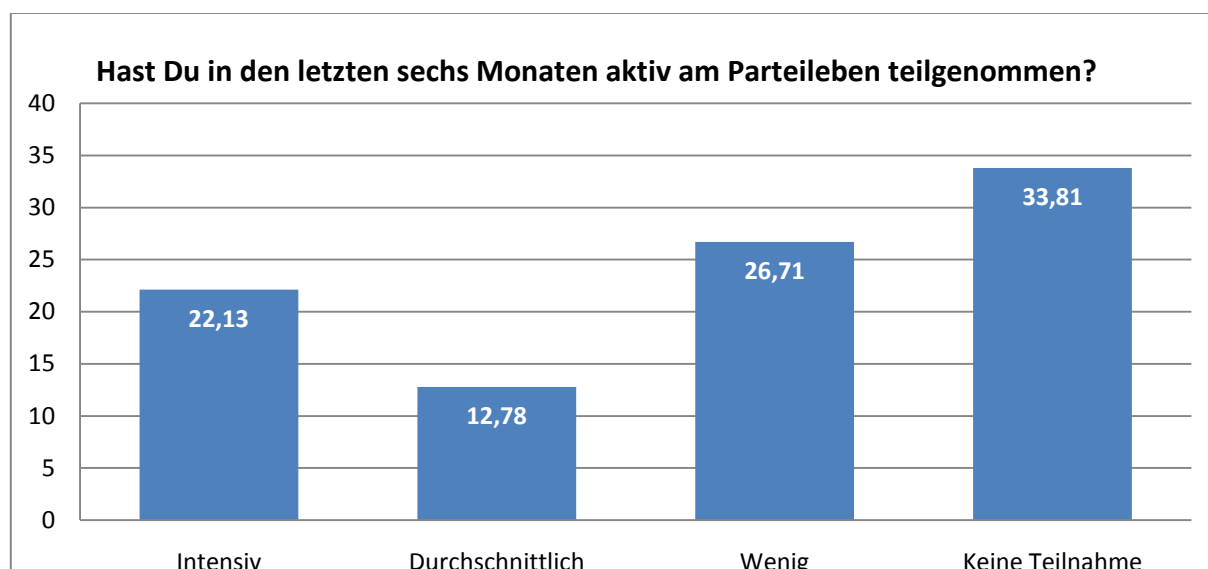


Abbildung 7.3-1

Weitere Vergleichsdaten zur November-Umfrage:

- Amtsinhaber: November: 27 Prozent – Mai: 15 Prozent
- In LQFB registriert: November: 84,9 Prozent – Mai: 63,2 Prozent
- Anträge an BuVo und BPT gestellt: November: 46,9 Prozent – Mai: deutlich niedriger.

Die Mai-Umfrage erreichte also deutlich stärker als die November-Umfrage die Parteibasis. Dass die Umfrage dennoch nicht vollkommen repräsentativ ist, zeigt die Tatsache, dass die Umfrageteilnehmer immer noch doppelt so häufig in LQFB registriert waren (63,2 Prozent), wie der Parteidurchschnitt (30,4 Prozent). Entweder sind also auch in dieser Umfrage die aktiveren Mitglieder überrepräsentiert oder die Piratenpar-

³⁴⁶ Vgl. dazu Piratenpad, *Variablen*, <http://piratenpad.de/variablen>.

tei hat einen gewissen Anteil an vollkommen passiven Mitgliedern (Karteileichen). Der Autor vermutet eine Mischung aus beidem.

7.3.2.) Generelle Beteiligung

Um bewerten zu können, ob die Beteiligung in der Software LQFB groß oder niedrig ist, wurden in der Umfrage verschiedene Aspekte von tatsächlich messbarer Partizipation abgefragt.

(Statistik-Info: Gefragt wurden nur Parteimitglieder, die angaben, „intensiv“, „durchschnittlich“ oder „wenig“ am Parteileben zu partizipieren, also rund 1172 Umfrageteilnehmer. Die 643 Umfrage-Teilnehmer, die angaben, „in den letzten 6 Monaten nicht mehr aktiv“ zu sein, wurden ebenso ausgeschlossen, wie die 24 Teilnehmer, die angaben, nicht mehr Mitglied der Partei zu sein.)

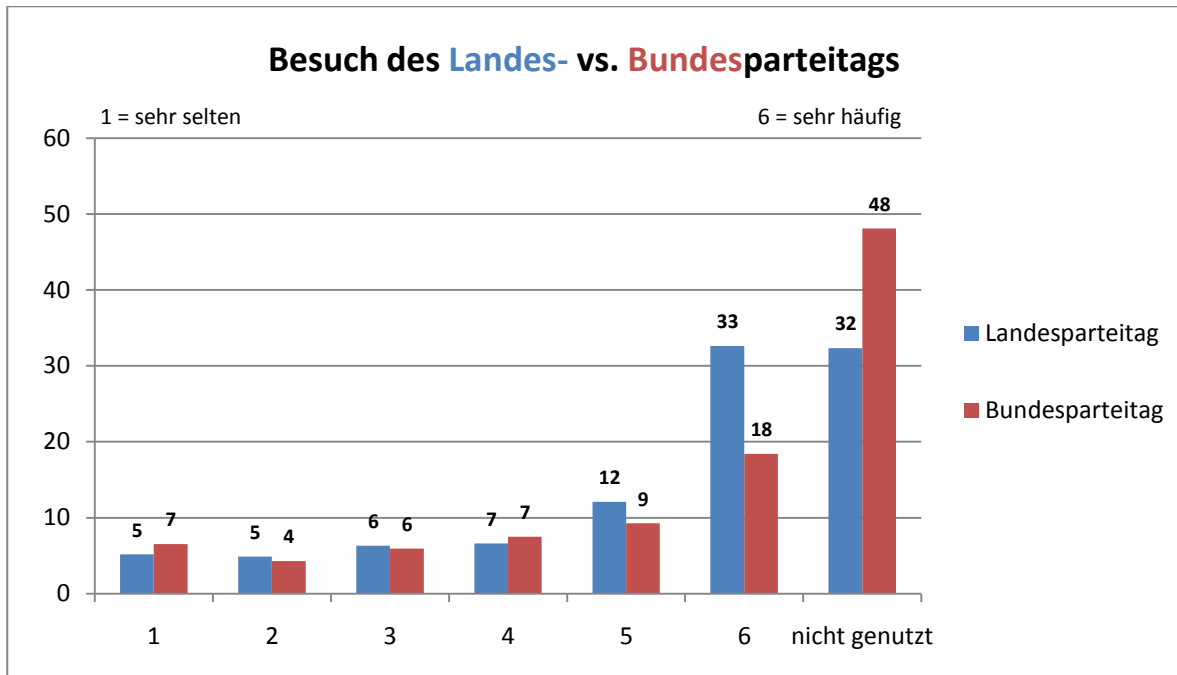


Abbildung 7.3-2 -- N=1027.

Auch die in dieser Umfrage erfassten Parteimitglieder nahmen an BPTen bisher kaum teil. Stattdessen ist die regelmäßige Teilnahme auf Landesparteitagen deutlich höher.

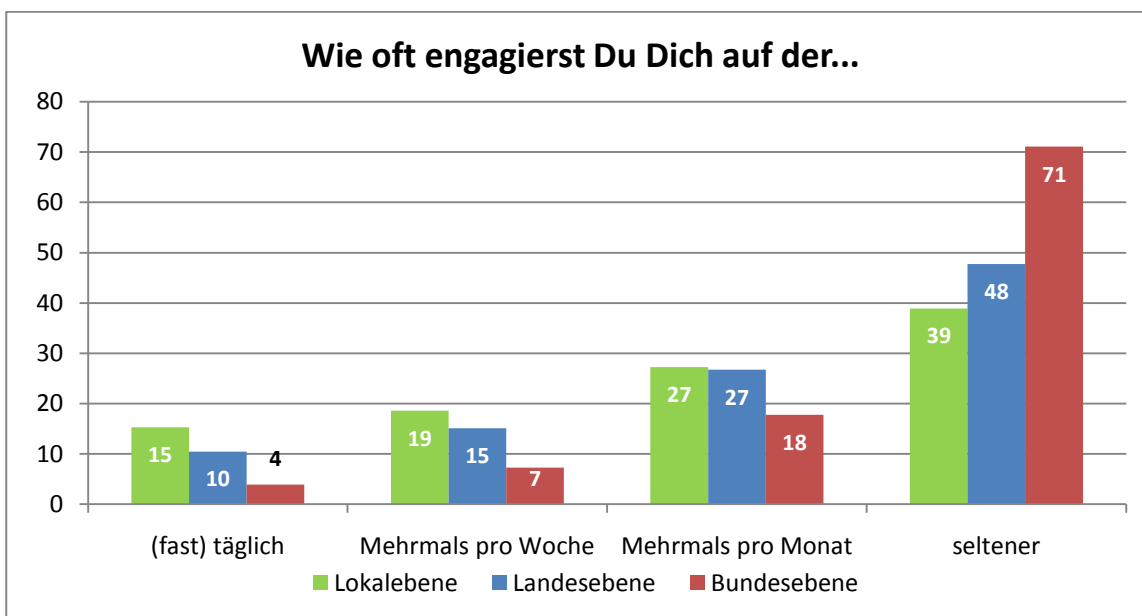


Abbildung 7.3-3

(Statistik-Info: Die drei Ebenen wurden nacheinander abgefragt, wobei zuerst die Bundes-, dann die Landes- und zuletzt die Lokalebene abgefragt wurde. Folgende Definitionen wurden für die drei Ebenen genannt:

Bundesebene: Alle Debatten, Veranstaltungen und Arbeitsgruppen rund um bundespolitische Themen, LQFB und der Bundesvorstand. (N= 1113)

Landesebene: Alle Debatten, AGs, Wahlkämpfe, Veranstaltungen rund um landespolitische Themen, Online-Meinungsfindungstools auf Landesebene und der Landesvorstand. (N= 1108)

Lokalebene: Alle Debatte und jegliches Engagement unterhalb des Landesverbands. Also alle Stammtische und die Teilnahme an lokalen Veranstaltungen der Partei oder im Rahmen der Parteiarbeit. Wenn es in Deinem Land keine Lokalebene gibt, diese Frage überspringen. (N= 1098)

Auch bei dieser Frage ist klar erkennbar, dass nur ein kleiner Teil der Piraten sich auf der Bundesebene der Piratenpartei einbringt. Stattdessen engagieren sich viele auf Lokal- und Landesebene. 71,1 Prozent aller Mitglieder geben an, sich auf Bundesebene „seltener“ als einmal monatlich zu engagieren.

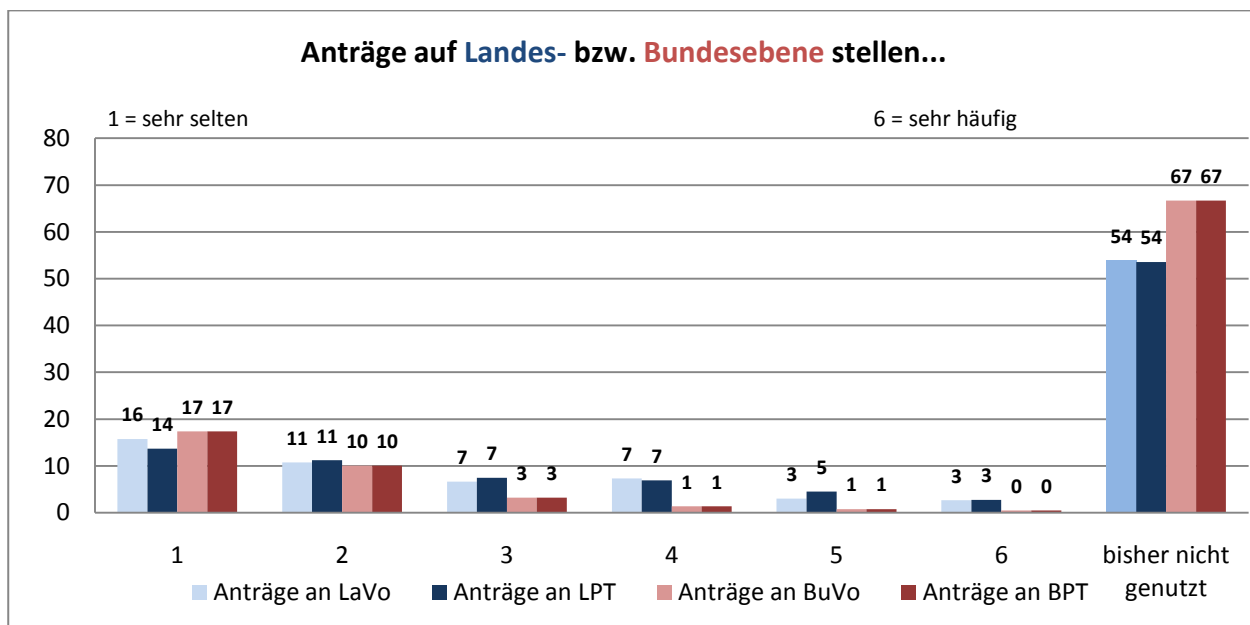


Abbildung 7.3-4 – N = 1018 bis 1024.

Auch Anträge beim Landesparteitag und an den Landesvorstand werden häufiger gestellt als an den BuVo bzw. beim BPT.

Unabhängig von der Unterscheidung zwischen Bund- und Landesebene: Die größte Gruppe der Parteimitglieder macht auf beiden Ebenen von Ihrem Antragsrecht nur sehr selten oder gar keinen Gebrauch.

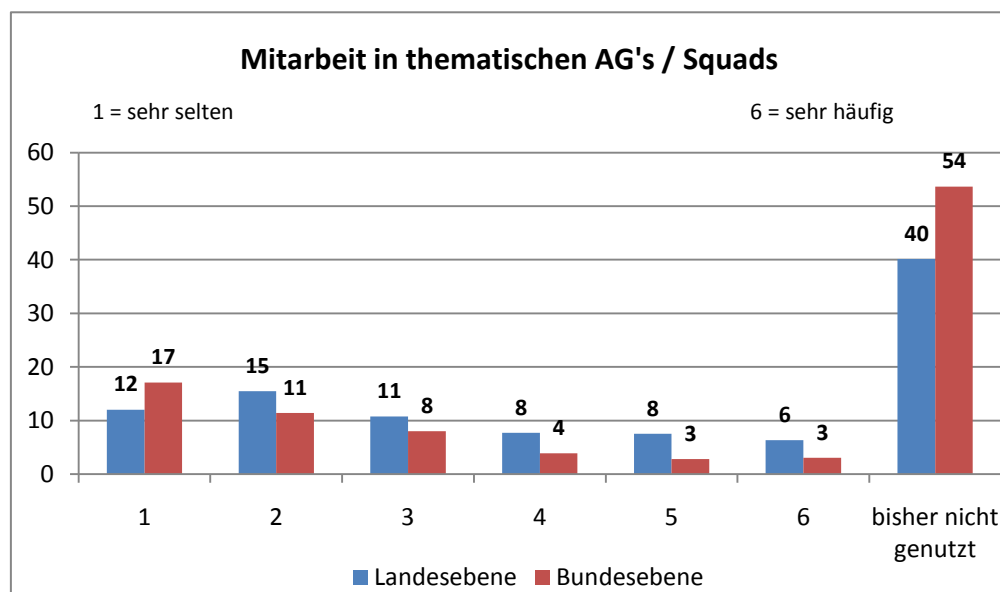


Abbildung 7.3-5 – N = 1022.

Und auch die Mitarbeit in thematischen AGs ist auf Landesebene deutlich häufiger als auf Bundesebene. Vor allem fällt jedoch deutlich auf, dass die meisten Piraten – ähnlich wie bei Anträgen – auf gar keiner Ebene inhaltliche Arbeit betreiben.

Zwischenfazit:

Wie überall – in Kirchen, Verbänden, Vereinen, Parteien – engagieren sich auch in der Piratenpartei nur sehr wenige Parteimitglieder an der mühevollen, inhaltlichen Arbeit. Es sind wenige Engagierte, die zu Parteitagen fahren, in AGs mitarbeiten, Anträge formulieren oder sich in sonstigen Formen „konstruktiv“ engagieren.

Als sich in LQFB zwischen 200 bis 400 Parteimitglieder – bis zum Parteitag in Chemnitz gar zwischen 400 bis 500 Parteimitglieder – Positionspapiere und Texte erarbeiteten und gemeinsam abstimmten, wurde dies in der Partei von einigen LQFB Kritikern als Misserfolg dargestellt. Und diese Interpretation liegt zunächst nahe, angesichts der insgesamt 12.000 Parteimitglieder.

Doch dieser Schluss trügt. Denn er suggeriert, dass sich normalerweise alle 12.000 Mitglieder permanent engagieren würden. Das Gegenteil ist der Fall. Die wenigsten Piraten beteiligen sich inhaltlich. Wie gering die tatsächliche Beteiligung an der inhaltlichen Arbeit in der Partei ist wird nochmals deutlicher, wenn man bedenkt, dass vor den oben stehenden Fragen zwei starke Filter vorgeschaltet waren.

1. Zu den oben genannten Fragen wurden alle Mitglieder, die angaben, seit mindestens sechs Monaten inaktiv zu sein (immerhin 643 Umfrageteilnehmer oder 33,8 Prozent), gar nicht erst befragt.
2. An der Umfrage beteiligten sich zudem insgesamt eher die aktiveren Parteimitglieder. Zwar ist die April-Umfrage etwas repräsentativer als die November-Umfrage, doch auch in dieser Umfrage sind z. B. die in LQFB Registrierten immer noch doppelt so häufig vertreten (63,2 Prozent) wie im Parteidurchschnitt (30,4 Prozent). Nimmt man LQFB-Registrierung als Indikator für „Aktivität“, sind die Aktiven in dieser Umfrage also etwa doppelt so stark vertreten verglichen mit dem Parteidurchschnitt.

Mögliche Rechnung: Wenn z. B. bei einer der oben genannten Fragen 3 Prozent der Befragten angeben „sehr häufig“ in einer Thematischen AG mitzuarbeiten, muss diese Zahl zunächst mit 0,5 und dann noch einmal mit 0,66 multipliziert werden (insgesamt also mit 0,33), um die Überrepräsentation der Aktiven in dieser Umfrage zu entfernen. In Bezug auf die gesamte Partei würden dann also rund 0,99 Prozent „sehr häufig“ in einer AG mitarbeiten, was ungefähr 120 Personen entspricht.

Ergebnis: Diese Rechnung ist sehr grob und teils spekulativ. Deutlich sollte nur werden, dass die oben stehenden Zahlen ein extrem „positiv verzerrtes“ Bild der inhaltlichen Beteiligung in der Partei darstellen. Angesichts der sowieso niedrigen Werte ist das deprimierend.

Insofern ist es jedoch nochmals erstaunlich, wie viel Aktivität sich in LQFB entfaltet hat. Besonders wenn man bedenkt, dass LQFB ein Projekt auf der Bundesebene war, wo die Beteiligung normalerweise besonders niedrig ist.

7.3.3.) Zufriedenheit mit Liquid Feedback: Gemeinsame Einschätzung

Bevor im Folgenden die Analyse spezifischer Gruppen in der Piratenpartei dargestellt wird, wurde in vier Fragen über alle Gruppen hinweg eine generelle Einschätzung zur Lage der innerparteilichen Demokratie abgefragt.

(Statistik-Info: Diese Fragen hatten einen Schieberegler, der sich von links nach rechts verschieben ließ. In der Ausgangsposition war der Regler in der Mitte (neutral). Die (nicht sichtbare) Skala verlief von 1-100. An den zwei Enden der Skala waren die Begriffe notiert. Der Schieberegler ermöglicht eine sehr genaue Einschätzung durch die Nutzer. Die Antworten wurden hier zur Übersichtlichkeit in 5er Gruppen zusammengefasst.)

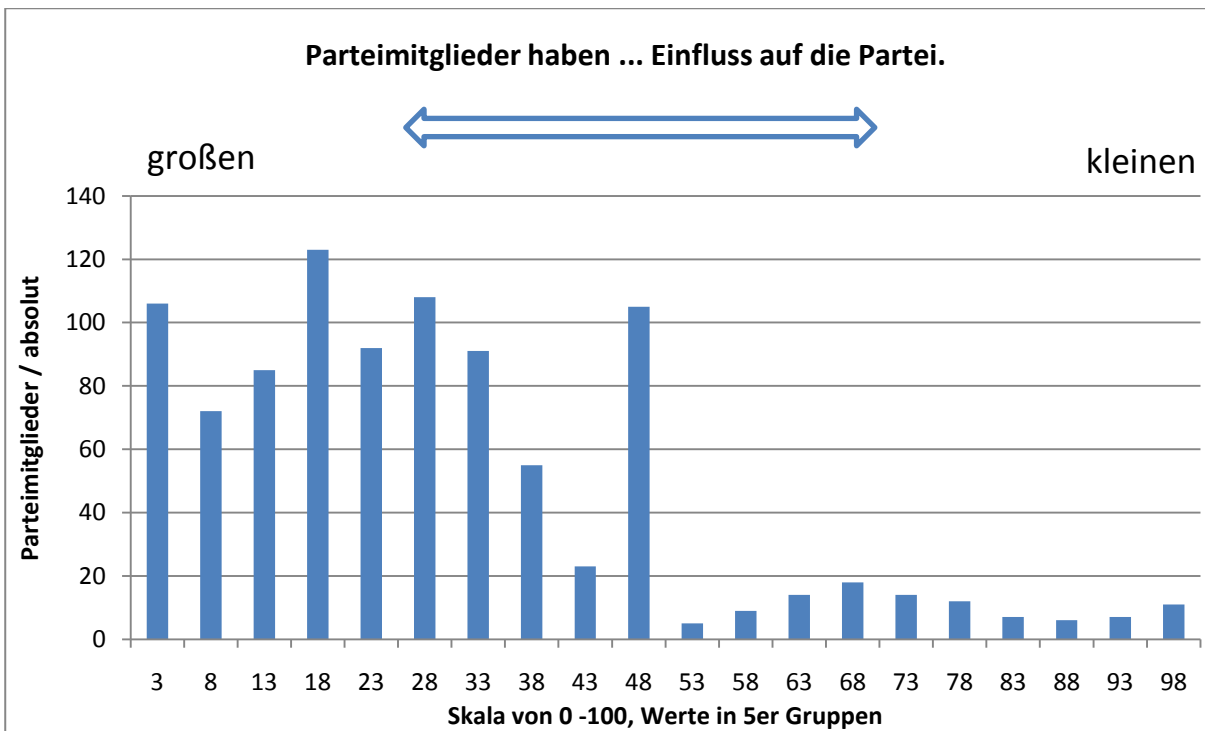


Abbildung 7.3-6 – N = 963

Ergebnis: Über die gesamte Partei hinweg, wird der Einfluss der Parteimitglieder eher als groß eingeschätzt (Durchschnitt: 29,41).

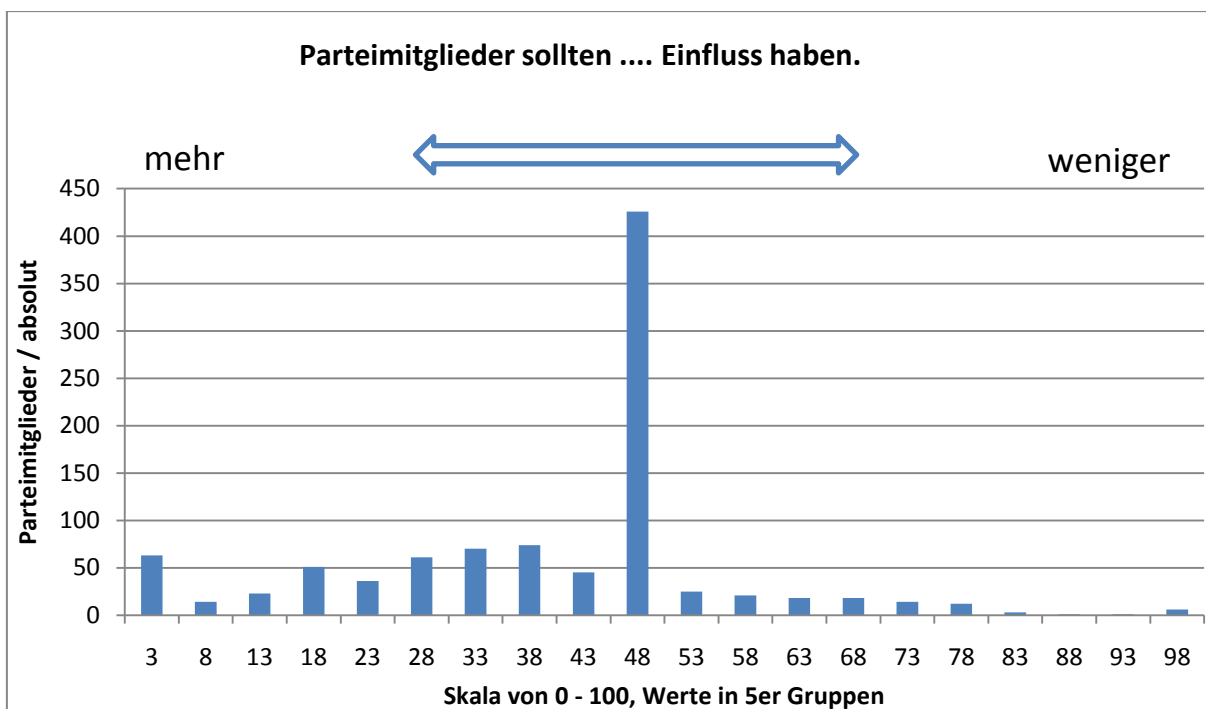


Abbildung 7.3-7 – N = 982

Ergebnis: Nur wenige Parteimitglieder haben ein Bedürfnis nach Veränderung (großer Balken in der Mitte), Durchschnitt: 40,98.

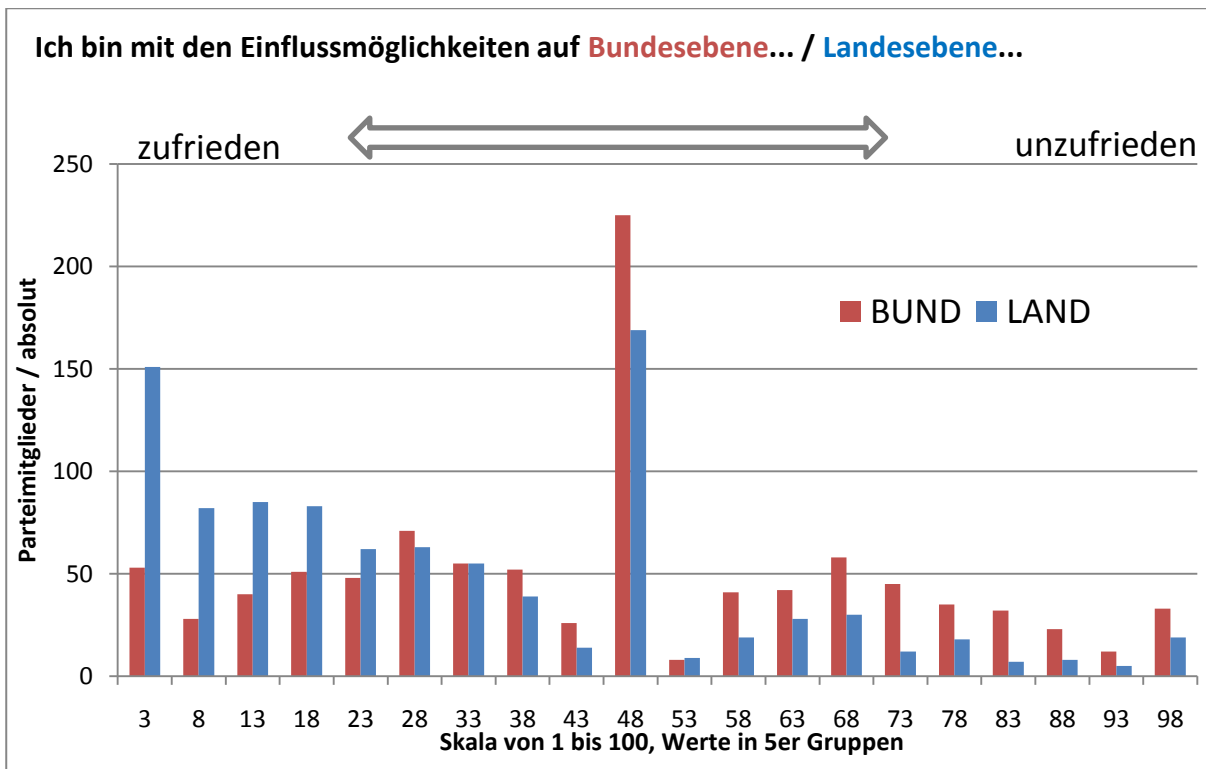


Abbildung 7.3-8 – N Bund = 978; N Land = 958

Ergebnis: Das Diagramm zeigt, dass die Zufriedenheit auf Landesebene (\bar{x} 31,70) deutlich größer ist, als auf Bundesebene. Auf Bundesebene ist die Tendenz fast ausgeglichen (\bar{x} 46,54). Bei einem genaueren Blick in die Landesverbände ergibt sich, dass die Zufriedenheit mit der Landespolitik durch verschiedene Faktoren ausgelöst werden kann. Manche Landesverbände sind schlicht sehr klein, sodass der Einfluss auf die Landespolitik des LVs sehr einfach ist, andere LVs veranstalten im Vierteljahrestakt Landesparteitage, Diskussionsveranstaltungen oder nutzen regelmäßig Umfragen.³⁴⁷

Kurz vor Ende der Umfrage wurde allen Teilnehmern der Umfrage noch die folgende Abschlussfrage mit Mehrfachauswahl gestellt: „Welche der folgenden Punkte würden Dich wieder zu mehr Engagement verleiten?“

Insgesamt standen 12 Punkte zur Auswahl, dabei drei auch zum Thema LQFB.

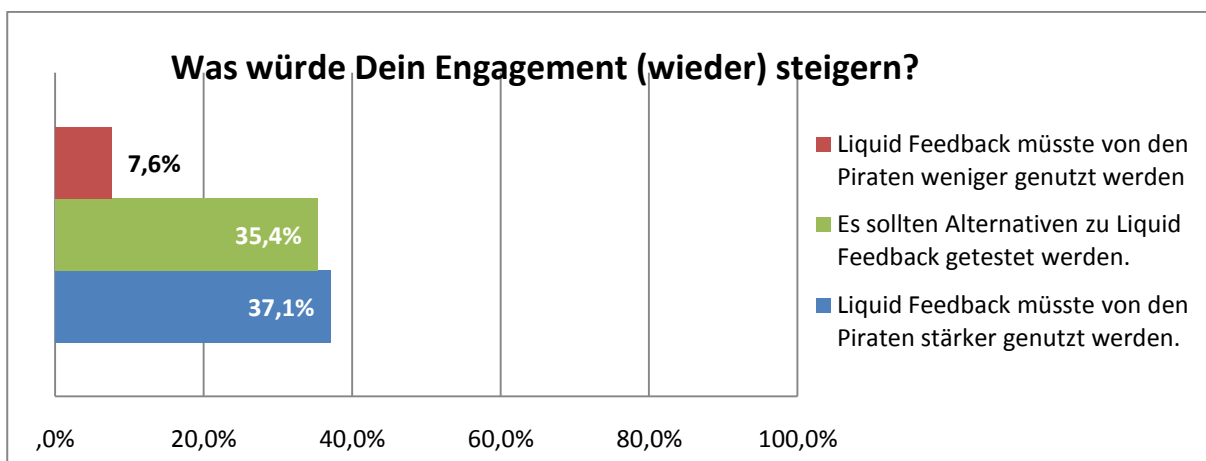


Abbildung 7.3-9 -- N = 1392

³⁴⁷ Vgl. Jabbusch, Sebastian, *Die große Piratenumfrage - Auswertung Teil 4*, 2011, <http://goo.gl/8hzO9>.

Zwar lagen andere Forderungen, etwa nach einer besseren Informationspolitik des BuVos, noch weiter vorn, jedoch zeigen die zwei Forderungen, dass die Parteimitglieder weiterhin stark an einer parteiinternen LD interessiert sind.

7.3.4.) Gruppenbildung und Filter in der Umfrage

Anders als in der November-Umfrage, sollte der Schwerpunkt der April-Umfrage nicht auf Fragen beruhen, die über alle Gruppen hinweg abfragen. Solche generellen Fragen tendieren oft zur Mitte und sind nur schwer auszuwerten.

Zudem wirken solche Fragen auch verfälschend. Kann jemand, der die Software LQFB nicht kennt und sie noch nie ausprobiert hat, aussagekräftige Antworten über die Zufriedenheit oder Unzufriedenheit entwickeln? Stattdessen wurden die Gruppen einzeln befragt: Die Nutzer, Die Nicht-Nutzer, die Selten-Nutzer, die Nicht-Delegierer. Jeweils wurden auch Motive abgefragt.

Deshalb arbeitete die Mai-Umfrage mit zahlreichen Filtern. Je nach Antwort auf Filterfragen, leitete die Software den Teilnehmer auf verschiedene Fragebögen-Unterseiten weiter. Diese Regelung war möglich, da, aufgrund der direkten Ansprache der Mitglieder, eine hohe Beteiligung an der Umfrage erwartet werden konnte. Andernfalls wären die Einzelgruppen vermutlich zu klein gewesen.

Der Teilnehmer der Umfrage merkte von den Filtern nichts. Er wurde nicht darauf hingewiesen. Damit sollte vermieden werden, dass Nutzer bestimmte Antworten anklicken, nur um bestimmte Aspekte des Fragebogens beantworten zu können.

Folgende Filter und Unter-Fragebögen wurden verwendet:

Frage: Hast Du Dich für Liquid Feedback registriert?

>> Bei ja: Fragen zur Zufriedenheit mit LQFB

>> Bei nein: Fragebogen zu „warum nicht registriert?“ (danach Ende)

Frage: Hast Du jemals an einer Abstimmung teilgenommen?

>> Bei ja, Fragen zu „Sozialer Druck“, Frage zu „Einflussfaktoren auf Abstimmungen wenn es keine Delegationen gäbe“, Frage zu „investierte Zeit pro Abstimmung“

>> Bei nein, überspringen dieser Fragen

Frage: Wie oft nutzt Du Liquid Feedback?

>> Bei oft oder regelmäßig, weiter

>> Bei selten oder (fast) nie: Fragebogen „warum selten / nie?“

Frage: Nutzt Du Delegationen?

>> Bei ja, weiter

>> Bei nein: Fragebogen zu den Gründen

7.3.5.) Motive und Gründe der Nicht-Nutzer

Warum haben sich von den 12.000 Piraten nur rund 3600 registriert? Die Kritiker von LQFB gehen davon aus, dass LQFB von der ‚Schweigenden Mehrheit‘ der Mitglieder abgelehnt wird, da sie ja dem System nicht beigetreten sind.

Diese Behauptung unterstellt, dass die 8400 Nicht-Registrierten, nach Abwägung aller Informationen, eine sehr bewusste Entscheidung gegen LQFB getroffen hätten. Ob dies der Fall ist, soll dieser Abschnitt klären. Eingangs begann der Fragebogen mit drei Fragen:

Hast Du schon mal etwas über das sogenannte Liquid-Feedback-System der Piratenpartei gehört?

	Absolut	Prozent
Ja	1493	90,48 %
Nein	157	9,52 %

Weißt Du wie die Software Liquid Feedback in etwa funktioniert und wozu sie grundsätzlich dient?

	Absolut	Prozent
Ja	1245	75,45 %
Nein	405	24,55 %

Hast Du Dich für Liquid Feedback registriert?

	Absolut	Prozent
Ja	1245	63,21 %
Nein	611	36,79 %

Rund 10 Prozent der Piraten gaben an, noch nie etwas von LQFB gehört zu haben. Und rund 25 Prozent aller Mitglieder glaubt nicht zu wissen, wie LQFB funktioniert und wozu es dient.

Diese zwei Fragen liefern bereits eine recht starke Erklärungskraft, warum sich die Nutzer nicht für LQFB registriert haben. Wer nicht weiß, was LQFB ist, wird sich dafür auch nicht registrieren. Von den rund 611 Personen, die sich nicht für LQFB registriert haben, gab es jedoch auch eine Gruppe von etwa 240 Teilnehmern (rund 13 Prozent aller Umfrageteilnehmer), die LQFB kannten, die wussten wozu es dient, sich aber trotzdem nicht registriert haben.

Genau dieser Gruppe ist besonders spannend, sind es doch die „bewussten“ Nicht-Nutzer. Sie bekamen folgende Fragen gestellt.

„Du hast angegeben, dass Du Dich für Liquid Feedback (bisher) nicht angemeldet hast. Wir würden gerne die Gründe dafür erfahren. Dazu haben wir einige Positionen aufgeschrieben und würden gerne wissen, ob Du diesen zustimmst...“

(Statistik-Info: Die Nutzer konnten auf einer Skala von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 6 (stimme vollkommen zu) antworten. Alle folgenden Angaben in Prozent. N schwankt zwischen 230 – 250.)

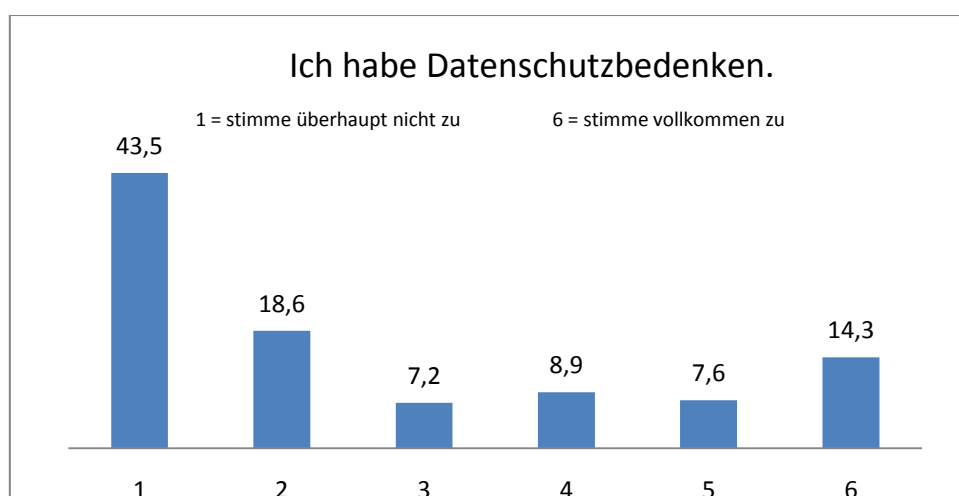


Abbildung 7.3-10 -- Datenschutz ist kaum ein Thema. Ø 2,62

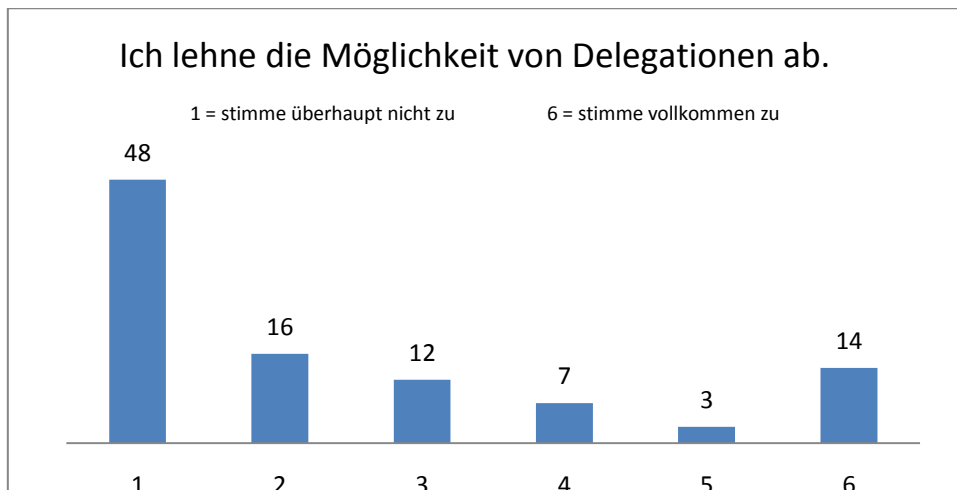


Abbildung 7.3-11 -- Auch Delegationen sind kaum ein Thema. Ø 2,42

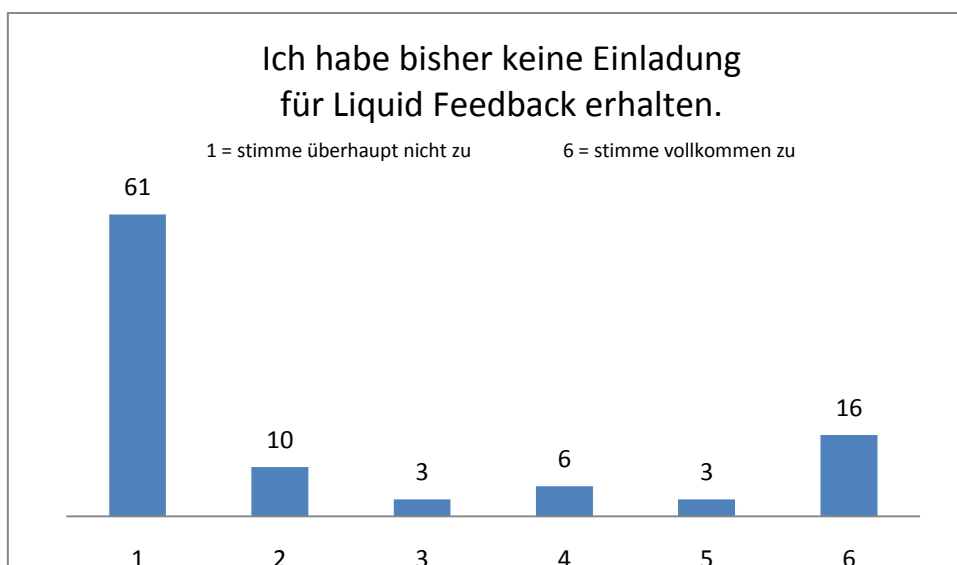


Abbildung 7.3-12 -- 38 Piraten haben offenbar noch keine Einladung erhalten. Einige andere sind sich offenbar unsicher. Ø 2,31.

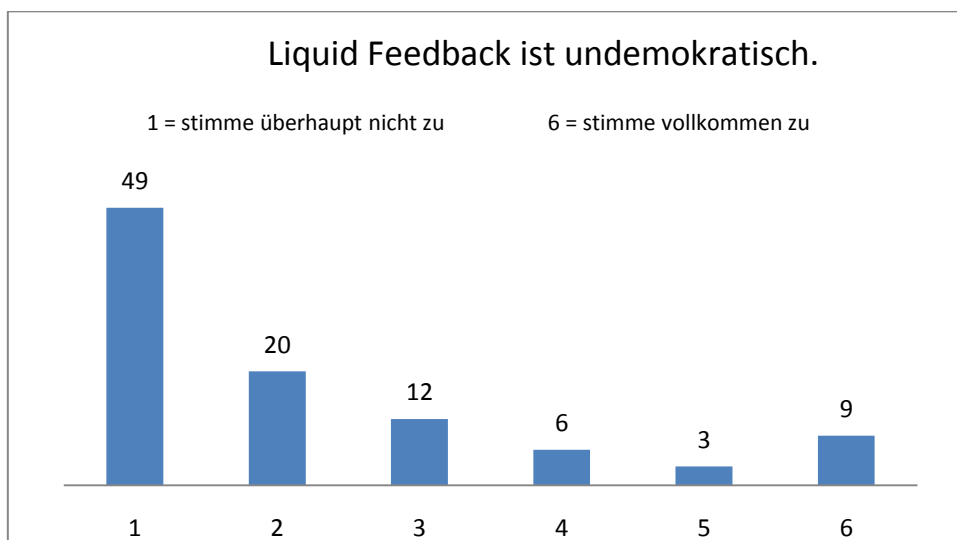


Abbildung 7.3-13 -- Auch diese sehr allgemeine Aussage findet keinen Widerhall. Ø 2,21.

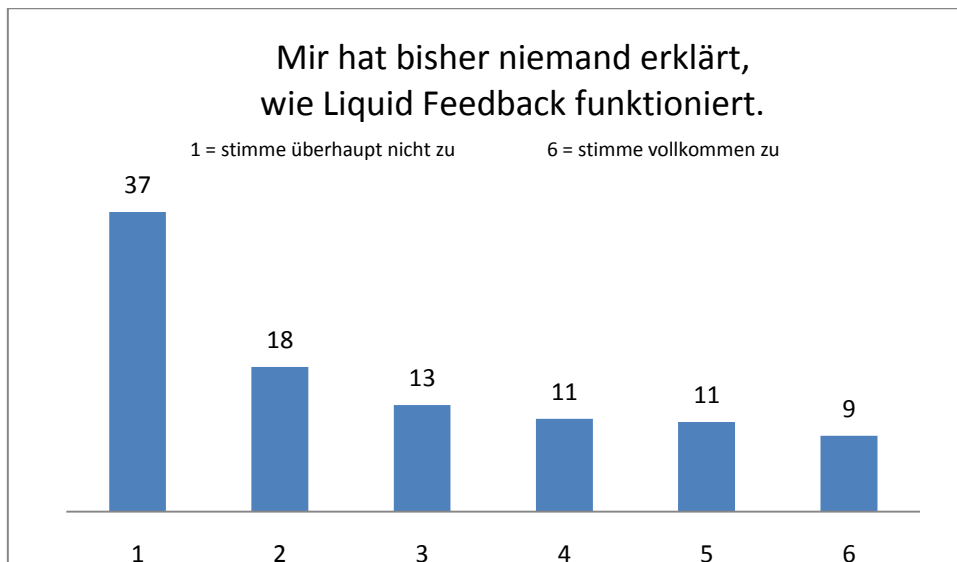


Abbildung 7.3-14 -- Hier steckt noch Potential für LQFB. Ø 2,70.

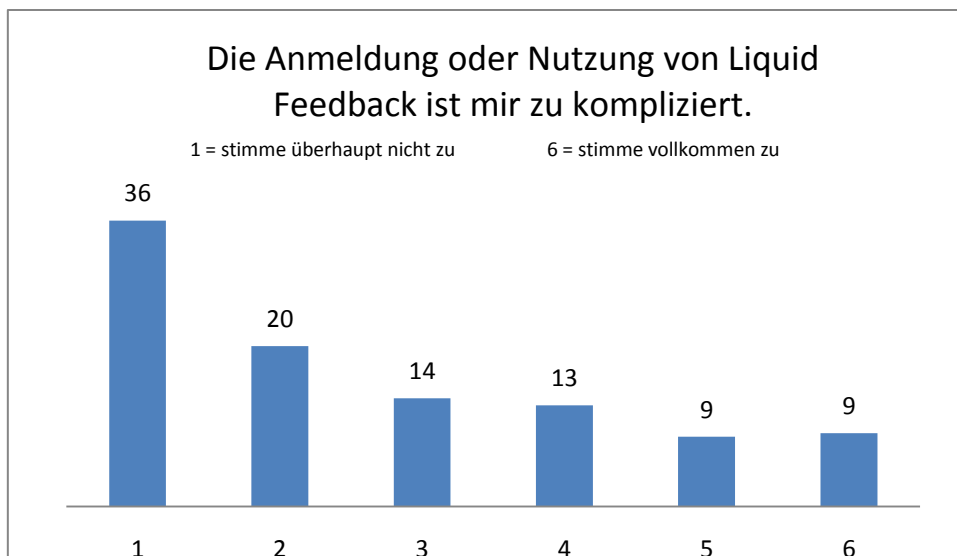


Abbildung 7.3-15 Offenbar scheut der eine oder andere die komplizierte Nutzung oder Anmeldung. Ø 2,66.

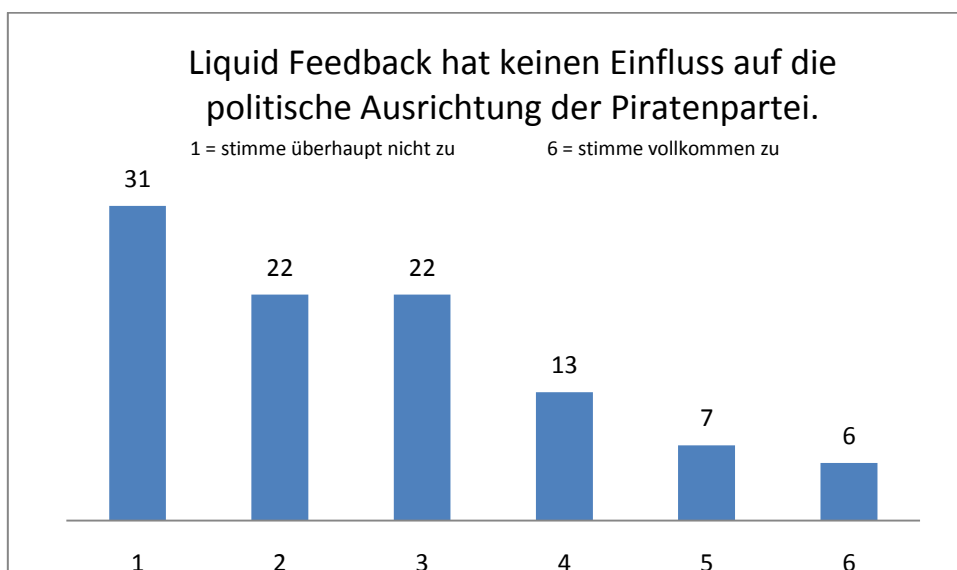


Abbildung 7.3-16 – Einige kritisieren, dass LQFB zu wenig Einfluss auf die Piratenpartei habe. Ø 2,61.

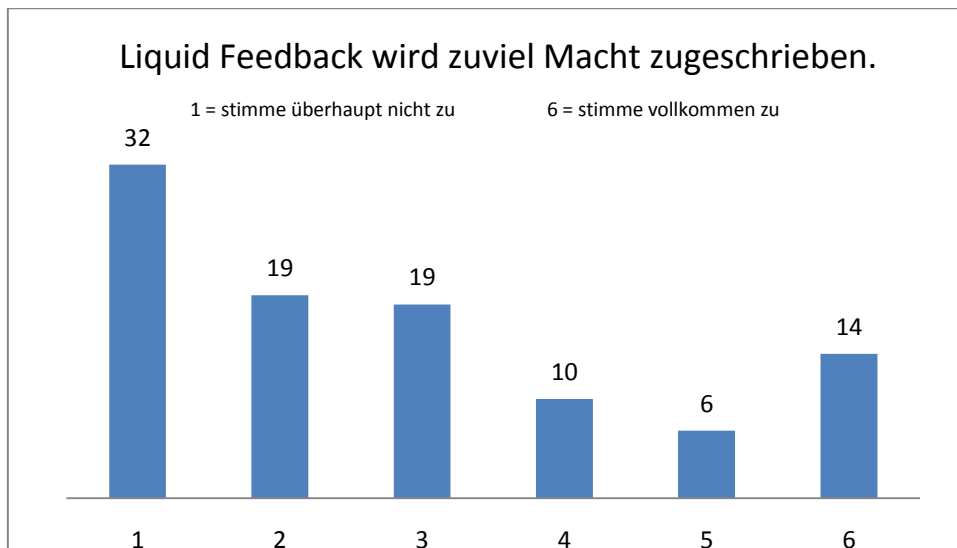


Abbildung 7.3-17 Andere kritisieren, dass LQFB zu viel Macht zugeschrieben wird. Ø2,81.

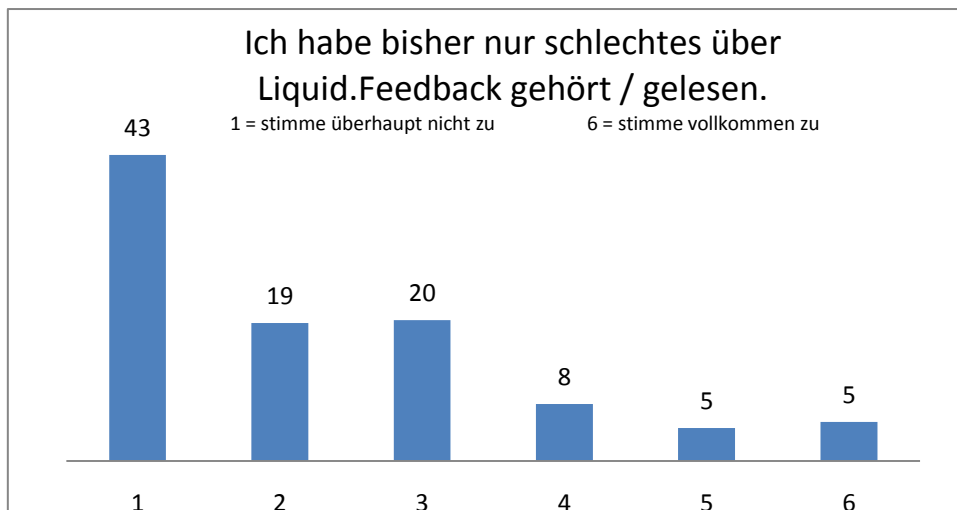


Abbildung 7.3-18 -- Die lange Debatte schadete offenbar weniger als bisher angenommen. Ø 2,29.

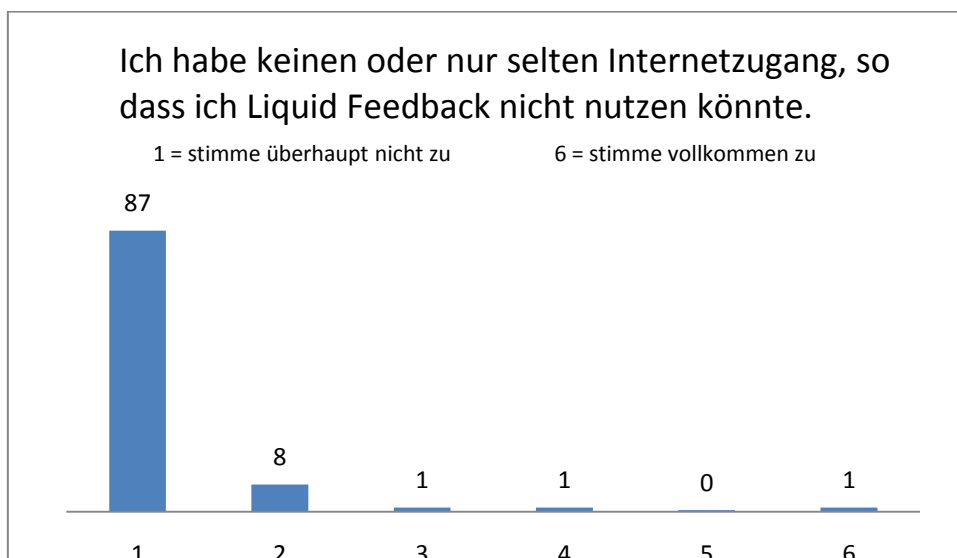


Abbildung 7.3-19 -- Die Internetpartei. Ø 1,23.

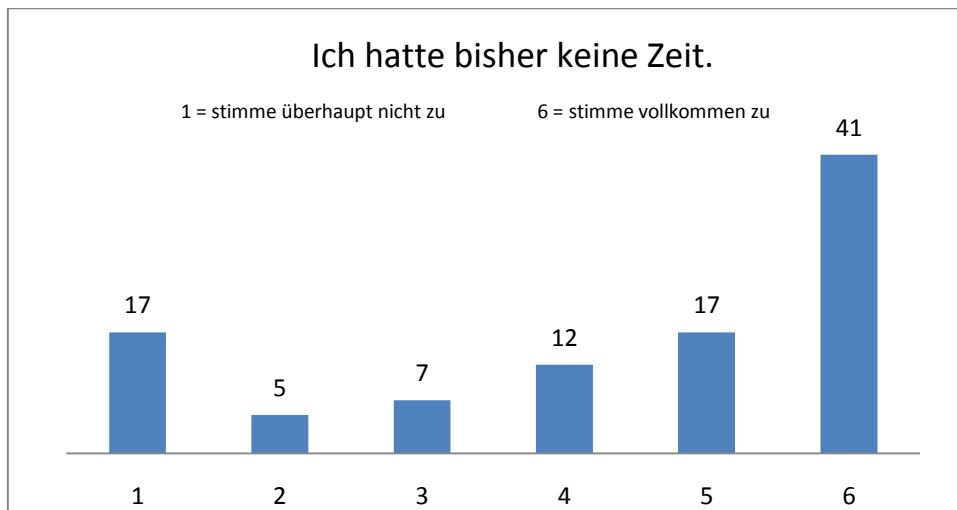


Abbildung 7.3-20 -- Wie schon in der Mai-Umfrage ist der Faktor „Zeitmangel“ der stärkste Ausschlag. Ø 4,31.

Ergebnis: In der Gruppe, die sich nicht für LQFB registriert hat, lässt sich kein klarer einzelner Kritikpunkt identifizieren. Das einzige Kritikpunkt mit Mehrheit ist „Ich hatte bisher keine Zeit“. Die Punkte „Kein Internetzugang“ und „Ich hatte bisher keine Einladung erhalten“ können hingegen klar ausgeschlossen werden.

Alle anderen Fragen lieferten schwache oder mäßige Ausschläge. Erstaunlich sind die niedrigen Ergebnisse insbesondere für die Punkte „Datenschutz“, „LQFB ist undemokratisch“ und „Mich stören Delegationen“. Denn gerade unter den informierten Nicht-Registrierten hätte man ja die stärksten Kritiker des Systems erwarten können. Der Punkt „Liquid Feedback wird zu viel Macht zugeschrieben“ ist mit 2,81 der zweitstärkste Kritikpunkt. Jedoch kritisieren hier etwa gleichviele (Ø 2,61), dass LQFB zu wenig Einfluss auf die Parteipolitik hätte. Der drittstärkste Faktor mit Ø 2,70 ist „Mir hat bisher niemand erklärt, wie Liquid Feedback funktioniert“.

Auch unter den informierten Nicht-Nutzern sind es in der Masse eher ganz praktische Aspekte, die gelöst werden könnten.

7.3.6.) Motive der Wenig-Nutzer

Wie bereits im Abschnitt über die Statistik zu lesen war, wurde LQFB nach dem BPT in Chemnitz nur noch wenig genutzt. Diese geringe Nutzung ließ sich auch unter den Teilnehmern der Umfrage feststellen:

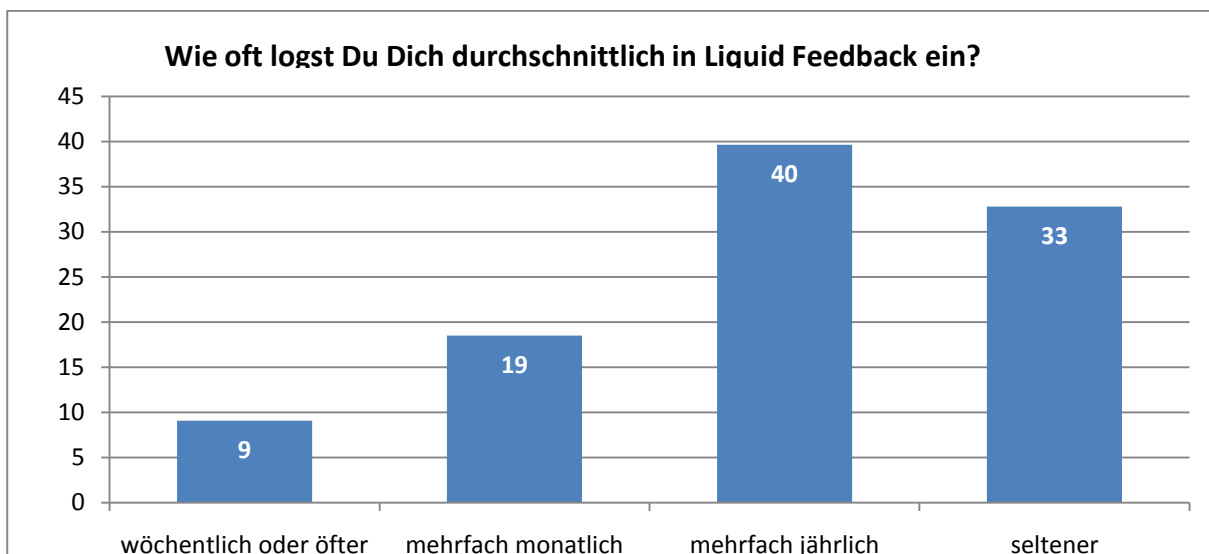


Abbildung 7.3-21

Diejenigen, die angaben, sich nur "mehrfach jährlich" oder "seltener" einzuloggen (rund 600 Teilnehmer), wurden nach Ihren Motiven gefragt. Leitfrage:

„In wie weit sind die folgenden Aussagen ein Grund dafür, dass Du Dich nur selten in Liquid Feedback einloggst?“

Statistikinfo: Die Nutzer konnten auf einer Skala von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 6 (stimme vollkommen zu) antworten. Alle folgenden Angaben in Prozent. N schwankt zwischen 518 und 646.

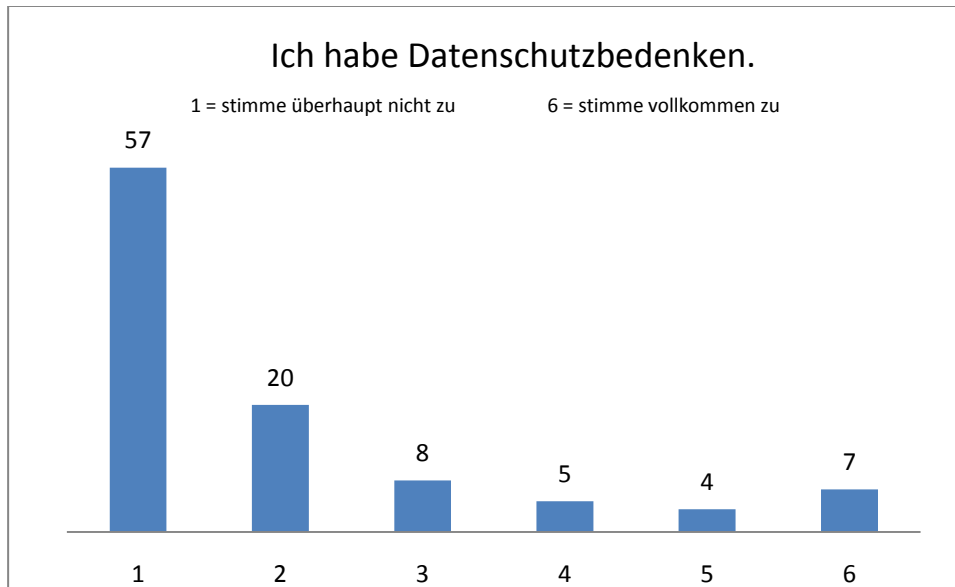


Abbildung 7.3-22 -- Datenschutz ist kein Thema. \bar{x} 1,98.



Abbildung 7.3-23 -- Auch mit anderer Formulierung nicht \bar{x} 1,75.

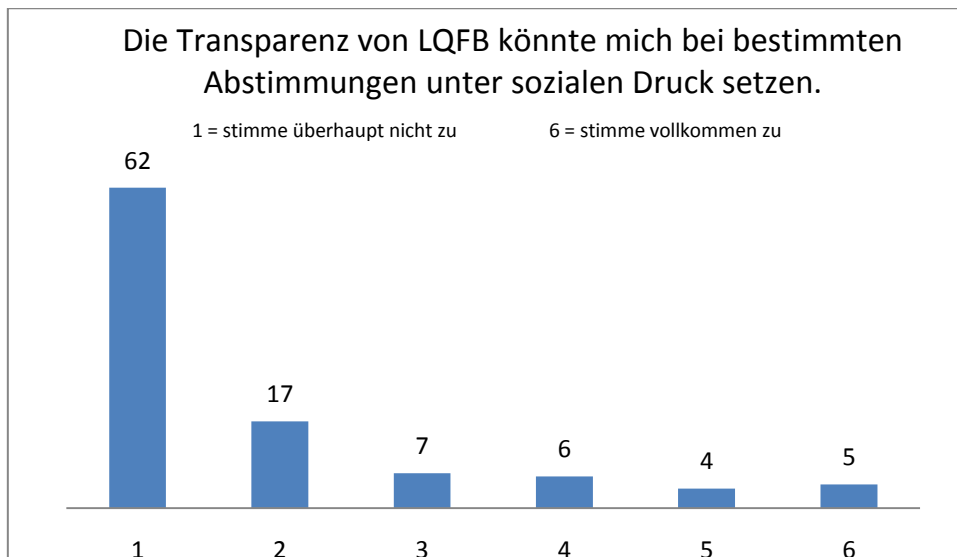


Abbildung 7.3-24 -- Und auch nicht mit dem Begriff „sozialer Druck“. Ø 1,86.

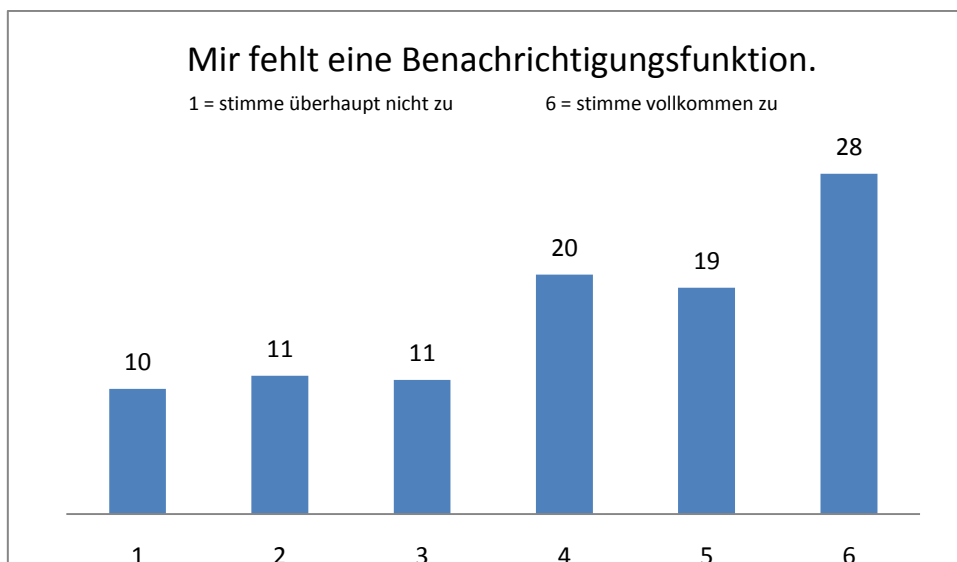


Abbildung 7.3-25 -- Offenbar einer der wichtigsten Gründe: Viele bekommen Abstimmungen schlicht nicht mit. Ø 4,10.

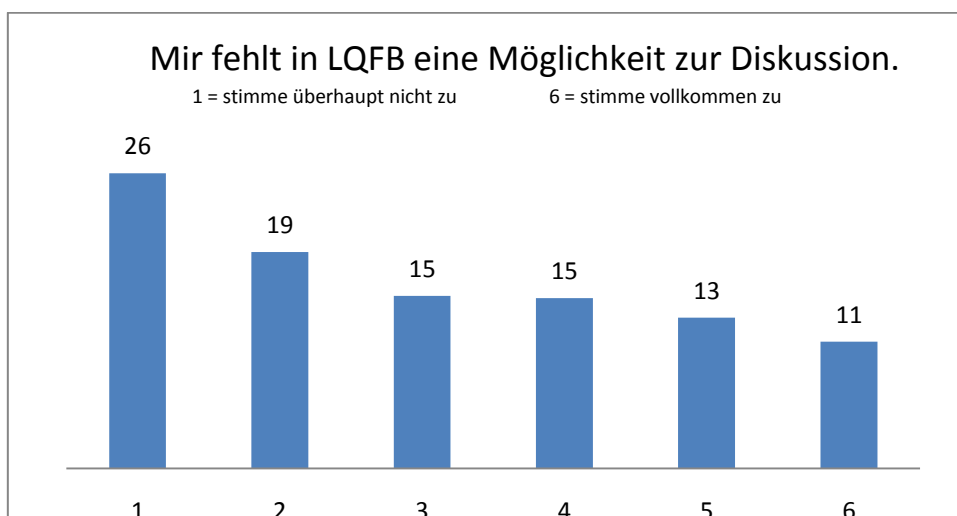


Abbildung 7.3-26 -- Ohne Debatte fehlt offenbar für manche ein Anreiz, sich in LQFB oft einzuloggen. Ø 3,04.

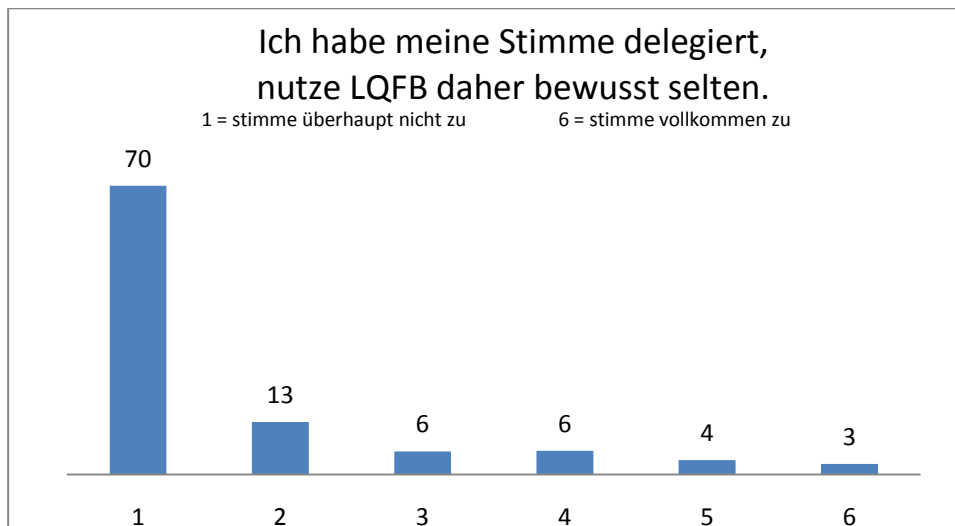


Abbildung 7.3-27 -- Delegationen werden nur vereinzelt als Stellvertreter genutzt. \bar{x} 1,68.

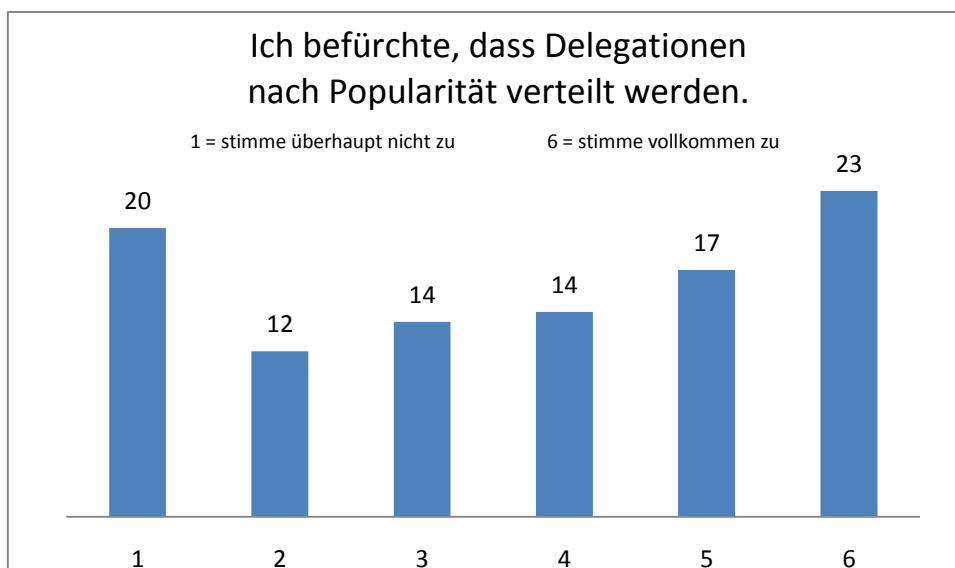


Abbildung 7.3-28 -- Die Angst vor der Delegation bei bekannten Einzelpersonen ist dennoch groß. \bar{x} 3,65.

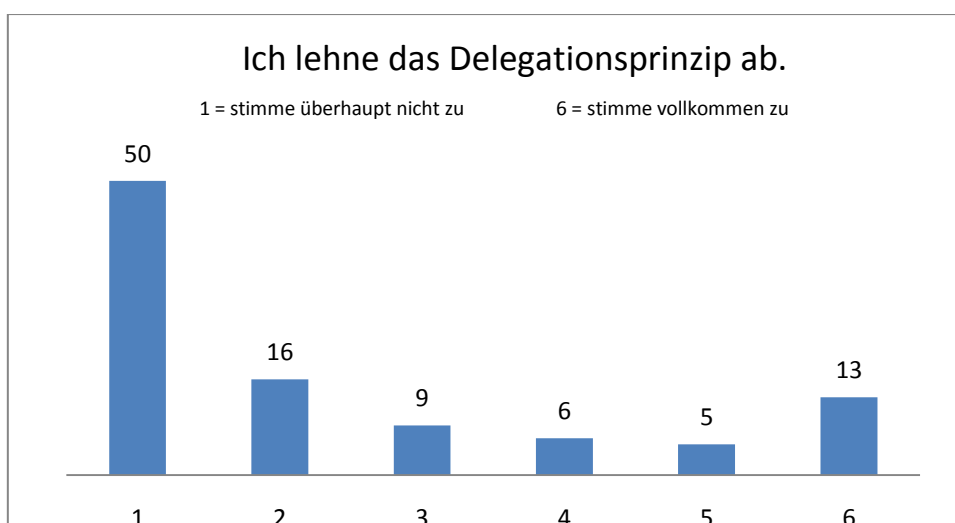


Abbildung 7.3-29 -- Eine grundlegende Ablehnung gegenüber Delegationen gibt es jedoch nicht. \bar{x} 2,40.

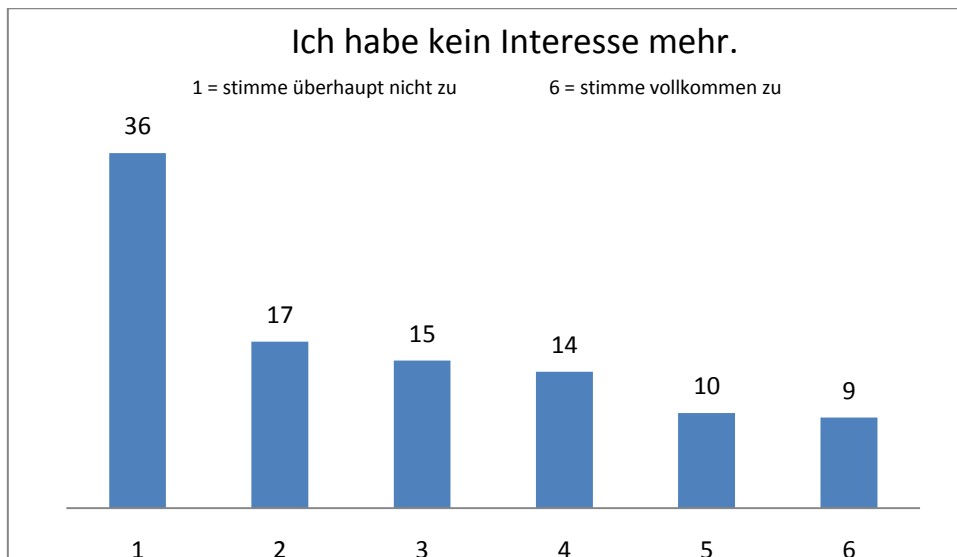


Abbildung 7.3-30 - Einige Piraten haben schlicht kein Interesse mehr. \bar{x} 2,72.

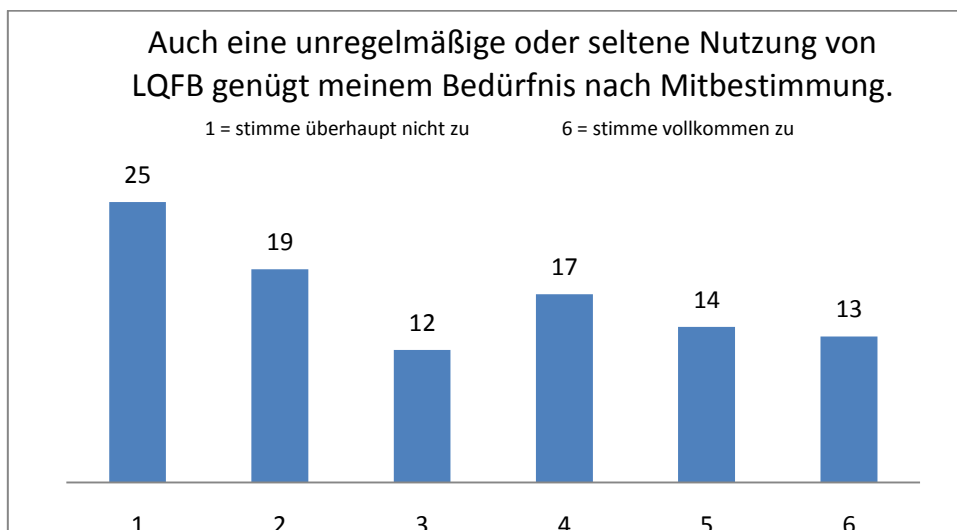


Abbildung 7.3-31 -- Nicht jeder, der sich selten einloggt, ist deshalb unglücklich. \bar{x} 3,15.

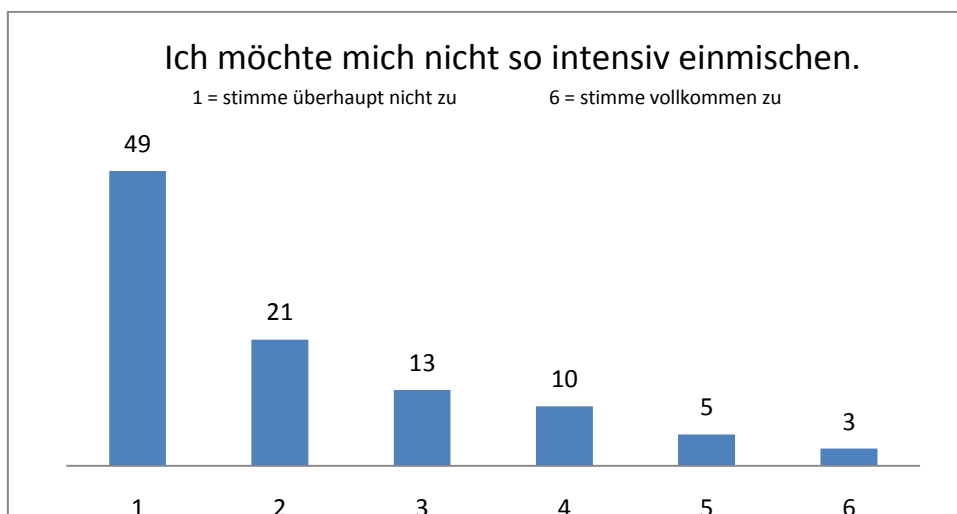


Abbildung 7.3-32 – Kein Motiv, denn der Wunsch nach Mitbestimmung ist hoch. \bar{x} 2,10.

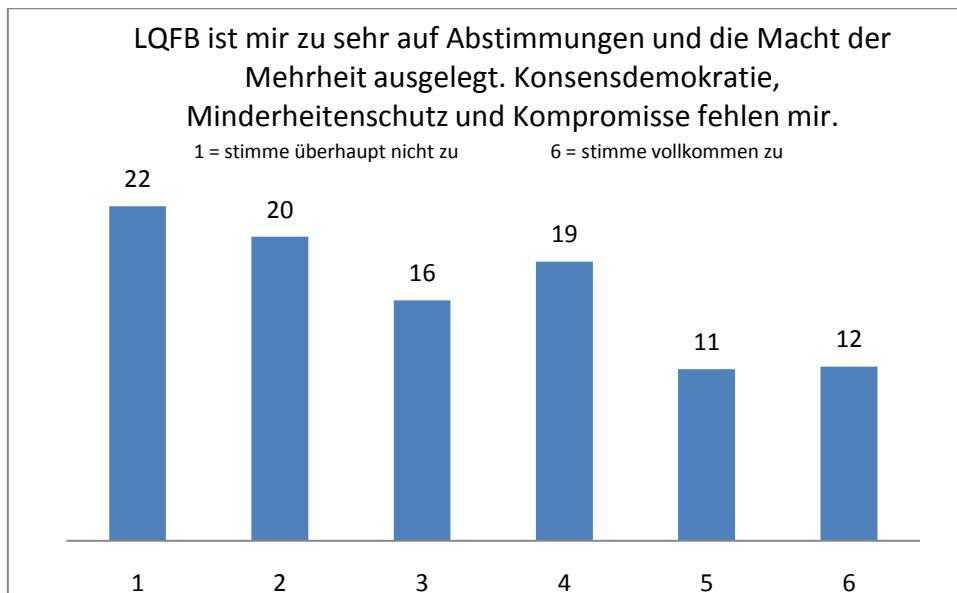


Abbildung 7.3-33 -- Ein Teil der Piraten wünscht sich mehr Kompromisse. Ø 3,11.

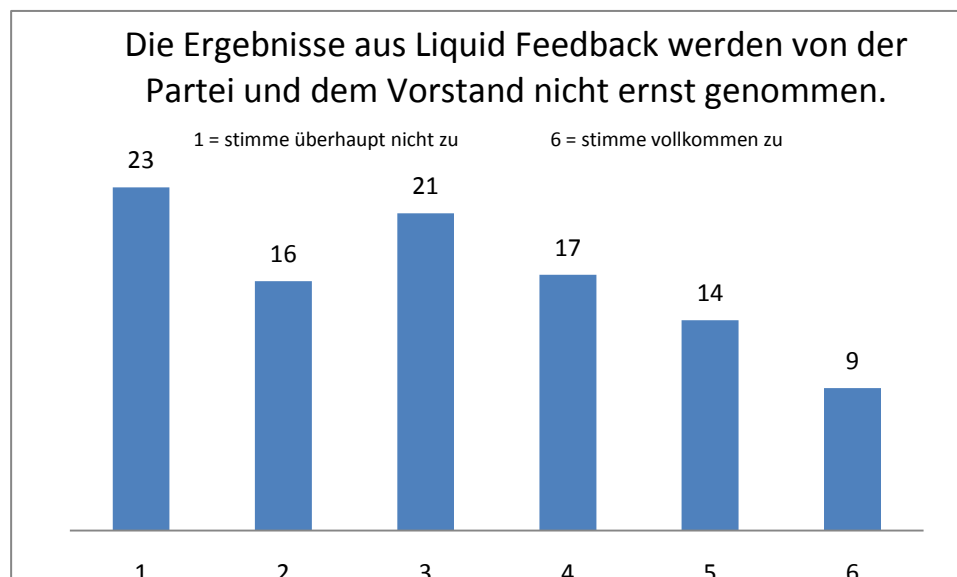


Abbildung 7.3-34 -- Manche Piraten sind offenbar enttäuscht darüber, dass die Ergebnisse aus dem System wenig Resonanz finden. Ø 3,11.

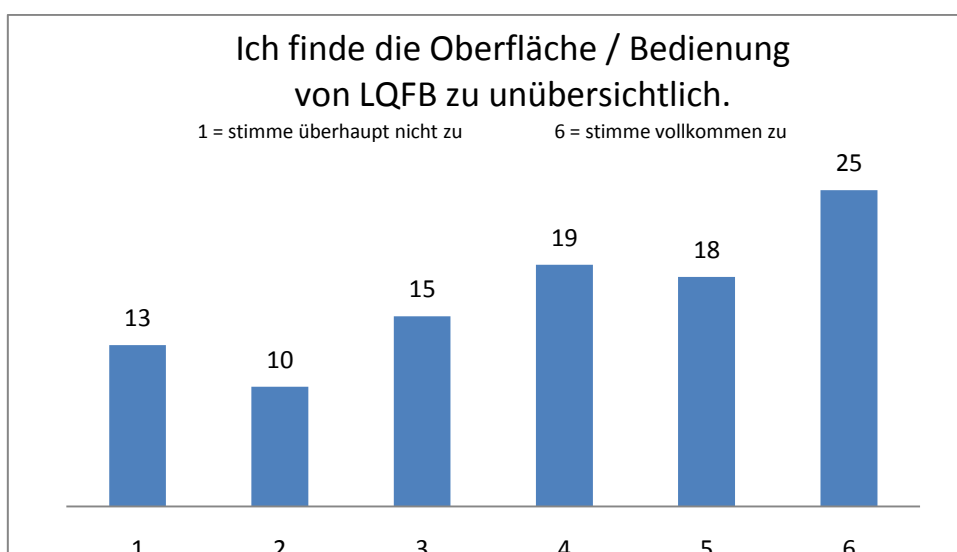


Abbildung 7.3-35 -- Neben der Benachrichtigungsfunktion und der Angst vor

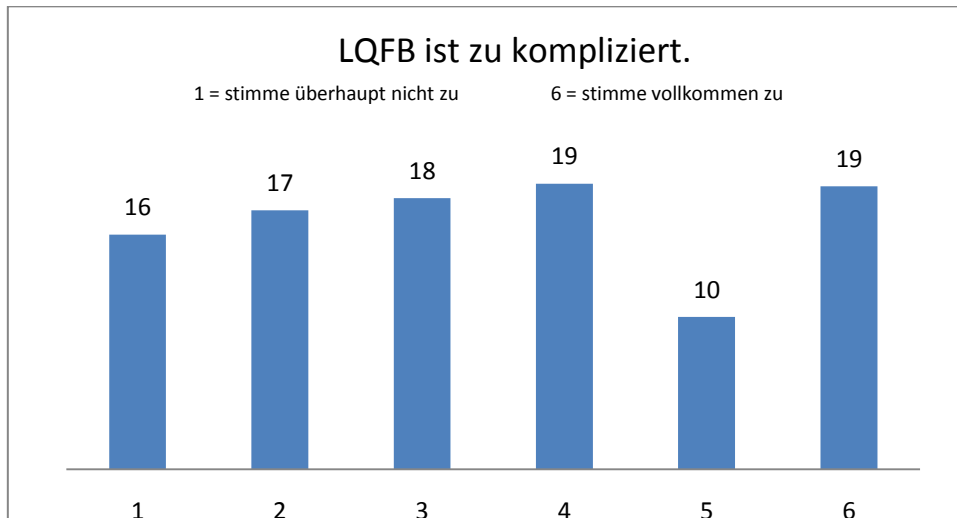


Abbildung 7.3-36 -- Das Empfinden des Grades der Komplexität ist möglicherweise mit der Einstellung zur Bedienoberfläche verbunden. Ø 3,48.

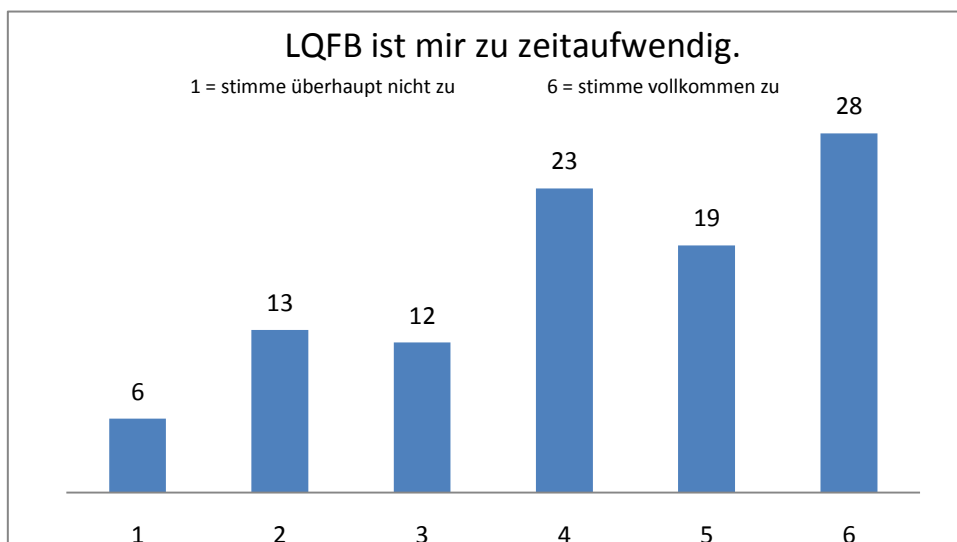


Abbildung 7.3-37 -- Und auch hier spielen sicher die fehlende Benachrichtigungsfunktion und das nicht intuitive Nutzerinterface als Teilfaktoren hinein. Ø 4,21.

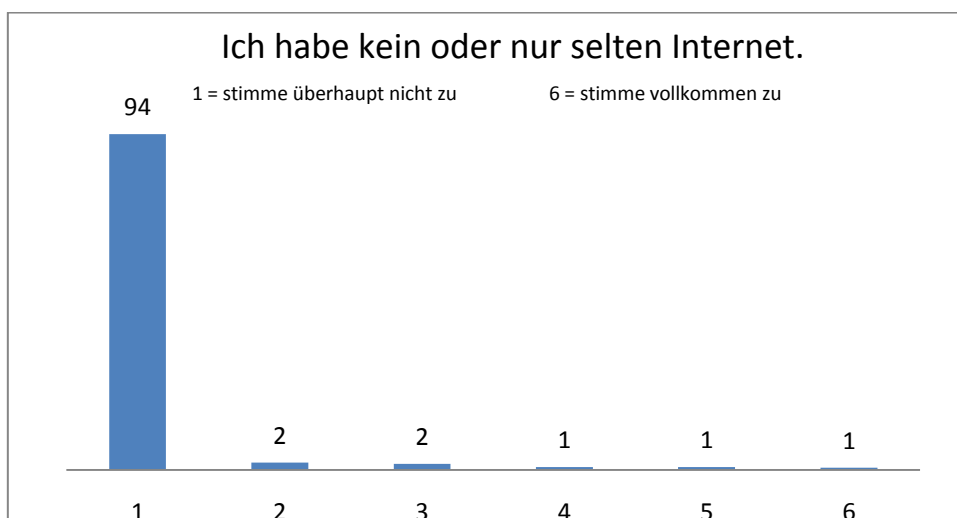


Abbildung 7.3-38 -- Die Internetpartei. Ø 1,14.

Ergebnis: Auch bei den Wenig-Nutzern sind die oft diskutierten Kritikpunkte „Datenschutz“ (\emptyset 1,75, \emptyset 1,68 und \emptyset 1,98) und das „Delegationsprinzip“ (\emptyset 2,40) keine beziehungsweise nur untergeordnete Themen. Die deutlichsten Ausschläge gibt es hingegen bei ganz praktischen Funktionen: Den Nutzern fehlt eine Benachrichtigungsfunktion, um schnell über aktuelle Abstimmungen und Anregungen zu erfahren. Zudem wünschen sich sehr viele endlich eine bessere Bedienoberfläche (\emptyset 3,96).

Häufigster Grund für die seltene Nutzung ist von ganz natürlicher Ursache: Die meisten Nutzer geben an, wenig Zeit zu haben (\emptyset 4,21) und dass die Software (deshalb?) noch zu kompliziert zu bedienen sei (\emptyset 3,48). Manche haben aber auch etwas das Interesse verloren (\emptyset 2,72) oder sind mit einer seltenen Nutzung schlicht zufrieden (\emptyset 3,15).

Es gibt aber auch einige Kritikpunkte. So haben manche das Gefühl, dass die Ergebnisse aus LQFB vom Vorstand nicht ernst genommen werden (\emptyset 3,11). Manchen fehlt innerhalb von LQFB eine intensive Debatte (\emptyset 3,04) und andere wünschen sich mehr Kompromisse (\emptyset 3,11). Die Angst, dass nur sehr bekannte Piraten Delegationen erhalten, die bereits in der November-Umfrage auftauchte, lässt sich auch in dieser Umfrage erkennen (\emptyset 3,65).

7.3.7.) Einstellung (aller) Liquid Feedback Nutzer

63,2 Prozent der Umfrageteilnehmer – rund 1000 Parteimitglieder – haben sich für LQFB registriert. Egal ob sie LQFB intensiv oder selten, mit oder ohne Delegationen nutzen, wurden ihnen folgende Fragen zur Zufriedenheit gestellt.

„Wenn Du einmal alles zusammen nimmst, inwieweit stimmst Du den folgenden Aussagen zu?“

Statistikinfo: Die Nutzer konnten auf einer Skala von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 6 (stimme vollkommen zu) antworten. Alle folgenden Angaben sind in Prozent. N schwankt zwischen 977 und 993.

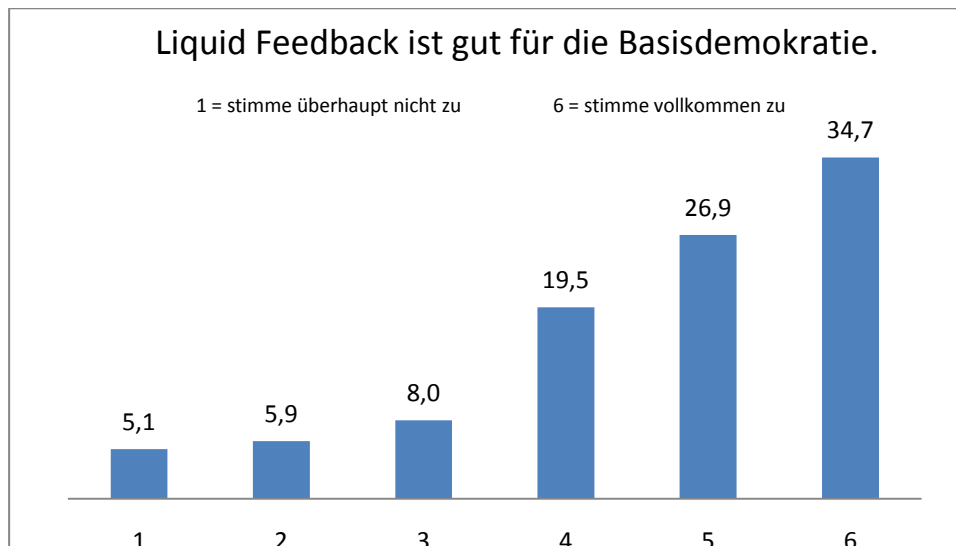


Abbildung 7.3-39 -- Die zentrale Aussage: Wie bereits in der November-Umfrage wird LQFB (hier von den Nutzern) insgesamt sehr positiv aufgenommen. \emptyset = 4,62.

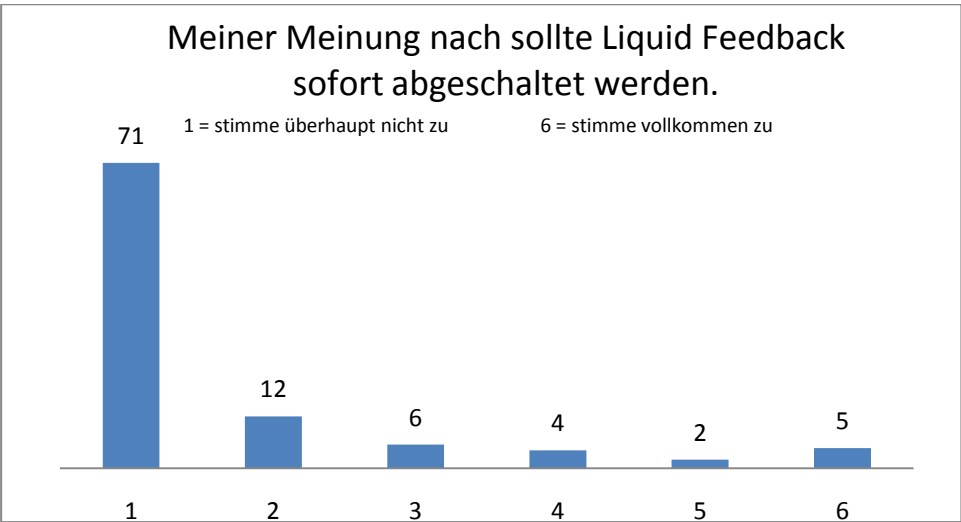


Abbildung 7.3-40 -- Die Forderung einiger Kritiker LQFB sofort abzuschalten, hat unter den Nutzern keine Mehrheit. \bar{x} 1,68.

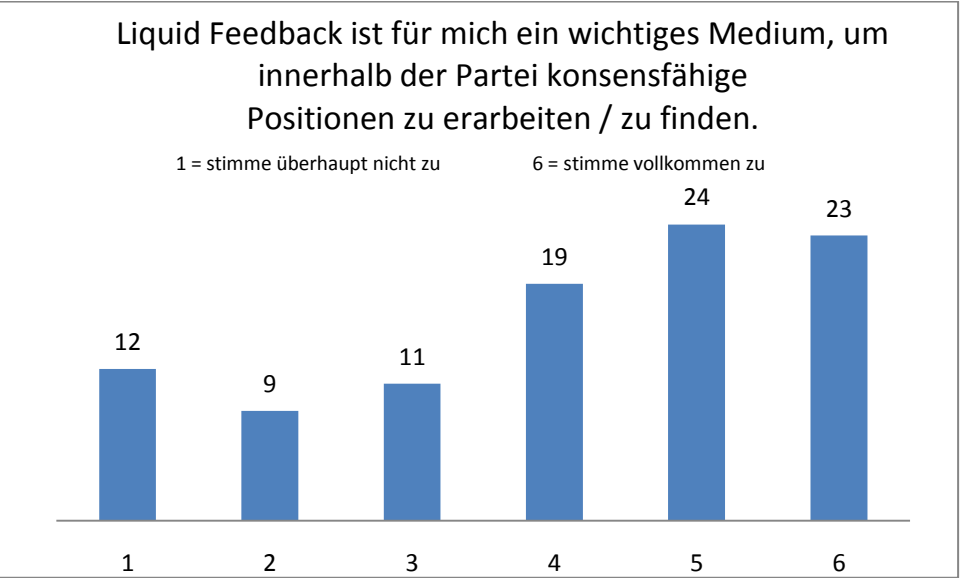


Abbildung 7.3-41 -- Die Kernidee von LQFB hat eine breite Unterstützung. \bar{x} = 4,04.

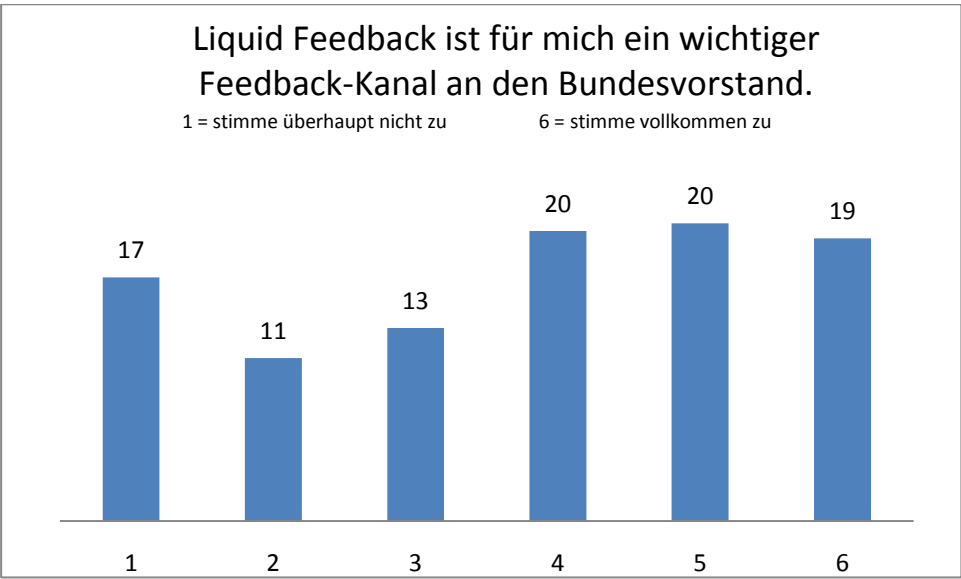


Abbildung 7.3-42 -- Das hier zahlreiche Personen widersprechen, könnte daran liegen, dass der Vorstand die Ergebnisse aus LQFB oft ignorierte. \bar{x} = 3,74.

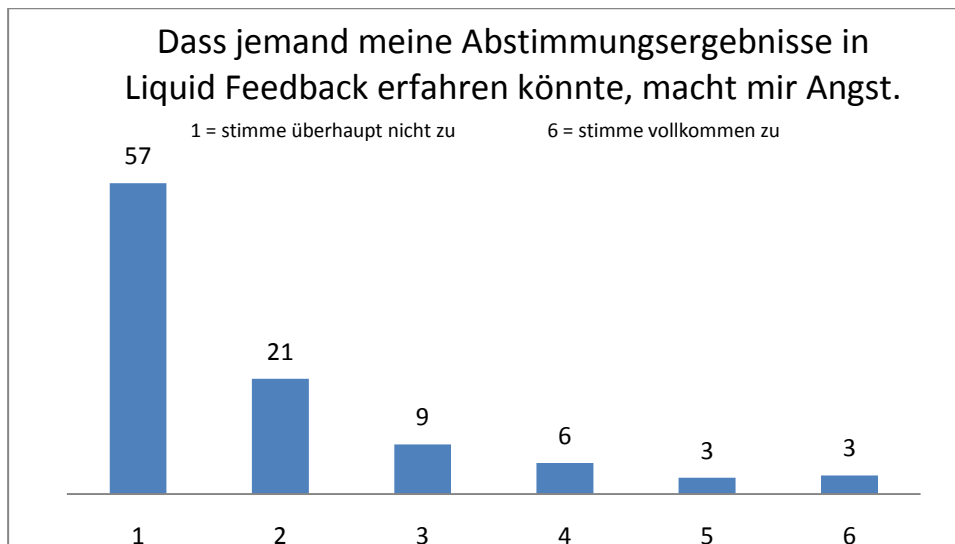


Abbildung 7.3-43 -- Wenig überraschend: Unter den registrierten Nutzer machen sich nur wenige Sorgen über Datenschutz. $\bar{x} = 1,86$.

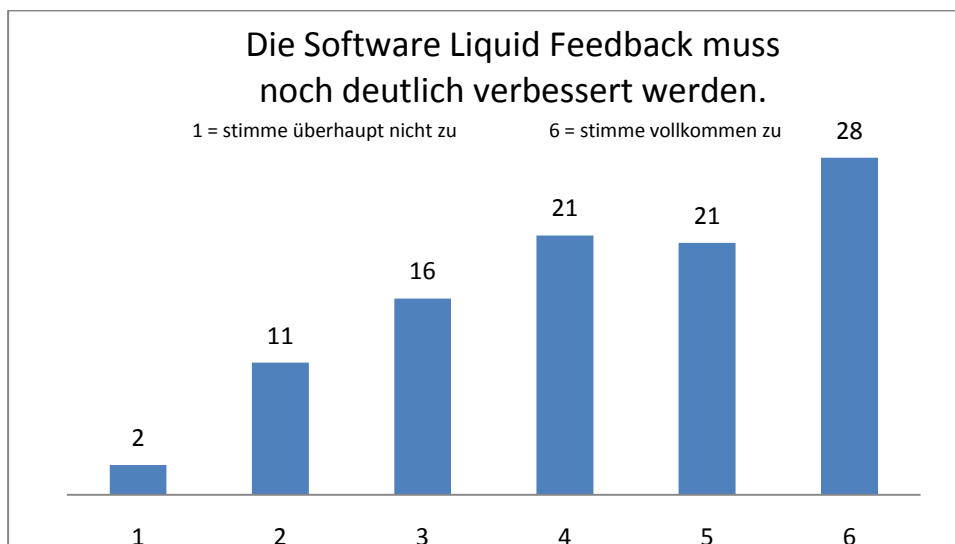


Abbildung 7.3-44 -- Deutliches Votum: Die meisten Nutzer wollen Verbesserungen. $\bar{x} = 4,31$.

Ergebnis: Die deutliche Mehrheit der Nutzer hält LQFB für eine Verbesserung der Basisdemokratie³⁴⁸ ($\bar{x} = 4,62$) und ist gegen eine sofortige Abschaltung ($\bar{x} = 1,68$). Die Nutzer fordern jedoch ebenso deutlich, dass LQFB verbessert werden soll ($\bar{x} = 4,31$). Zwar ist für die Mehrheit der Teilnehmer ($\bar{x} = 3,74$) LQFB bereits ein wichtiger Kanal für die Kommunikation mit dem BuVo, doch eindeutig ist dieses Ergebnis nicht. Möglicherweise fehlt hier die Einbindung der Ergebnisse in die Parteiarbeit. Auch unter den Nutzern ist die Angst vor dem Bekanntwerden der eigenen Abstimmungsergebnisse nicht dominant ($\bar{x} = 1,86$).

Die neue Umfrage bestätigt damit die positiven Ergebnisse, die sich aus der ersten Umfrage vom November 2010 ergeben hatten.

³⁴⁸ Der Begriff Basisdemokratie wurde hier bewusst gewählt, obwohl Liquid Feedback eigentlich kein Tool für Basisdemokratie, sondern für die Liquid Democracy ist. Idee: Basisdemokratie gilt als das Ideal, an das sich die Liquid Democracy annähert. Basisdemokratie ist insofern ein geeigneter Indikator wenn es um die Frage geht, ob man aus Sicht der Parteimitglieder auf dem „richtigen Weg“ ist.

7.3.8.) Delegationen

In der April-Umfrage sollte die Delegation noch einmal eine größere Rolle spielen. Zum einen, da die Angst vor Machtkonzentration in der Hand weniger populärer Parteimitglieder das zweitwichtigste Ablehnungsmotiv darstellt, zum anderen, da Delegationen der eigentliche Dreh- und Angelpunkt der LD Idee sind.

Und um zu bewerten, ob LD ein „Erfolgs-Konzept“ innerhalb der Piratenpartei ist, oder möglicherweise auch darüber hinaus, sollte diesem Aspekt noch einmal gesondert Aufmerksamkeit geschenkt werden.

a. Grundlagen Delegationen

Die Idee der Delegationen in LQFB ist, dass nicht jeder genug Zeit hat, um sich in der Tiefe mit allen zur Abstimmung stehenden Fragen zu beschäftigen. Stattdessen sollten diejenigen über Initiativen abstimmen, die sich mit einem Thema am meisten beschäftigt haben, oder denen eine verhältnismäßige Entscheidung zugetraut wird.

Die folgende Frage sollte daher erfassen, wie gründlich sich die Piraten mit einer Initiative beschäftigen, bevor sie über sie abstimmen.

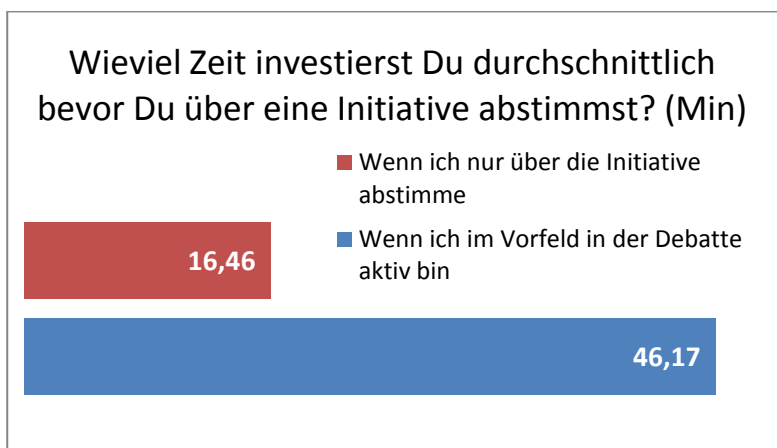


Abbildung 7.3-45

Ergebnis: Tatsächlich nehmen sich die Teilnehmer einer Debatte fast dreimal so viel Zeit für eine Initiative, wie Parteimitglieder, die nicht mitdiskutiert haben. (Der Durchschnitt von fast 17 Minuten ist dabei durch einige Extremwerte noch verfälscht. Rechnet man alle Extremwerte über 45 Minuten heraus, verkürzt sich die durchschnittliche Entscheidungszeit pro Abstimmung auf nicht ganz 13 Minuten.)

Fast noch aussagekräftiger als die Durchschnittszeit ist die Tatsache, dass 627 Piraten sich bei der Frage zu „Nur über die Initiative abstimmen“ eintrugen, während dies im Feld „Wenn ich im Vorfeld in der Debatte aktiv bin“ nur 184 Piraten taten. Wie bereits oben gesehen, ist die Zahl derjenigen, die bereit sind, sich inhaltlich intensiv mit einem Thema zu beschäftigen, sehr gering.

In Bezug auf die Qualität einer Entscheidung wirft das noch einmal die Frage auf, ob eine Delegation nicht doch in manchen Fällen die bessere Antwort wäre.

b. Gründe / Motive der Nicht-Nutzer von Delegationen

Delegationen werden jedoch von den Piraten bislang eher sparsam verwendet, wie bereits die Auswertung der LQFB Statistik zeigte. Dies ist unter den Teilnehmern der Umfrage nicht anders.

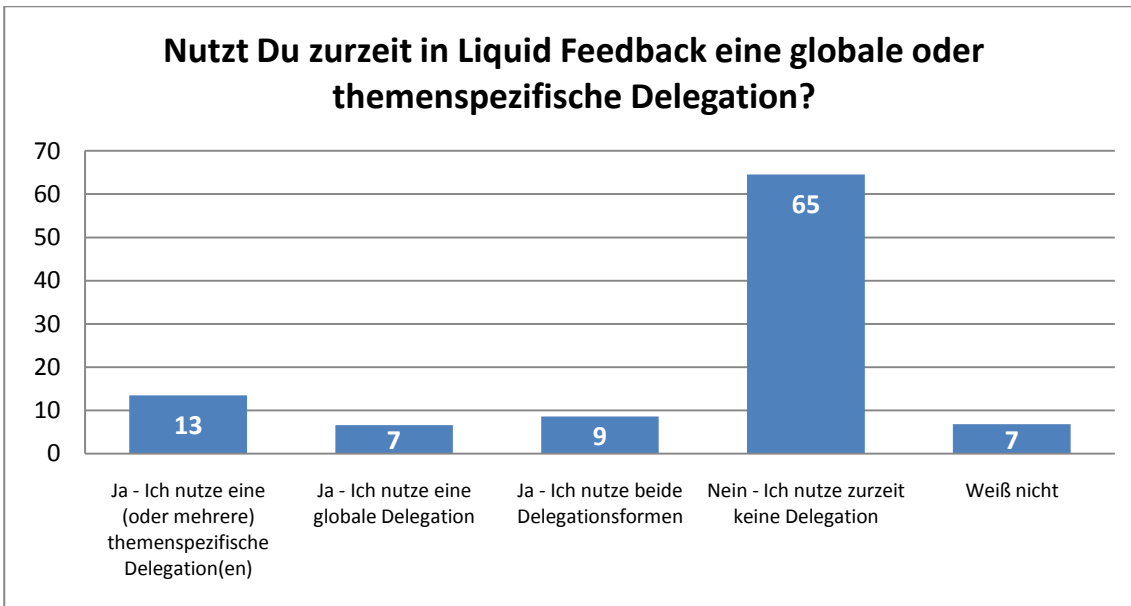


Abbildung 7.3-46

Diejenigen Umfrageteilnehmer, die in dieser Frage antworteten „Nein – ich nutze zurzeit keine Delegationen“ wurden zu Ihren Gründen befragt.

„Du hast angegeben, dass Du zurzeit keine Delegation in Liquid Feedback nutzt? Wir würden gerne wissen warum.“

Statistikinfo: Die Nutzer konnten auf einer Skala von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 6 (stimme vollkommen zu) antworten. Alle folgenden Angaben sind in Prozent. N schwankt zwischen 558 und 582.

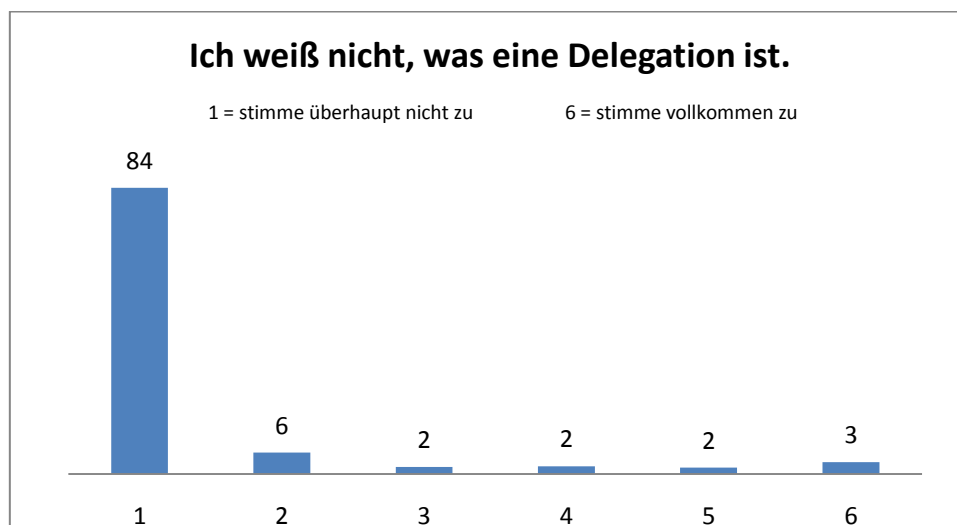


Abbildung 7.3-47 -- Offenbar kein Grund. Ø 1,42.

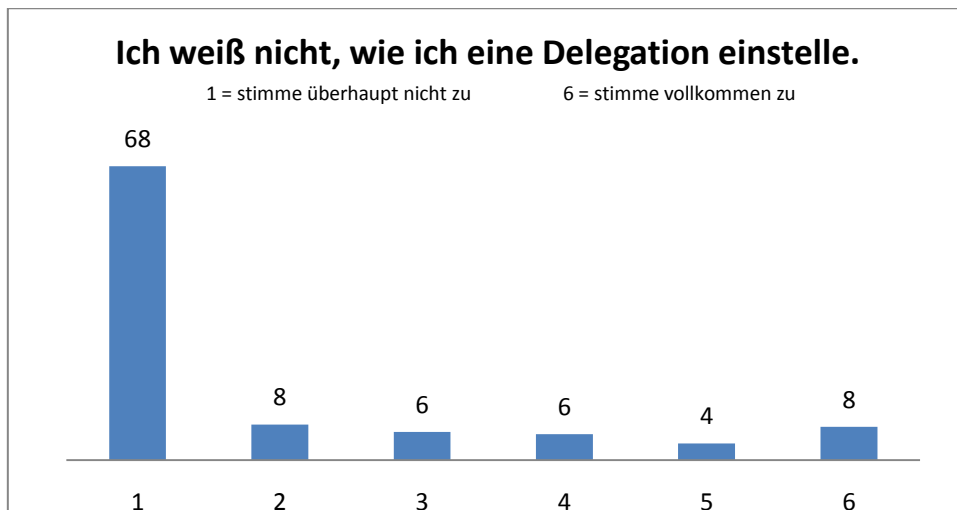


Abbildung 7.3-48 -- Offenbar kein Grund. Ø 1,93.

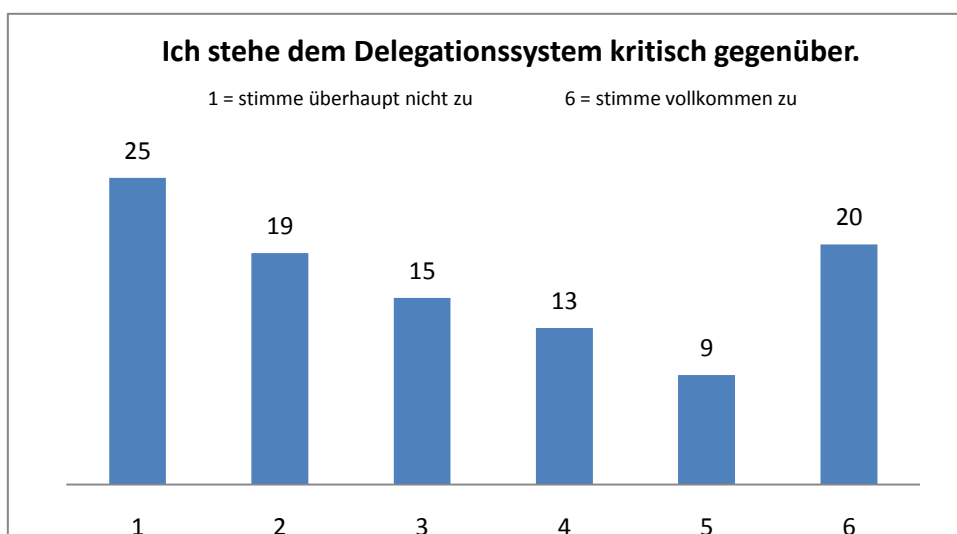


Abbildung 7.3-49 -- Unter den LQFB-Nutzern gibt es eine Gruppe, die dem Delegationssystem kritisch gegenübersteht und bewusst keine Delegationen einsetzt. Allerdings ist „kritisch gegenüberstehen“ eine sehr weiche Formulierung, die noch nicht sehr viel aussagt. Ø 3,20.

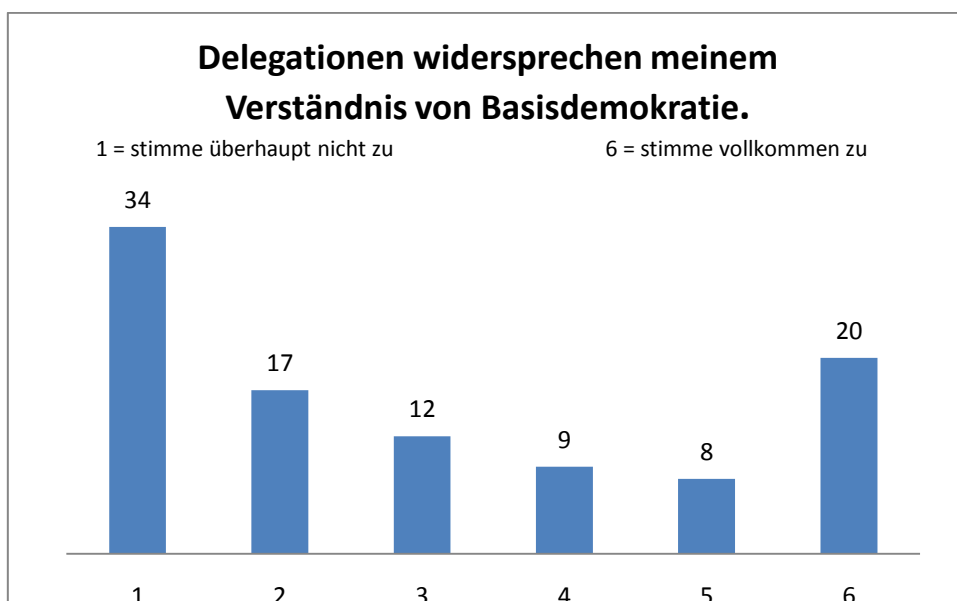


Abbildung 7.3-50 -- Die deutlich schärfere Formulierung „widerspricht meinem Verständnis von Basisdemokratie“ unterstützen etwas weniger Piraten. Ø 3,01.

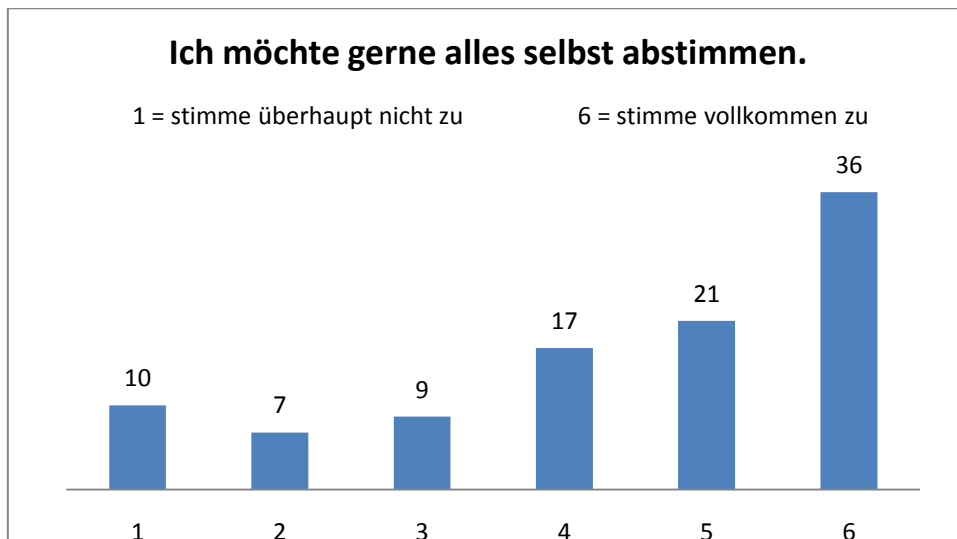


Abbildung 7.3-51 -- Viele Piraten wollen schlicht selbst abstimmen. Ø 4,39.

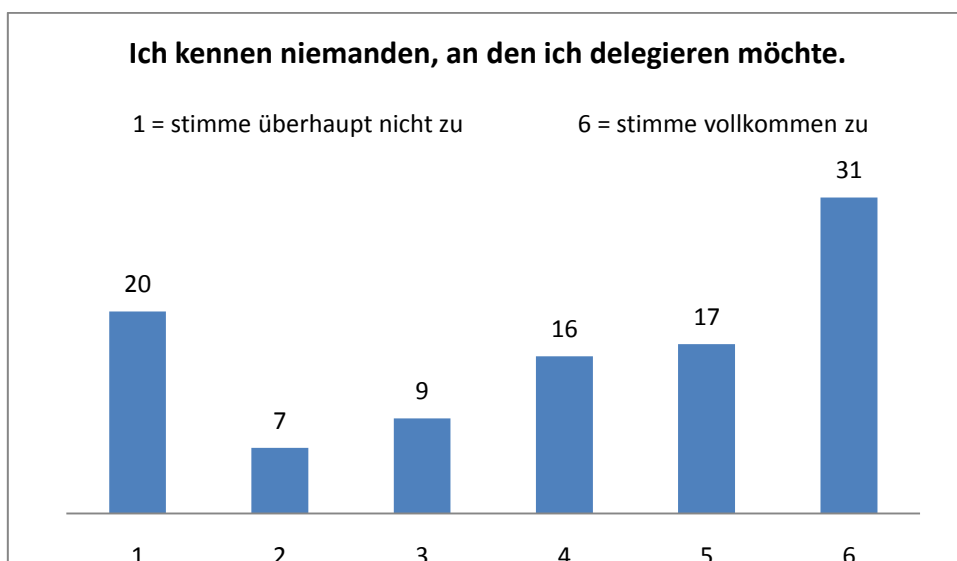


Abbildung 7.3-52 -- Ein leicht nachvollziehbares Motiv. Ø 3,97.

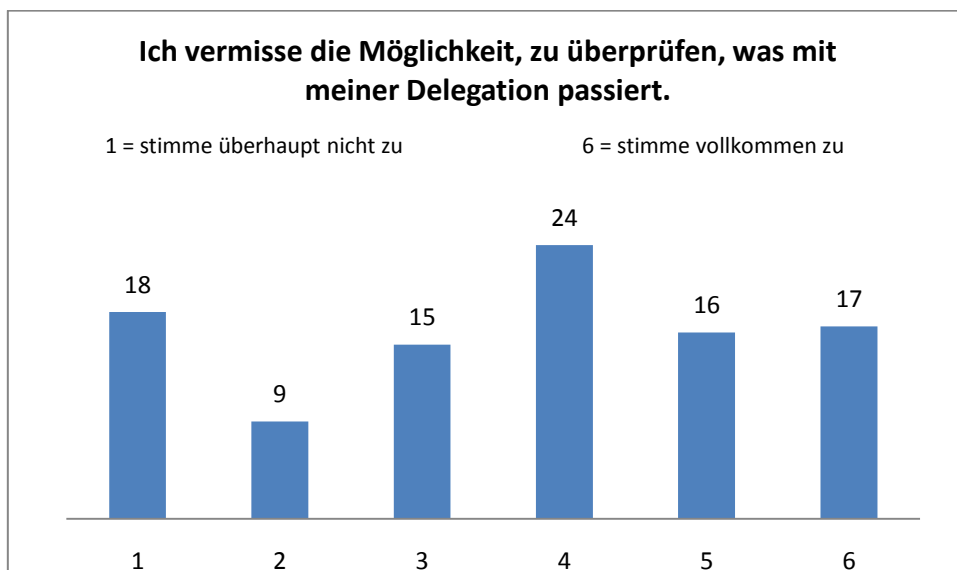


Abbildung 7.3-53 -- Ebenfalls ein fehlendes Feature: Zu überprüfen, wie die Delegationsempfänger entscheiden, ist bisher nicht sehr bequem geregelt. Ø 3,63.

Zwischenergebnis: Ganz praktische Gründe dominieren diese Frage. Zahlreiche Piraten möchten schlicht alles selbst abstimmen (\emptyset 4,39). Diejenigen, die gerne delegieren würden, haben jedoch Probleme einen geeigneten Delegationsempfänger zu finden (\emptyset 3,97).

Eine Lösung für dieses Problem wäre eine Seite innerhalb von LQFB, auf der sich die Mitglieder für Delegationen bewerben und eine Vorstellung von sich hinterlegen könnten. Das würde möglicherweise auch die Bedenken etwas eingrenzen, wonach nur bekannte Parteigesichter Delegationen empfangen können.

Ein Teil der Piraten lehnt Delegationen auch inhaltlich ab, sieht sie als kritisch an (\emptyset 3,20), oder gar als Widerspruch zum eigenen Verständnis von Basisdemokratie (\emptyset 3,01).

c. Die Inaktiven nutzen Delegationen in Liquid Feedback kaum

Einer der oft genannten Kritikpunkte an den Delegationen in LQFB ist, dass inaktive Parteimitglieder mit ihren Delegationen das System verfälschen könnten. Doch stimmt das? Wie hoch ist der Anteil der inaktiven Piraten, die Delegationen nutzen? Zunächst eine Kreuztabelle: Wer von den Inaktiven ist überhaupt in LQFB angemeldet?

Tabelle 9

In Liquid Feedback angemeldet * Aktivität / Inaktivität					
	Keine Teilnahme	Wenig Teilnahme	Durchschnittliche Teilnahme	Intensive Teilnahme	Gesamt
ja	275	280	166	329	1050
nein	358	136	45	70	609
Gesamt	633	416	211	399	1659

Für LQFB haben sich 275 Piraten angemeldet, die nicht mehr aktiv sind. Als nächste Frage stellt sich: Wie viele von diesen Mitgliedern nutzen Delegationen?

Tabelle 10

Nutzt Du Delegationen * Aktiv-Passiv Kreuztabelle					
	Keine Teilnahme	Wenig Teilnahme	Durchschnittliche Teilnahme	Intensive Teilnahme	Gesamt
Ja - ich nutze eine (oder mehrere) themenspezifische Delegation(en)	11	34	24	69	138
Ja - ich nutze eine globale Delegation	11	16	11	30	68
Ja - ich nutze beide Delegationsformen	4	21	17	46	88
Nein - ich nutze zurzeit keine Delegation.	202	187	101	172	662
Weiß nicht	25	22	12	11	70
Gesamt	253	280	165	328	1026

Es zeigt sich, dass nur 26 inaktive Piraten eine Delegation eingestellt hatten. Weitere 25 wissen es nicht mehr. Umgerechnet bedeutet das, dass weniger als fünf Prozent der Inaktiven eine Delegation eingerichtet haben.

Wie aus der Tabelle hervorgeht, werden Delegationen am stärksten von Piraten genutzt, die sich am Parteilieben „intensiv“ beteiligen. 36,4 Prozent von ihnen nutzen mindestens eine Form der Delegation. Die Angst vor Delegationsmacht durch inaktive Piraten scheint daher, wie so viele Ängste, eher irrational.

d. Zwischenfazit Delegationen:

Delegationen werden von vielen Piraten noch mit Skepsis betrachtet. Manche wollen einfach „selbst abstimmen“, manche befürchten eine Machtkonzentration und manche gar einen Widerspruch zur Basisdemokratie. Möglicherweise steht hinter dem Wunsch selbst abzustimmen, auch der Wunsch die Kontrolle nicht aus der Hand zu verlieren; ein Aspekt, der hier nicht abgefragt wurde.

Auch wenn die Nicht-Nutzer von Delegationen mit einer kritischen Haltung gegenüber der Delegationsidee unter den Gesamtnutzern wieder etwas zurück fallen, bleibt dies sicher ein Thema in der Partei. Langfristig könnte sich an dem Verständnis für Delegationen der Erfolg oder Misserfolg der LD Idee entscheiden.

7.3.9.) Streitpunkt Transparenz / Sozialer Druck

Wie bereits in anderen Abschnitten dargestellt, wird das Thema „Datenschutz“ von den LQFB Nutzern nicht als problematisch empfunden. In keiner Gruppe gab es dafür eine Mehrheit. Weder in der November-, noch in der April-Umfrage. Ursache dafür könnte das aufwendige Registrierungssystem sein, über welches die Piratenpartei eine pseudonyme Nutzung möglich macht. Nach der April-Umfrage nutzt etwa die Hälfte der Partei die Möglichkeit zumindest teilweise pseudonym in LQFB aktiv zu sein. Die andere Hälfte hat ihre Identität offen gelegt.

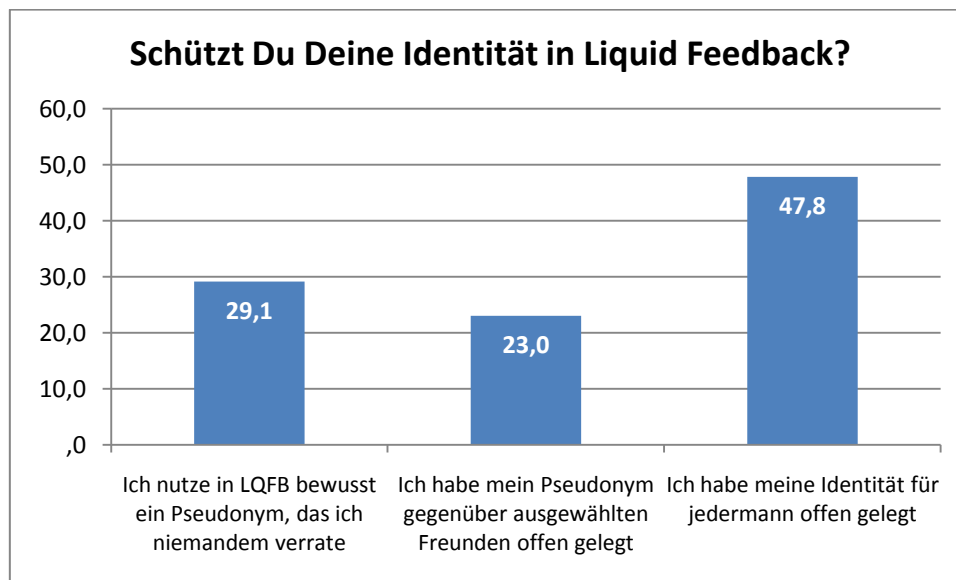


Abbildung 7.3-54 – N = 999

Dennoch ist das Datenschutzargument stets das erste Argument bei einer beliebigen Debatte um LQFB. Auffällig war, dass dabei oft ausschließlich über die Transparenz der Entscheidungen in LQFB diskutiert wurde. Offen abgestimmte Entscheidungen sind in der Politik jedoch keine Ausnahme, sondern die Regel. Geheime Abstimmungen sind bei Parteitagungen ausgesprochen selten. Wichtigste Ausnahme davon sind Personenwahlen, die jedoch aus genau diesem Grund nicht in LQFB durchgeführt werden.

Doch stimmt es, dass die Transparenz von LQFB, durch ihre lange Speicherzeit, einen sozialen Druck erzeugt? Dazu wurde in die Umfrage die folgende Vergleichsfrage eingebaut.

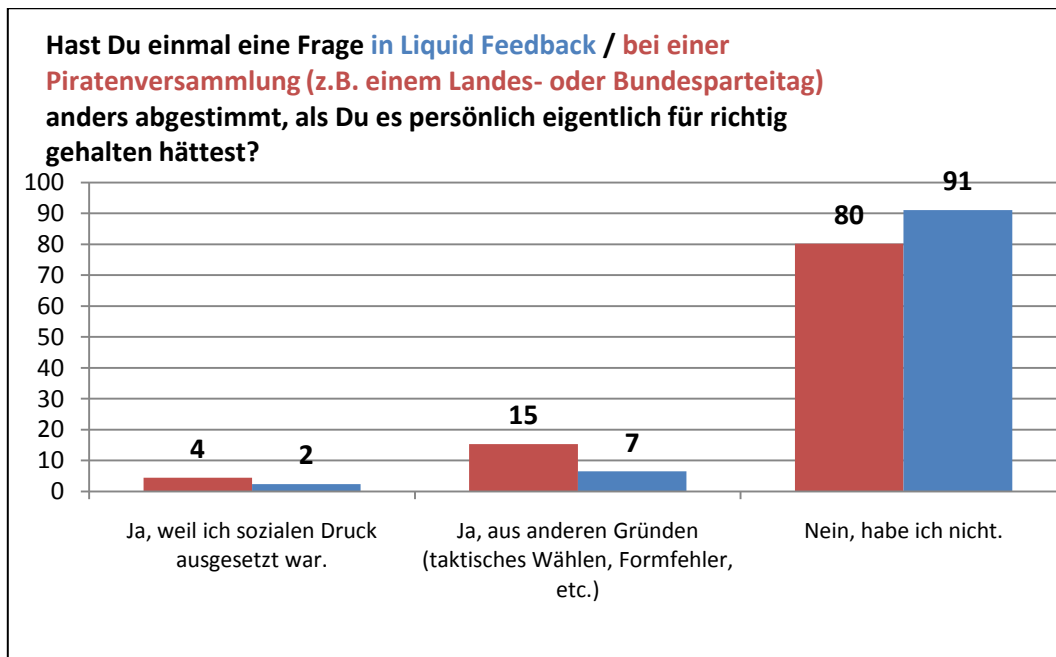


Abbildung 7.3-55 -- N = Versammlungen = 540; LQFB = 752.

(Info: Aufgrund von sozialer Erwünschtheit dürften die hier gezeigten Ergebnisse weit unter den wahren Werten liegen. Es sollte nur ein Vergleich, nicht die absoluten „wahren“ Werte.)

Der soziale Druck auf öffentlichen Versammlungen ist nicht nur gleich hoch, sondern sogar noch etwas höher, als in LQFB. Mögliche Ursache: Abstimmungen in LQFB sind bis zur Auszählung immer geheim. Dies wäre schon aus zeitlich-organisatorischen Gründen bei keiner Versammlung möglich.

Stattdessen kann bei Landes- und BPTen jeder „sofort“ sehen, wie alle anderen im Saal abstimmen. Und auch das Parteimitglied selbst ist den kontrollierenden Blicken seiner Freunde, Parteikollegen und seines Stammtisches ausgeliefert. Durch die öffentliche Abstimmung ist die Orientierung an anderen Personen auch einfacher. Die unmittelbare Anwesenheit von Autoritätspersonen (Freund, Kreisvorsitzender, Ehefrau) auf Versammlungen könnte also einen stärkeren Effekt haben, als die spätere Überprüfbarkeit der Ergebnisse im Internet. In LQFB kann der Nutzer alleine und in Ruhe entscheiden und ist nicht den sozialen Gruppeneffekten eines Parteitags ausgeliefert.

Ebenfalls interessant: Taktisches Wählen kommt auf Versammlungen häufiger vor, als in LQFB. Dies ist wahrscheinlich dem in LQFB eingesetzten Präferenzwahlverfahren (sog. Schulze-Methode) und der Möglichkeit der Anregungen (z. B. das Ausräumen von Formfehlern) zu verdanken.

8.) Zusammenfassung & Fazit

8.1.) Zusammenfassung

Dr. Michael Plaetau hat es bereits sehr treffend formuliert:

„Mit der Einführung des LQFB Systems hat die Partei einen in dieser Größe bislang einmaligen Schritt zur Umsetzung neuer Formen direkter Demokratie in der Informationsgesellschaft unternommen. [...] Die Piratenpartei setzt eindeutig darauf, dass die Vielfalt von Meinungen und die netzwerkartige wechselseitige Beobachtung anderer Positionen (Beobachtung zweiter Ordnung) das bessere Mittel zur Erarbeitung politischer Strategien ist als die traditionellen, durch hierarchische Delegationsformen gefilterte Entscheidungsprozess. In diesem Sinne weist sich die Piratenpartei als eine poststrukturalistische Partei aus, so dass es vielleicht gar nicht so übertrieben ist von einer Partei neuen Typus zu sprechen“³⁴⁹

Bei der Zusammenfassung dieser Arbeit möchte ich nochmal die zwei Aspekte aufgreifen: Die eher theoriegetriebene Beschreibung von LQFB und den praktischen Analyse-Teil.

a) Theorie

Das LD Konzept und seine konzeptionelle Umsetzung in der LQFB Software sind äußerst spannend und erfüllen bereits zahlreiche Kriterien der eingangs aufgeführten Definition einer „idealen“ innerparteilichen Demokratie (vergleiche Abschnitt 2.1.3). Insbesondere Andreas Nitsche, der die Grundlagen für die Software entwarf, gebührt Anerkennung.

- Niedrige Einstiegshürden: Nach der Anmeldung können die Nutzer sofort Anträge formulieren. Da die Software rund um die Uhr, sieben Tage die Woche online ist, können Parteimitglieder unmittelbar auf aktuelle Geschehnisse reagieren. Ein Parteimitglied wird dabei von keiner vorgeschalteten Instanz kontrolliert und kann sogar alleine tätig werden und sich bundesweit Unterstützer suchen.
 - Minuspunkt: Durch die hohen Ansprüche einiger Piraten bezüglich Datenschutz wurde die Anmeldung sehr kompliziert. In jüngster Zeit kam es in der ausschließlich mit ehrenamtlichen Helfern arbeitenden Partei immer wieder zu Verzögerungen beim Ausschluss bereits ausgetretener Mitglieder oder bei der Zuteilung von Zugängen für neue Mitglieder. Eine Hürde stellt auch das wenig intuitive Design der Beta-Software und die fehlenden Benachrichtigungen dar.
- Die Beteiligung ist auch niedrigschwellig. Die einfachste Beteiligung ist eine Delegation auf einen Freund. Wer will, kann sich jedoch auch in der Tiefe engagieren, Anträge schreiben, Anregungen schreiben und sogar Alternativen unterbreiten.
 - Minuspunkt: Die Delegation ist jedoch in der Software noch sehr versteckt und kompliziert einzurichten. Sie sollte an allen Stellen viel präsenter sein. Zudem fehlt eine Seite für Delegationsbewerber.
- Die Software ist im höchsten Maße transparent und durchsuchbar. Es gibt keinerlei exklusives Administrator- oder Vorstandswissen. Alle sind in der Software gleich.
- Alle Prozesse in der Software unterliegen genauen Regeln, die nachvollziehbar sind. Bis auf eine vertretbare Ausnahme für den Parteitag, hat die Piratenpartei die Prozesse auch während des Verlaufs nicht geändert.

³⁴⁹ Plaetau, Michael, *Die Piratenpartei – Vision einer freien Wissensordnung*, 2010, in: Forum Wissenschaft 4/10, S. 54.

- Die Partei hat eine ausreichend lange Diskussionsphase definiert. Insbesondere durch die „Eingefroren-Phase“ gibt es noch einmal ausreichend Zeit für Debatten. Die Debatte in der Piratenpartei ist frei und unzensuriert.
 - Minuspunkt: Es war klug eine Debatten- und somit moderationsfreie Plattform zu entwerfen. Für Mitglieder ist die dezentrale „Überall-Debatte“, dennoch schwer zu fassen. Hier könnte ein von LQFB unabhängiges Debatten-Portal eine Lösung sein.
- Besonders der Minderheitenschutz in LQFB ist ausgeprägt. Jederzeit können Anregungen und Gegenanträge gestellt werden. Doch selbst wenn ein Beschluss einmal gefällt wurde, besteht jederzeit, für die unterlegene Minderheit, die Möglichkeit den Prozess von vorne zu beginnen. Ein Vorgang, der nicht einmal in der Piratenpartei auf einem Parteitag möglich wäre und somit eine sehr weitgehende Freiheit einräumt, die nur aufgrund des schützenden 10 Prozent Quorums möglich ist. Eine soziale strukturelle oder soziale Ächtung gibt es weder in der Software, noch in der Partei. Doppelt gestellte Anträge werden einfach ignoriert.
- Ein einfacher Wechsel zwischen Aktivität und Inaktivität ist für Parteimitglieder problemlos. Es gibt keine Privilegien, die das Mitglied durch Inaktivität verliert. Im Gegenteil: Die Software sollte langanhaltende Inaktivität zukünftig selbst registrieren und die Nutzer als inaktiv markieren, um Verzerrungen durch Themenbereichsmitgliedschaften und vergessene Delegationen zu vermeiden.
- Die Software bietet die Möglichkeit über sämtliche Initiativen abzustimmen. Die Ergebnisse sind dank der Transparenz der Abstimmungsergebnisse, und der Möglichkeit zum Download der Software, für jeden überprüf- und somit belastbar.
- Bisher hat die Piratenpartei der LD und auch der LQFB-Software keinen verbindlichen Status in ihrer Satzung eingeräumt. Das wichtige Kriterium „Entscheiden statt Anhören“ erfüllt die Partei daher bisher nicht. Entsprechend leidet die tatsächliche Wirkungskraft und mit ihr die Akzeptanz der Software innerhalb und außerhalb der Partei.

b) Empirie

Erfüllten sich die theoretischen Überlegungen der LQFB Entwickler auch in der Praxis? Hier die Ergebnisse der empirischen Analyse im Einzelnen.

6.1. Analyse zweier Debatten in Liquid Feedback

Die Analyse konnte aufzeigen, dass Debatten innerhalb von LQFB funktionieren. Allerdings laufen sie häufig über mehrere Themen hinweg ab. Hier profitieren die Nutzer von der Möglichkeit, jederzeit neue Initiativen starten zu können. Es hat sich auch gezeigt, dass mit zunehmender Qualität und zunehmendem Komplexitätsgrad der Initiativen, die Anregungen und Alternativanträge spürbar zurückgehen.

6.2. Der Einfluss von Liquid Feedback auf den Bundesparteitag in Chemnitz

Viele Anträge aus LQFB flossen in den Parteitag ein. Die Abstimmungsergebnisse wurden in den Antragsbüchern genannt und bestimmten die Reihenfolge innerhalb der Themenbereiche.

In 28 Fällen folgte der BPT den Ergebnissen aus LQFB. In 11 Fällen nicht. Interessanter war jedoch, dass Anträge, die durch LQFB geflossen waren, im Schnitt im Vergleich mit direkt gestellten Anträgen doppelt so erfolgreich waren. Dies bestätigt die positiven Berichte der Parteimitglieder, die von einem insgesamt deutlich konstruktiven Klima auf dem Parteitag berichteten. Argumente konnten so bereits im Vorfeld ausgetauscht und vereinzelt auch Kompromisse ergründet werden.

Erstaunlich auch, dass die Beteiligung in LQFB größer war als beim eigentlichen Parteitag selbst (vorausgesetzt man akzeptiert Delegationen als Meinungsäußerung).

6.3. Vergleich: BPT Bingen mit Antragsfabrik vs. BPT Chemnitz mit LQFB

Beteiligten sich vor dem Parteitag in Bingen in der Wiki-basierten „Antragsfabrik“ noch durchschnittlich ~60 Piraten pro Antrag, schnellte die Beteiligung in LQFB auf durchschnittlich 427,9 Stimmen pro Thema hoch

(Zuwachs von 700 Prozent). Selbst wenn man die Delegationen herausrechnet, so lag der Zuwachs, mit 212,9 Piraten pro Initiative, immer noch bei über 350 Prozent gegenüber der Antragsfabrik.

LQFB arbeitete auch deutlich mehr Anträge durch. Rund 1000 Anträge wurden vor dem Parteitag behandelt, während es in Bingen nur knapp 200 waren. Hinzu kommt, dass LQFB der beliebigen Erstellung von Accounts im Wiki entgegentrat und damit verlässlichere Ergebnisse lieferte.

6.4. Statistische Auswertung der Liquid Feedback Software

Die statistische Auswertung ergab, dass sich, im Vergleich zu anderen Projekten solcher Art, ein sehr hoher Anteil der Mitglieder beteiligt hatte. Die Anzahl an Initiativen, Überarbeitungen, Anregungen usw. dokumentiert ein beeindruckendes innerparteiliches Engagement. Diese Beteiligung hielt jedoch nur bis zum Parteitag an und brach danach zunehmend ein. Mögliche Ursache könnte sein, dass nach dem Parteitag unklar wurde, für was die Plattform zukünftig genutzt werden sollte und an wen sie sich richtet. LQFB hat aus sich heraus keine „normative Kraft des Faktischen“ entfaltet.

Bewahrheitet hat sich die Annahme der Entwickler, dass sich nur wenige Mitglieder intensiv an der inhaltlichen Ausarbeitung beteiligen werden. Obwohl Delegationen nur von einem Teil der Mitglieder genutzt werden, halfen sie den engagierten und bekannteren Mitgliedern ihre Anträge voranzutreiben.

Nach dem Parteitag nahm die Konzentration und Bedeutung der Delegationen nochmals deutlich zu. Während einige Parteimitglieder diese Entwicklung mit Sorge betrachten, hält der Autor dies für die logische Folge des LD Konzepts und darüber hinaus für eine natürliche und auch sinnvolle Regelung. Macht und Arbeitsteilung sind natürlicher Bestandteil der Demokratie, kein Widerspruch. Nirgendwo ist die Macht zudem so transparent nachvollzieh- und widerrufbar wie in der LD. Dennoch sind Verbesserungen möglich:

- LQFB muss die Bedingungen verbessern, damit jeder Delegationen empfangen kann (Bewerbungsplattform / Begründbarkeit von eigenen Entscheidungen / einsehbare Historie der Entscheidung des jeweiligen Nutzers).
- Für Nutzer muss es einfacher möglich sein, die Delegationen zu überprüfen. Dies gilt sowohl vor der Wahl (übersichtlichere Darstellung der Delegationspfade), besonders aber nach der Wahl (Darstellung aller Entscheidungen / Weiterdelegationen meines Delegationsempfängers).
- Problematischer als die Konzentration der Delegationen ist die abnehmende Aktivität der Nutzer insgesamt. Wird ein gewisses kritisches Niveau unterschritten, endet Verhandlungsproesse. Dem könnte die Partei durch zwei einfache Mechanismen begegnen:
 - Die Plattform muss durch die Partei, insbesondere den Vorstand, eine Funktion (ähnlich wie bis zum Parteitag) zugesprochen werden. Bevor LQFB zu einem eigenständigen Organ erhoben wird,³⁵⁰ wäre ein möglicher Zwischenschritt eine nicht-fakultative Integration in die Antragstellung an den BuVo. Sollte der nächste BPT wieder über LQFB vorbereitet werden, ist eine erneute Zunahme wahrscheinlich.
 - Inaktive Nutzer müssen durch die Plattform vorübergehend deaktiviert werden, damit sie nicht die Ergebnisse verzerren. Möglich wäre eine Frist, z. B. von drei bis sechs Monate ohne Login. Die Nutzer müssen dann ihren Unterstützerstatus in den Themenbereichen ihrer Delegationen verlieren.

6.5. Liquid Feedback im Bundesvorstand

Die Gespräche mit dem BuVo haben die ablehnende Haltung desselben gegenüber LQFB bestätigt. Zwei Mitglieder haben sich gar nicht erst registriert. Trotz des eindeutigen Beschlusses des BPTs in Bingen (80 Prozent Zustimmung) konnte LQFB nur unter starkem öffentlichen Druck gegen den Vorstand eingeführt

³⁵⁰ Entsprechende Vorschläge liegen bereits vor und sollen auch mit dem Parteiengesetz vereinbar sein. Vgl. Siggel, Benjamin, *Ein liquid-demokratisches Organ ist möglich!*, 2011, <http://goo.gl/qtNGQ>; Siggel, Benjamin, *Quo vadis, Piraten?*, <http://goo.gl/DWB8E>.

werden. Der Streit um die Einführung war derart heftig, dass er den Vorstand spaltete und ein Vorstandsmitglied gar zum Rücktritt bewegte.

Auch zum Zeitpunkt des Interviews – Ende Februar 2011 – akzeptierten nur drei Mitglieder LQFB als Feedback-Kanal für den Vorstand. Und mit Christopher Lauer akzeptierte nur ein Mitglied das Konzept von Delegationen als legitime Meinungsäußerung. Zwar ist das immer wieder vorgebrachte Argument nachvollziehbar, nämlich dass der Vorstand in letzter Instanz die Verantwortung trage, aber es hätte genug Möglichkeiten gegeben, dem Problem konstruktiv zu begegnen. Die Blockadehaltung erweckt den Eindruck, dass auch Angst vor einem „Gegenvorstand“ hinter der Ablehnung stand. Alle Vorstandsmitglieder waren sich einig, dass LQFB entweder keinen oder kaum Einfluss auf den Vorstand hatte.

7. Parteiinterne Umfragen

7.2.) November-Umfrage

Die Umfrage auf und unmittelbar nach dem Parteitag in Chemnitz produzierte ausgesprochen positive Ergebnisse. Die Parteimitglieder hatten das Gefühl sich einmischen zu können und glaubten, dass die Politik der Partei nicht von kleinen Cliques/Gruppen bestimmt wird. Einzig das Informations- und Kommunikationschaos war noch immer Ursache für Unmut. Auch wenn die Zufriedenheit mit der Software LQFB mittelmäßig ist, so stimmt doch eine Mehrheit der Position zu, dass LQFB die Basisdemokratie verbessert habe.

Kritisiert wurde vor allem, dass LQFB viel Zeit koste und dass die Gefahr bestünde, dass Delegationen sich auf wenige Köpfe verteilen. Die Kritikpunkte waren überraschend, da beide Probleme durch Softwareupdates leicht behoben werden könnten (besseres Interface, Benachrichtigungen über Abstimmungen, Bewerbungsplattform für Delegationsempfänger, Delegations-Verfall für inaktive Nutzer). Erstaunlich wenig Kritik gab es hingegen an den Prinzipien von LQFB. Sowohl Delegationen an sich als auch das Thema Datenschutz/Privatsphäre gehörten zu den weniger bedeutenden Problemen.

Im Gegenteil: Es konnte über eine Korrelation recht eindeutig nachgewiesen werden, dass die aktiven LQFB Nutzer besonders zufrieden mit der innerparteilichen Demokratie waren. Unzufriedenheit gab es hingegen bei den Mitgliedern, die keine Übersicht über Kommunikation und Beteiligungsmöglichkeiten hatten.

Da die Umfrage nur 550 Teilnehmer erreichte und über Twitter, Foren und Mailinglisten verbreitet wurde, kann davon ausgegangen werden, dass sie nur die aktiven Parteimitglieder erreicht hat. Die April-Umfrage ermöglichte, kurz vor Ende dieser Arbeit, eine Möglichkeit zur Überprüfung und Vertiefung der Analyse mit einem deutlich repräsentativeren Parteischnitt.

7.3) April-Umfrage

Mit 1900 Teilnehmern und fast 1600 vollständig ausgefüllten Fragebögen erfasste die zweite Umfrage deutlich mehr Parteimitglieder – insbesondere deutlich mehr inaktive.

In der Umfrage, die erstmals die Beteiligung in anderen Zusammenhängen abfragte (AGs, Besuch von Parteitagen, generelle Aktivität), wurde deutlich, dass sich in der Piratenpartei nur ein geringer Anteil der Parteimitglieder überhaupt aktiv beteiligt. Damit unterscheidet sich die Partei nicht sonderlich von anderen Organisationen der Gesellschaft. Das stellt jedoch die 3000 registrierten Nutzer und die über 1500 Initiativen in ein vollkommen anderes Licht.

Die Zufriedenheit mit der Software war unter den rund 1000 Umfrageteilnehmern, die angaben, sich für LQFB registriert zu haben, in fast allen Formulierungen sehr groß.

Unter den Umfrageteilnehmern, die sich nicht für LQFB registriert hatten, gab nur ein Drittel an, schon etwas von LQFB gehört zu haben und den Zweck der Software zu kennen. 2/3 der Nutzer ist also nicht „aus Überzeugung“ nicht angemeldet, sondern sie sind schlicht nicht informiert. Unter dem übrigen Drittel lässt sich kein bestimmter einzelner Kritikpunkt identifizieren, der eine Mehrheit hat. Wichtigster Kritikpunkt ist,

wie bereits in der November-Umfrage, der Punkt „Ich habe keine Zeit“. Und damit meinen die meisten nicht einmal, dass die Software „zeitintensiv zu bedienen wäre“, sondern, wie die Auswertung der Fußnoten zeigt, tatsächlich reale Probleme wie Kinder, Hobby, Partnerschaft, die schlicht eine höhere Priorität haben. Die oft zitierten konzeptionellen Kritikpunkte, die 9000 Mitglieder abhalten würden, sich für LQFB zu registrieren – Datenschutz, Delegationen, fehlendes Internet – sind hingegen nur für wenige Umfrageteilnehmer ein ernsthaftes Problem.

Auch unter den rund 600 Selten-Nutzern nimmt das „Zeit-Argument“ eine zentrale Rolle ein. Daneben gibt es jedoch auch substantielle Kritik, etwa am Design/Bedienbarkeit, der Kompliziertheit der Software und die Angst vor einer Delegations-Konzentration auf populäre Parteimitglieder.

Ergründet wurden auch die Motive der Piraten, die keine Delegationen nutzen. Praktische Gründe wie „Ich will alles abstimmen“, oder der Mangel, geeignete Delegationsempfänger zu finden, dominierten die Ergebnisse. Nur ein Teil derjenigen, die Delegationen nicht nutzen, lehnen sie aus prinzipiellen Erwägungen ab. Angesichts der Neuheit des Konzepts, sind das zu erwartende/verhältnismäßige Reaktionen.

Nur ein Drittel der Nutzer gibt an, vollkommen pseudonym in LQFB aktiv zu sein. Sozialem Druck fühlten sich die Nutzer in LQFB nicht stärker ausgesetzt als auf Parteitag.

8.2.) Perspektive & Weiterentwicklung der Software

In der Piratenpartei wird weiter über LQFB gestritten. Die Neuwahl des Vorstands hat zu keiner klaren Entscheidung geführt. Der LQFB ablehnende³⁵¹ Sebastian Nerz konnte sich in der Vorstandswahl gegen den LQFB Befürworter Christopher Lauer klar durchsetzen. Die Software wurde bisher jedoch nicht abgeschaltet, sondern soll überarbeitet werden. Insbesondere die neue politische Geschäftsführerin, Marina Weisband, macht sich dafür stark. Inzwischen gibt es ein erstes Konzept für eine Integration von LQFB in die innerparteiliche Meinungsbildung³⁵² und ein Redesign-Wettbewerb des BuVos für die Software.³⁵³ Einen ersten bemerkenswerten Designentwurf gibt es bereits (Abbildung 8.2-1).³⁵⁴

Und auch das ursprüngliche Team der LQFB Entwickler arbeitet an einer neuen Version mit neuen Funktionen, etwa der Abbildung von verschiedenen Landesverbänden.³⁵⁵ Das tatsächliche Potential der Open Source Software ist jedoch längst noch nicht erschlossen. Einige externe Software-Experimente zeigen bereits das große Potential.³⁵⁶

Initiative	Unterstützung	Status
Karenzen für Politiker und Beamte Inneres, Demokratie, Recht Sicherheit	<div style="width: 50%;"></div>	Abstimmung
Recht auf sichere Existenz und Gesellschaftliche Teilhabe Wirtschaft, Soziales	<div style="width: 50%;"></div>	Quorum 1 (Offen)
Erneuerbare Energien-Gesetz II - Initiative des Bundes zur Förderung der regenerativen Energien Wirtschaft, Soziales	<div style="width: 50%;"></div>	Quorum 1 (Offen)
Gegen Quoten und positive Maßnahmen Gegen unnötige Quoten und positive Maßnahmen	<div style="width: 50%;"></div>	Abstimmung
Recht auf sichere Existenz und Gesellschaftliche Teilhabe Wirtschaft, Soziales	<div style="width: 50%;"></div>	Quorum (Offen)

Abbildung 8.2-1

³⁵¹ Vergleiche Nerz, Sebastian, *Nochmal über innerparteiliche Demokratie*, 2011, <http://goo.gl/afS5E>.

³⁵² Weisband, Marina, *Entwurf eines Konzeptes für die parteiinterne Meinungsbildung*, 2011, <http://www.marinastied.de/?p=598>.

³⁵³ Portal des Bundesvorstands der Piratenpartei Deutschland, *Liquid Feedback Redesign-Wettbewerb*, <http://goo.gl/Bfkbq>.

³⁵⁴ Unter dem Namen „Saftige Kumquat“ hat sich eine kleine offene Gruppe gebildet. Zu Ihnen gehören „incredibil“, „joknopp“, „thearix“ und „critzsche“. Das Bild ist unter <https://saftigekumquat.wordpress.com/> abrufbar.

³⁵⁵ Interaktive Demokratie e. V., *Die nächste Generation: #codename_blue*, <http://goo.gl/xMZxt>.

³⁵⁶ Vergleiche dazu diese Übersicht: Piratenwiki: *LiquidFeedback Tools*, <http://wiki.piratenpartei.de/LiquidFeedback/Tools>.

8.3.) Fazit

Die Piratenpartei steckt im Demokratie-Dilemma: Wie soll sie eine hohe Qualität und Tiefe der Debatte gewährleisten und gleichzeitig möglichst viele Parteimitglieder beteiligen? Wie können sich die Aktiven der Partei entfalten, ohne die Passiven vollkommen zu entmachten? Wie können wichtige, hitzige, emotionale Debatten mit dem Wunsch nach Übersicht, Effizienz und einer seriösen Außenwirkung verbunden werden?

Sich am Ende einer so umfangreichen Arbeit zum Richter über ‚richtig‘ und ‚falsch‘ zu erheben, scheint dem Autor problematisch. Letztlich muss die Piratenpartei entscheiden, ob LD für sie funktioniert.

Dem Autor scheinen drei Aspekte wichtig zu sein, um in der Diskussion voranzukommen und Kriterien der Bewertung zu definieren:

1. Richtige Vergleichsmaßstäbe nutzen

Die LQFB Software kann als Erfolg gefeiert oder als Misserfolg verbrämt werden – je nachdem welchen Maßstab man ansetzt. Die bisherigen vernichtenden Urteile orientierten sich jedoch stets nur an der absoluten Mitgliederzahl von 12.000 Parteimitgliedern (von denen niemand weiß, ob sie noch alle existieren) oder Lime-Survey Umfragen, die keine eigene Mitbestimmung ermöglichen.

Sinnvoller scheint dem Autor ein Vergleich der Beteiligung in LQFB mit den tatsächlichen bisherigen Beteiligungsformen wie der Antragsfabrik oder der Teilnehmerzahl auf dem Parteitag in Chemnitz. Außerdem sollte die Beteiligung in LQFB in Relation zur statistisch erhobenen Bereitschaft der Mitglieder zur inhaltlichen Beteiligung gestellt werden. In diesem Vergleich hat LQFB alle bisherigen Beteiligungsansätze in den Schatten gestellt.

2. Aus Erfahrung lernen: Basisdemokratie ist eine Illusion

Darüber hinaus scheint dem Autor der „Mythos Basisdemokratie“ ein wichtiges Thema. Ihm war auch die Grüne Partei erlegen. Die Idee, dass immer dann die größte Demokratie herrsche, wenn jeder genau eine Stimme hätte, ist verführerisch. Der eingangs erwähnte Dieter Salomon, der die basisdemokratischen Grünen der 80iger Jahre untersuchte, urteilt in seinem Fazit:

„Der anti-institutionelle Impuls der Bewegung [...] zum einen und die durch die basisdemokratischen Regularien hervorgerufene Überforderung der Mitglieder zum anderen, führten binnen kurzer Zeit dazu, daß die Partei zum closed shop wurde, an der nur noch ein bestimmter Typus von Ganztagsaktivisten Gefallen finden konnte. Dominierend war von nun an der Typus des Abkömmlichen, seien es Studenten, Rentner, Hausfrauen/-männer oder Arbeitslose. [...] Die Unattraktivität basisdemokratischer Verfahrensweisen und Regularien wurde so groß, daß die basisdemokratische Partei, die sich geradezu als Inkarnation der Bewegung verstand, schon Mitte der achtziger Jahre bei ca. 40.000 Mitgliedern stagniert, [...].

Da sich bei einer Aktivistenpartei Macht weniger an klaren Entscheidungsstrukturen und Verantwortlichen festmacht, sondern an Präsenz, und gleichzeitig die Partei für Aktivitäten immer offen ist, kommt es zu informellen Herrschaftsstrukturen, die im Gegensatz zu klaren Herrschaftsstrukturen zudem mangelnde Transparenz aufweisen.

Wenn man zusammenfassend die Intension der basisdemokratischen Regularien mit den über die Jahre gezeitigten Ergebnissen vergleicht, gelangt man zu dem Schluß, daß sie nicht nur ungenügend wirksam sind, sondern zumeist genau die gegenteiligen Effekte erzeugen.“³⁵⁷

³⁵⁷ Salomon, Dieter, *Grüne Theorie und graue Wirklichkeit: die Grünen und die Basisdemokratie*, 1991, Freiburg (Breisgau), Seitenzahl zum Zeitpunkt der Abgabe nicht mehr recherchierbar.

Die Basisdemokratie der Grünen führte also tatsächlich zu mehr Machtakkumulation und Intransparenz, als das in einem klar hierarchischen System der damaligen klassischen Parteien der Fall war. Erkenntnis: Auch in einem basisdemokratischen System kommt es zu Machtakkumulation; sie ist nur viel schwieriger zu kontrollieren, da weniger offensichtlich. Ursache dafür: Keine Partei kann dauerhaft eine hohe basisdemokratische Beteiligung aufrechterhalten – es fehlt schlicht die Zeit. Menschen müssen auch arbeiten, sich um ihre Familie kümmern und wollen Freizeit erleben. Demokratische Mitbestimmung – soll sie funktionieren – muss effizient sein.

Aber in der Liquid Democracy kommt es doch auch zur Machtkonzentration? Richtig, doch ist sie besser kontrollierbar. Besser als in der Basisdemokratie, vor allem aber auch besser als in der repräsentativen Demokratie.

Unter diesem Aspekt hält der Autor den Ansatz der LD für wesentlich klüger, Machtakkumulation – auch in hoher Konzentration – zu akzeptieren, wenn diese verliehene Macht dafür im Gegenzug jederzeit kontrollierbar, entziehbar und transparent bleibt. LD scheint für den Autor ein sinnvoller Weiterentwicklung der starren repräsentativen Systeme zu sein.

LD ermöglicht einerseits die eigene Expertise vollständig ins System einfließen zu lassen und andererseits mit Delegationen Macht, aus Zeitgründen, an vertrauenswürdige Dritte abzutreten.

3. Die Etablierung einer innerparteilichen LD wird die Zukunft der Piratenpartei entscheiden

Für die Zukunft der Piratenpartei wird die Frage um LD entscheidend sein. Die bisherigen sieben „Superdelegierten“, der gewählte Parteivorstand, sind in der jetzigen Situation politisch nahezu handlungsunfähig, fest umklammert von der Basis, die perfide darauf schaut, dass keine Aussagen jenseits des basisdemokratisch beschlossenen Parteiprogramms oder der abgesehenen Positionspapiere getroffen werden. Jeder eigenmächtige politische Schritt des Vorstands löst massive Reaktionen und Proteste der Basis hervor, die den Vorstand massiv unter Druck setzen. Wohlgemerkt: Ohne dass jemand feststellen könnte, ob die Protestierenden gerade in der Mehrheit oder nur eine lautstarke emotional erregte Minderheit sind.

Das erinnert an Zolleis. Er vermisst in der Piratenpartei ein „strategisches Entscheidungszentrum“, um verbindliche und verlässliche Entscheidungen zu treffen und sieht darin „den Keim des Scheiterns“ angelegt.³⁵⁸ Dies ist der gordische Knoten, den die Partei zu lösen hat. Manche in der Partei wollen die Partei „professionalisieren“, also hierarchische Modelle klassischer Parteien einführen. Ein „politischer Vorstand“ als Lösungsmodell?

Würde man dieses Konzept durchsetzen, wäre die Partei jedoch ihrer Vision beraubt. Das Alleinstellungsmerkmal der Partei – auch gegenüber ihren Mitgliedern – ist ihr Mitmachgedanke, der sich ideologisch aus den Ursprüngen des dezentralen, netzbasierten Internets speist.

4. Ergebnis:

Das LD Experiment hat, gerade im Rahmen des Parteitags in Chemnitz, gezeigt, dass es Meinungsbildungsprozess innerhalb der Partei unterstützten und Konflikte effizient befrieden kann. Dringend muss aber die konkret eingesetzte Software LQFB den Beta-Status verlassen, ihre Kinderkrankheiten, wie oben ausführlich dargestellt, überwinden.

³⁵⁸ Zolleis, Udo/Prokopf, Simon/Strauch, Fabian, *Die Piratenpartei - Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft?*, 2010, S. 23.

Die Partei muss sich gleichzeitig entscheiden, ob sie diese Chance nutzen will. Dafür muss sie für die Basis dauerhafte Anreize schaffen, sich in der Software zu engagieren. Beteiligung heißt Rechte einräumen und Kompetenzen zugestehen. Auf diese Weise kann die gesamte Partei integriert, dauerhaft befriedet und tatsächlich handlungsfähig werden.

8.4.) Perspektive für den Einsatz in anderen Kontexten

Die Konzepte der LD eignen sich nach Auffassung des Autors für jede größere Organisation, die kollektiv Entscheidungen treffen möchte: Vereine, NGOs oder Universitäten. Unmittelbar ist die LQFB Software mit ihrem jetzigen Design nicht außerhalb eines technikaffinen Publikums einsetzbar. Dies lässt sich jedoch, da die Software quelloffen ist, leicht ändern. So spricht technisch und strukturell nichts dagegen, wenn es in naher Zukunft ein parteiinternes LQFB der Grünen oder anderer Parteien gäbe. Es würde Parteivorstand und Basis wieder zusammenbringen und insbesondere den Aktiven in der Partei Möglichkeiten eröffnen für ihre Positionen jenseits von ihrem Amtsstatus Mehrheiten zu organisieren. Damit LQFB kein Spielzeug bleibt, ist die Voraussetzung jedoch eine verbindliche Integration in die Entscheidungsprozesse der Partei. Dies erfordert Mut. Aktuelle Bemühungen, etwa der SPD, lassen hoffen, dass es daran nicht mehr fehlt.

Langfristig ist jedoch auch ein LQFB des Bundestages interessant. Warum nicht alle Bürger an Gesetzeserstellung und Meinungsbildern partizipieren lassen? Immerhin probiert es die Enquete Kommission Internet und Digitale Gesellschaft (EIDG) bereits in einem Pilotprojekt mit der Software des Liquid Democracy e. V. „Adhocracy“. Doch die EIDG des Bundestages hat drei prinzipielle Fehler begangen, die bisher die Beteiligung im Keim ersticken: Erstens ist die Registrierung vollkommen ungeprüft und damit die Ergebnisse nicht belastbar, da nicht nur Hacker leichtes Spiel für Fälschungen haben. Zweitens wurde für Adhocracy keinerlei faktischer Einfluss zugesprochen. Und drittens schließlich wurden Delegationen – der Dreh- und Angelpunkt der LD – deaktiviert. „Einmal bitte LD, aber ohne Liquid und nur wenig Democracy.“

Einem vollständigen Ersatz der repräsentativen Demokratie durch LD hingegen stehen noch viele ungeklärte Fragen gegenüber. Bis zu einer LD ist es noch ein langer Weg, doch ein erster Schritt ist gegangen.

Zusammenfassung

Das Internet vernetzt Menschen und verbreitet Informationen schneller als je zuvor in der Geschichte. Das weckt Wünsche nach mehr Demokratie und Mitbestimmung und zwar jenseits der hierarchisch organisierten Parteien. Die Bürgerproteste und Ad-Hoc Organisationen wie Stuttgart 21, das Guttenplag-Wiki oder die europaweiten #unibrennt Proteste sind Belege dafür.

Die Piratenpartei Deutschland sucht nach neuen Lösungen und schlägt dazu „Liquid Democracy“ vor – ein Demokratiekonzept, das 2000-2002 in amerikanischen Wikis erdacht wurde. In einem Feldversuch experimentiert die Piratenpartei seit August 2010 mit einer innerparteilichen Software-Umsetzung namens „Liquid Feedback“. Die Arbeit untersucht den Erfolg des Experiments anhand der Zufriedenheit der Parteimitglieder. Dazu wurden zwei Umfragen unter Parteimitgliedern durchgeführt, Experteninterviews mit den Mitgliedern des BuVos geführt, die Software statistisch ausgewertet, tatsächliche Debatten exemplarisch untersucht und Vergleiche zu früheren Beteiligungsformen angeführt.

Das Gesamtergebnis ist ausgesprochen positiv. Sowohl die Software als auch die dahinter stehenden Prinzipien der Liquid Democracy konnten sich bewähren. Allerdings gibt es diesbezüglich noch viel Überzeugungsarbeit in der Partei zu leisten, während die Software ihre Kinderkrankheiten überwinden muss. Für den Erfolg der Piratenpartei wird es entscheidend sein, ob sie es schafft eine liquid-demokratische Entscheidungsstruktur aufzubauen. Von der Piratenpartei ausgehend, könnte sich eine solche Entscheidungsstruktur dann in der Gesellschaft etablieren und zu anderen Parteien durchdringen.

Abstract

The internet connects people and spreads information faster than ever before in history. This stimulates desires for more democracy and more participation – beyond hierarchically organized parties. Indications are citizens' protests and ad-hoc organizations like the German “Stuttgart 21” movement, the German Guttenplag-Wiki or the pan-European student protests called “#unibrennt”.

The German pirate party is hunting for solutions and proposes “Liquid Democracy” – a democracy concept which has been invented between 2000 and 2002 in US-Wikis. In a field test the pirate party experiments with an inner party software implementation called “Liquid Feedback”. This master's thesis examines the success of the experiment by means of measuring the satisfaction of the party members. For this two surveys have been carried out, expert interviews with the members of the federal board have been performed, the software has been statistically evaluated, actual debates have been investigated and comparisons with earlier forms of participation have also been carried out.

The overall results are pretty much positive. The software as well as the principles behind it, proves themselves. However, there is still a lot of persuasion work to do within the party and the software also has to overcome its teething troubles. For the success of the pirate party it will be vital to establish a liquid-democratic participation. From there it could spread into society and even to other parties.

9.) Quellen

Einige Hinweise zum Umgang mit Quellen in dieser Arbeit.

Internet-Quellenangaben: Da das Thema „Liquid Democracy“ und „Liquid Feedback“ sehr junge Themen sind, gibt es kaum analoge Quellen. Die meisten Quellen stammen daher aus dem Netz. Für Fußnoten gilt folgendes:

- Bei Netz-Quellen wurde auf den Vermerk „letzter Abruf am [Datum]“ verzichtet. Hiermit gilt für alle Web-Quellen: Sie waren am 31. Juni 2011 noch abrufbar. Ausnahmen sind gesondert markiert.
- Bei Verweisen auf Wiki-Einträge ist die Angabe eines Autors und eines Jahres nicht sinnvoll, da die Texte oft über Jahre hinweg von vielen Autoren kollaborativ erstellt wurden. Die Angabe „Ohne Autor, ohne Jahr“ gilt hiermit für alle Wiki-Artikel.
- Die Arbeit verweist sowohl im Fließtext als auch in den Fußnoten auf einige Webseiten, die als Verweis- und nicht als Zitatquelle zu verstehen sind. Diese Verweise enthalten weder Autor, Titel noch Jahresangabe, da es sich oft um Webseiten handelt, die nicht einzelnen Personen oder bestimmten Jahreszahlen zugeordnet werden können. Die Verweise tauchen entsprechend auch nicht im Literaturverzeichnis auf.
- Einige Autoren verwenden im Internet Pseudonyme. Diese Autoren sind mit ihrem Pseudonym zitiert, welches durch Anführungszeichen kenntlich gemacht wurde.
- Der Autor weist darauf hin, dass Wikis, aber natürlich auch alle Webseiten generell einem permanenten Wandel unterliegen (können). Als Referenzdatum für diese Arbeit gilt standardmäßig die Version vom 31. Mai 2011. In Wikis können sich Leser ältere Versionen mit einem Klick auf „Versionen“ erschließen. Von dieser Regel abweichend gibt es vereinzelt Verweise auf ältere Wiki-Versionen. Diese sind dann jeweils gesondert gekennzeichnet und enthalten einen direkten Link auf die entsprechende Archivseite. Veränderungen an Webseiten sind nicht derart transparent. Hier können Veränderungen jedoch auch mit Hilfe der „Waybackmaschine“ in groben Zügen nachvollzogen werden.

URL-Verkürzung: Internetadressen, die länger als eine Zeile sind und / oder wenn sie besonders kryptische Buchstaben- und Zahlenkolonnen enthalten, wurden gekürzt. Die kürzeren URLs machen es auch dem Print-Leser leichter, die Adressen tatsächlich in einen Browser einzutippen und zu überprüfen. Für die Verkürzung der URLs wurde der Service von Google genutzt (<http://goo.gl>), da diese Firma, und mit ihr die Adressen, mittelfristig die längste Überlebensdauer haben dürften.

Wikipedia: In ausgewählten Fällen hat der Autor Verweise zu Artikeln der Wikipedia gesetzt. Die Wikipedia ist eine dynamische, kollaborative Wiki-Plattform, deren Artikel nicht immer die Kriterien der akademischen Tradition erfüllen. Die Überprüfung der „Richtigkeit“ der Informationen ist in der Wikipedia noch stärker die Aufgabe des Lesers. Der Autor nutzt Verweise auf die Wikipedia daher in ausgewählten Fällen als Service für weitergehende Erläuterungen zu Begriffen, die nicht zwingend für das Ergebnis der Arbeit nötig sind, aber für das allgemeine Verständnis der Materie für den Leser von Nutzen sein können.

Abruf von Initiativen und Themen: Alle in dieser Arbeit erwähnen Anträge (Initiativen) der Piratenpartei sind öffentlich abrufbar. Sie können über die Internetadresse „http://pplf.de/i___“ abgerufen werden, wobei der Platzhalter „___“ durch die Nummer der Initiative zu ersetzen ist. Dies gilt äquivalent für Themen über die Adresse „http://pplf.de/t___“. Statt des „___“ geben Sie bitte die jeweilige Themennummer ein. Sie können jeweils die Texte der Initiativen, die Anregungen sowie die Endergebnisse der Abstimmung einsehen. Aus Datenschutzgründen sind für Nicht-Parteimitglieder zahlreiche Informationen jedoch nicht verfügbar, etwa welches Parteimitglied wie abgestimmt hat. Ebenfalls nicht öffentlich sind Initiativen, die die 10 Prozent Hürde nicht überschritten haben.

Literatur- & Meinungsbeiträge-Verzeichnis

Von Alemann, Ulrich, *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*, 2001, S. 125-137.

Allan, Michael, *The Structuring of Power and the Composition of Norms by Communicative Assent*, 2007-2009, <http://zelea.com/project/votorola/d/theory.xhtml>.

Bartels, Henning, *Die Piratenpartei - Entstehung, Forderungen und Perspektiven der Bewegung*, 2009, S. 8-117, <http://ebooks.contumax.de/01-piratenpartei.pdf>.

Behrens, Jan/Björn/Nitsche, Andreas, *Offener Brief: Liquid Democracy in der Piratenpartei*, 2011, <http://goo.gl/bEaGf>.

Blumberg, Fabian, *Partei der "digital natives"? Eine Analyse der Genese und Etablierungschancen der Piratenpartei*, 2010, <http://goo.gl/JQJG4>.

Busemann, Katrin/Gscheidle, Christoph, *Web 2.0 - Nutzung steigt – Interesse an aktiver Teilhabe sinkt*, 2010, S. 360, <http://goo.gl/2aTrr>.

Detterbeck, Klaus, *Mitglieder in professionalisierten Parteien: Wofür brauchen Parteien noch Mitglieder?*, in: Melchert, Florian (Hrsg.), *Neuanfang statt Niedergang - Die Zukunft der Mitgliederparteien*, 2009, S. 289-304.

Deutscher Bundestag – Enquete Kommission Internet und Digitale Gesellschaft – *Synopse Partizipations-tools. Liquid Feedback und Adhocracy im Vergleich*, 2010, nicht veröffentlicht.

Englert, Kathrin, *Digitale Spaltung per Gesetz - Das Internet zwischen Produktion und Kompensation sozialer Ungleichheit im Alltag von Erwerbslosen*, 2010, <http://www.feministisches-institut.de/erwerbslose/#more-1011>.

Ford, Bryan, *Delegative Democracy*, 2002, <http://www.brynosaurus.com/deleg/deleg.pdf>.

Ford, Bryan, *Wiki democracy*, 2004, http://meta.wikimedia.org/wiki/User:Brynosaurus#Wiki_democracy.3F.

Green-Armytage, James, *Voluntary delegation as the basis for a future political system*, 2010, <http://goo.gl/L6lIO>.

Heppner, Matthias, *Liquid Feedback Diskussion - Ein Entschuldigungspost*, 2011, <http://goo.gl/oEBwM>.

Heppner, Matthias, *Positionspapier zu Liquid Feedback*, 2010, <http://goo.gl/V3qCk> (nicht mehr erreichbar, letzter Zugriff 16.9.2010).

Herbold, Astrid, *Frauen im Netz - Sag doch auch mal was*, 2011, <http://www.zeit.de/digital/internet/2011-02/internet-frauen-maenner>.

Interaktive Demokratie e. V., *Die nächste Generation: #codename_blue*, <http://goo.gl/xMZxt>.

Kappes, Christoph, *Die Facebook-Revolution – Gedanken zum Einfluss des Internets auf politische Umbrüche*, 2011, <http://goo.gl/f7Q75>.

Klausmann Stefan, *The Tale of Liquid Feedback*, 2011, <http://goo.gl/OEK6T>.

Klausmann, Stefan, *Eigenschaften von Delegationen*, Stand Februar 2011, <http://goo.gl/dRhSu>.

Kurz, Constanze/Rieger, Frank/Gonggrijp, Rop, *Beschreibung und Auswertung der Untersuchungen an NEDAP-Wahlcomputern*, 2007, <http://wahlcomputer.ccc.de/doku/nedapReport54.pdf>.

Lauer, Christopher, *Besucher des BPT 2011.1 nach LV*, 2011, <http://www.christopherlauer.de/?p=372>.

Leggewie, Claus/Bieber, Christoph, *Interaktive Demokratie. Politische Online-Kommunikation und digitale Politikprozesse*, 2001, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (B 41-42/2001), <http://www.bpb.de/files/5HRV9G.pdf>.

Lindenberg, Friedrich, *Zentralarchiv politischer Meinungen: delegierte ePetitionen*, 2011, <http://pudo.org/2011/06/zapm/>.

Nerz, Sebastian, *Nochmal über innerparteiliche Demokratie*, 2011, <http://goo.gl/afS5E>.

Neumann, Felix, *Ohnmacht, Wut und repräsentative Demokratie*, 2010, <http://fxneumann.de/2010/10/01/ohnmacht-wut-und-repraesentative-demokratie/>.

Neumann, Felix, *Piratenpartei: Mehr also die Autofahrerpartei auf der Datenautobahn*, <http://carta.info/22886/piratenpartei-autofahrerpartei-auf-der-datenautobahn/>.

Niedermayer, Oskar, *Erfolgsbedingungen neuer Parteien im Parteiensystem am Beispiel der Piratenpartei Deutschland*, S. 848, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* (ZParl), Heft 4/2010, S. 838 – 854.

Nitsche, Andreas, *Interaktive Demokratie durch Liquid Democracy*, 2009, <http://goo.gl/1k72n>.

Nitsche, Andreas, Interaktive Demokratie e. V., *Missionstatement*, o. J., <http://liquidfeedback.org/mission/>.

O'Reilly, Tim, *Government as a Platform*, 2010, <http://ofps.oreilly.com/titles/9780596804350/>.

Oder Zolleis, Udo/Prokopf, Simon/Strauch, Fabian, *Die Piratenpartei - Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft?*, 2010, S. 5-10, <http://goo.gl/WhGPb>.

Beckendahl, Markus, *Netzpolitik, Jens Seipenbusch über Einführung von LiquidFeedback*, 2010, <http://goo.gl/q0v1h>.

Paul, Joachim, *Warum Deutschland die Piratenpartei braucht...*, 2011, <http://www.vordenker.de/jpaul/piratenpartei.htm>.

Peukert, Klaus, *Links? Rechts? Pirat!*, 2009, <http://www.tarzun.de/archives/260-Links-Rechts-Pirat!.html>.

Peukert, Klaus, *Piraten, Liquid Democracy und das Übliche*, 2011, <http://goo.gl/zmtiZ>.

Plaetau, Michael, *Die Piratenpartei – Vision einer freien Wissensordnung*, 2010, in: *Forum Wissenschaft*, 4/10, S. 51-54.

Public Software Group, *Liquid Democracy*, 2009, http://www.public-software-group.org/liquid_feedback_konzept.

Salomon, Dieter, *Grüne Theorie und graue Wirklichkeit: die Grünen und die Basisdemokratie*, 1991, Freiburg (Breisgau).

Schwan, Gesine, *Abgeordnete auf Widerruf*, in: Graf von Krockow/Christian und Lösche, Peter, *Parteien in der Krise*, 1986, S. 135 -145.

Seemann, Michael, *Vom Kontrollverlust zur Filtersouveränität*, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), #public_life - Digitale Intimität, die Privatsphäre und das Netz, Bd. 8 der Reihe Bildung und Kultur, 2011, http://www.boell.de/downloads/2011-04-public_life.pdf.

Seemann, Michael, *Weltkontrollverlust*, 2011, <http://mspr0.de/?p=2058>.

Siggel, Benjamin, *Der psychologische Glutkern der LiquidDemocracy Diskussion*, 2011, <http://goo.gl/XjAkY>.

Siggel, Benjamin, *Ein liquid-demokratisches Organ ist möglich!*, 2011, <http://goo.gl/qtNGQ>; Siggel, Benjamin, *Quo vadis, Piraten?*, <http://goo.gl/DWB8E>.

Siggel, Benjamin, *Ist "Basisdemokratie" demokratischer als Liquid Democracy?*, 2011, <http://goo.gl/jJURb>.

Stubbe-Da Luz, Helmut, *Parteien Diktatur – Die Lüge von der innerparteilichen Demokratie*, 1994.

Surowiecki, James, *The Wisdom Of Crowds: Why The Many Are Smarter Than The Few And How Collective Wisdom Shapes Business, Economies, Societies And Nations*, 2004.

Thaysen, Uwe, *Denken ohne Diskussion? Zur innerparteilichen Demokratie in der Bundesrepublik*, in: Graf von Krockow, Christian und Lösche, Peter, *Parteien in der Krise*, 1986.

Urbach, Stephan, *Dezentrales Clustern: Von der Idee bis zum Aufbau*, 2011, <http://stephanurbach.de/2011/04/dezentrales-clustern/>.

Weisband, Marina, *Entwurf eines Konzeptes für die parteiinterne Meinungsbildung*, 2011, <http://www.marinasslied.de/?p=598>.

Zolleis, Udo/Prokopf, Simon/Strauch, Fabian, *Die Piratenpartei - Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft?*, 2010, S. 23, <http://goo.gl/a1lsj>.

Vorträge & Interviews

Banfield-Mumb, Alexander/Schossböck, Judith, *Get off your ass. From Clicktivism to Slacktivism to Activism*, Vortrag auf der republica 2010, <http://goo.gl/Bf2qz>.

Freydorf, Christoph/Kömm, Michael, *Die maßgeschneiderte Demokratie - Vorschläge für eine Reform des demokratischen Systems*, 2007, <http://www.heise.de/tp/artikel/24/24455/1.html>.

Haase, Martin, *Interaktive Demokratie mit LiquidFeedback*, gehalten auf der SIGINT 2010 - Konferenz für Netzbewohner, Hacker und Aktivisten, 2010, <http://goo.gl/nh1ie>.

Haase, Martin, *Interaktive Demokratie mit LiquidFeedback, Basisdemokratie für Parteien und Organisationen*, gehalten auf der Datenspuren 2010 - Mind the Gap, 2010, <http://datenspuren.de/fahrplan/event/4043.de.html>.

Häckler, Martin/Reichert, Daniel, *Direkter Parlamentarismus – gemeinsam verbindlich entscheiden*, gehalten im „Datengarten 32“ des Chaos Computer Clubs, 2009, https://www.berlin.ccc.de/wiki/Liquid_Democracy.

Hauptstadtpiraten - Piratenpodcasts aus der Hauptstadt, *Folge 9 – Antragskommission*, 2010, <http://hauptstadtpiraten.net/9-antragskommission/>.

Lauer, Christopher/Swierczek, Björn, *LiquidFeedback*, 2010, http://de.justin.tv/piraten_hamburg/b/258342308.

Lauer, Christopher, *LiquidFeedback im Einsatz auf Bundesebene*, 2011, <http://goo.gl/uSIEj>.

Lessig, Lawrence, *Laws that choke creativity*, 2007, http://www.ted.com/talks/larry_lessig_says_the_law_is_strangling_creativity.html.

Lessig, Lawrence, *What We Should (Finally) Have Learned about Law and Culture on the Internet*, 2011, <http://vimeo.com/22244359>.

Pritlove, Tim, *Elektronisches Geld*, Chaos Radio Express Ausgabe 182, 2011, <http://chaosradio.ccc.de/cre182.html>.

Pritlove, Tim, *LiquidFeedback - Das Werkzeug für direkte und interaktive Demokratie*, Chaos Radio Express Folge 158, 2010, <http://chaosradio.ccc.de/cre158.html>.

Banse, Philipp, *Frankfurt gestalten*, Medienradio 39, 2011, <http://medienradio.org/mr/mr039-frankfurt-gestalten/>.

Reichert, Daniel/"dwt", *Liquid Democracy - Direkter Parlamentarismus – gemeinsam verbindlich entscheiden*, gehalten auf dem 26th Chaos Communication Congress - Here be dragons, 2009, <http://events.ccc.de/congress/2009/Fahrplan/events/3464.en.html>.

Medien

Carta, *Horst Köhler: Ein Rücktritt unter Blog-Mitwirkung*, 2010, <http://carta.info/28218/horst-koehler-ein-ruecktritt-unter-blog-mitwirkung/>.

Flaschenpost – das Nachrichtenmagazin der Piratenpartei, *LQFB zum BPT: alles im Fluss*, 2010, <http://goo.gl/XFG2K>.

Heckenberger, Fabian, *Soziale Freibeuter*, Süddeutsche Online, 2010, <http://goo.gl/7Ga5H>.

Heuzeroth, Thomas/Eigendorf, J., *Die Grünen sind im Internet eine Volkspartei*, Welt Online, 2011, <http://goo.gl/5QUTo>.

Kleinz, Torsten, *Berliner Piraten "verflüssigen" innerparteiliche Demokratie*, 2010, Telepolis, <http://goo.gl/W4NWB>.

Kleinz, Torsten, *Demokratie-Experimente online*, TAZ, 2011, <http://goo.gl/fB6nn>.

Korge, Johannes, *Bürger drängen an die Macht*, Spiegel Online, 2011, <http://goo.gl/iiaPW>.

Lüdeke, Jürgen, *Und dann kommt da ziemlich viel Murks rein*, dradio, 2009, <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/thema/1084970/>.

Mühlbauer, Peter, *Verfassung via Crowdsourcing - Island setzt Maßstäbe in Sachen Bürgerbeteiligung*, Heise.de, <http://www.heise.de/tp/blogs/8/149977>.

Mühlbauer, Peter, *Warum Partei und nicht Religion?*, Heise.de, 2007, <http://goo.gl/tWHMi>.

New York Times, *Government By Proxy Now - Oregon Plan Would Present Ideas of Representative Lawmaking*, 1912, <http://goo.gl/iWdvd>.

Portal des Bundesvorstands der Piratenpartei Deutschland, *Liquid Feedback Redesign-Wettbewerb*, 2011, <http://goo.gl/Bfkbq>.

Reißmann, Ole, *Go for Gauck - Netzgemeinde schwärmt für "mein_praesident"*, Spiegel Online, 2010, <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,699355,00.html>.

Renner, Michael, *Die Bundes-IT der Superlative*, 2011, <http://flaschenpost.piratenpartei.de/2011/04/26/die-bundes-it-der-superlative/>.

Roth, Roland, *Die Blockade zwischen Staat und Bürgern – Demokratie im Wandel*, 2011, <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/hintergrundpolitik/1349042/>.

Rötzer, Florian, *Menschen suchen soziale Konformität - Eine Studie von US-Psychologen könnte erklären, warum sich Menschen der Mehrheitsmeinung anschließen*, Telepolis, 2011, <http://www.heise.de/tp/blogs/10/149384>.

Schäfer, Velten, *Digitale Programmdebatte - Wir haben die Piraten überholt – Linkspartei präsentiert Internet-Diskussionsplattform*, Neues Deutschland, 2011, <http://www.neues-deutschland.de/artikel/189678.digitale-programmdebatte.html>.

Seeliger, Julia, *Die Partei des unendlichen Reichtums*, 2010, <http://julia-seeliger.de/partei-des-unendlichen-reichtums/>.

Unfried, Peter, *Medientheoretiker über Bürgerproteste – Das Internet ist performativ*, 2011, <http://www.taz.de/1/leben/alltag/artikel/1/das-internet-ist-perfomativ/>.

Wegener, Frederik, *Liquid Democracy und Parlamentarismus - Mittendrin statt nur am wählen*, 2011, <http://goo.gl/BNAQ2>.

Widmann, Arno, *Parteienstaat in Auflösung*, Frankfurter Rundschau, 2011, <http://goo.gl/UP7Ok>.

Die Debatte über die Einführung von Liquid Feedback

Beckedahl, Markus, *Netzpolitik-Interview: Jens Seipenbusch über Einführung von LiquidFeedback*, Netzpolitik.org, 2010, <http://netzpolitik.org/2010/netzpolitik-interview-jens-seipenbusch-uber-einfuehrung-von-liquidfeedback/>.

Beckedahl, Markus, *Piraten-Vorstand verschiebt Liquid-Democracy-Start*, Netzpolitik.org, 2010, <http://netzpolitik.org/2010/piraten-vorstand-gegen-liquid-democracy/>.

Behrens, Jan, *Von geheimen und namentlichen Abstimmungen*, 2010, <http://www.magnetkern.de/blog/2010110801.html> (Nicht mehr erreichbar, letzter Zugriff 18. Dezember 2010).

Behrens, Jan, *Wie man effektiv den Einsatz von LiquidFeedback verhindert*, 2010, <http://www.magnetkern.de/blog/2010072201.html> (Nicht mehr erreichbar, letzter Zugriff 22. Dezember 2010).

Jähmig, Georg, *Ich bin's nicht – die Partei ist es gewesen!*, 2010, <http://georgjaehmig.wordpress.com/2010/08/28/ich-bins-nicht-die-partei-ist-es-gewesen/>.

Keimform. Bärmann, Benni, *Liquid Feedback und die Dialektik des Datenschutzes*, Keimform Blog, 2010, <http://www.keimform.de/2010/liquid-feedback-und-die-dialektik-des-datenschutzes/>.

Köhntopp, Kristian, *Ein Sturm aus Scheiße ist auch eine Art flüssiges Feedback*, Die wunderbare Welt von Isotopp Blog, 2010, <http://goo.gl/zU5JA>.

Von Leithner, Felix, Ohne Titel, Fefes Blog, 2010, <http://blog.fefe.de/?ts=b2a2b656>.

Müller, Jens, *Liquid Feedback und die Notwendigkeit einer Abwägung*, Tessarak Blog, 2010, <http://blog.tessarak.de/archiv/2010/08/07/liquid-feedback-und-die-notwendigkeit-einer-abwagung/>.

Park, Enno, *Liquid Feedback: Transparenz als Irrweg*, die ennomane, 2010, <http://www.ennomane.de/2010/08/22/liquid-feedback-oder-transparenz-als-irrweg/>.

Pohl, Andreas, *Liquid-Anonymität*, netzpolitik.org, 2010, <https://netzpolitik.org/2010/liquid-anonymitat/>.

Rieger, Frank, *Die Piraten und der "Datenschutz"*, Knowledge Brings Fear Blog, 2010, <http://frank.geekheim.de/?p=928>.

Seemann, Michael, *Die Piraten und ihre politischen Privatheiten*, mspr0 Blog, 2010, <http://mspr0.de/?p=1557>.

„Validom“, Mail an den BuVo: *Liquid-Feedback Kompromisse durchsetzen*, 2010, <http://validom.net/blog/2010/11/02/mail-an-den-buvo-liquid-feedback-kompromisse-durchsetzen/>.

„Validom“, *Mittelbare und unmittelbare Transparenz-Ansprüche*, 2010, <http://validom.net/blog/2010/09/13/mittelbare-und-unmittelbare-transparenz-ansprueche/>.

„Validom“, *Sind alle Parteimitglieder auch Politiker?*, 2010, <https://validom.net/blog/2010/07/26/sind-alle-partemitglieder-auch-politiker/>.

10.) Appendix

Das Appendix. Sie finden hier:

- Tabelle 11
- Tabelle 12
- Interviews mit den BuVosmitgliedern.

Tabelle 11 – Übersicht über angenommene und abgelehnte Anträge auf dem BPT in Chemnitz.

Name der Initiative	Initiative in LQFB	Nr. BPT	In Liquid Feedback	Auf dem Parteitag
"Grundsatz- und Wahlprogramm reichen aus (keine weiteren Parteiprogramme)"	851	GP140	⊕ Angenommen	⊕ Angenommen
"Programmstruktur – Inhaltliche Präzisierung ermöglichen!"	330	GP132	⊖ Abgelehnt	⊖ Abgelehnt
"Neugliederung des Parteiprogramms"	1245	GP087	Quorum nicht erfüllt / Abgebrochen	⊕ Angenommen
"Neues Kapitel 7: Teilhabe am digitalen Leben"	949	GP021	⊕ Angenommen	⊕ Angenommen
"Neues Kapitel 7: Umgang mit digitaler Technologie lernen"	949	GP022	⊕ Angenommen	⊕ Angenommen
"Neues Kapitel 7: Digitale Gesellschaft weltweit"	949	GP023	⊕ Angenommen	⊕ Angenommen
"Rechtssicherheit im Internet"	1249	GP089	Quorum nicht erreicht / Abgebrochen	⊕ Angenommen
"Reform der Regelungen der Abgeordnetenbestechung"	335	WP084	⊕ Angenommen	⊕ Angenommen
"Transparenz bei der Veröffentlichung von Nebentätigkeiten von Abgeordneten"	338	WP086	⊕ Angenommen	⊖ Abgelehnt
"Transparenz und Unabhängigkeit der öffentlichen Verwaltung"	343	WP089	⊕ Angenommen	⊕ Angenommen
"Einführung von Informationsfreiheitsgesetzen"	758	WP091	⊕ Angenommen	⊕ Angenommen
"Anwendung eines Integritätspaktes"	760	WP093	⊖ Abgelehnt	⊕ Angenommen
"Transparenz und Korruptionsbekämpfung im Gesundheitswesen"	762	WP095	⊕ Angenommen	⊕ Angenommen
"Transparenz und Korruptionsbekämpfung im Nonprofit-Sektor"	764	WP098	⊖ Abgelehnt	⊖ Abgelehnt
"Transparenz und Korruptionsbekämpfung in der Strafverfolgung"	765	WP100	⊕ Angenommen	⊕ Angenommen
"Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe"	333	GP050	⊕ Angenommen	⊕ Angenommen
"Redaktionskommission"	618	Z015	⊕ Angenommen	⊕ Angenommen
"Mehrsprachigkeit fördern durch den Ausbau bilingualer Kitas"	830	GP086	⊕ Angenommen	⊖ Abgelehnt
"Koordinierte Vielfalt im Bildungsbereich fördern"	1065	GP138	⊕ Angenommen	⊖ Abgelehnt
"Gerechte und zeitgemäße Ausbildungsförderung"	1247	GP088	Quorum nicht erreicht / Abgebrochen	⊕ Angenommen
"Medienkompetenz gesellschaftsweit fördern"	388	GP144	⊖ Abgelehnt	⊖ Abgelehnt
"Vielfältige Beteiligung der Gesellschaft am Bildungsprozess für Kinder und Erwachsene"	837	GP040	⊕ Angenommen	⊖ Abgelehnt
"Streichung Erziehung im Parteiprogramm"	412	GP047	⊖ Abgelehnt	⊖ Abgelehnt
"Gewaltenteilung und demokratische Legitimation"	808	GP018	⊕ Angenommen	⊖ Abgelehnt
"Mehr Demokratie beim Wählen"	560	GP019	⊕ Angenommen	⊕ Angenommen
"Open Access"	5	GP120	⊕ Angenommen	⊕ Angenommen
"Leitlinien für geistiges Eigentum, keine konkreten Vorgaben für Schutzfristenlängen"	476	GP119	⊖ Abgelehnt	⊖ Abgelehnt
"Freie Verwendung von urheberrechtlich geschützten Werken nach 10 Jahren"	426	GP118	⊖ Abgelehnt	⊕ Angenommen
"Präambel Umwelt Grundsatzprogramm"	128	GP001	⊖ Abgelehnt	⊖ Abgelehnt (einige Module angenommen)
"Tierschutz - Artgerechte Haltung fördern"	749	GP135	⊖ Abgelehnt	⊖ Abgelehnt
"Whistleblowerschutz"	184	GP013	⊕ Angenommen	⊕ Angenommen

"Gerichtsstand"	990	GP083	⊕ Angenommen	⊕ Angenommen
"Abschaffung des Paragraphen § 173 Beischlaf zwischen Verwandten"	530	GP134	⊖ Abgelehnt	⊕ Angenommen
"Einleitung Queer- und Familienpolitik Modul 1"	316	GP008	⊕ Angenommen	⊕ Angenommen
"Freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung"	303	GP009	⊕ Angenommen	⊕ Angenommen
"Weltweite Anerkennung und Schutz selbstbestimmter geschlechtlicher oder sexueller Identität bzw. Orientierung"	306	GP010	⊕ Angenommen	⊕ Angenommen
"Freie Selbstbestimmung des Zusammenlebens"	311	GP011	⊕ Angenommen	⊕ Angenommen
"Freie Selbstbestimmung und Familienförderung"	313	GP012	⊕ Zustimmung	⊕ Angenommen

Tabelle 12 – Analyse der Beteiligung in der „Antragsfabrik“ des ersten BPTs 2010 in Bingen

Antragsnummer	Antragstitel	Teilnehmer
TE003	Mehr Demokratie ins Grundsatzprogramm	117
TE005	Streichung von Grundrechtseinschränkungen in Schulgesetzen	74
TE008	Präambel Parteiprogramm Umwelt Modul 2	85
TE011	Präambel Parteiprogramm Umwelt Modul 4b	48
TE013	Präambel Parteiprogramm Umwelt Modul 6	76
TE014	Verbraucherschutz	74
TE015	Einführung einer Finanztransaktionssteuer	114
TE017	Erweiterung um neuen Programmpunkt "Verbraucherschutz"	78
TE018	Erweiterung um neuen Programmpunkt "Umwelt"	61
TE020	Bundeswehr-Einsätze	104
TE021	Suchtpolitik der Piratenpartei	89
TE022	Für die Einführung eines verbindlichen "Piraten-Manifestes"	113
TE026	Selbstbestimmtes Leben - 1 - Einleitung	40
TE027	Bauen und Verkehr	93
TE028	Eine Neue Drogenpolitik	103
TE032	Zwangsmitgliedschaft in Kammern und Verbänden abschaffen	61
TE034	Streichung der Aussage zum Urheberpersönlichkeitsrecht	44
TE038	Selbstbestimmtes Leben - 2 - Pluralismus	32
TE039	Selbstbestimmtes Leben - 3 - Barrieren abbauen	38
TE040	Selbstbestimmtes Leben - 4 - Weltanschauliche Erziehung	32
TE041	Säkularer Staat	83
TE042	Kritische IKT	44
TE043	Freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung	92
TE044	Weltweite Anerkennung und Schutz selbstbestimmter geschlechtlicher oder sexueller Identität bzw. Orientierung	63
TE045	Freie Selbstbestimmung des Zusammenlebens	82
TE046	Das Recht auf einen selbstbestimmten Tod	77
TE047	Energiepolitik Modul 3: Ausstieg aus der Stromerzeugung durch Atomkraftwerke	73
TE049	Die Belange der Lernenden	48
TE054	Wirtschaft und Patente (Modul1 AG sM)	45
TE055	Monopole und Infrastruktur Modul2 der AG soziale Marktwirtschaft	47
TE057	Arbeitsmarkt - Sozialversicherung (Modul4 AG sM)	36
TE058	Zentralbank-Politik und Bankenaufsicht (Modul5 AG sM)	41
TE060	Freie Selbstbestimmung und Familienförderung	57
TE064	WI-04 Vereinfachung des Abgabensystems	41
TE068	WI-08 – Modernes Schuldenmanagement	34
TE069	WI-09 – Finanzsystem und Bankeninsolvenz	33
TE071	Energiepolitik Modul 4: Förderprogramme	42
TE073	Politischer Standpunkt der PIRATEN und Selbstverständnis	36

TE077 Freie Software	55
TE078 Kostenfreier Zugang zu verbrauchten Prüfungen	39
TE080 Einführung eines Mindestlohns	60
TE082 Geschlechter- und Familienpolitik	50
TE084 Ablehnung von nicht/weniger tödlichen Waffen bei Polizei, Polizeiorganen und Sicherheitsdiensten	38
TE093 Jugendmedienschutz	27
TE094 Jugendmedienschutz / Computerspiele	28
TE095 Jugendmedienschutz / Onlinemedien	27
TE097 selbstbestimmtes Leben und Lieben	35
TE099 Informationelle Selbstbestimmung u. Integrität inf.-techn. Systeme	33
TE101 Abschaffung des Wahlalters - Mitbestimmungsrecht für Alle	33
TE104 Schulpflicht statt Bildungspflicht	37
TE106 Bildung - Bildungsstandards auf Bundesebene	21
TE109 Jugendschutz 1	22
TE110 Jugendschutz 2	25
TE111 Rechtssicherheit im Internet - Einleitung	28
TE116 Bildung - Erweitertes Bildungsangebot zu Medienkompetenz	21
TE117 Bildung - Schulfach Lebenskunde	22
TE120 Bildung - Schultypübergreifendes Kurssystem -modulares Schulsystem	20
TE129 Bildung - Aufhebung des Beamtenstatus bei Betreuern und Lehrern	25
Z015 Positionspapier zum Thema Laizismus	93
Z016 Positionspapier Bedingungslose Grundsicherung	56
Z028 Positionspapier Laizismus: Bundesebene: Kirchensteuer	55
Z029 Laizismus - Landesebene: Tanzverbot / Verbot von Sportveranstaltungen	55

- **Gekürzte Interviews mit den Mitgliedern des Bundesvorstands über Liquid Feedback:**

Andreas Popp (Stellvertretender Vorsitzender)

Wie stehst Du grundsätzlich zur Idee von LQFB?

LQFB ist extrem faszinierend. Klingt wie ein guter Kompromiss zwischen direkter und indirekter Demokratie. Aber: Das ist eine technische Idee. Das ganze System muss erst noch in einer sozialen Gruppe anlaufen, damit es funktioniert.

Wie siehst Du die Software LQFB ganz konkret?

Das ist auf technischer Ebene ganz gut-, allerdings auf der sozialen Ebene schief gelaufen. Ich würde das gerne noch mal neu starten. Wir haben zudem den hohen Konzentrationseffekt unterschätzt. Entscheidung hängt in LQFB von Einzelnen bis sehr wenigen ab. Selbst bei einem Delegiertensystem gibt es immerhin noch 50 Leuten, die korrigieren können. Da sehe ich sogar eine Gefahr für die innerparteiliche Demokratie, wenn man da nicht eingreift, z. B. durch Beschränkung von Delegationen.

Wie bewertest Du die jetzige Implementation?

Ich glaube das Hauptproblem ist, dass es derzeit ganz viele verschiedene Meinungen darüber gibt, was LQFB ist. Manche sehen dies als Kollaborationstool, manche als Umfragetool und wieder andere als Abstimmungspool. Dadurch gibt es viele verschiedene Erwartungen.

Ansonsten, glaube ich, haben wir ein Problem im Datenschutz: Wenn das Ding wirklich brauchbare Abstimmungen liefern soll, muss es transparent sein, sonst kommt die Wahlcomputer-Problematik. Aber offene Wahlen bringen immer soziale Zwänge mit sich.

Was wünschst Du Dir für Verbesserungen?

Ich wünsche mir einen kompletten Neustart. Und wir müssen endlich klären, welcher Stellenwert LQFB eingeräumt wird. Ist LQFB jetzt ein Organ oder nicht? Dann wüsste wenigstens jeder, was auf ihn zukommt. Ich glaube aber nicht, dass LQFB sich als Organ eignet.

LQFB können wir als Arbeitsplattform, Umfrage- und Meinungsbildungsplattform nutzen, aber nicht als Abstimmungsplattform. Da müssten wir vorher das Problem mit geheimen Wahlen klären. Allerdings hab ich das auch als Arbeitsplattform getestet, aber viel gearbeitet wird darin nicht. Die Leute bewerten Anregungen kaum. Für Meinungsbilder finde ich es aber ok, wenn man die nicht schon kennt.

Wenn der BuVo unverbindliche Umfragen machen will, könnte man diese direkt über LQFB machen. Die könnte man zusammenlegen, um die große Anzahl von Abstimmungen zu reduzieren. Und da es unverbindlich ist, könnten die Abstimmungen dann auch anonym sein. Die Legitimation kommt dann vom BuVo.

Wie intensiv nutzt Du LQFB?

Ich hatte LQFB kurz genutzt, inzwischen jedoch nicht mehr. Mein Antrag wurde jedoch auch nach Überarbeitung abgelehnt. Als BuVo haben wir einmal eine Abstimmung zur Festlegung des Termins des ersten BPTs 2011 genutzt. Die Ausschreibung mussten wir jedoch später aus anderen Gründen zurückziehen.

LQFB ist ein Zeitfresser, da es keine Filterung gibt. Ich muss so viele Initiativen lesen, um dann zu entscheiden, welche ich unterstütze. Als BuVo hab ich da keine Zeit für. Ich habe aber eine globale Delegation gesetzt und hoffe ich werde gut vertreten.

Wie groß ist die Macht des Vorstands im Vergleich zu anderen Parteien?

Der Druck in der Piratenpartei wird nicht wie in anderen Parteien von Funktionären ausgeübt, sondern von der kompletten Basis. Als Vorstand sind wir durch sämtliche Kommunikationskanäle permanent unter Druck. Dieser Druck ist viel größer als der durch LQFB. LQFB sagt mir nur wie Pirat A abgestimmt hat, aber viel mehr auch nicht. Wenn die Leute den Delegationsempfängern so stark vertrauen, weiß ich nicht warum diese Leute nicht im Vorstand sitzen. Das passt nicht zusammen. Die Leute, die mit mir direkt kommunizieren, haben viel mehr Einfluss auf mich als die Stimmen in LQFB. Also wer laut ist, kann Einfluss nehmen.

Hat sich die Macht des Vorstands durch die Einführung von LQFB verändert?

Nein, keine Veränderung.

Gibt es in der Piratenpartei informelle Zirkel/Cliquen und gelingt es diese Zirkel mit LQFB zu kontrollieren?

Nein, denn ohne Cliquen hat man nicht so viele Delegationen und damit Einfluss. Das ist in LQFB nicht anders.

Welchen Einfluss hatten die Meinungsbilder in LQFB für Deine Entscheidungen im Vorstand?

Wenn sie mir bekannt waren, dann hatten sie einen Einfluss. Nur wenn ich mir unsicher war, hatten sie einen Einfluss auf mich. Gerade aber wenn den Antragstellern gute Argumente fehlten, kann auch ein positives Votum in LQFB die nicht ersetzen.

Welchen Einfluss hatten die Meinungsbilder in LQFB für die Entscheidungen der anderen Vorstandsmitglieder?

Unterschiedlich. Bei vielen hatten sie wohl mehr Gewicht als bei mir, bei einem Kollegen deutlich weniger. Namen will ich nicht nennen.

Hast Du Dich einmal aufgrund eines Meinungsbildes in LQFB gegen oder für etwas entschieden, obwohl Du selbst anderer Auffassung warst?

Nein. Wenn es gute Argumente gab, bin ich denen gefolgt, unabhängig von der Entscheidung in LQFB. Wir tragen als Vorstand die Verantwortung und müssen auch die Konsequenzen ausbaden, da folge ich primär meinem Gewissen.

Dein Fazit: Funktioniert die innerparteiliche Demokratie?

Die ist ja nicht nur von LQFB abhängig. Ganz im Gegenteil, es gibt viele andere Tools. Sie kann und muss noch weiterentwickelt werden. Aber so wie sie ist, ist sie schon mal ganz gut.

Bernd Schlömer (Schatzmeister)

Wie stehst Du Grundsätzlich zur Idee von LQFB?

Das digitale Zeitalter muss genutzt werden, um nach Möglichkeiten der Beteiligung zu suchen. Jeder kann an der Meinungsbildung teilnehmen. Das ist „richtig und wichtig“.

Wie bewertest Du die jetzige Implementation?

Man sollte erst ein Jahr abwarten. Ich persönlich halte LQFB in Teilen für undemokratisch und fragwürdig, insbesondere was das Delegationssystem angeht. Dies kann zu Machtkonzentrationen führen. Und die können sich dann ja einfach umentscheiden, was zu völlig unerwünschten Ergebnissen führt.

Was wünschst Du Dir für Verbesserungen?

Wesentlich einfachere Handhabung und Integration in die IT-Landschaft der Gesamtpartei. Bisher ist es immer als „das Berliner Tool“ definiert. Vorschläge anderer Landesverbände werden ja als unmöglich abgestempelt. Landesverbände sollen gleichberechtigt mitarbeiten können. Da müssen diejenigen, die das zur Zeit administrieren und entwickeln, offener werden für Verbesserungsvorschläge.

Wie intensiv nutzt Du LQFB?

Gar nicht, ich bin nicht registriert.

Hat der Vorstand mal Anträge gestellt?

Ist mir nicht bekannt. Aber ich kann mir vorstellen, dass etwa die Hälfte des Vorstands LQFB nutzt.

Gibt es in der Piratenpartei informelle Zirkel/Cliquen und gelingt es diese Zirkel mit LQFB zu kontrollieren?

Ja, gibt es. Die agieren zum Teil über Twitter und E-Mail und transportieren Informationen kurz und prägnant. Sie nehmen sogar Einfluss auf laufende Vorstandssitzungen. Expertentum ist in der Piratenpartei stark ausgeprägt und wird ausgenutzt, um Macht auszuüben. Das ist aber normal, das gibt es überall.

Und nein, das kann man nicht über LQFB kontrollieren. Es wird immer Einzelpersonen geben, die beliebt sind und das auch nutzen, um Meinungsbilder zu beeinflussen.

Hat sich die Macht des Vorstands durch die Einführung von LQFB verändert?

Das hatte überhaupt keinen Einfluss.

Welchen Einfluss hatten die Meinungsbilder in LQFB für Deine Entscheidungen im Vorstand?

Gar keine. (lacht) Ich bin ehrlich. ... Ich kann als Schatzmeister auch nicht das finanzielle Schicksal einer Organisation vom Mehrheitsinteresse der Piratenpartei abhängig machen.“

Und unabhängig vom Deinem Amt als Schatzmeister?

Generell gesagt, würde ich mich an Mehrheitsentscheidungen orientieren, aber ich würde letztlich immer eine Entscheidung selbst treffen, die ich für mich rechtfertigen kann. Denn ich muss mich auch alleine auf dem Podium verteidigen. Meine 170 virtuellen Mitstreiter stehen dann auf dem Parteitag nicht auf.

Welchen Einfluss hatten die Meinungsbilder in LQFB für die Entscheidungen der anderen Vorstandsmitglieder?

Auch nur eine bedingte. Jeder hat immer noch seine eigene Meinung mit reflektiert und lässt sich nicht nur von Meinungsbildern leiten. Die Ergebnisse werden zwar angeschaut, dann beginnt aber die Interpretation der Zahlen. Und dann kommen andere Faktoren rein – z. B. die Kommunikationskanäle und die persönliche Meinung. Meinungsbilder sind auch nicht bedingungslos zu begrüßen – man denke an das Beispiel Todesstrafe. Wir können uns nicht nur der emotionalen Volksstimme beugen.

Hast Du Dich einmal aufgrund eines Meinungsbilds in LQFB gegen oder für etwas entschieden, obwohl Du selbst anderer Auffassung warst?

Nein.

Dein Fazit: Funktioniert die innerparteiliche Demokratie?

Sie funktioniert schematisch nach den Vorgaben des Parteiengesetzes. Die Piraten achten auf Legitimation durch Verfahren, alles andere ist genauso gut oder schlecht entwickelt wie in anderen Parteien. Sie funktioniert in den Schranken des Parteiengesetzes genauso demokratisch und undemokratisch wie in anderen Parteien auch. Wir zeigen in ganz vielen Facetten ganz ähnliche Symptome wie andere Parteien auch, etwa bei Machtkonzentration und Klagefreudigkeit.

*Benjamin Stöcker (Beisitzer, zurückgetreten)***Was hältst Du grundsätzlich von der Liquid Feedback Idee?**

Das ist eigentlich eine gute Idee, andere Parteien machen das ja auch, haben dafür Meinungsforschungsinstitute.

Wie bewertest Du die jetzige Implementation?

Ich halte LQFB für völlig verbrannt. Wenn das geschehen wäre, was damals beschlossen wurde, wäre es ganz nett. Aber es ist von oben bis unten verbrannt, weil da zwei Seiten einen Krieg angefangen haben.

Gibt es etwas, was Du konkret kritisierst?

Es fehlen wichtige Features, z. B. eine Diskussion. Diskussionen finden zurzeit dezentral statt, wovon der Antragsteller aber nichts mitbekommt. Dazu ist die Oberfläche schwer bedienbar, es fehlt die Barrierefreiheit und die Software ist sehr komplex. Mir fehlt so eine Art optionaler „simple-mode“. Insgesamt ist die Systemakzeptanz einfach zu niedrig.

Welche Rolle kommt LQFB im Verhältnis zu den anderen Mitbestimmungsmöglichkeiten zu?

LQFB ist nur ganz bedingt für die innerparteiliche Demokratie interessant. Der große Anteil an Delegationen sorgt dafür, dass die Ergebnisse aus LQFB nicht repräsentativ sind. Die Meinungsbilder in LQFB geben Dir nur eine grobe Vorahnung davon, wie später tatsächlich abgestimmt wird. Vielleicht greift hier aber bald der Delegationsverfall, der ja schon beschlossen wurde.

War die Einführung von LQFB der Grund für den Rücktritt?

Nein, mich hat eher gestört „wie“ LQFB eingeführt wurde. Jens Seipenbusch und Christopher Lauer haben sich nur noch bekriegt. Hinzu kamen persönlich Gründe.

Gibt es in der Piratenpartei informelle Zirkel/Cliquen und gelingt es diese Zirkel mit LQFB zu kontrollieren?

Ja, es gibt informelle Kreise. Kontrollieren kann man sie nicht. Es ist manchmal effektiver ein paar Landesvorstände abzutelefonieren, als eine Initiative in LQFB einzustellen, wenn man wissen will, ob die durchkommt.

Welchen Einfluss hatten die Meinungsbilder in LQFB für andere Vorstandsmitglieder?

Bei einzelnen Mitgliedern gab es einen Einfluss. Die Entscheidung zum BGE war sehr knapp, da konnte man sich nicht so drauf berufen. Andreas Popp hat mal eine Umfrage gestellt, ob der BPT 2011 vor oder nach den Landtagswahlen stattfinden soll. Popp hat sich aber nicht dran gehalten. Ich selbst habe mal ein Positionspapier zum Jugendschutz im Schnellverfahren eingestellt. Maha hat ihn aber abgelehnt und dank seiner Delegationen ging er verloren. Der BuVo hat das Positionspapier trotzdem mit nur einer Gegenstimme angenommen.

Dein Fazit: Funktioniert die innerparteiliche Demokratie?

Ja – die Piratenpartei hat kein Entscheidungsproblem – es geht hinreichend demokratisch zu. Es gibt eher ein Umsetzungsproblem. Die Piratenpartei hat eher das Problem, dass sie ihre Beschlüsse nicht kommuniziert bekommt. Wir verwenden zu viel Energie auf innerparteiliche Debatten – etwa über LQFB.

*Christopher Lauer (Politischer Geschäftsführer)***Wie bewertest Du die jetzige Implementation?**

Aus technischer und rechtlicher Sicht ist sie gelungen. Aus einer narrativen Perspektive ist die Software verunglückt. Die Einführung war mit vielen innerparteilichen Streitigkeiten verbunden, so dass das Tool verbrannt worden ist.

Was wünschst Du Dir für Verbesserungen?

LQFB müsste in die Strukturen der Partei stärker eingebunden werden, so dass die Leute, die es benutzen, auch das Gefühl haben es bringt irgendwas.

Wie intensiv nutzt Du LQFB?

Ich habe delegiert, da ich im Moment zu viel Arbeit im Vorstand habe. Ich habe früher Anträge geschrieben, aber im Moment nicht. Der BuVo trug keine Themen in LQFB hinein. Das lag an der Stimmung im Vorstand; die anderen Mitglieder nehmen das Tool nicht ernst.

[In einem Nebensatz kam das Thema Basisdemokratie auf]

LQFB erfüllt die Bedingungen eines direktdemokratischen Tools. Denjenigen, die das Tool ernst nehmen, ermöglicht es, sich über politische Kompromisse zu verabreden. Die Forderung nach „Basisdemokratie“ ist hingegen ein Totschlagargument. Die Forderung nach Basisdemokratie wird immer erst am Ende eines politischen Prozesses gefordert. Teile der Partei nehmen LQFB nicht ernst. Jeder glaubt, dass er dort ganz schnell etwas durchsetzen kann und ist entsetzt, wenn er keine Mehrheit bekommt. Alá alles ist immer nur dann basisdemokratisch, solange ich Recht habe.

Hat sich etwas an der Macht des Vorstands durch die Einführung von LQFB verändert?

Der Vorstand nimmt das Tool nicht ernst, deshalb konnte sich nichts verändern.

Welchen Einfluss hatten die Meinungsbilder in LQFB für Deine Entscheidungen im Vorstand?

Es gab nur sehr wenige Anträge im Vorstand, die zuvor über LQFB gelaufen waren. Dort, wo es Meinungsbilder gab, habe ich mich an den Ergebnissen orientiert.

Welchen Einfluss hatten die Meinungsbilder in LQFB für die Entscheidungen der anderen Vorstandsmitglieder?
Keine.

Hast Du Dich einmal aufgrund eines Meinungsbilds in LQFB gegen oder für etwas entschieden, obwohl Du selbst anderer Auffassung warst?

Auf Berliner Landesebene: Ja. Dort habe ich mich von der die Präferenzwahl von LQFB einlullen lassen. In der Vorstandsarbeit spielte LQFB keine Rolle, da es schnell von anderen Vorstandsmitgliedern marginalisiert wurde.

Dein Fazit: Funktioniert die innerparteiliche Demokratie?

Nein, weil es keine klaren Strukturen gibt. Auf Landes- und BPTen entscheiden nur die, die da sind – also die, die es sich leisten können dort hinzufahren. LQFB wird auf Bundesebene und in den Landesverbänden nicht ernst genommen. Innerparteiliche Demokratie/innerparteiliche Meinungsbildung ist zwar gewünscht, findet aber derzeit nicht statt.

Daniel Flachshaar (Presse & Öffentlichkeitsarbeit)

Wie stehst Du Grundsätzlich zur Idee von LQFB?

Die Idee ist grundsätzlich gut, da jeder die Möglichkeit hat sich einzubringen. Durch die Fülle an Anträgen ist es jedoch sehr zeitintensiv. Die Benutzeroberfläche ist zu kompliziert und es dauert zu lange sich damit zu Recht zu finden. Leider ist die Beteiligung sehr gering, gleichzeitig werden die Entscheidungen aber als sehr wichtig angesehen. Die Entscheidungen sollten nicht überbewertet werden, weil die Beteiligung so gering ist.

Wie intensiv nutzt Du LQFB?

Vor Chemnitz sehr intensiv. Ich habe alle Anträge angeschaut und auch größtenteils abgestimmt. Nach Chemnitz ist die Aktivität zurückgegangen. Zum einen aus Zeitgründen und zum anderen da sich die Zahl der Anträge reduziert hat.

Stellt der Vorstand Anträge?

Ich habe zwei Anträge als Vorstand gestellt, um ein Feedback zu bekommen. Allerdings waren das keine konkreten Programmanträge, sondern eher Kleinigkeiten. Einmal zum Design der Website und dann zum Thema Flattr. Ich plane das auch in Zukunft so zu machen. Christopher hat LQFB auch genutzt, die anderen eher nicht.

Welche Rolle kommt LQFB im Verhältnis zu den anderen Mitbestimmungsmöglichkeiten zu?

Die Ergebnisse sollten nicht übermäßig gewichtet werden. Vielmehr sind sie als „Richtungsgeber“ zu verstehen. Da die Beteiligung zu gering ist, sind die Ergebnisse leider nicht aussagekräftig.

Hat sich die Macht des Vorstands durch LQFB verändert?

Würde ich nicht sagen. Zu Beginn wurden häufig Entscheidungen in LQFB herangezogen, um Abstimmungen im Vorstand zu beeinflussen, das hat allerdings deutlich nachgelassen.

Welchen Einfluss hatten die Meinungsbilder in LQFB für Deine Entscheidungen im Vorstand?

Ich lasse mir viel Zeit bevor ich eine Entscheidung treffe. Teilweise habe ich Entscheidungen der Mehrheit schon übernommen, nicht aber nur aus LQFB.

Welchen Einfluss hatten die Meinungsbilder in LQFB für die Entscheidungen der anderen Vorstandsmitglieder?

Für Christopher: Ja. Allen anderen ist es völlig egal.

Hast Du Dich einmal aufgrund eines Meinungsbilds in LQFB gegen oder für etwas entschieden, obwohl Du selbst anderer Auffassung warst?

LQFB hat mir bei der Meinungsbildung geholfen, teilweise habe ich neue Argumente gefunden, die ich vorher nicht gesehen hatte.

Dein Fazit: Funktioniert die innerparteiliche Demokratie?

Sie ist auf einem guten Weg, aber teilweise noch ein bisschen chaotisch organisiert. Es wird noch ein paar Jahre dauern bis das alles übersichtlich ist.

Wolfgang Dudda (Generalsekretär, IT)

Wie stehst Du Grundsätzlich zur Idee von LQFB?

Positiv. Auf meine Anregung hin war Schleswig Holstein der erste Landesverband, der die Software einführte. Der

letzte Parteitag in Chemnitz hat gezeigt, wie toll LQFB funktioniert. Allerdings ist die LQFB Akzeptanz ist noch nicht groß genug. 350 Teilnehmer können nicht über 12.000 Piraten bestimmen.

Wie bewertest Du die jetzige Implementation?

Wichtige Kompromisse sind leider bisher nicht umgesetzt worden, z. B. werden Profil-Informationen beim Austritt nicht gelöscht. Diejenigen, die in LQFB aktiv sind, entwickeln einen Dogmatismus. LQFB ist nicht das „einzige“ Tool der Partei. Es gibt keinen Respekt derjenigen, die „drin“ sind, gegenüber denjenigen, die nicht eintreten wollen. Gleichzeitig respektieren die anderen nicht die Ergebnisse von LQFB. Die Debatten im Vorfeld der Einführung haben das Verhältnis so verletzt, dass eine Rückkehr zur Normalität kaum mehr möglich ist. Da gibt es irre Probleme im zwischenmenschlichen Bereich.

Im technischen Bereich hat Liquid seine Fähigkeiten in Chemnitz gezeigt. Ohne Liquid hätten wir niemals so viele Anträge in Chemnitz behandeln können.

LQFB hat außerdem die Debatte um die Flügel „Vollis“ vs. „Kernis“ entspannt.³⁵⁹ Früher sind sich die Piraten nur mit Beleidigungen und Beschimpfungen in den Foren begegnet. Inzwischen müssen sie in LQFB ihre Positionen ganz genau begründen.

Was wünschst Du Dir für Verbesserungen?

Datenschutzwünsche müssen berücksichtigt werden und es braucht gegenseitige Toleranz von beiden Seiten. Mehr Piraten sollten bei LQFB mitmachen. Von den 12.000 Piraten machen nur 3000 mit, und davon sind nur 10 Prozent aktiv. Wenn ich mich an Liquid halte, würde ich mich lächerlich machen.

Der Beschluss GP050 ist eine der größten Leistungen, die die Piratenpartei je hervorgebracht hat und hat seine Qualität erst erreicht durch seine Diskussion und das Abtesten der Stimmungen in Liquid. Der lange Applaus hat mich schauen lassen. Hier hat man gesehen, dass es funktioniert. Es gibt aber auch Beschlüsse, wo nur 150 Piraten abgestimmt haben. Und dann sehe ich auf Twitter, dass es in der Partei eine ganz andere Meinung gibt. Für mich ist Liquid noch nicht angekommen.

Hat LQFB die Macht des Vorstands verändert?

Ja, prinzipiell schon. Wenn wir etwas anderes beschließen, als die Partei das in LQFB beschlossen hat, dann gibt es viel Ärger. Da muss man eine Menge aushalten, um das zu tun. Das geht von öffentlicher Demontage, Shitstorms bis hin zu Bedrohungen.

Ich habe es immer so gehalten, dass Initiativen, bei guter Beteiligung, für mich verbindlich waren. Also LQFB ist schon eingreifend in die „Pseudo-“Macht des Vorstands. Auf der anderen Seite befreit einen das auch von einem gewissen Vakuum.

Hast Du Dich einmal aufgrund eines Meinungsbilds in LQFB gegen oder für etwas entschieden, obwohl Du selbst anderer Auffassung warst?

Ja einmal, aber ich weiß nicht mehr was. Ein Quorum mit mehreren Hundert Leuten ist für mich sehr aussagefähig. Besonders wenn das Votum sehr eindeutig ist.

Welchen Einfluss hatten die Meinungsbilder in LQFB für die Entscheidungen der anderen Vorstandsmitglieder?

Der Vorsitzende (Jens Seipenbusch) weiß nicht mal wie LQFB funktioniert oder wie es aussieht. Der Schatzmeister (Bernd Schlömer) beteiligt sich an diesen Kommunikationsformen sowieso nicht, nutzt weder Twitter noch LQFB. Andi Popp toleriert LQFB, ist aber eher ein Gegner. Die Voten akzeptiert er nicht. Daniel Flachshaar akzeptiert LQFB und setzt Voten auch um. Schmidtlepp ist ganz klar ein LQFB-Mann. Im Ergebnis gibt es also ein pari-pari. Allerdings ist das Problem auch, dass die Basis in LQFB nicht stark genug ist. Mein Wunschquorum wären 50 Prozent. In der Praxis akzeptiere ich Ergebnisse bei Randthemen ab ca. 150 Personen. Bei zentralen Themen verlange ich aber schon, dass es mehrere Hundert Piraten sind.

Dein Fazit: Funktioniert die innerparteiliche Demokratie?

Ja und nein. Ich habe ein schlechtes Gefühl derzeit. Die Piraten haben viele Möglichkeiten in den Vorstand einzugreifen. Die Kontrolle von unten nach oben funktioniert. Das hat aber auch damit zu tun, dass wir viel persönlichen Kontakt mit vielen Piraten auf allen Ebenen haben.

³⁵⁹ Die „Vollis“ möchten ein Vollprogramm für die Piratenpartei umsetzen. Die „Kernis“ möchten, dass sich die Piratenpartei auf ein Kernprogramm beschränkt, vor allem Freiheit im Netz, Datenschutz und Beteiligung.

Dank:

- Allen Umfrageteilnehmern
- Daniel Flachshaar für die Möglichkeit eine Umfrage unter allen Parteimitgliedern zu starten.
- Ulrich Kötter, für ein kritisches Feedback in letzter Minute
- Andrei Draghici für das Lektorat
- Tobias Linke für Tipps zum Thema Statistiken
- Stefan Klausmann für die Bereitstellung der Statistiken aus LQFB.
- Für die Statistik: Matthias Vill (Aufbereitung der Rohdaten) und Martin Matheis (Statistiken) der großen Piratenumfrage
- Dorina Schacknat für die Auswertung der Freitextfelder der Umfrage
- Meiner Mutter für die Unterstützung.

Dokumentation der Arbeit:

Die Erstellung dieser Arbeit wurde parallel auf dem Blog „DemokratiePiraten.Blogspot.com“ dokumentiert. Dabei wurden auch einzelne, frühe Versionen der Texte veröffentlicht und mit den Lesern diskutiert. Dies war ein Experiment, um herauszufinden, inwieweit sich die universitäre Arbeit verändern lässt. Forschung ist ja von jeher ein Prozess von Recherche, Textproduktion, Veröffentlichung und anschließender Kritik. Idee war es, Kritik nun bereits während der Recherche und der Textproduktion zu erhalten. Leser konnten jedoch weder Texte schreiben noch selbst verbessern. Dies ist keine kollaborativ verfasste Arbeit. Dennoch fanden Anregungen und Kritik Berücksichtigung.

Über das Thema der Masterarbeit berichtete der Autor bereits während der Erstellung der Arbeit in Vorträgen auf der Republica 2011, auf der Parteitagung „OpenLiquid“, auf den MaC*days 2011, im Seminar „Social Media: Integrationsmotor der Bürgergesellschaft“ der Friedrich-Naumann-Stiftung, sowie im Podcast „Klabautercast“ Folge 65.